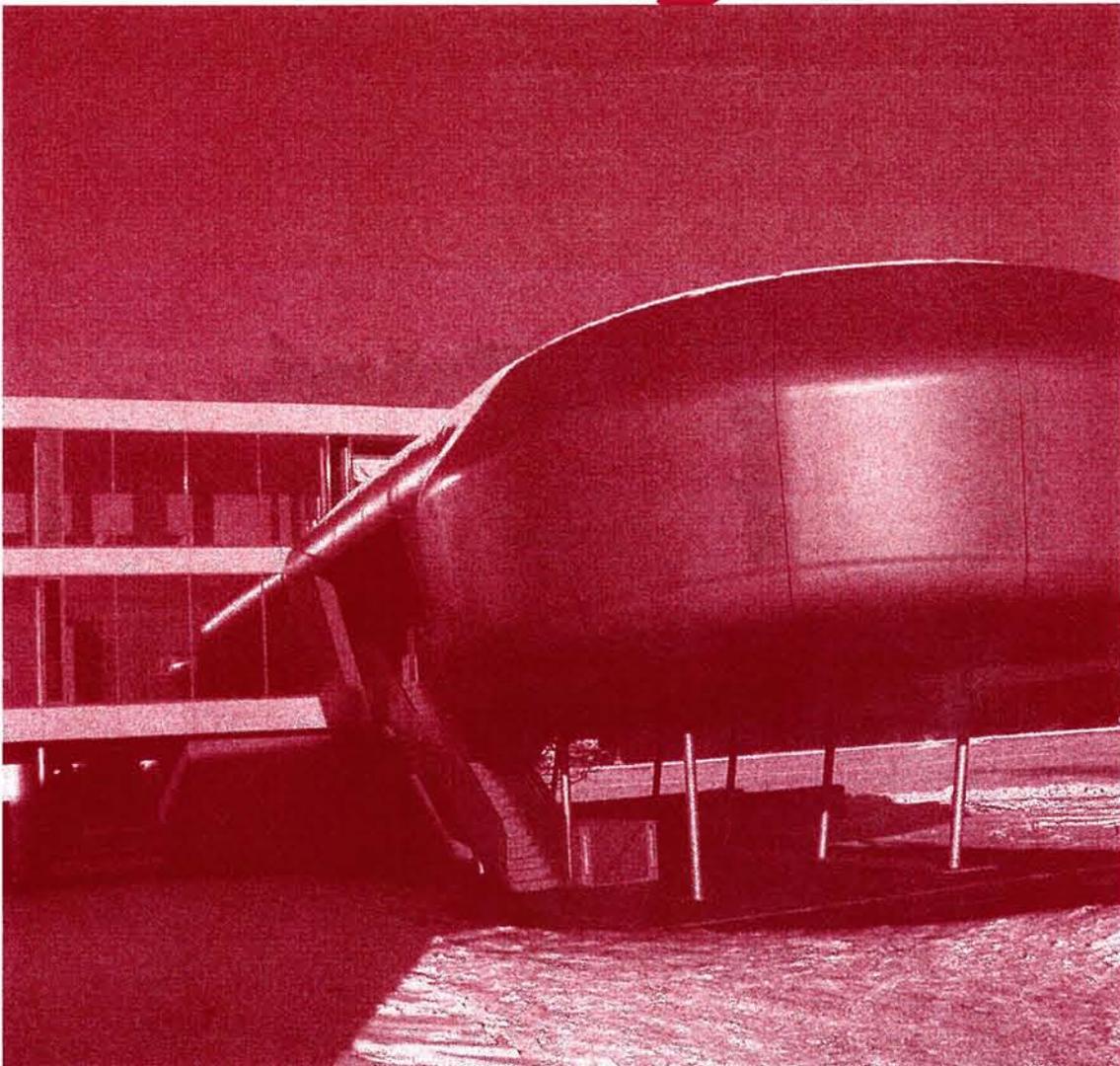


Wachstum ist möglich



Wolfram Kuschke
Industrie- und
Wachstumspolitik
in NRW

Klaus Dörre
Ist regionale
Strukturpolitiken
geeignetes Mittel
für Wachstum?

Barbara Stolterfoht
Armut und Hartz IV

Gerry Woop
PDS wieder
im Spiel?

Im **Forum DL21**
schreiben u.a.
Joachim Schuster,
Ulla Burchardt,
Niels Annen
und Michael Müller.

Von Horst Peter

Die Spontisprüche der 1970er Jahre erleben – zumindest in Kassel an sprayfähigen Wänden – eine neue Konjunktur. „Ich geh kaputt, gehst Du mit?“ „Wahlen bringen nichts, sonst wären sie längst verboten!“; „Alle Gewalt geht vom Volke aus. Wo geht sie hin?“; „Sucht Euch doch ein neues Volk!“ sind Zeitzeichen und Markierungen des Bewusstseins politisch engagierter aber von der offiziellen Politik zutiefst frustrierter junger Leute. Ihre politische Kommunikation findet auf dem Montagsdemos statt oder an den vielfältigen Orten, an denen sich Globalisierungskritiker und andere Protestbereite treffen. Ihr gemeinsamer Nenner ist die Ablehnung der offiziellen Politik und der politischen Parteien. Selbst Attac-Strategien sind ihnen zu sehr auf staatliche Politik ausgerichtet. Allerdings finden bei Attac immerhin die Gespräche statt, die mit Parteienvertretern faktisch nicht mehr gewünscht werden.

Der Vergleich mit der 68er Zeit belegt die Unvergleichbarkeit: der gemeinsame Nenner der 68er war die antikapitalistische/antiimperialistische Orientierung und die Vorstellung einer sozialistischen, besseren Welt. Trotz aller organisatorischer Differenzierung und Fraktionierung ging es um mehr oder weniger radikale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der politischen Kräfteverhältnisse, auch in produktiver Auseinandersetzung mit den Linken innerhalb der SPD. Es ist und bleibt die historische Leistung Willy Brandts mit seinem Angebot des „mehr Demokratie wagen“ dem sozialen Protest innerhalb der Gesellschaft eine Perspektive gegeben zu haben.

Kurzum: heutzutage gibt es weder die einigende Orientierung des Protests, noch die Dialogbereitschaft der offiziellen Politik, aber vielleicht Chancen der Jungsozialisten auf Veränderung des Zustands.

*

Die Abstoßung der Proteste durch Regierung und Parlament wird begleitet von der Hegemonie der neoliberalen Theorie in den Eliten in Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Medien und Politik. Die Folge ist, dass einerseits die Reformen der Agenda 2010, insbesondere von Hartz IV – die Ursachen von Aufbegehren gegen oder resignativer Abwendung von der Politik sind – für alternativlos erklärt werden. Andererseits unterliegt die Suche nach politischen Alternativen, die sowohl in der SPD als auch in den Gewerkschaften oder bei Attac und auch immer noch existierender kritischer Wissenschaft betrieben wird, einer strikten Mediensperre.

Diese Konstellation ist eher das Gegenteil von dem, was Willy Brandt 1969 mit seiner Leitbotschaft an die 68er-Generation meinte: Wir wollen mehr Demokratie wagen. Damals entfaltete die SPD ein Reformkonzept, das Elemente sozialer Demokratie verwirklichen sollte. Partizipation in gesellschaftlichen Handlungsfeldern anbot. Die Jusos definierten sich als sozialistischer Jugendverband, die zugleich gesellschaftliche Reformkräfte mobilisieren und gesellschaftlichen Druck erzeugen wollten, um in der Partei und den Parlamenten Resonanzboden für den gesellschaftlich Druck zu

bilden. Ohne die Zeit der frühen 1970er Jahre nostalgisch zu verklären, kann als Resümee gelten: Die Protestierenden wurden gesellschaftlich integriert und trugen zur politischen Kultur der Bundesrepublik wesentlich bei.

Dagegen bedeutet die Alternativlosigkeit der Agenda 2010-Reformen und deren Legitimation durch die „Hohenpriester des neoliberalen Hauptstroms“ in den Medien eine Absage an demokratische Willensbildung. Das wird auch nicht besser mit der Rechtfertigung, das Volk habe den Sinn der Reformen noch nicht verstanden, sie müssten nur besser erklärt werden. Demokratische Politik verdient ihren Namen nicht, wenn sie ausgedacht von Expertenkommissionen unter Ausschluss der Öffentlichkeit von PR-Beratern als angeblicher Sachzwang veröffentlicht und am Volk exekutiert wird. Die Folge kann nur ohnmächtige Resignation sein, vor allem dann, wenn in den Medien das Nachlassen der Beteiligung an den Montagsdemonstrationen von Regierungspolitikern als Beleg dafür genommen wird, dass inzwischen die Reformen besser verstanden würden. Ein gutwilliger SPD-Abgeordneter sagte mir neulich, er komme sich als Erklärer der Agenda 2010 wie jemand vor, der den Bürgern von Schilda erklären wolle, sie sollten Licht mit Säcken in das Rathaus tragen, wenn der Bürgermeister schon ein Rathaus ohne Fenster gebaut habe. Viel vernünftiger wäre es doch, nachträglich ein Paar Fenster in die Wände des Rathauses einzubauen. Dann hätte die Mithilfe der Bürger auch einen Sinn.

Kurzum: erst wenn die SPD ruft, „Helft uns, Fenster in die Wände des Rathauses einzubauen“ gibt es eine Chance, die Kritiker der jetzigen Politik wieder zum Dialog zu bringen.

*

Wie heißt es so schön im eigenen Parteiprogramm: „Politik, die mehr sein will als der Vollzug wirklicher oder angeblicher Sachzwänge, muss getragen und durchgesetzt werden, von Bewusstsein und Engagement der Bürgerinnen und Bürger.“

Wer dieses Verständnis anwendet auf die Agenda 2010, wird diesen Prozess nicht einmal mit Mühe mit diesem Leitbild des Bürgerdialogs in Einklang bringen können. Deshalb ist für die SPD, wenn sie mehr Demokratie wagen will, die Bereitschaft zur Überprüfung der Agenda 2010 eine unerlässliche Voraussetzung. Es gibt eine tiefe Vertrauenslücke zur Gesellschaft hin zu schließen, wenn man mit neuen Vorschlägen neue Glaubwürdigkeit gewinnen will.

Bieten wir doch den Bürgern in Regionalkonferenzen den Bürgerdialog an. Ermuntern wir doch die vielen alternativen Experten im Volke den Rürupkommissionären eigene Vorschläge entgegen zu setzen, um den Trend des gesellschaftlichen Hauptstroms zu brechen. Kurzum: Warum sollten solche Wege nicht gegangen werden, um Demokratie und Zukunftsfähigkeit zu wagen? Die neoliberale Ideologie will den angepassten, flexibel funktionierenden Bourgeois, Demokratie aber braucht den emanzipierten, politisch engagierten Citoyen.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael B. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Lärcher (Weyhe)
 Benjamin Mikkfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Náhles (Weller)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rospel (Hagen)
 Thomas Sauer (Mölin)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zachert (Apensee)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Ulf Banscheraus
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobellus
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leifchingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankeinzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2004.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Beiflin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Notte-Druck Iserlohn
 1.-2. Tausend, Dezember 2004

Kurzum	2
<i>Joachim Schuster</i>	
Herbsttagung des Forums DL 21: „Perspektiven einer linken Reformpolitik“	4
<i>Astrid Kraus</i>	
Solidarische Einfachsteuer	5
<i>Ulla Burchardt</i>	
Auf undurchsichtigen Wegen zum gläsernen Bürger	6
<i>Niels Annen</i>	
Zukunft der Wehrverfassung	7
<i>Michael Müller</i>	
Der nichterklärte Wirtschaftskrieg	8
<i>Hans-Joachim Olczyk</i>	
Made in Germany 21: Richtige Zahlen, falsche Analyse und Fassbrause für alle	10

WACHSTUM IST MÖGLICH!

<i>Reinhold Rünker, Alexander Bercht</i>	
Einleitung zum Schwerpunkt	11
<i>Wolfram Kuschke</i>	
Industrie- und Strukturpolitik am Beispiel NRW	13
<i>Klaus Dörre</i>	
Ist regionale Strukturpolitik ein geeignetes Mittel für Wachstum?	16
<i>Jan Prieue</i>	
Ökologische Wachstumsgrenzen in Marktwirtschaften	21
<i>Horst Vöge</i>	
Motor des Strukturwandels: Gesundheits- und Seniorenwirtschaft	25
<i>Marco Bülow</i>	
Wachstum braucht Effizienz	26
<i>Holger Wallbaum</i>	
Welche Innovation brauchen wir?	27
<i>Hermann Nehls, Hans Ulrich Nordhaus</i>	
Berufliche Bildung und Lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft	29
spw intern	32

INTERNATIONALE POLITIK

<i>Heike Kratt, Inken Wiese</i>	
Die israelische Linke nach dem Tod Arafats	33
<i>Gernot Erler, Angelica Schwall-Düren, Ute Zapf</i>	
Die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei	35
<i>Edgar Göll</i>	
Auf die Folter gespannt: Die Wahlen in den Unvereinigten Staaten von Amerika	38

THEORIE & STRATEGIE

<i>Barbara Stolterfoht</i>	
Abkehr vom Sozialversicherungsstaat?	41
<i>Kai Rogusch</i>	
Neue Abgründe in der rechtspolitischen Debatte	44
<i>Ernst-Dieter Rossmann</i>	
Weimarer Leitlinien der Bildungspolitik: Kreatives Chaos oder strategische Politik	46
<i>Thilo Scholz</i>	
„Was die Welt im innersten zusammen hält“	47
<i>Sigrid Skarpelis-Sperk</i>	
EU-Dienstleistungsrichtlinie: Eine radikale Abkürzung auf dem Weg zum neoliberalen Europa	51
<i>Gerry Woop</i>	
PDS wieder im Spiel?	54
Rez.: Ljubic: Als ich rot wurde (Björn Böhning)	56
Rez.: von Oertzen: Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft (Horst Peter)	57
<i>Stefan Schostok, Reinhold Rünker: Peter von Oertzen zum 80. Geburtstag</i>	57
Rez.: Müller: Die Reformlüge (Horst Peter)	58

„Perspektiven einer linken Reformpolitik“

Herbsttagung des Forums DL 21

Von Joachim Schuster

„Perspektiven einer linken Reformpolitik“ so lautete das Motto der diesjährigen Herbsttagung der SPD-Parteilinken DL 21. Gegenstand der Tagung waren zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Reformfelder. Zunächst ging es um „Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz als Innovations- und Wachstumspotential“. In seinem Referat setzte sich Jan Prieue mit der Bedeutung von Wachstum für die Erlangung einer nachhaltigen Entwicklung auseinander. Häufig wird auch in der Linken die These vertreten, der Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung steht in Widerspruch zu Wirtschaftswachstum. Prieue argumentiert dagegen für eine offensive Wachstumspolitik im Rahmen ökologischer Leitplanken, die der Staat als Rahmenbedingungen für die Wirtschaft setzen muss, ähnlich wie heute schon arbeits- oder sozialrechtliche Bestimmungen den Rahmen für wirtschaftliches Handeln abstecken, damit die ökologischen und nachhaltigen Aspekte nicht immer wieder kurzfristigem Handlungsdruck weichen müssen. Wachstumfelder müssten definiert und gefördert werden, besonders wo sie die notwendige Ressourceneffizienz steigern und innovative Wege in der Verkehrs- und Energiepolitik sowie im Dienstleistungssektor aufbauen.

Am Nachmittag beschäftigten sich die Tagung mit notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Am Beispiel der Bürgerversicherung aber auch der Arbeits- bzw. Beschäftigungsversicherung wurden Reformvorschläge diskutiert, die eben nicht an vermeintlichen Finanzierungsgrenzen ansetzen. Leitlinie der Überlegungen ist vielmehr, inwieweit die geforderte Flexibilität und Risikobereitschaft der/des Einzelnen im heutigen Wirtschaftsprozess durch neuartige Formen oder Elemente sozialstaatlicher Regulierung unterlegt werden kann, um damit die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben wie auch für Flexibilität im Erwerbsleben zu schaffen.

Die Gewährleistung eines lebenslangen Lernens für möglichst alle Menschen stand im Mittelpunkt des dritten Reformthemas. Trotz aller Sonntagsreden zeigt sich, dass

hier noch erhebliche Defizite aufzuarbeiten sind, angefangen bei der Bildung im Kindergarten über die Schule bis hin zur Hochschule. Erhebliche Herausforderungen bestehen darüber hinaus bei der betrieblichen und beruflichen Weiterbildung. Als zentrale Reformprojekte sind in diesem Bereich die Finanzierung von Weiterbildung etwa durch Branchenfonds, die gesetzliche Absicherung von Lernzeitkonten sowie die Verabschiedung eines Weiterbildungsgesetzes zu nennen.

Aktuell setzen sich die SPD-Parteilinken mit dem Entwurf einer neuen EU-weiten Dienstleistungsrichtlinie auseinander. Hier sollen nach den Vorstellungen der EU-Kommission gemeinnützige Organisationen mit privaten Dienstleistern gleichgestellt werden. DL 21 stellte klar, dass gemeinsame Richtlinien in Europa nicht ohne gemeinsame Standards umgesetzt werden können. Die zunehmende Privatisierung und Deregulierung von öffentlichen Gütern müsse generell kritisch hinterfragt werden. Die Parteilinken fordern die Bundesregierung auf, eine voreilige Beschlussfassung im Europäischen Rat zu verhindern und eine gründliche Debatte in Europa über die Wirkungen der Richtlinie anzustoßen.

Auch die Föderalismuskommission und die Haushaltslage beschäftigten die Tagung. Vorgesprochen wurde zudem, im Rahmen der Föderalismusdebatte den Investitionsbegriff im Grundgesetz mit aufzurufen. Bildungs- und Forschungsausgaben werden in der Definition des deutschen Grundgesetzes (Artikel 104 GG) nicht als Investitionen gewertet. Diese altmodische Auslegung behindert notwendige Weichenstellungen für die Zukunft und sollte im Rahmen der Verhandlungen von Bund und Ländern verändert und investitionsfreundlich ausgelegt werden. Kritisch setzte sich Forum DL 21 mit den Forderungen nach Arbeitszeitverlängerungen auseinander. Angesichts von 7 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen seien pauschale Arbeitszeitverlängerungen kontraproduktiv. Das zentrale Problem der deutschen Konjunktur sei die geringe Inlandsnachfrage. Unbezahlte Mehrarbeit verschärfe das Problem. In den letzten Jahren wurde

© Michael Contes (Brüssel)



Joachim Schuster

die Arbeitszeit in Deutschland vielfach flexibilisiert. Arbeitszeitkonten können Auslastungsspitzen und Absatzdellen gut ausgleichen.

In dieser und der kommenden Ausgabe der spw werden einige der Referate dokumentiert. Wir beginnen mit den Referaten von Jan Prieue (Wachstumswang und ökonomische Wachstumsgrenzen in Marktwirtschaften) und von Hermann Nehls zur betrieblichen und beruflichen Weiterbildung. In der nächsten Ausgabe folgt Thomas Spieß zu Reformanforderungen an den Sozialstaat.

DL 21 wird sich mit den auf der Tagung diskutierten Reformprojekten im Rahmen der eingerichteten drei Arbeitsgruppen (a) Beschäftigungs- und Finanzpolitik, b) Reform der sozialen Sicherungssysteme, c) Bildung und Innovation) weiter beschäftigen. Mit Blick auf die wehr- und sicherheitspolitische Debatte, die auf dem SPD-Bundesparteitag im Herbst 2005 geführt werden soll, wurde angeregt, auch hierzu eine Arbeitsgruppe zu bilden. Wer sich an einer der genannten inhaltlichen Arbeitskreise beteiligen möchte, setzt sich bitte mit Joachim Schuster (e-mail: schuster@ispw-gmbh.de) in Verbindung.

Auf der Herbsttagung wurde zudem ein neuer Vorstand der SPD-Parteilinken „Forum Demokratische Linke 21“ gewählt. Als Vorsitzende wurde Andrea Nahles bestätigt, Stellvertreter ist der frühere Juso-Vorsitzende Niels Annen aus Hamburg. Weiterhin gehören dem Vorstand als Beisitzer an: Björn Böhring (Juso-Vorsitzender), Gernot Grumbach (Bezirksvorsitzender Hessen Süd, MdL), Ulrich Maurer (MdL) und Hilde Mattheis (MdB) aus Baden-Württemberg, Ernst-Dieter Rossmann (MdB aus Schleswig-Holstein), Reinhold Rünker (Zeitschrift SPW) und Christoph Strässer (MdB) aus NRW sowie Burkhard Zimmermann (Landesverband Berlin). Die politische Geschäftsführung nimmt Joachim Schuster (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) wahr.

Dr. Joachim Schuster, Mitglied der Bremer Bürgerschaft, leitet ein sozial- und politikwissenschaftliches Beratungsinstitut und ist politischer Geschäftsführer des Forum DL21 e.V., er lebt in Bremen

Solidarische Einfachsteuer

Veranstaltung der Parlamentarischen Linken
 am 28.10.2004

Von Astrid Kraus

Am 28.10.2004 fand auf Einladung der Parlamentarischen Linken im Deutschen Bundestag eine öffentliche Diskussion zum Konzept der Solidarischen Einfachsteuer, die von zum Attac/Verdi/IG-Metall entwickelt wurde. Es diskutierten der Bundesfinanzminister Hans Eichel und Gerhard Jochum vom Bundesfinanzministerium als Vertreter der Regierung mit den MitautorInnen des Konzeptes Dr. Achim Truger, WSI, Detlev von Larcher, Forum DL 21/attac sowie Astrid Kraus, Attac. Die Moderation hatte der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Ortwin Runde. An der mit rund 60 TeilnehmerInnen gut besuchten Veranstaltung nahmen unter anderem Wolfgang Rohde, Hauptvorstand der IG-Metall, Dr. Hartmut Tufaute, Leiter der wirtschaftspolitischen Grundsatzabteilung des DGB sowie MitarbeiterInnen der wirtschaftspolitischen Grundsatzabteilung von Ver.di teil.

In seinem Eingangsstatement kritisierte Dr. Achim Truger die gegenwärtige Steuerpolitik als untauglich zur Erreichung der wesentlichen steuerpolitischen Ziele, zu denen er die Gewährleistung der Staatsfinanzierung, die Herstellung von Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit sowie die Sicherung von Wachstum und Beschäftigung zählte. Die hohen Steuerentlastungen von rund 50 Mrd. Euro in den Jahren 1998 bis 2005 führten nach seiner Darlegung zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin angespannten Haushaltslage und einem starken Rückgang öffentlicher Investitionen, was durch die derzeit diskutierten Steuerkonzepte, die Ausfällen zu 27 Mrd. Euro im Jahr bedingten, verstärkt werde. Die jetzigen Steuerentlastungen kämen im Wesentlichen Gutverdienenden und Unternehmen zu Gute kämen und insbesondere Vermögenseinkünftebezieher entlasteten, so seien die Steuerreformen kein Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, sondern würden bestehende Ungleichheiten eher verstärken. Auch leisteten Steuersenkungen keinen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung, da die Entlastungen bei den Haushalten nicht zu nennenswerten Nachfragesteigerungen führte, während gleichzeitig jede Steuer-

senkung die staatliche Nachfrage in vollem Umfang einschränkte.

Detlev von Larcher stellte im Anschluss die Eckpunkte des Konzeptes der Solidarischen Einfachsteuer vor. Das SES sieht einen linear-progressiven Tarif mit einem Grundfreibetrag von 8.000 Euro vor. Der Grenzsteuersatz steigt ab dem Einkommenssteuersatz von 15 % linear bis zu einem Spitzensteuersatz von 45 % bei einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro an. Die Abschaffung des derzeit stark progressive Anstieg des Tarif bei den unteren Einkommen entlastet insbesondere diese Einkommen. Dieser Tarif gilt für alle Einkünfte. Kapitaleinkünfte sollen den Finanzämtern elektronisch übermittelt werden; die Aufhebung des Bankgeheimnisses soll Steuerhinterziehung vermeiden. Bei den Vermietungseinkünften, die in den letzten Jahren stets zu negativen Einkünften geführt haben, sollen schärfere Grenzen für den Abzug von Ausgaben gezogen werden, Veräußerungsgewinne sollen dagegen voll steuerpflichtig gestellt werden. Die Arbeitnehmerbesteuerung bleibt im Wesentlichen unverändert, die Steuerfreiheit der Feiertags- und Nachtzuschläge besteht weiterhin. Bei der Entfernungspauschale sieht das SES eine Erstattung von 8,5 Cent pro Entfernungskilometer vor. Die Eigenheimzulage will Attac abschaffen, Verdi und IG-Metall dagegen fordern den Fortbestand. Die Gewerbesteuer in der jetzigen Form soll zu einer Gemeindefinanzsteuer auf die Wertschöpfung, abzüglich der Lohnsumme, ausgeweitet werden; Selbständige und Freiberufler sollen ebenfalls einbezogen werden.

Astrid Kraus ging auf die Kernelemente der Unternehmensbesteuerung ein. Wesentliche Merkmale des Konzeptes sind die Rückkehr zum Vollerrechnungsverfahren, die vollständige Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, die Begrenzung der Verlustverrechnung sowie die Einführung von Bewertungsmaßstäben, die eine zeitnahe Besteuerung von Gewinnen vorsehen. Zur Vermeidung von Steuerflucht über die Grenze sieht das Konzept die stärkere Kontrolle der Verrechnungspreise im grenzü-

© Michael Contes (Brüssel)



Astrid Kraus

berschreitenden Konzernhandel sowie die Umstellung der zwischenstaatlichen Besteuerungspraxis von der Freistellung ausländischer Gewinne auf die Besteuerung unter Anrechnung der im Ausland bezahlten Steuern.

Hans Eichel stellte in seinem Beitrag die Entlastungswirkung der rot-grünen Steuerreform für Mittelstand und Privathaushalte in den Vordergrund. Er hob hervor, dass wegen des internationalen Steuerwettbewerbs Deutschland keine Sonderweg einschlagen könne und schloss deshalb Steuererhöhung aus. Außerdem erläuterte er, dass die Regierung bei der Steuergesetzgebung von der Zustimmung der Union im Bundesrat abhängt, der Handlungsspielraum sei also insgesamt nur sehr begrenzt. Er unterstützte die Forderung nach der Abschaffung des Bankgeheimnisses. Außerdem führte er aus, dass die Regierung keine weiteren Steuersenkungen plane.

Gerhard Jochum kritisierte die Vorschläge zur Unternehmensbesteuerung. Eine Rückkehr zum Vollerrechnungsverfahren hielt er für ausgeschlossen, da dieses Modell im europäischen Raum nicht mehr praktiziert würde. Die Umstellung der zwischenstaatlichen Besteuerungspraxis vom Freistellungsverfahren auf Anrechnungsverfahren hielt er für praktisch nicht durchführbar. Ablehnend verhielt sich Gerhard Jochum zum Vorschlag der gleichmäßigen Besteuerung von Vermögens- und Arbeitnehmereinkünften. Im Hinblick auf die europäische Praxis hielt er das Konzept einer dualen Einkommenssteuer, also einer Pauschalbesteuerung von Kapitaleinkünften und einer progressiven Besteuerung aller anderen Einkünfte für zukunftsfähiger.

In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere der Beitrag des Steuersystems zur Attraktivität als Investitionsstandort angezweifelt sowie die positiven Auswirkungen von Steuersenkungen auf die Beschäftigungslage. Beides sei empirisch nicht nachgewiesen und werde häufig überschätzt.

Astrid Kraus, Ökonomin, Mitautorin des Konzeptes „Solidarische Einfachsteuer“, Mitglied des bundesweiten Koordinierungskreises von Attac

Auf undurchsichtigen Wegen zum gläsernen Bürger

Biometrie in Ausweisdokumenten

Von Ulla Burchardt

Die erkennungsdienstliche Erfassung aller Bundesbürger rückt näher. Hintergrund ist die kürzlich erfolgte Einigung der EU-Innenminister auf biometrische Merkmale in Pässen. Diese Weichenstellung grenzt an einen politischen Affront: Entscheidungen werden an Parlament und Öffentlichkeit vorbei durch die europäische Hintertür getroffen, ohne dass die politischen, finanziellen und rechtlichen Konsequenzen von biometrischen Ausweisdokumenten auch nur ansatzweise diskutiert worden wären. Damit drängt sich eine Frage geradezu auf: Cui bono – wem nützt es? Experten sind sich weitgehend einig: Mit Biometrie-Pässen wären die Terroranschläge von New York, Washington oder Madrid kaum zu verhindern gewesen. Denn wenn überhaupt können biometrische Systeme nur jene Terroristen entlarven, die falsche Identitäten benutzen – keinesfalls aber terroristische Schläfer oder Attentäter, die noch nicht aufgefallen sind und unter richtigem Namen einreisen. Ausweis und Pass von Mohammed Atta waren echt, und er benutzte auch seinen wahren Namen als er am 19. Juli 2001 in die USA einreiste. Aber den EU-Innenministern geht es mit ihrem jüngsten Beschluss nicht etwa um ägyptische oder saudiarabische Pässe, sondern um die Pässe von 450 Millionen EU-Bürgern.

Da liegt die einfache Frage nahe, was wir eigentlich mit dieser Art von Terrorismusbekämpfung zu tun haben sollen. Sind wir etwa alle von Jung bis Alt potentielle Terroristen? Oder sind deutsche Ausweisdokumente so leicht fälschbar, dass sich internationale Terroristen mit ihnen zu tarnen pflegen? Tatsächlich dürften die Fälle, in denen maschinenlesbare Ausweise oder Pässe gefälscht worden sind, stark gegen Null tendieren. Deutsche Ausweisdokumente zählen schon heute zu den fälschungssichersten der Welt. Hinzukommt: Fälschungssichere biometrische Ausweisdokumente setzen technisch ausgereifte, überwindungssichere Systeme voraus. Die aber gibt es noch nicht, wie etwa die Ergebnisse der im Früh-

jahr 2004 vorgelegten Studie „BioP I“ im Falle der Gesichtserkennung zeigen.

Brisant ist das Thema Datenschutz: Noch immer fehlt ein zuverlässiger Verschlüsselungsstandard für die biometrischen Daten im Pass. Ohne Datensicherheit besteht aber die Gefahr, dass die biometrischen Merkmale im Pass unbemerkt gelesen und kopiert werden können. Auch gibt es technisch mittlerweile unbegrenzte Möglichkeiten, Datenbestände zu vernetzen, abzugleichen und zur direkten Identifizierung einzusetzen. Solchen Optionen hat der Deutsche Bundestag mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz von 2001 eine unmissverständliche Absage erteilt. Noch aber ist unklar, ob die EU-Innenminister die Ausgabe von Biometrie-Pässen nicht dazu nutzen werden, ein Europäisches Zentralregister der ausgestellten Pässe einzurichten. Entsprechende Überlegungen hat die EU-Kommission bereits angestellt. Der gläserne Bürger wäre dann endgültig Realität.

Sowohl die Europäische Union wie auch das Bundesinnenministerium hüllen sich in einen Mantel des Schweigens, wenn es um die Kosten von biometrischen Ausweisdokumenten geht. Das aus einem durchaus nachvollziehbaren Grund: Experten rechnen mit einmaligen Kosten in Höhe von bis zu 669 Millionen Euro. An laufenden Kosten sind pro Jahr über 600 Millionen Euro zu erwarten. Von den handelnden Personen unbeantwortet bleibt auch die Frage, wer diese Kosten eigentlich tragen soll: Der Bürger oder doch der Bundesfinanzminister mit seiner chronisch leeren Staatskasse? Für Chiphersteller wie Philips und Infineon, ebenso wie für die im November 2000 privatisierte Bundesdruckerei, winkt dagegen ein Milliardengeschäft.

Die Einführung von biometrischen Merkmalen in Ausweisdokumenten erfordert eine gesetzliche Grundlage des Deutschen Bundestages. So auch nachzulesen im Personalausweisgesetz und im Passgesetz, wo es jeweils heißt, dass die biometrischen Merkmale sowie die Modalitäten von Verschlüsselung, Speicherung und weiterer Nutzung

durch ein besonderes Bundesgesetz zu konkretisieren sind. Eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen, wenn es um Eingriffe in die Rechte der Bundesbürger geht.

Angesichts der jüngsten Entwicklung auf europäischer Ebene kann davon aber keine Rede mehr sein. Ende Oktober 2004 einigten sich die EU-Innenminister darauf, dass Pässe in spätestens drei Jahren einen Speicherchip mit digitalisiertem Foto und Fingerabdrücken enthalten müssen. Eine entsprechende EU-Verordnung soll noch im Jahr 2004 verabschiedet werden. Bei alledem wird das EU-Parlament nur konsultiert, Änderungen kann es gegenüber den EU-Innenministern nicht durchsetzen. Die EU-Verordnung wird in Deutschland unmittelbar gelten und absoluten Vorrang vor nationalem Recht haben. Bei der Frage von Biometrie in Pässen wird der Deutsche Bundestag also nichts mehr zu beschließen haben. Und bei Personalausweisen, die von der EU-Verordnung rechtlich nicht betroffen sind und eigentlich in die Hoheit der Mitgliedstaaten fallen? Hier gilt faktisch das gleiche. Denn schon allein aus technischen Gründen ist es kaum vorstellbar, dass andere Biometriemerkmale zum Einsatz kommen werden als in Pässen. Ungeachtet seiner formalen Zuständigkeit wird der Deutsche Bundestag also auch hier keinerlei Entscheidungsspielraum mehr verbleiben. Entsprechend optimistisch sind die Planungen des Bundesinnenministeriums: Bereits ab 2007 soll es die neuen Biometrie-Personalausweise in Deutschland geben, Pässe sogar schon ab Herbst 2005.

Die Frage nach der demokratischen Legitimation europäischer Rechtssetzung füllt ganze Lehrbücher und ist sicherlich mit wenigen Sätzen nicht zu beantworten. Das gilt aber ganz gewiss nicht für die Technical Advisory Committees der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO, in denen die technischen Biometriestandards verbindlich festgelegt werden. Deren demokratische Legitimation ist gleich Null. Im Übrigen spielt Datenschutz bei den ICAO-Verhandlungen keine Rolle, Industriepolitik bezeichnenderweise dagegen eine umso größere.

Das Grundgesetz geht vom Schutz des Bürgers vor dem Staat aus, nicht umgekehrt. Und die Freiheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht auf dem Altar vorgeblühter Terrorismusbekämpfung geopfert werden. Denn sonst wird eine Lebensgrundlage der Demokratie gegen die andere ausgespielt. Nicht die vorschnelle Einführung einer unausgereiften Technik ist gefragt, sondern eine transparente Abwägung von Kosten und Nutzen biometrischer Systeme. Das Thema Biometrie muss schleunigst raus aus den exklusiven Zirkeln von Regierungen, Industrie und Bürokratie und rein ins Parlament und in die breite Öffentlichkeit.

Zukunft der Wehrverfassung

Die SPD berät über die Zukunft der Bundeswehr

Von Niels Annen

Ungewöhnlich viel Interesse wurde der Fachtagung des SPD-Parteivorstands zuteil, auf der am 13. November über die Zukunft der Wehrpflicht diskutiert wurde. Bereits in den Tagen davor hatte sich eine engagierte Debatte innerhalb der Partei abgezeichnet. Sowohl für, als auch gegen die Abschaffung der Wehrpflicht wurden Aufrufe verbreitet und die Presse berichtete groß aufgemacht vom „Streit in der SPD“. Richtig ist: Dieser Streit ist ein notwendiger Streit in der Sache. Und richtig ist auch: von der bisherigen Form seiner Austragung kann die Partei nur profitieren.

Worum geht es nun in dieser Auseinandersetzung? In den vierzehn Jahren seit der deutschen Vereinigung haben sich die Anforderungen an die Bundeswehr dramatisch verändert. Der äußere Feind ist weggefallen und für die Streitkräfte geriet ihre ureigentliche Aufgabe, die Landesverteidigung, immer mehr zur Nebensache. Die Reform der Bundeswehr richtete die Truppe vor allem darauf aus, ihren Auftrag im Rahmen von internationalen Einsätzen erfüllen zu können. Die Armee wurde verkleinert und neu strukturiert. Für die Wehrpflicht hat dies zur Folge, dass in Zukunft pro Jahrgang nur noch 55.000 von etwa 415.000 jungen Männer ihren Dienst in der Bundeswehr versehen werden. Schon heute werden damit mehr Zivildienststellen besetzt als Plätze in der Bundeswehr.

Die Befürworter der Wehrpflicht, unter ihnen Bundesminister Struck, legen lediglich den Bedarf der Bundeswehr zugrunde und sprechen deshalb nicht von einem Gerechtigkeitsproblem. Zurecht hat jedoch Renate Schmidt auf der Konferenz darauf hingewiesen, dass der Koalitionsvertrag eine Gleichbehandlung von Soldaten und Zivildienstleistenden vorsehe. Davon, dass machte die Ministerin deutlich, kann keine Rede sein. Die sich abzeichnende Debatte innerhalb der SPD wird sich noch mit zwei anderen, zentralen Fragen befassen müssen: Die Nachwuchsgewinnung und die Verankerung der Armee in der Gesellschaft. Die Befürworter des bestehenden Systems sehen in der Wehr-

pflicht nicht zuletzt ein effektives Rekrutierungsinstrument. Dabei verweisen sie auf negative Erfahrungen der Länder, die sich von der allgemeinen Wehrpflicht verabschiedet haben. Aus Sicht der Bundeswehr ist dies eine durchaus einleuchtende Argumentation. Warum sollte man ein aus Sicht der Bundeswehr funktionierendes System auch abschaffen? Die Diskussion auf der Fachtagung hat jedoch deutlich gemacht, dass es einer politisch und verfassungsrechtlich überzeugenden Argumentation bedarf, um einen so einschneidenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte junger Männer zu rechtfertigen. Die Nachwuchsgewinnung gehört eindeutig nicht dazu. Dies wird auch in der Bevölkerung so gesehen. Eine aktuelle Umfrage des ZDF belegt, dass fast 60% der Befragten die Wehrpflicht ablehnen. Dem hohen Ansehen der Armee steht eine erodierende Akzeptanz der Wehrpflicht entgegen.

Das zweite, häufig wiederholte Argument für die Wehrpflicht lautet: nur so könne die Verankerung der Armee in der Gesellschaft erreicht und damit eine effektive demokratische Kontrolle der Streitkräfte sichergestellt werden. Schon aus der Geschichte der SPD ergibt sich, dass dieses Argument sehr ernst genommen werden muss. Aber im Gegensatz zu den Zeiten der Weimarer Republik, ist unsere Demokratie gefestigt. Heute zahlt sich aus, dass die Instrumente zur demokratischen Kontrolle der Bundeswehr, das Prinzip der Parlamentsarmee, die innere Führung, der Wehrbeauftragte, von der Sozialdemokratie stets gestärkt worden sind. Und auch das gehört zur Wahrheit dazu: 90% der rechtsradikalen Vorfälle bei der Bundeswehr werden von Wehrpflichtigen

begangen. Entscheidend für die demokratische Kontrolle und den Geist in der Armee ist die politische Führung und nicht die Wehrstruktur.

Nicht in allen Punkten wurde unter den Teilnehmern der Tagung im Berliner Willy-Brandt-Haus kontrovers diskutiert. So herrschte große Übereinstimmung im Podium über die „Zukunft des Zivildienstes und der sozialen Dienste“, dass der Ersatzdienst bei entsprechender Planungssicherheit ohne große Probleme abgeschafft werden könne. Die Ergebnisse der von Renate Schmidt eingesetzten Kommission, „Impulse für die Zivilgesellschaft“ wurden positiv aufgegriffen. So sollen vor allem die Bedingungen für freiwilliges soziales Engagement verbessert werden. Zur Zeit werden noch immer Bewerber für eine freiwilliges soziales Jahr abgewiesen, weil nicht genügend Stellen finanziert wer-



Niels Annen

den können. Gleichzeitig werden junge Menschen gezwungen, ihre Lebensplanung für die Bundeswehr umzuwerfen.

Auf einhellige Ablehnung stieß auch der Vorschlag des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Reinhold Robbe, eine allgemeine Dienstpflicht einzuführen. Freiwilliges Engagement, so lautet das Fazit, lässt sich nicht verordnen. Neben negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wurden auch verfassungsrechtliche Bedenken gegen einen neuen Zwangsdienst für Männer und Frauen laut.

Mit der Fachtagung zur Wehrstruktur ist die innerparteiliche Debatte eröffnet. Bereits im Vorfeld haben sich zahlreiche Gliederungen an der Diskussion beteiligt und wie z.B. die Jusos-Beschlüsse zur Bundeswehrreform gefasst. Die ausgesprochen sachliche und kenntnisreiche Debatte hat gezeigt, dass die Diskussionskultur in unserer Partei nicht unter die Räder gekommen ist. Die Äußerungen von Peter Struck, er werde auch dann Verteidigungsminister bleiben, sollte die SPD gegen ihn entscheiden, hat dazu nicht unwesentlich beigetragen. Der Verlauf der Diskussion in Berlin hat gezeigt, dass sich Peter Struck demnächst mit diesem Szenario wohl genauer auseinandersetzen muss.

Niels Annen, Mitglied im SPD-Parteivorstand und stellv. Vorsitzender des Forum DL21 e.V., lebt in Hamburg

Der nicht erklärte Wirtschaftskrieg

Wirtschaftsverfassung als Wettbewerbsinstrument

Von Michael Müller

Ein zentrales programmatisches Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Bewahrung und Modernisierung des „europäischen Gesellschaftsmodells“. Der Unschärfe des Begriffs sind wir uns durchaus bewusst, denn es gibt viele unterschiedliche Ausprägungen schon in der EU, kerneuropäische, skandinavische, britische, mediterrane, ganz zu schweigen von den osteuropäischen Ländern. Entscheidend sind aber gemeinsame Mentalitäten und historische Erfahrungen, weil in Europa sehr viel stärker als anderswo die Idee der sozialen Gesellschaft im Zentrum steht. Dieses Modell muss sich heute, unter den Bedingungen der Globalisierung, neu behaupten.

Dabei geht es heute nicht nur um die Auseinandersetzung zwischen zwei unterschiedlichen Modellen – dem post-liberalen Kapitalismus anglo-amerikanischer Prägung und dem der sozialen Demokratie, sondern auch um eine harte Machtausgleichung. Politisch und wirtschaftlich führende Staaten haben immer wieder versucht, ihre Führungsposition jeweils dadurch zu festigen, dass sie ihren Konkurrenten die für sie günstigsten Institutionen oktroyieren. Das bekannteste Beispiel ist die Forcierung des Freihandels durch Großbritannien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Heute folgt die anglo-amerikanische Unternehmens- und Wirtschaftspolitik diesem historischen Muster, um die eigene Vorherrschaft zu sichern. Die Sorge um die amerikanische Dominanz ist berechtigt, denn es gibt nicht nur neue starke Konkurrenten, sondern auch wachsende innere Widersprüche in den USA: Leistungsbilanzdefizit, Verschuldung der Haushalte, „overextension“ bei den Rüstungsausgaben.

In dieser, durch die Globalisierung sehr zugespitzten Auseinandersetzung wird das „europäische Gesellschaftsmodell“ aus unterschiedlichen Gründen massiv unter Druck gesetzt. Erstens birgt der Druck zur Umstellung auf das anglo-amerikanische System, bzw. eine Anpassung daran erheb-

liche Konkurrenz Nachteile und erzeugt erhebliche Spannungen zu anderen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wie soziale Gerechtigkeit oder ökologische Verträglichkeit, auch zu der demokratischen Verfassung einer Gesellschaft.

Zweitens tendiert die Globalisierung zu weltweiter Kompatibilisierung der Institutionen. Die USA sehen in diesem Anpassungsdruck ihre größte und wahrscheinlich auch letzte Chance auf eine weltweite Oktroyierung ihres Systems. Die EU, ökonomisch gleich stark, ist dennoch schwächer, weil sie noch im Vereinheitlichungsprozess ist und Nationalegoismen die Einigung erschweren. Die Stärke des US-Modells ist die Schwäche der EU.

Die Bedeutung des globalen Institutionengefüges wird am Beispiel des Kapitalmarktes deutlich. Die USA haben den Kapitalmarkt im Griff, nicht aber die europäischen Banken. Deshalb drängen sie – unterstützt von den internationalen Finanzinstitutionen – auf eine generelle Umstellung von Kreditfinanzierung auf Kapitalmarktfinanzierung. Diese Anpassung geht weit über finanztechnische Fragen hinaus. Dadurch wächst die Dominanz des US-Kapitalmarktes, der amerikanischen Finanzanalysten sowie entsprechender Vorgaben und Vorschriften. Die Konsequenzen sind:

- Generelle Forcierung des post-liberalen Marktmodells;
- Kapital- und Aktienmarkt als zentrales Steuerungsinstrument der gesamten Wirtschaft;
- Vorrang der Aktionärsinteressen;
- Umstellung der Altersvorsorge auf private Kapitalstockdeckungsverfahren;
- Effizienz vor gerechter Verteilung;
- Flexibilität vor Kontinuität, Vertrauen und Arbeitnehmerschutz;
- Exzessive Patentierungsvorschriften;
- Konzentration wirtschaftlicher Macht.

Letztlich geht es in diesem unerklärten Wirtschaftskrieg um zwei miteinander konkurrierende Lösungsansätze, die auf tief greifenden Differenzen in Mentalität, Kultur und

Werthaltungen beruhen. In den USA dominiert die Orientierung auf Markt und Individuum, in Europa stärker auf Gesellschaft und Gestaltung.

Steuerung der Wirtschaft durch den Kapitalmarkt oder Unternehmen?

Der wichtigste Unterschied liegt in der zentralen Steuerungsfunktion des Kapitalmarktes im amerikanischen System, dem sich die gesamte Wirtschaft unterwerfen muss. Im Vergleich zum Finanzmanager spielt dort der Unternehmer eine eher untergeordnete Rolle. Das System ist auf die kurzfristige Ertragsmaximierung ausgerichtet. Das System muss durch den Zwang zu kurzfristigen Dispositionen laufend Erfolge nachweisen. Das Durchhalten von strategischen Optionen und von Innovationen ist vor allem für börsennotierte Kapitalgesellschaften erheblich erschwert. Daraus ergibt sich eine Rollenteilung in den USA, denn ein florierender Venture-capital-Sektor eröffnet kleineren Unternehmen die Voraussetzungen für längerfristige Entwicklungsarbeiten, deren Ergebnisse dann vielfach von den großen Multis aufgekauft werden.

Daneben spielt vor allem der „schmutzige Keynesianismus“ eine strategische Rolle, also die Ankurbelung der Wirtschaft über Rüstung und die Entschuldung über Kriege. Auf die USA entfallen rund 40 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Nirgendwo sonst ist die Verzahnung zwischen Staat und Wirtschaft so eng.

Im europäischen System spielt diese Form der Finanzierung eine deutlich geringere Rolle. Unternehmen versuchen ihre Investitionen möglichst selbst zu finanzieren, um in ihrem Entscheidungsspielraum wenig eingeengt zu werden. Die Steuerung liegt stärker beim Unternehmer, der allerdings aus einem Mangel an Selbstfinanzierungsmitteln zu wenig investiert. Die Mobilität des Kapitals ist geringer.

Steuerung durch Manager oder Aufsichtsrat?

Der Spielraum der Manager ist im amerikanischen System deutlich größer. Deshalb wurden Formen entwickelt, die den Missbrauch dieser Freiheit gegenüber den Interessen der Aktionäre verhindert. Insbesondere durch Gewinnbeteiligung der Manager, vor allem durch Aktienoptionen, Kontrolle durch Börsenvorschriften und Finanzanalysten sowie „market for corporate control“, also einem System der Selbstkontrolle zwischen den unterschiedlichen Unternehmen.

Keine dieser Maßnahmen funktioniert unproblematisch, wie zahlreiche Beispiele zeigen. Die Folgen sind Selbstbedienungsmentalität, Hang zur Kurzfristigkeit und Verdrängungskonzentration.

Dagegen haben in der europäischen Unternehmensverfassung der Eigentümer und

der Aufsichtsrat eine stärkere Stellung, die allerdings bisweilen auf Kosten von Minderheiten gehen kann.

Short terminism versus Tradition und Berechenbarkeit

Die Eigentümerstruktur und starke Stellung des Kapitalmarktes erzwingen kurzfristige Erfolge zulasten der Substanzerhaltung und -erneuerung: pension funds müssen Aktiva verkaufen, die Ertragsvorgaben nicht erfüllen; mutual funds müssen nach den Federal Regulations und nach dem National Tax Code Anlagen breit streuen, können nur in Ausnahmefällen strategisch operieren; Finanzanalysten müssen sich an den Interessen ihrer Klienten orientieren, ihr Erfolg wird nach kurzfristigen Kriterien bewertet. Die Manager der Firmen wie der divisions müssen vierteljährliche Berichte vorlegen, in denen der return on investments das entscheidende Kriterium ist, nicht dagegen Innovationen und Investitionen in Erneuerung. Fünfjährige Perspektiven können allenfalls am Rande Berücksichtigung finden. Fondsmanager, die nicht innerhalb eines Jahres Erfolge bringen, verlieren ihren Job. Die Bezahlung der Manager richtet sich in der Regel am jährlichen Gewinn aus. Hier sind die Unterschiede zum europäischen Modell besonders deutlich, das sehr viel stärker auf gewachsene Strukturen, auf Berechenbarkeit und „Planungssicherheit“ setzt. Im Kern ist es eine Auseinandersetzung zwischen dem produktiven und dem „Casino-Kapitalismus“.

Flexibilität und Effizienz versus Interessenausgleich

Der Zwang zur Kurzfristigkeit führt zu einer hohen Flexibilität. Produktion und Beschäftigung müssen sich rasch der jeweiligen Auftragslage anpassen, in Produkte der kurzfristigen Mode. Die Folgen sind Outsourcing, kurzfristige Arbeits- und Lieferverträge, Handel mit Firmenteilen, Verkauf nicht benötigter, Ankauf benötigter Kapazitäten.

Das Beschäftigungsmodell beruht auf kurzfristigen Bindungen – und damit auch auf einer geringen Firmenbindung, weiter gelockert durch häufige Firmenwechsel. Das aber widerspricht dem vorgegebenen Organisationsmodell der dezentralisierten Verantwortung, der Verringerung der Hierarchie und der Zusammenarbeit funktionaler Gruppen. Teamarbeit erfordert Teamgeist und Kooperationsbereitschaft, was mit dem Menschenbild des Egoismus getriebenen McKinsey-Einzelkämpfers nur schwer vereinbar ist. Das aber bildet die Basis des US-Modells.

Nach verbreiteter Ansicht leidet das europäische Modell durch vielfältige Regulierungsformen an einem Mangel an Flexibilität. Der flexible Mensch ist das Leitbild des US-Kapitalismus, während die europäische Kultur,

geprägt durch einen Jahrhunderte langen Konflikt um eine soziale Zivilisierung des Kapitalismus, sehr viel stärker auf die Idee der Gesellschaft ausgerichtet ist. Die Regulierungsformen sollen den Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit ermöglichen, was sie lange Zeit auch erfolgreich getan haben. Doch die Erfolge sind schleichend erodiert, weil es nicht zu einer Fortentwicklung des fordistisch-keynesianischen Sozialvertrages gekommen ist. Zugleich fehlte von daher die (west-) europäische Stärke, sich gegen die Flexibilisierung durchzusetzen. Zweifellos hat das europäische Modell einen erheblichen Modernisierungsbedarf, aber der ist nicht durch eine Anpassung an die amerikanischen Institutionen zu erreichen. Auch die Übernahme von Teilelementen kann kein Weg sein. In vielfacher Hinsicht sind die Erfolgsaussichten bei einer Weiterentwicklung sehr viel günstiger zu bewerten. Das muss der gemeinsame europäische Weg sein, um sich in der Globalisierung behaupten zu können.

Von daher stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen eine Stärkung und Neubelebung möglich wird, die nicht voluntaristisch ist, sondern an realen Entwicklungstendenzen anknüpft. Drei Aspekte sind hierbei von besonderem Interesse:

Erstens: Die heraufziehende Wissensökonomie, also die immer stärker Wissen gestützten Formen von Produktion und Dienstleistung, führen zwangsläufig zu einer „Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft“ und zu einer Aufwertung des Faktors Arbeit im wirtschaftlichen Prozess. Nicht mehr das kapitalmarktorientierte Management ist entscheidend, sondern die Nutzung der knappen Ressourcen Wissen, Ideen und Innovationen. Das ist der entscheidende Knappheitsfaktor der Zukunft, der das europäische Modell stärken kann. Hier ist das europäische Modell deutlich besser ausgerichtet als die post-liberale Unternehmens- und Wirtschaftsverfassung der USA.

Zweitens: Die Massenproduktion schlägt unter den Bedingungen der globalen Konkurrenz um von einem Fortschritts- in ein Dumping- und Verdrängungsmodell. Es ist nicht mehr ein unzweifelhafter Träger von Wohlstand und Beschäftigung. Doch heute ist eine Alternative möglich, die durch eine intelligente Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnet wird, flexible und qualitativ höher stehende Lösungen, die spezifisch auf die jeweiligen Anfor-

derungen ausgerichtet sind. Sie führen zu einer Neubewertung handwerklicher Fähigkeiten und zu einer Ausweitung produktionsorientierter Dienstleistungen – von high tech zu high knowledge. Auch hier hat Europa durch die Verbindung von Breite und Qualität in Bildung und Forschung gute Chancen. *Drittens:* Besondere Bedeutung wird angesichts des knappen Faktors Umwelt und Ressourcen eine Effizienzrevolution bei Energie und Rohstoffen bekommen. Es ist ein Zeichen der Einfallslosigkeit der traditionellen Wirtschaftswissenschaft, dass sie nur den Faktor Arbeit sieht, wenn es um Einsparen und Produktivitätssteigerungen geht. Tatsächlich aber macht die physische Seite der Produktion, also der Materialdurchlauf, nicht nur die höchste Kostenbelastung aus, sie eröffnet auch die größten Modernisierungschancen, denn hier liegt ein ungehobener Schatz.

Hinzu kommt der ökologische und ökonomische Zwang, die Ressourcenwirtschaft neu zu ordnen. Das alte Dual-System, die Spaltung der Welt zwischen Nord und Süd, lässt sich angesichts der nachholenden Industrialisierung großen Entwicklungs- und Schwellenländer nicht mehr durchhalten. Es würde nicht nur in eine ökologische Katastrophe führen, sondern auch in gewalttätige Verteilungskonflikte um die knapper werdenden Ressourcen.

Hier ist die ökologische Modernisierung, bei der die Europäer deutliche Vorteile haben, eine große Chance zum Schutz der natürlichen Lebens-

Charakteristika der unterschiedlichen Modelle

	United States	Deutschland
Dominierende Ideologie	Free enterprise liberalism	Sozialpartnerschaft
Politische Institutionen	Liberal democracy divided government Interest group liberalism	soziale Marktwirtschaft Bürokratie korporatistische Faktoren
Wirtschaftliche Institutionen	Decentralised open markets unconcentrated fluid capitals markets	gestaltete Märkte bankgesteuerter Kapitalmarkt

grundlagen, zur Sicherung von Wettbewerbsvorteilen und zur Erschließung neuer Märkte. Auf keinem anderen Feld sind die Erwartungen an Europa so groß. Nirgendwo anders haben sich die USA so sehr in ein Abseits begeben – Beispiel Klimaschutz und Kyoto-Vertrag.

Diese Strategie der Requalifizierung von Arbeit und Wirtschaft braucht ein programmatisches Dach, das die große Idee der Nachhaltigkeit liefert. Ihr Kern ist eine Neuordnung von Zeit und Raum im Sinne einer qualitativen und langfristigen Gestaltung. Das ist die Idee, die eine Alternative zur entfesselten Globalisierung eröffnet. Eine Perspektive, die von der Europäischen Union entwickelt werden muss, und in der Deutschland eine Pionierrolle einnehmen kann. Deshalb müssen wir über 2006 hinaus denken und endlich die Chancen der Globalisierung annehmen und nutzen.

Made in Germany '21.

Oder: Richtige Zahlen, falsche Analysen und Fassbrause für alle.

Von Hans-Joachim Olczyk

Der Sammelband „Made in Germany 21“ wurde und wird in den letzten Wochen aufwendig und vollmundig angekündigt: „48 AutorInnen, ein Thema: Innovation in Deutschland. Im Hamburger Hoffmann & Campe Verlag ist im Sommer der Sammelband „Made in Germany '21“ (herausgegeben von Kanzleramtsminister und dem ehem. SPD-Bundesgeschäftsführer Matthias Machnig) erschienen, der Deutschlands Zukunftsfähigkeit unter die Lupe nimmt.“ Oder: „Made in Germany '21“ ist ein Manifest für die technologische, soziale und kulturelle Erneuerung Deutschlands.“ – heisst es: Ein Manifest mit Analysen? Ein Manifest der Kritik? Ein Manifest?

Starke Worte. Aber nach dem Aufschlagen des Sammelbandes überkommt einen die Langeweile. Woran liegt's? Sind die Beiträge aus der letzten Tagung wiederaufgewärmt? Sind sie eine Zusammenstellung aus den Worten zum Sonntag der Gäste in der Sabine-Christiansen-Show? Fehlt der Bezug auf die aktuelle Debatte um Hartz IV?

Die mangelnde Sachkenntnis der einzelnen AutorInnen ist nicht die Ursache für das geistige Gähnen beim Lesen. Auch nicht die lexikale Schreibweise vieler Beiträge: Auch nicht die Tatsache, dass manche Texte eher wie Versatzstücke von Instituts-Homepages daherkommen. Trotz der vielen Informationen zu einzelnen Sachgebieten und der zum Weiterlesen dann hilfreichen Literaturliste.

Es fehlt das konsequente Weiterdenken. So Rolf G. Heinze: „Das Kernproblem des deutschen Wohlfahrtsstaates liegt nach wie vor darin, dass in der Bundesrepublik zu wenig Arbeitsplätze vorhanden sind und das reale Wachstum an Arbeitsplätzen hinter vergleichbaren Ländern zurückbleibt.“ (Heinze, S. 565) Interessant, könnte man denken – um dann doch nur wieder mit dem erdrückenden Wissen um die Fakten in anderen Ländern und die Lage in Deutschland genervt zu werden: Was konkret getan werden müsste, um die Feststellung des „Kernproblems“ anzuge-

hen, erfahren wir nur verquast und indirekt.

Verquast und indirekt, weil sich niemand traut, das zu (be-)schreiben, was hinter allem steht: Die reale Politik, die im Sammelband ihre geistige Reproduktion sucht und findet, ist doch, dass bei den unteren Schichten der Lohnabhängigen die soziale Sicherheit zurückgeschnitten wird. Dies führt selbst bei jenen besser situierten ArbeitnehmerInnen zu großer Verunsicherung – auch die Fluchtmöglichkeiten in private Absicherungsformen (kapitalgedeckte Versicherungen und Vermögensanlage) helfen da nur wenig.

Dies hätte das zentrale Thema des Sammelbandes sein können: Wie sieht das Leben konkret aus, wenn die gedachten und beschriebenen Entwicklungswege die Menschen erreichen. Matthias Machnig deutet es an: „In den nächsten Jahren werden wir auf marktwirtschaftlicher Grundlage ein Comeback des wirtschaftlich gestaltenden Staates in einer neuen, intelligenteren Form erleben.“ (Machnig, S. 32) Und: „Die gegenwärtigen Sozialreformen werden von den Zielsetzungen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie der Lohnnebenkostenentlastung der Unternehmen geleitet. Dies sind zweifelsohne wichtige Rahmenbedingungen. Den Sozialstaat auf die Anforderungen der Wissensgesellschaft auszurichten, heißt aber in erster Linie, Selbständigkeit und Eigenverantwortung zu stärken. Kerngedanke eines aktivierenden Sozialstaates ist es, die Menschen zur eigenständigen Gestaltung der Biographie zu befähigen. Dies bedeutet, überholte Sicherheiten infrage zu stellen, aber auch, unter den Flexibilitätsanforderungen der Wissensgesellschaft neue Sicherheiten zu bieten. Das Leitbild des männlichen Beschäftigten im Normalarbeitsverhältnis und die Möglichkeit der Nachahmung von Biografien der eigenen Eltern verlieren an Gültigkeit. Die Lebensführung von flexiblen Wissensarbeitern und ihrer Familien ist eine andere als die von Arbeiter- und Beamtenfamilien der Nachkriegszeit. Das Stichwort „Flexicurity“ deutet an, in welche Richtung sich ein in-



Hans-Joachim Olczyk

novationsorientierter Sozialstaat bewegen muss.“ (Machnig, S. 38)

Die Botschaft ist dabei klar und deutlich: Fassbrause für alle hat Machnig mal gefordert. „Die Agenda 2010 kann zwar mittelfristig entlastende Effekte für die Sozialkassen haben und Wachstum stimulieren, eine Lösung der Probleme dieses Landes wird sie nicht bringen.“ (Machnig, Aufforderung zur Häutung, 2003). Die Agenda 2010 mit ihren Streichungen und Kürzungen will gar nicht den Bundeshaushalt sanieren. Sondern die Haltung der Menschen verändern; ihnen signalisieren: Hilf' Dir selbst. Genau dies macht die Lebens- und Realitätsferne der derzeitigen Regierungspolitik ja aus: Es gibt den Glauben an eine Änderung der ökonomischen Basis, wenn sich in den Köpfen der Menschen erstmal ein neues Leitbild durchgesetzt haben wird. Wirtschaftspolitik? Strukturpolitik? Investitionen? Nicht nötig. Kommt alles von selbst. Erstmals die Innovation in den Köpfen. Der Rest entwickelt sich dann schon. Bis dahin braucht Politik nur die Veränderung der Wirklichkeit zu beschreiben – und sich darauf beschränken, das „Vermittlungsproblem“ zu lösen. Denn die Menschen sollen einfach nur begreifen, dass sie sich jetzt von „überholten Sicherheiten“ verabschieden sollen.

Dazu Weidenfeller: „Innovation muss dabei mehr sein als ein ideologisch besetzter Kampfbegriff oder ein seelenloses politisches Programm. Innovation muss zur geistigen Orientierung werden und darf nicht Furcht oder Lähmung auslösen. Viele neue Studien zeigen hierbei auf: Deutschland ist führend bei den Ängsten seiner Einwohner. Das müssen wir durchbrechen. Wir brauchen eine positive Lebensphilosophie, etwas Neues zu wagen und zu schaffen.“ (Weidenfeller, S. 85.)

Der Tipp des Sammelbandes lautet also: Habe keine Angst – alles wird gut. Angst ist aber keine individuelle psychologische Kategorie, die sich wegdiskutieren lässt. Angst wird nicht die Basis sein für Innovation – produktive Individualität braucht eine solidarische Regelung von sozialer Sicherheit und Bildung. Es ist falsch anzunehmen, eine qualitativ höhere Stufe der Eigenverantwortung für sich und zu erneuernde gesellschaftliche Strukturen wäre zu erreichen, indem man die bisherigen Formen der sozialen Sicherheit einfach abschafft.

Die Renaissance der Industriepolitik

Hintergrund der Wiederentdeckung eines fast schon verschwundenen Begriffs ist die wohl nicht ganz falsche Einsicht, dass die Diskussion um den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft in den vergangenen Jahren zu eindimensional geführt worden ist. Man folgt nun der Erkenntnis, dass gerade der steigende Anteil der industrienahen Dienstleistungen zum einen Outsourcing-Effekten geschuldet und zum anderen natürlichen einen industriellen Kern für ein stabiles Wachstum benötigt. Gerade die Auseinandersetzung um das Opel-Werk in Bochum hat den handelnden Personen wohl noch einmal plastisch vor Augen geführt, was der Verlust klassischer Industriezweige für Arbeit und Beschäftigung und damit für die wirtschaftliche Entwicklung weiter Teile des Landes bedeuten würde. So würde z.B. der Verlust von Chemie- und Automobilindustrie in seiner dramatischen Wirkung dem Rückgang der Montanindustrie im Ruhrgebiet in nichts nachstehen.

Wachstum ist möglich

Wenn wir den Blick in die europäischen Nachbarstaaten, über den Atlantik oder gar den Pazifik richten, stellen wir fest, dass Wachstumsraten deutlich über der deutschen Quote von ca. 1,4 % offensichtlich doch möglich sind. Warum klappt das in Deutschland nicht?

Ein Grund scheint offensichtlich: seit Ende der 1980er Jahre leidet die deutsche Wirtschaft unter einer andauernden Binnenmarktschwäche, die durch die einheitsbedingte Konjunktur zu Beginn der 1990er Jahre und der new-economy-Blase in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nur verdeckt wurde. Neben der deutlichen Kaufzurückhaltung im privaten Konsum führen die jedes Jahr den öffentlichen Haushalten auferlegten Sparprogramme zu einer Strangulation auch der öffentlichen Nachfrage. Statt aber der hinter den Erwartungen zurückbleibenden Binnennachfrage auf die Sprünge zu helfen, findet eine öffentliche Debatte statt, die weiteres Sparen und „Maßhalten“ (natürlich der abhängig Beschäftigten und der Öffentlichen Haushalte) fordert und manche obskure und widersinnige Idee gebiert: Streichung von Feiertagen, PINKEL- und Teepausen etwa, die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit, die Kürzung von Löhnen und Gehältern, etc., die aber weder Wachstum noch Beschäftigung bringen, dafür aber um so mehr zur Demotivation der Beschäftigten



und Depression der gesellschaftlichen Gemütslage führen. Alle diese Maßnahmen führen zu weiterem Arbeitsplatzabbau, wenn bei gleichbleibender Produktivität und konstanter Nachfrage die gleiche Produktionsmenge in längerer Gesamtproduktionszeit erstellt werden kann. Aufgrund der gestiegenen physischen und psychischen Belastung der Beschäftigten besteht die Gefahr, dass Produktivität und Qualität der Produkte leiden. Das weitere Schwingen der Produktivitätspeitsche verkehrt sich daher in sein Gegenteil.

Unvollendeter Strukturwandel

Auch wenn wir an dieser Stelle die Notwendigkeit betonen die Binnenmarktnachfrage zu entwickeln, wollen wir aber nicht verkennen, dass auch die bundesdeutsche Wirtschaft sich strukturellen Veränderungen stellen muss, die wachstumsrelevant sind. Thomas Westphal hat in unserem Schwerpunktheft „Innovativer Kapitalismus“ im Sommer 1998 drei Faktoren benannt, die in unterschiedlichem Maße auch heute noch einer Auflösung harren: Zunächst müssen wir die Stagnation ehemaliger dynamischer Massenmärkte feststellen (nicht nur bedingt durch die Reallohnverzichte und Einsparungen der öffentlichen Haushalte, sondern weitgehend aufgrund von Marktsättigung), des Weiteren hat sich aufgrund des Abbaus von Handelshemmnissen im Rahmen von EU- und GATT-Verhandlungen aber auch durch die erheblichen Konzentrationsprozesse der internationale Verdrängungswettbewerb forciert. Schließlich haben sich neue Formen der Arbeitsorganisation herausgebildet, die sowohl den Produktions- als auch den Managementsektor erheblich verändert

haben (s. zu den strukturellen Veränderungen insgesamt auch Dörre/Röttger in spw 135).

Die Frage von Wachstum und Beschäftigung hängt also nicht allein davon ab, in wie weit die Binnenmarktnachfrage gestärkt werden muss, sondern auch, ob es gelingt, diesen dreifachen Strukturwandel wachstums- und beschäftigungsorientiert zu bewältigen. Dies erfordert den gestaltenden Eingriff gesellschaftlicher Institutionen in die Verwertungsbedingungen.

Die Debatte darüber hat Tradition in spw. Dabei hat sich ein Wandel hinsichtlich der Akteure und der an sie gerichteten Erwartungen vollzogen. Spielten in den „Herforder Thesen“ die Verflechtung von Staat und Kapital als Stamokap und Fragen der Sozialisierung insbesondere der Schlüsselindustrien eine bedeutende Rolle, wurde mit den 53-Thesen die Rolle des Staates eher als die eines Pioniers beschrieben, der nicht ausschließlich das Kapitalverwertungskalkül bedient, sondern dort mit Investitionen und Steuerungsleistungen eintritt, wo zum Beispiel zukunftsgerichtete Felder für Wachstum und Beschäftigung gesichert oder erschlossen werden sollen. Die enormen Umstrukturierungs- und Deindustrialisierungsprozesse im Gefolge des Niedergangs der Kernindustrieanlagen in Westdeutschland in den 1980er Jahren einerseits und in Ostdeutschland nach der Vereinigung andererseits machten augenfällig, dass Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit immer stärker über die betriebliche und branchenbezogenen Interessensvertretung hinaus das Engagement für das lokale und regionale Umfeld erforderte. In den 1990er Jahren haben wir uns daher intensiv mit Problemen und Möglichkeiten regionaler Strukturpolitik auseinandergesetzt, und den Fokus gesellschaftlicher Eingriffe auf regionale und auch lokale Akteure ausgeweitet. In einem gemeinsamen Dialog mit radikalreformerischen Kräften entstanden hieraus eine Reihe von konkreten Reformvorschlägen (vgl. cross-

Reinhold Rünker, lebt und arbeitet als Organisationsberater in Leichlingen, Mitglied der spw-Redaktion

Alexander Bercht, studiert BWL sowie Politikwissenschaft, er ist Juso-Landesvorsitzender in NRW und lebt in Münster

sover (Hrsg.), Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2000).

Innovation und Gerechtigkeit

Unter dem Motto „Innovation und Gerechtigkeit“ hatte die SPD 1998 ihren bundespolitischen Gestaltungsanspruch erhoben. Die Linke hat diesen Slogan seinerzeit kritisch betrachtet, nicht weil sie etwas gegen Innovationen und schon gar nichts gegen Gerechtigkeit hatte. Der kritikwürdige Punkt schien jedoch darin zu liegen, dass die Begrifflichkeiten einer globalisierungsunkritischen und allein marktorientierten Umdeutung unterzogen werden sollten. Einer derart verkürzten (oder besser gesagt „verbogenen“) Deutung haben wir entgegen gesetzt, dass Innovation neben den notwendigen technischen Neuerungen und Verbesserungen auch einen gesellschaftlich-inhaltlichen Impetus haben müssen und an inhaltlichen Kriterien wie der Durchsetzung einer sozialen und ökologischen Entwicklung sowie der Emanzipation der Menschen orientiert sein müssen.

Wenn also heute wieder eine Debatte über Innovation und Gerechtigkeit beginnt, so verweisen wir erneut darauf, dass nicht alles innovativ und gerecht ist, nur weil es der Gewinnmaximierung dient. Die Nachhaltigkeit von Innovationen sowohl in ökologischer als auch sozialer Hinsicht, wie es u.a. in unserem Schwerpunkt „Nachhaltigkeit als Reformprinzip“ (spw 126, 4/2002) oder aber auch von Hermann Scheer in seinen ausgewählten Wachstumsfeldern (vgl. spw 129, 1/2003) formulierte, ist notwendige Bedingung sozialdemokratischer Industriepolitik, wenn sie nicht zum ökonomischen Placebo der politischen Hilflosigkeit reduziert werden will.

Politik für Arbeit

Erst die Verbindung mit einer klaren sozialpolitischen Flankierung erleichtert die Initiierung und Durchführung strukturpolitischer Veränderungsprozesse. Die Debatte der letzten Monate um die Reformen am Arbeitsmarkt folgte jedoch genau der gegenteiligen Logik. Wer sich jedoch von Hartz IV bedroht sieht wird nicht zu einem Träger und Befürworter von Innovationsprozessen in seiner Region werden. Gerade durch die Auswahl arbeitsmarktpolitischer Instrumente muss deutlich gemacht werden, dass allen eine Perspektive im ersten Arbeitsmarkt gegeben werden soll. Aber genau diese Perspektive wird durch das Vertrauen auf 1-Euro-Jobs nicht gegeben. Daher wäre es fatal zukünftig einseitig auf dieses Instrument zu vertrauen. Vielmehr kommt es darauf an, umfassende Integrationsstrategien in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu entwickeln. Bei der Ausgestaltung der Integrationsleistungen für Arbeitssuchende nach dem neuen SGB II ist es daher wichtig, alle erforderlichen

Leistungen aktiver Arbeitsmarktpolitik vorzuhalten, um den unterschiedlichen Problemlagen der Menschen gerecht zu werden. Öffentlich geförderte Arbeitsgelegenheiten können daher nur ein Baustein der Arbeitsmarktpolitik sein, wenn eine direkte Vermittlung, eine Qualifizierung oder Trainingsmaßnahme in einem Betrieb nicht möglich ist. Zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeitsgelegenheiten dürfen nicht zur arbeitsmarktpolitischen „Sackgasse“ werden, sondern müssen Sprungbrett zu Integration in den ersten Arbeitsmarkt sein. Sie können daher nur ein Baustein einer individuellen Integrationsplanung sein. Dazu müssen sie zum einen so wirtschaftsnah wie möglich angeboten werden, zum anderen mit weiteren Integrationsmaßnahmen – insbesondere Qualifizierung – verbunden werden. Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt muss Vorrang haben vor einem Verbleib in der Arbeitsmaßnahme. Vorübergehende geringfügige und dequalifizierende Beschäftigungen dürfen nicht zum Verzicht auf geeignete, aber eventuell aufwändigere Eingliederungsinstrumente führen.

Ein Fragezeichen muss formuliert werden in Bezug auf die qualitative Entwicklung der Arbeitsplatzsituation im Rahmen des Übergangs von industriellen zu verstärkt dienstleistungsorientierten Branchen. Ein aktuelles Problem ist zum Beispiel dadurch gekennzeichnet, dass verstärkt auf Mini- und Midijobs mit geringen Qualifikationsanforderungen gesetzt wird. Einher geht dieses Wachstum prekärer Beschäftigungsverhältnisse mit einem Verlust an Kaufkraft in der Region mit den entsprechenden Auswirkungen auf andere Wirtschaftszweige wie z.B. den Einzelhandel. Ein weiterer negativer Aspekt dieser De-Qualifizierungsstrategie besteht darin, dass die Bindungswirkung der entsprechenden Unternehmen an eine bestimmte Region abnimmt bzw. nicht mehr gegeben ist.

Die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft hängt aber nicht zuletzt davon ab, inwieweit sie auf gut ausgebildete Fachkräfte zurückgreifen kann. Doch gerade im Bereich der beruflichen Ausbildung stellt sich die Situation problematisch dar. Mit dem Verlust der Arbeitsplätze im Rahmen des Strukturwandels ging auch ein entsprechender Rückgang an Ausbildungsplätzen einher. Allein in Nordrhein-Westfalen werden in diesem Jahr voraussichtlich wieder über 9000 Jugendliche unversorgt bleiben. Mit dem seit den 90er Jahren praktizierten Ausbildungskonsens lieferte NRW das Vorbild für den auf Bundesebene vereinbarten Ausbildungspakt. Die zentralen Schwächen dieses Instruments lassen sich nun auch bundesweit feststellen. Zum einen fehlt es den Vertragspartnern auf der Seite der Arbeitgeber an Durchsetzungsfähigkeit- und Möglichkeit auf ihre Mitgliedsunterneh-

men, um gegen die mangelnde Ausbildungsbereitschaft vieler Unternehmen wirksam vorzugehen. Dennoch werden alle Beteiligten sowohl Ausbildungskonsens – wie in der Vergangenheit in NRW – als auch den aus Bundesebene geschlossenen Ausbildungspakt als Erfolg bewerten. Formal werden sie das vielleicht sogar zu Recht behaupten können. Erklärtes Ziel von Ausbildungskonsens und Ausbildungspakt sind nämlich nicht die Lösung des bestehenden Gesamtproblems, alle Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen, sondern die Erfüllung selbst gesteckter Zielzahlen an Praktika und neuen – nicht zusätzlichen – Ausbildungsplätzen. Diese sind jedoch nicht dazu geeignet, die bestehende Lücke bei den Ausbildungsplätzen zu schließen. Dies beweist, dass ein allein auf Freiwilligkeit setzendes Instrument zu keiner befriedigenden Lösung führt.

*

Wir dokumentieren in diesem Schwerpunkt Beiträge der Jahrestagung des Forum DL21 vom 06. November „Eckpunkte linker Reformpolitik“ (s. auch den Bericht von Joachim Schuster in diesem Heft auf S. 4) sowie einer gemeinsamen Tagung von Jusos NRW und spw am 13./14. November mit dem Titel „Wachstum ist möglich!“. Staatsminister Wolfram Kuschke stellt die Erfahrungen aus dem Strukturwandel sowie die aktuellen Maßnahmen vor. Klaus Dörre berichtet über die Ergebnisse einer vergleichenden Studie, die sein Forschungsinstitut in den vergangenen Jahren in drei Regionen durchgeführt hat, die ihren Strukturwandel durch Instrumente regionaler Strukturpolitik zu bewältigen suchten. Im Vortrag, den Jan Priewe auf der DL21-Jahrestagung gehalten hat, wird die Frage diskutiert, in wie weit es für Marktwirtschaften ökologische Grenzen des Wirtschaftswachstums gibt. Konkrete Felder innovativer Politik werden in den folgenden Beiträgen behandelt: Horst Vöge stellt die Gesundheits- und Seniorenwirtschaft als möglichen Motor des Strukturwandels dar, Marco Bülow und Holger Wallbaum beleuchten unterschiedliche Aspekte ökologisch sinnvoller Innovationen. Hermann Nehls und Hans Ulrich Nordhaus stellen die Notwendigkeit von Weiterbildung heraus und machen konkrete Vorschläge für politische Initiativen.

spw 6 / 2004

Literatur:

- Klaus Dörre, Bernd Röttger, Das neue Marktregime, in: spw 135 (2004), S. 25-33
 Uwe Kremer, Comback des Staates, in: spw 65 (1992), S. 20-24
 Uwe Kremer, Benjamin Mikfeld: Regionalwirtschaft und strukturpolitische Doppelstrategie, in: crossover (Hrsg.) Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2000, S. 14-43
 Hermann Scheer, Die Wirtschaftsfelder der Zukunft, in: spw 129 (2003), S. 52-56
 Thomas Westphal, Programmierendes Wachstum und moderner Kapitalismus, in: spw 102 (1998), S. 25-32

Wachstum ist möglich!

Industrie- und Strukturpolitik am Beispiel NRW

Von Wolfram Kuschke

Für die Veranstaltung wurde ein Thema gewählt, das – hier wird wohl kaum jemand widersprechen – zu den Schlüsselfragen unserer Gesellschaft zählt. Innovationen, ob technischer oder auch sozialer Natur, sind nach meinem Dafürhalten der entscheidende Ansatzpunkt für die Zukunft unserer Volkswirtschaft. Ich will das kurz begründen. Zwei langfristige Trends setzen die Wirtschaft in unserem Land zunehmend unter Wettbewerbsdruck: Die Globalisierung der Weltwirtschaft führt zu mehr Kosten- und Qualitätskonkurrenz. Dazu kommt, dass der demografische Wandel die Lohnnebenkosten steigen lässt.

Prinzipiell stehen uns zwei Möglichkeiten zur Verfügung, um unsere bis heute hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern oder besser noch auszubauen:

Die erste Möglichkeit läuft darauf hinaus, die Kosten – in der Diskussion sind insbesondere die Arbeitskosten – zu senken.

Die zweite Möglichkeit sind Investitionen in neue, qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen und in Bildung und Qualifikation der Arbeitnehmer.

Machen wir uns nichts vor, den Wettbewerb um die niedrigsten Arbeitskosten können wir nicht gewinnen. Löhne wie in Osteuropa oder gar in manchen asiatischen Staaten passen mit unseren Lebenshaltungskosten nicht zusammen. Ich halte zudem wenig von einer generellen Senkung der Löhne oder Anhebung der Arbeitszeiten. Hier bedarf es flexibler Regelungen. Dazu müssen die Möglichkeiten innerhalb der Tarifverträge konsequent genutzt und ausgebaut werden.

Natürlich können wir die Arbeitskosten angesichts der demografischen Entwicklung und der Globalisierung nicht einfach laufen lassen, aber mit den Reformen der Sozialen Sicherungssysteme haben wir wichtige Schritte eingeleitet, um die Lohnnebenkosten zu senken. In einem Hochlohnland wie Deutschland sind Innovation, technischer Fortschritt und hohe Produktivität von überragender Bedeutung für mehr Arbeitsplätze und mehr Wirtschaftswachstum.

Es lohnt sich deshalb, dieses Thema in den Mittelpunkt einer Veranstaltung wie heute zu stellen.

Ich finde zudem, dass Dortmund als Veranstaltungsort sehr gut zu dieser Thematik passt. Hier wird deutlich, welche Bedeutung Innovationen für den Strukturwandel haben und auch was Strukturpolitik leisten kann. Dortmund zählt nach einer Standortstudie der Prognos AG zu den heimlichen Wachstumsstars in Nordrhein-Westfalen. Die Stadt war früher bekannt für Kohle und Stahl, ein wenig Handel und Versicherungswirtschaft, allenfalls noch für Bier. Davon und damit konnten die Dortmunder auch gut leben. Der Stadt ist es in den letzten Jahren gelungen, trotz der enormen Herausforderungen, die der Strukturwandel mit sich gebracht hat, neue Industrien und Dienstleistungszweige mit exzellenten Zukunftsaussichten anzusiedeln. Heute sind Branchen wie die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Mikrosystemtechnik oder die Logistik die Wachstumsmotoren der Stadt und im Umland.

Die Region Dortmund hat mit ihren Wirtschaftsförderungskonzepten auch deshalb großen Erfolg gehabt, weil die Menschen sie gewollt haben, weil die Verantwortlichen nicht gezaudert haben und gemeinsam wichtige Zukunftsbranchen angesiedelt haben.

Die Initiativen im Rahmen des Dortmund-Projects, z. B. die Plattform für Gründerinnen und Gründer Start 2 Grow, die MST.Factory und die Locate IT im Bereich der IT-Technologie, sind gute Beispiele dafür, dass eine gezielte Wirtschaftsförderung erfolgreich sein kann, auch wenn die Herausforderungen des Strukturwandels hier besonders groß waren.

Erfahrungen der Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen

Nicht nur in Dortmund, sondern auch in vielen anderen Städten und Regionen Nordrhein-Westfalens hatte der Strukturwandel in den vergangenen Jahrzehnten eine Dimension, wie in keinem anderen der westlichen Bundesländer.

Der Anteil der Dienstleistungsbeschäftigten in Nordrhein-Westfalen stieg zwischen 1964 und 2001 von 38,6 auf 66,0 Prozent. Im Ruhrgebiet sogar von 38,3 Prozent auf 67,3 Pro-



Wolfram Kuschke

zent. Im gleichen Zeitraum ging die Beschäftigung in der Montanwirtschaft des Ruhrgebiets stark zurück. 1964 waren im Ruhrgebiet über sechsmal mehr Beschäftigte in der Montanwirtschaft tätig als heute. Allein hier gingen 480.000 Arbeitsplätze verloren. Betrachtet man die gesamte Wertschöpfungskette, so gehen Experten von einem Verlust von rund 1 Million Arbeitsplätze im Ruhrgebiet aus. Diese Zahlen machen deutlich, vor welchen Herausforderungen die Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen stand und immer noch steht.

Über Jahrzehnte hinweg war die Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, darauf ausgerichtet, Engpässe vor allem im Bereich der Infrastruktur zu beseitigen.

- Die Verkehrsinfrastruktur wurde ausgebaut,
- ein dichtes Netz an Hochschulen und Forschungseinrichtungen wurde aufgebaut,
- Gewerbeflächen wurden erschlossen.

In den 80er Jahren rückte dann verstärkt der Technologietransfer in den Vordergrund. Bis heute gibt es verschiedene Initiativen, die darauf zielen, das Wissen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen gezielter in die Unternehmen zu transferieren, insbesondere in mittelständische Unternehmen. Mit der Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM), dem Landesinvestitionsprogramm (LIP) und schließlich der Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen (ZIN) wurde Ende der 80er Jahre das Modell der regionalisierten Strukturpolitik eingeführt. Die Regionen erhielten ein größeres Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der regionalen Strukturpolitik.

Zusammenfassend können die letzten 40 Jahre auch als „Phase der Neuorientierung“ verstanden werden, in der breit gefördert wurde, um möglichst viele Wirtschaftszweige entstehen zu lassen, die die Beschäftigungsverluste in der Schwerindustrie kompensieren konnten.

Mittlerweile haben sich in den Regionen neue wettbewerbsfähige Kompetenzfelder

herausgebildet. Im Ruhrgebiet sind das z. B. die Chemiewirtschaft im Kreis Recklinghausen, insbesondere in Marl, die Energiewirtschaft in Mülheim, Essen, Gelsenkirchen und Oberhausen, die Gesundheitswirtschaft in Bochum, Dortmund oder Witten, die Logistik in Duisburg und Dortmund oder die I+K-Technologien in Dortmund.

Auch in den anderen Landesteilen ist diese Entwicklung zu beobachten, etwa bei der Medienwirtschaft im Kölner Raum oder der Telekommunikation in Bonn und Düsseldorf. Zudem haben sich alte Kompetenzen weiterentwickelt, wie in der Textilindustrie oder der Stahlindustrie in Duisburg, die auch heute noch (oder wieder) zu den modernsten Stahlindustrien weltweit gehört. Ein weiteres Beispiel ist der Bereich Automotive in Aachen und Köln.

Diese Phase der Neuorientierung ist – so sehen es die Experten – nun abgeschlossen. Statt dessen gilt es jetzt mit der Ausrichtung der regionalen Strukturpolitik auf Kompetenzfelder die neuen Stärken zu stärken und nicht mehr wie in der Vergangenheit Engpässe und Schwächen zu beseitigen.

Kompetenzfeldansatz/ positives Beispiel Mikrosystemtechnologie in Dortmund

Kompetenzfelder, das sind im Wesentlichen Netzwerke, in deren Kern Unternehmen meist einer Branche agieren. Dazu gehören aber auch – und das ist neu – Zulieferer und Weiterverarbeiter. Um diese herum gibt es eine Vielzahl von Einrichtungen, die diese Unternehmen unterstützen können, z. B. Technologiezentren, die Arbeitsverwaltung, Wirtschaftsförderungs- und Forschungseinrichtungen. Im Idealfall fügen sich diese zu einem Netzwerk zusammen und bilden das Kompetenzfeld.

Ziel des Kompetenzfeldansatzes ist es, die regionalen Akteure aus Unternehmen, Politik und Verwaltung, Gewerkschaften und Verbänden so miteinander zu vernetzen, dass ihnen eine gemeinsame Orientierung zugrunde liegt. Der Vorteil besteht darin, dass durch das Zusammenwirken verschiedener Ressourcen die Innovationsdynamik in einer Region steigt. Auch werden vielfältige informelle Prozesse, z. B. Wissensaustausch, ablaufen, die vergleichsweise einmalig sind und nur schwer zu imitieren sind. Es geht also – anders als in der Vergangenheit – nicht in erster Linie darum, Gelder zu verteilen. Angesichts der Situation der öffentlichen Haushalte wären derzeit auch die finanziellen Mittel für große Infrastrukturprogramme nicht mehr darstellbar.

Die Landesregierung kann jedoch auch in anderer Form tätig werden. Wir können moderieren, informieren, Kooperationspartner suchen und vermitteln. Die Orientierung der Politik an Kompetenzfeldern erfordert eine starke Zusammenarbeit der einzelnen Politikfelder. Qualifizierungspolitik, Forschungs- und Entwicklungspolitik, Förderung von Dienstleistungen oder die Außenwirtschaftspolitik, all diese Bereiche müssen besser aufeinander abgestimmt werden.

Für das Ruhrgebiet haben wir insgesamt zwölf solcher Kompetenzfelder identifiziert:

1. Informationstechnologien
2. Logistik
3. Mikrostrukturtechnik und -elektronik
4. neue Werkstoffe
5. Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft
6. Design
7. Wasser- und Abwassertechnik
8. Maschinenbau
9. Tourismus und Freizeit
10. Energie und neue Energietechniken

11. Bergbautechnik und

12. neue Chemie

Bei der Auswahl haben wir uns sowohl an den regionalen Stärken als auch an den Zukunftschancen orientiert.

Um sicherzustellen, dass alle Beteiligten insbesondere vor Ort diesen Ansatz mittragen, haben wir im Jahr 2000 den Wachstums- und Beschäftigungspakt Ruhr ins Leben gerufen, den inzwischen 140 Vertreter von Kommunen, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchenvereinen und Unternehmen unterzeichnet haben. Wichtig ist mir, dass wir nicht den Betroffenen vorschreiben wollen, was zu tun ist. Das sollen die Akteure vor Ort schon selbst machen.

Das Land will jedoch mit seinem Instrumentarium dort helfen, wo es benötigt wird, also bei der Exportförderung, der Erschließung von Gewerbeflächen, der Aus- und Weiterbildung und bei Forschung und Entwicklung. Ein erfolgreiches Beispiel, auf das ich hier kurz eingehen will, ist die Mikrostrukturtechnik im östlichen Ruhrgebiet, speziell hier in Dortmund.

In Dortmund ist eine Bündelung von Wissen im Bereich von Mikrostrukturtechnik entstanden, die diese Technologie zu einem wesentlichen ökonomischen Standbein der Stadt und der Region gemacht hat. Rund 10 Prozent aller mittelständischen deutschen Mikrostrukturtechnikunternehmen sind hier angesiedelt. Es gibt hier mehr als 1.600 Mitarbeiter in diesem Bereich, das sind etwa 8 Prozent aller Mikrostrukturtechnologiebeschäftigten in Europa.

Die Experten gehen davon aus, dass in diesem Technologiezweig mit einem jährlichen Wachstum von bis zu 20 Prozent gerechnet werden kann. Das zeigt, welches beschäftigungspolitische Potenzial für die Stadt und die Region hier liegt. Mit Fug und Recht kann Dortmund als Hauptstadt der Mikrostrukturtechnik in Deutschland ja sogar in Europa bezeichnet werden. Am Beispiel Mikrosystemtechnologie in Dortmund zeigt sich auch, warum das Zusammenwirken sehr vieler Kräfte einer Region so wichtig für ein funktionierendes Kompetenzfeld ist.

Die beiden Hochschulen in Dortmund waren ein erfolgreicher Katalysator für eine Reihe von Technologieentwicklungen. Die Stadt und das Land haben zudem erhebliche Investitionen in die Infrastruktur getätigt. Das beste Beispiel hierfür ist die MST-Factory. Für dieses neue Gebäude auf Phoenix-West stehen 18,5 Mio. Euro an Fördermitteln vom Land und der EU bereit.

Ein weiterer Mosaikstein ist die international tätige Interessengemeinschaft zur Verbreitung von Anwendungen der Mikrostrukturtechnik, die in Dortmund ihren Sitz hat.

Auch das Zentrum für Aufbau- und Verbindungstechnik (AVT-Zentrum) ist hier in Dortmund angesiedelt. Es bietet Dienstleistungen an, die Unternehmen bei der Integration



von mikrosystemtechnischen Komponenten unterstützen.

Hinzu kommt, dass viele eingeseessene Unternehmen sich für die neuen Entwicklungen an ihrem Standort engagiert haben. Das gilt auch für die Wirtschaftsförderung, die Kammern und die Arbeitnehmerorganisationen.

Die Mikrosystemtechnologie hat in Dortmund eine rasante Entwicklung genommen, auch weil hier alle an einem Strang gezogen haben.

Neuaustrichtung der Arbeitspolitik

Auch in der Neuaustrichtung der Arbeitspolitik der Landesregierung findet der Kompetenzfeldansatz seine Berücksichtigung. Im Fokus stehen dabei die Regionen. Wir wissen, in den Regionen wird ein Großteil der Landespolitik umgesetzt. Die Regionen haben die Möglichkeit, mit eigenen Strategien und eigenen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Projekten die strukturpolitischen Schwerpunktsetzungen des Landes auszufüllen.

Aufgabe der Regionen ist es, ihre Stärken und wichtigsten Kompetenzen zu definieren. Mit den Instrumenten der Arbeits-, Qualifizierungs-, Mittelstands- und Gründungspolitik wollen wir dann die Regionen unterstützen. Im Gegensatz zu den bisherigen Einrichtungen der Regionalförderung wollen wir jedoch nicht mit festen Förderbudgets arbeiten, sondern einen Qualitätswettbewerb eröffnen. Die Regionen, die gute Strategien erarbeiten und in denen die Akteure vor Ort bei der Umsetzung der Vorhaben am intensivsten zusammenarbeiten, werden von der Unterstützung des Landes am stärksten profitieren.

Durch das Zusammengehen von Wirtschafts- und Arbeitsressort sind jetzt die verschiedenen regionalen Umsetzungsstrukturen im Zuständigkeitsbereich eines einzigen Ministeriums. Wir nutzen die Chancen, Parallelstrukturen, die in den vergangenen Jahren entstanden sind, zusammen zu fügen und die Kräfte in den Regionen zu bündeln. Die 30 arbeitsmarktpolitischen und 14 strukturpolitischen Regionen mit ihrem unterschiedlichen Zuschnitt werden durch eine neue Struktur ersetzt, die auf den 16 IHK-Bezirken basiert.

Nur zur Klarstellung: Damit ist nicht automatisch die Trägerschaft durch die IHK gemeint, sondern nur die regionale Gliederung. Als neue regionale Struktur, die an die Stelle der Regionalsekretariate und der regionalen Arbeitsmarktkonferenzen tritt, haben wir einen dreigliedrigen Aufbau vorgesehen:

- **Lenkungsreis:** Eine wesentliche Aufgabe des Lenkungsreises wird es sein, die Entwicklungsstrategien für die Region zu erarbeiten, die auf einer Analyse der Stärken und Kompetenzen aufbauen und die Wirtschafts-, Arbeits- und Technologiepolitik integrieren.

- **Regionalagenturen:** Die Regionalagenturen haben den Auftrag, dass Wirtschafts- und Arbeitsministerium mit den Regionen und ihren Akteuren zu verbinden. Sie haben zudem die Aufgabe, die Bildung von Netzwerken vor Ort, zwischen Politik, Verwaltung, Verbänden, Trägern der Aus- und Weiterbildung und vor allem auch der Unternehmen zu knüpfen.

- **Facharbeitskreise:** Über sie soll das Fachwissen der Institutionen und Regionen in der Regionalpolitik einbezogen werden.

Die Regionen haben es also in Zukunft selbst in der Hand, durch gute Formen der regionalen Kooperation die Chancen auf Fördermittel erheblich zu verbessern. Ich weiß, dass Städte und Kreise zum Teil weiterhin eine feste Quotierung der Budgets für die einzelnen Regionen fordern. Ich glaube aber, dass dies ordnungspolitisch nicht zielführend ist. Wir müssen die geringeren Mittel, die uns noch zur Verfügung stehen, möglichst optimal einsetzen. Dies ist übrigens ein Kriterium, das nicht nur für die Regionalpolitik in Nordrhein-Westfalen gelten muss.

Bedeutung der Industriepolitik

Bei der Neuaustrichtung der Wirtschafts- und Arbeitspolitik auf Kompetenzfelder denken viele zunächst an die sogenannten Zukunftsbranchen, wie die Medienwirtschaft, die Gesundheitswirtschaft oder die Softwarebranche, die schwerpunktmäßig im Dienstleistungssektor liegen. Es wäre allerdings ein Irrtum zu glauben, die Zukunft unserer Wirtschaft und des Arbeitsmarktes würde ausschließlich im tertiären Sektor liegen.

Die Grundlagen für Wohlstand in Nordrhein-Westfalen werden auch in der Zukunft entscheidend durch die Entwicklung der industriellen Wertschöpfung mitgeprägt. Ihr wisst, Industrie und Industriearbeit haben bei uns einen besonders hohen Stellenwert. Über viele Jahrzehnte haben Kohle und Stahl an Rhein und Ruhr eine ganze Landschaft geprägt und natürlich auch die Menschen und die Kultur unseres Landes. Diese Branchen haben auch heute noch eine große Bedeutung. Aber sie sind grundlegend modernisiert, sie haben im internationalen Vergleich höchstes technisches Niveau und sie sind längst starke Branchen unter vielen anderen. Wir sind heute eine industrielle Dienstleistungsgesellschaft mit einer zukunftsorientierten Wirtschaftsstruktur:

- Chemieindustrie,
- Maschinenbau,
- Energietechnik und Mikroelektronik,
- Fahrzeugbau und Umwelttechnik,

das sind sowohl von der Wertschöpfung als auch von der Arbeitsplatzzahl her Schwergewichte unter den Wirtschaftszweigen.

Und sie sind eng verflochten und verwoben mit vielen Dienstleistungsbranchen. Wer sich die Entwicklung des Dienstleistungssektors näher ansieht, wird feststellen, dass es

gerade die produktions- und unternehmensbezogenen Dienstleistungen sind, die in den letzten Jahren am stärksten zugelegt haben.

Also: Wir sind das Industrieland Nr. 1 in Deutschland und wollen das auch in Zukunft bleiben. Auch in Zukunft werden wir nicht allein von Software, Blaupausen oder Haarschneidern leben können. Deshalb setzt die Landesregierung sich auch für eine innovative und zukunftsfähige Industrie in unserem Land ein.

Vor einigen Monaten habe ich an einem industriepolitischen Kongress im DaimlerChrysler-Werk in Düsseldorf teilgenommen, wo sich viele Betriebsräte aus den Branchen Chemie, Energie, Fahrzeugbau und Bauwirtschaft zu Problemen und Herausforderungen der Industrie in Nordrhein-Westfalen ausgetauscht haben. Das war eine außerordentlich fruchtbare Diskussion. Das Ergebnis dieser Veranstaltung ist eine gemeinsame industriepolitische Erklärung des Ministerpräsidenten mit den Betriebsräten gewesen, in welcher wir die Voraussetzungen auf europäischer, Bundes- und Landesebene für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort Nordrhein-Westfalen formuliert haben.

Es geht insbesondere darum,

- faire Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Europäischen Union zu gestalten,
- die Investitionen in Forschung und Entwicklung zu erhöhen. (In Nordrhein-Westfalen wollen wir diese von derzeit 1,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf 3,0 Prozent im Jahr 2010 zu steigern. Gefordert sind hier insbesondere die privaten Unternehmen, die sich in Nordrhein-Westfalen im nationalen Vergleich deutlich weniger engagieren),
- die Arbeitseinkommen stärker von der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben zu entlasten,
- schulische Bildung, Erstausbildung und Weiterbildung zu verbessern und
- Innovation und Qualifizierung durch tarifvertragliche Vereinbarungen zu fördern.

Angesichts der Bedeutung einer innovativen und wettbewerbsfähigen Industrie für unser Land werden wir dieses Thema zusammen mit den Betriebsräten und Gewerkschaften verstärkt thematisieren. Geplant ist u.a. ein Gespräch zu dieser Thematik mit dem neuen EU-Industriekommissar Günter Verheugen und eine Behandlung in unserem Bündnis für Arbeit.

Europäische Strukturpolitik

Bei der flächendeckenden Orientierung an Kompetenzfeldern bzw. Clustern hat das Ruhrgebiet eine Vorreiterrolle in Deutschland eingenommen. Das betrifft auch die Verwendung der strukturpolitischen Fördermittel der EU. Die Ziel 2-Fördermaßnahmen sind bis heute noch die am besten ausgestatteten strukturpolitischen Programme. Im Zeitraum 2000 bis 2006 erhalten wir insgesamt 970 Mio. Euro aus Ziel 2-Mitteln

für die regionale Strukturpolitik. Dazu kommen 777 Mio. Euro aus Ziel 3-Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Das Land legt jeweils noch einmal die selbe Summe drauf. Mit den europäischen Strukturfonds haben wir seit ihrer grundlegenden Reform im Jahr 1988/1989 wichtige strukturpolitische Erfolge in Nordrhein-Westfalen erzielt:

- Die Infrastruktur der Fördergebiete wurde modernisiert,
- die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien unterstützt,
- die Gründung und das Wachstum von Unternehmen beschleunigt,
- die Qualifikation der Menschen wurde angepasst und erhöht und
- ein Beitrag zur Integration von arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen, Migranten, Jugendliche, Frauen und Behinderte, wurde geleistet.

Die Rahmenbedingungen für die europäische Strukturpolitik haben sich mit dem Beitritt von 10 ost- und mitteleuropäischen Ländern im Mai allerdings gravierend verändert. Das wird daran deutlich, dass das Pro-Kopf-Einkommen in den Beitrittsländern bei nur 35 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Wir müssen den Vorrang dieser Länder in der europäischen Strukturpolitik akzeptieren. Das heißt jedoch nicht, dass wir auf die europäische Unterstützung in der regionalen Strukturpolitik – das gilt insbesondere für das Ruhrgebiet – und in der aktiven Arbeitspolitik verzichten können. Das Pro-Kopf-Einkommen in der Emscher-Lippe-Region liegt z.B. nur knapp über der Einkommensgrenze für Ziel 1-Regionen.

Wir haben unsere Position zur zukünftigen Gestaltung der Strukturpolitik in Brüssel, Berlin und anderswo nachdrücklich und bei unterschiedlichen Anlässen mit gutem Erfolg vorgebracht. Viele unserer Vorschläge und Konzepte finden sich im dritten Koalitionsbericht und den Verordnungsentwürfen wieder. Für uns besonders wichtig ist das neue Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, das die Fortentwicklung der bisherigen Ziel 2- und Ziel 3-Förderung bedeutet. Die Kommission schlägt vor, auf dieses Kriterium 18 Prozent der Strukturpolitikmittel zu verteilen. Das begrüßen wir, denn damit ist ein hinreichend großes Mittelvolumen für diese Förderung vorgezeichnet. Das gilt auch dann, wenn die von der Bundesregierung geforderte Begrenzung der EU-Eigenmittel auf ein Prozent der Wirtschaftsleistung zugrunde gelegt wird. Hier unterstützen wir den Bund, denn die schwierige Lage der öffentlichen Haushalte kann nicht ignoriert werden.

Um unseren Positionen Nachdruck zu verleihen, haben wir zudem ein Netzwerk europäischer Industrieregionen initiiert. Die darin vertretenen Regionen repräsentieren mittlerweile 50 Millionen Menschen. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass die Strukturförderung auch außerhalb der bedürftigsten Regionen beibehalten wird.

Schlussbemerkungen

Abschließend will ich noch einmal die Frage stellen, ob die Struktur- und Regionalpolitik in Nordrhein-Westfalen erfolgreich war. Neo-

liberale Vertreter in Politik und Wissenschaft werden nicht müde, darauf hinzuweisen, dass der Staat sich aus der Struktur-, Technologie- und Industriepolitik zurückziehen müsse und sich stattdessen ausschließlich auf die Herstellung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen konzentrieren solle. Wenngleich es schwierig ist, die Wirkungen unserer Strukturprogramme und Initiativen quantitativ zu messen, gibt es nach meiner Auffassung doch viele Hinweise dafür, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten einiges erreicht haben. Das soll allerdings nicht heißen, dass wir damit zufrieden sein können, wie uns die hohe Arbeitslosigkeit in manchen Teilen des Ruhrgebiets immer noch deutlich vor Augen führt. Aber wenn man sich die Dimension des Wandels vor allem im Ruhrgebiet vor Augen hält – in den letzten 40 Jahren sind rund 1 Million Arbeitsplätze im Montansektor und den mit ihm verbundenen Branchen verloren gegangen dann kann man sicher mit Recht behaupten, dass die Strukturpolitik angesichts einer Erhöhung der Zahl der Beschäftigten insgesamt im Ruhrgebiet um rund 200.000 zumindest nicht erfolglos war. Hinzu kommt, dass der Prozess ohne soziale Brüche für die Betroffenen gestaltet wurde. Solidarität, das ist ein Merkmal, das gerade den Wandel im Ruhrgebiet zutreffend charakterisiert. Mittlerweile existiert hier eine Vielzahl von hoffnungsvollen Entwicklungsschwerpunkten, die wir mit einer integrierten Wirtschafts- und Arbeitspolitik nach besten Kräften weiter fördern wollen.

spw 6 / 2004

Ist regionale Strukturpolitik ein geeignetes Mittel für Wachstum?

Von Klaus Dörre

Der Blick vom Turm

„Der Blick vom Turm“, so lautet die Überschrift des Schlusskapitels unserer Studie, in der wir die industriepolitischen Aktivitäten in den Stadtregionen Dortmund, Nürnberg und Chemnitz vergleichend untersucht haben. Was – natürlich neben dem Westfalenstadion – ins Auge sticht, sind die riesigen Brachflächen, einige davon um ein mehrfaches größer als die Dortmunder Innenstadt.

Denkmälern gleich, erheben sich auf manchen Brachen noch die gigantischen Überreste der einstigen Dortmunder Stahlindustrie. Doch das eindrucksvolle Bild wandelt sich täglich. Auf einem Gelände demontieren chinesische Arbeiter die einstmalig modernste Kokerei Europas, um die Einzelteile in der asiatischen Heimat wieder zusammen zu setzen. Eine der Flächen ist bereits kahl. Der Blick auf die Innenstadt von Hörde, viele

Jahre von der Kulisse eines Stahlwerks verstellt, ist wieder frei. Bald wird das Wasser eines Sees das einstige Stahlgelände überfluten. Die Geschichte der Stahlproduktion ist hier zu Ende. Fährt man mit dem Bus von besagter Brache Richtung Innenstadt, gelangt man, am Universitätsgelände vorbei, zum neuen Technologiepark. Hier weht bereits der Geist einer neuen Zeit. Nicht Schlote und Hochöfen, sondern Glas und Steine der Funktionsgebäude ansässiger IT- und Mikrosystemtechnik-Firmen prägen das Bild. Binnen weniger Jahre wurde dieses Zentrum des „neuen Dortmund“ aus dem Erdboden gestampft. Längst haben die ersten Firmen den Technologiepark wieder verlassen. Und

Dr. Klaus Dörre, Direktor des Forschungsinstitutes Arbeit, Bildung, Partizipation e.V., Professor am Institut für Soziologie der Universität Jena, spw-Mitherausgeber, lebt in Recklinghausen

die Entwicklung geht weiter. Noch ist das Gebäude der künftigen MST-Factory nur ein Rohbau inmitten eines Brachgeländes. Gleichwohl sind die ersten Stockwerke bereits vermietet; der Keim eines neuen Entwicklungszentrums ist geschaffen. All das ist Industriegeschichte im Zeitraffer. „Um den rasanten Wandel zu verarbeiten, brauchen wir mindestens eine Generation“, pflegt der Dortmunder DGB-Regionalvorsitzende Eberhard Weber zu sagen. Ökonomische und soziale Zeit fallen in der Ruhrmetropole auseinander. Und doch lautet die Botschaft aus Wirtschaft und Politik unisono: Noch mehr Veränderung – rascher, radikaler, umfassender! Wer das Tempo verlangsamt, fällt zurück, der hat im internationalen Wettbewerb der Regionen keine Chance! Soziales Dortmund? Schnelles Dortmund!

Geradezu symbolisch steht der Fall Dortmund für die Verklammerung von ökonomischer Entwicklung und Raum. Wirtschaftliche Entwicklung in kapitalistischen Marktwirtschaften, das ist immer auch eine Abfolge von Produktion, Zerstörung und erneuter Produktion sozialräumlicher Strukturen. Fast schon körperlich fühlt der Betrachter auf dem Dortmunder Fernsehturm die gewaltigen Kräfte, die sich einer Region, ihrer Geographie wie ihrer Bevölkerung bemächtigen. Unsichtbare Mächte lassen Regionen erblühen und sterben. Jede Prosperität einer wirtschaftlichen Struktur trägt den Keim ihres Niedergangs bereits in sich. Auf- und Abstiege scheinen vorprogrammiert. Kann man, darf man überhaupt darauf hoffen, solche Kräfte zu bändigen? Oder, um es mit einem Schlüsselbegriff unserer Untersuchung zu formulieren, ist radikaler Strukturwandel steuerbar?

Wir sind dieser Frage in einer von der Hans-Böckler-Stiftung und dem Land NRW geförderten Untersuchung nachgegangen. Die empirische Basis unserer Untersuchung umfasst insgesamt 168 Interviews mit regionalen Akteuren, Managern, Betriebsräten, Wirtschaftsförderern, Politikern und Gewerkschaftern. Wir haben Zwischenergebnisse in Diskussionen mit regionalen Experten gehärtet und über teilnehmende Beobachtungen die Auswertung von umfangreichem statistischen Material zusätzliche Erkenntnisse gewonnen. Unser Ziel war es, über einen Vergleich industriepolitischer Aktivitäten sogenannter alter Industrieregionen „gute Praktiken“ bei der Bewältigung eines radikalen Strukturwandels zu identifizieren. Wir haben Chemnitz, Nürnberg und Dortmund ausgewählt, weil sie – bei aller Verschiedenheit – eine ähnlich gelagerte Grundproblematik aufweisen. Sie alle zeichnen sich durch den lang anhaltenden Niedergang einstmalig strukturprägender Industriezweige aus. In Chemnitz hat die Systemtransformation den regionalen Maschinenbau und die Textilindustrie auf kleine Wachstumskerne reduziert. In der dynamischen

Wachstumsregion Mittelfranken befindet sich vor allem die Elektro- und die Metallindustrie in einer seit Jahren anhaltenden Strukturkrise. Und in der Ruhrmetropole ist es bekanntlich der ‚Dreiklang von Kohle, Stahl und Bier‘, dessen Niedergang die regionalen Entwicklungsprobleme noch immer bestimmt. Für alle genannten Regionen gilt, dass die niedergehenden Industrien lange Zeit Organisationshochburgen der Gewerkschaften waren und z.T. noch sind. Und – das schon weniger selbstverständlich – auf alle Untersuchungsregionen trifft zu, dass Gewerkschaften, präziser: dass einzelne gewerkschaftliche *Scharnierpersonen* als aktive Netzwerker und Ideengeber erheblichen Anteil an der Konzeption und Verwirklichung einer regionalen Entwicklungspolitik besitzen.

Die maßgeblichen regionalen Akteure gehen von der Prämisse aus, dass sich Globalisierung und wirtschaftlicher Strukturwandel in kleinen Wirtschaftsräumen nachhaltig beeinflussen lassen. So unterschiedlich die industriepolitischen Anstrengungen in den Regionen sein mögen, in einem Punkt sind sie sich ähnlich: Sie alle unterstellen, dass intensiver wirtschaftlicher Wettbewerb in den Regionen in soziale Beziehungsnetze eingebettet wird, die, indem sie intensive Kooperation ermöglichen, ökonomische Wettbewerbsvorteile generieren. In den Regionen besitzt der Kapitalismus noch ein Gesicht. Hier dominieren klein- und mittelständische Unternehmer. Man kennt sich untereinander. Es gibt entwickelte Kontakte zur lokalen Politik, zu Bildungs- und Forschungseinrichtungen, zu Kreditgebern und Beratungseinrichtungen. Gewachsene Sozialbeziehungen und wechselseitiges Vertrauen ermöglichen es, das Konkurrenzprinzip zumindest zeitweilig außer Kraft zu setzen, um so ökonomisch sinnvolle Kooperationsverhältnisse zu stiften. Es ist also eine besondere Form des kooperativen Wettbewerbs, die das innere Zentrum intelligenter regionalwirtschaftlicher Ansätze bildet. Das Streben nach ökonomischer Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit (Logik der Konkurrenz) muss mit Kooperationsinteressen und entsprechenden Fähigkeiten in Einklang gebracht werden, die das Gegenteil von Konkurrenz (Logik sozialer Integration) darstellen. Mehr noch: Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit hängt entscheidend von der Fähigkeit der Wirtschaftsakteure ab, Marktmechanismen als Informationssysteme zu nutzen und *zugleich* die eherne Logik der Konkurrenz zumindest zeitweilig und zum wechselseitigen Vorteil außer Kraft zu setzen. Und das – so jedenfalls der Anspruch – gelingt am besten dort, wo ein engmaschiges Geflecht aus verlässlichen Sozialbeziehungen die Gewähr bietet, dass alle maßgeblichen Akteure den wechselseitigen Vorteil im Auge behalten.

So verstanden, beruhen regionalwirtschaftliche Ansätze auf einer schwierig herzustel-



Klaus Dörre

lenden Balance von ökonomischer Wettbewerbs- und sozialer Integrationslogik. Betrachtet man maximale Konkurrenz und sozialen Zusammenhalt als Pole auf einer Achse, so sind in kleinen Sozialräumen höchst unterschiedliche Regionalisierungsvarianten denkbar. In der „*blockierten Region*“ ist der soziale Zusammenhalt so ausgeprägt, dass Entwicklungs- und Innovationsblockaden entstehen. In solchen geschlossenen Mikrogesellschaften dominieren die old-boys-networks mit ihren strukturkonservativen Interessen und Mentalitäten, die noch immer in den Altindustrien wurzeln. Den idealtypischen Gegenpol bildet die „*Marktreigion*“, ein Mikrokosmos, der die Austauschbeziehungen möglichst nahtlos auf ökonomische Effizienz und Marktfähigkeit trimmt. Auch in einer solchen Region können – freilich aus den entgegengesetzten Gründen – Blockierungen entstehen. In einer Mikrogesellschaft ohne Zusammenhalt, in der sich soziale Unsicherheit verallgemeinert, werden sich schwerlich innovative Milieus etablieren.

Befunde

Real bewegen sich die Aktivitäten der regionalen Netze aus Unternehmen, Verbänden, Kammern, Wissenschaftseinrichtungen, Gewerkschaften und lokaler Politik, die wir untersucht haben, zwischen diesen Polen. Was leisten nun die regionalen Netzwerke?

Der erste Befund lautet: In den Untersuchungsgebieten hat sich ein Wettbewerbsregionalismus durchgesetzt, der auf Innovationskonkurrenz setzt und der dazu besonderer Kompromissbildungen bedarf. In kleinen Sozialräumen setzt sich eine Art Wettbewerbsregionalismus durch, der regionalwirtschaftliche Anstrengungen den Imperativen einer internationalen Konkurrenz unterwirft. Charakteristisch für diesen Wettbewerbsregionalismus ist, dass er tradierte regionalpolitische Zielsetzungen wie z.B. den Ausgleich und die Überwindung regionaler Disparitäten Preis gibt. Statt dessen akzeptiert er die Konkurrenz zwischen den Regionen, was das Entstehen neuer Ungleichheiten impliziert.

Dies vorausgesetzt, konstituiert der Wettbewerbsregionalismus Handlungskorridore, in deren Grenzen gestaltende Politik möglich wird. Bezeichnend ist, dass alle von uns untersuchten Regionen auf den „hohen Weg“ industrieller Restrukturierung zielen, d.h. die Untersuchungsregionen setzen nicht auf Lohnkonkurrenz, Sozialdumping, sondern auf industrielle Restrukturierung, auf Wachstum in wissensintensiven Branchen, Produkt- und Prozessinnovation, anspruchsvolle Arbeitsformen mit entwickelten Beteiligungsmöglichkeiten für Beschäftigte, Mitsprache und Mitbestimmungsmöglichkeiten, schließlich auf Qualifizierung. Das macht Wettbewerbsregionalismus auch für Gewerkschaften interessant, da der Strukturwandel eben nicht allein dem Markt überlassen werden soll. Dabei gibt es durchaus unterschiedliche Ansätze: Manche Akteure behandeln die Region wie Unternehmen, Gewerkschaften hingegen geht es eher um eine „Sozialisierung“ der Unternehmerfunktion.

Der zweite Befund lautet: Die Fähigkeit zur Vernetzung der regionalen Akteure entscheidet über den Wirkungsgrad ihrer Politik und damit zumindest indirekt auch über die Chance, Jobs in der Region zu halten bzw. zu schaffen. Die Fähigkeit zur Vernetzung in den Regionen ist sehr unterschiedlich entwickelt. Wir sprechen von Netzwerk nur dann, wenn es den unterschiedlichen Akteuren trotz z.T. divergierender Interessen gelingt, zumindest gelegentlich als Handlungssubjekt aufzutreten. Hauptmotiv ist dabei i.d.R., schwachen Interessen durch Kooperation eine Stimme in der politischen Arena zu verleihen. Das setzt im Idealfall die Einigung auf gemeinsame regionalpolitische Ziele, also einen inhaltlichen Konsens voraus. Wichtigste Leistung der Netzwerke: Sie definieren die Region, klären, welche Interessen als relevant betrachtet werden und welche nicht. Von den „Scharnierpersönlichkeiten“ hängt

die Vernetzungsfähigkeit im erheblichen Maße ab. Ganz wichtig ist, dass alle Netzwerke mit einer Vorstellung von Strukturwandel operieren und Interessen der old-boys-networks nicht dominant sind. Der Zusammenhalt der Netze ist dann am größten, wenn Transparenz der Ziele, Zielcontrolling besteht. Dies gilt gerade auch für beschäftigungspolitische Zielsetzungen. Hinsichtlich der Außenbeziehung der Netze hat sich eine hohe Übereinstimmung z.B. mit landespolitischen Schwerpunktsetzungen als hilfreich erwiesen.

Befund drei: In allen Regionen finden sich Versuche der Wirtschaftsförderung, über Kompetenzinitiativen oder Clusterbildung Einfluss auf das Investitionsverhalten von Unternehmen auszuüben. Bei diesen Ansätzen zeichnet sich eine nivellierende Tendenz und ein Verschleiß von Entwicklungs-Leitbildern ab. Zugleich entstehen neue Beschäftigungsverhältnisse häufig neben den regionalen Schwerpunktsetzungen. Deutlich wird: die vielfach vorherrschende Orientierung auf wissensintensive Branchen greift zu kurz und rächt sich, wenn massive Deindustrialisierungsprozesse hingenommen werden. IT-Initiativen gibt es inzwischen überall. Wichtiger wäre eine Neuordnung der Kompetenzinitiativen und die Berücksichtigung endogener Potentiale.

Befund vier: Regionale Wirtschaftsförderung und Clusterpolitik können Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns beeinflussen; ihre Bindekraft für international operierende Unternehmen und deren Standortentscheidungen ist allerdings relativ gering. Auch kleinere, mittlere Unternehmen nutzen die Option zur Internationalisierung. Auf den ersten Blick scheinen sich jene Deutungen zu bestätigen, die Globalisierung als Enträumlichung, als Entwertung regionaler Governance und damit als irreversiblen Verlust politischer Steuerungsfähigkeit definieren. Betrachtet man die Internationalisierungs-

strategien großer Unternehmen, so fällt das Ergebnis unserer Untersuchung tatsächlich beunruhigend aus. Unabhängig davon, wie intensiv Wirtschaftsförderung und regionale Clusterpolitiken betrieben werden –, das Investitionsverhalten transnationaler Konzerne vermögen sie nicht oder allenfalls graduell zu beeinflussen. Standortentscheidungen fallen unabhängig von regionalpolitischen Aktivitäten. Die Internationalisierungsstrategien der Unternehmen variieren, doch in keinem Fall reicht die Verhandlungsmacht regionaler Netzwerke aus, um das Investitionsverhalten dieser Unternehmen grundlegend zu beeinflussen. Derartige gelingt allenfalls mit Unterstützung der Landespolitik. Selbst dort, wo strategiefähige Unternehmen Teil der Netzwerkstrukturen sind, bedeutet das keineswegs, dass die regionale Bodenhaftung des Managements wächst. Für den Umkehrschluss, der die Herausbildung von „bindungslosen“ global players behauptet, fehlen allerdings ebenfalls die Anhaltspunkte. Auch das internationalste Unternehmen wählte Standorte, beschäftigt Menschen und geht damit Bindungen ein, die durch spezifische Institutionen überwacht und geregelt werden. Doch damit ist nicht gesagt, dass diese Bindungen in einer bestimmten Region, in einem bestimmten Sozialraum entstehen. Die Konkurrenz der Regionen um die Gunst international operierender Unternehmen hat sich, zumal unter den Bedingungen langsamen Wachstums und hoher Arbeitslosigkeit, erheblich verschärft. Insofern gehen Globalisierung und Regionalisierung keine harmonische Synthese ein. Das auch, weil die Raumdefinitionen von Unternehmen und regionalen Netzwerken erheblich differieren. International operierende Unternehmen operieren mit Raumkonzepten, die Deutschland oder die Europäische Union als eine Region betrachten. Faktisch werden so Makroregionen zur Bezugsgröße strategischer Unternehmensplanung. Die industriepolitischen Netze operieren hingegen mit Raumdefinitionen, in deren Konsequenz sich selbst die Mikrokosmen der Städte immer stärker ausdifferenzieren. Faktisch entwickeln sich die Raumvorstellungen von multinationalen Unternehmen und regionalen Netzen auseinander. Standort- und Investitionsentscheidungen international operierender Konzerne folgen räumlichen Kalkülen, in denen Mikroregionen nur eine untergeordnete Rolle spielen, weil selbst Konkurrenzvorteile wie z.B. große Potentiale an qualifizierten Arbeitskräften keine dauerhaften Bindungen erzeugen.

Befund fünf: Regionale Bindekraft entsteht aus einem optimalen Zusammenspiel von Wissenschaftseinrichtungen, Förderpolitik, Unternehmensgründungen und der Bereitstellung einer guten Infrastruktur. Es gelingt den regionalen Netzwerken tatsächlich, Wirtschaftsaktivitäten zu beeinflussen und regionale Bindekraft zu entfalten.



Von nachhaltig wirkenden Steuerungsleistungen kann man sprechen, wenn es zu einem optimalen Zusammenspiel zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensneugründungen, Technologie-, Ansiedlungs- und Qualifizierungspolitik kommt. In dieser Hinsicht liefert Dortmund ein Musterbeispiel, das sich nicht nur durch eine klare Bündelung der Kräfte im dortmund-project, sondern auch durch eine gute Abstimmung der unterschiedlichen Teilpolitiken auszeichnet. Eine konkurrenzfähige wissenschaftliche Infrastruktur, die auch eine regionale Ausrichtung besitzt, ist – in Verbindung mit gezielten Fördermaßnahmen, Gründerwettbewerben und der Heranbildung eines adäquaten Pools an qualifizierten Arbeitskräften – eine Grundvoraussetzung für regionales Wachstum in wissensintensiven Branchen. Nicht in der Zielsetzung, wohl aber in der Ausführung und im Zusammenspiel der lokalen Akteure unterscheiden sich die Untersuchungsregionen. Wo, wie in Nürnberg, wissenschaftliche Infrastruktur und regionalwirtschaftliche Schwerpunktsetzungen teilweise inkongruent sind oder wo es, wie in Chemnitz, ein Zusammenspiel nicht gibt, weil die Ausrichtung der regionalen Wirtschaftspolitik unklar ist, bleiben die Steuerungseffekte regionaler Netzwerke begrenzt.

Doch selbst wenn, wie in Dortmund, die Kooperation der Akteure nahezu optimal ist, gilt, dass die regionalen Netze immer nur Teilproblematiken bearbeiten können. Das Wechselspiel von wissenschaftlicher Wissensproduktion, Förderpolitik, Unternehmensgründungen und Beschäftigungsentwicklung funktioniert in den neuen Leitbranchen. Eine Ausstrahlung auf die altindustriellen Bereiche, die auch in Dortmund noch immer 80 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse umfassen, lässt sich jedoch kaum feststellen. Die neuen Leitbranchen entwickeln sich innerhalb transnationaler Wettbewerbsverhältnisse; dies jedoch mit lokalen Unterstützungsleistungen und teilweise mit spezialisierten Produkten, die von regionalen Unternehmen benötigt werden. Was für Dortmund gilt, trifft auch für Nürnberg und Chemnitz zu. Dass die Dynamik der neuen Bereiche nicht oder kaum auf die ihrerseits im Umbruch befindlichen Strukturen durchschlägt, lässt sich in allen Regionen feststellen.

Befund sechs: Regionale Netzwerke haben einen erheblichen Beitrag zur Begrenzung der Arbeitslosigkeit geleistet. Dieser Beitrag wird in der gegenwärtigen arbeitsmarktpolitischen Debatte unterschätzt.

Trotz des ambitionierten dortmund-projects verzeichnet die Ruhrmetropole wegen der krisenhaften Einbrüche, die auch die wissensintensiven Leitbranchen erfasst haben, wieder Spitzenwerte bei der Arbeitslosigkeit. In der mittelfränkischen Region ändert ein

dynamisches wirtschaftliches Umfeld nichts an der anhaltenden Strukturkrise der lokalen Metall- und Elektroindustrie und der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in Nürnberg-Stadt. Und in Chemnitz sind selbst jene industriellen Kerne wieder gefährdet, die noch zu Beginn des Jahrzehnts erste Beschäftigungseffekte generierten. In allen Regionen bleibt das ökonomische Entwicklungsmuster insofern „altindustriell“, als konjunkturelle Krisen besonders heftig ausfallen, während Prosperitätsphasen kaum für Aufholprozesse genutzt werden können.

Ist regionale Strukturpolitik also doch eine Sisyphusarbeit? Fast könnte es so scheinen. Die regionalen Akteure können, wohl zu Recht, einwenden, dass ohne ihre Aktivitäten alles noch schlimmer wäre. Doch eine solche Einschätzung illustriert nur, dass Mikroregionen nicht ausgleichen können, was makroökonomisch versäumt wird. Mikrosoziale Steuerung lebt von genauen Kenntnissen der regionalen Gegebenheiten. In den kleinräumlichen Strukturen, die ihr Wirkungsfeld sind, bleibt ihr Instrumentarium notwendig unvollständig und ihre Reichweite begrenzt. Dass den Regionen durch die dominante Wirtschaftspolitik de facto Steuerungsfunktionen zugewiesen werden, die sie nur begrenzt zu erfüllen vermögen, grenzt an systematische Überforderung.

Befund sieben: Unter der Last des Beschäftigungsproblems droht die Frage nach der Qualität der Arbeit zu verschwinden. Regionale Netze verfügen gegenwärtig nicht über ein angemessenes Leitbild für „gute Arbeit“. Oft gibt es faktisch eine Abkehr von der „hohen Straße“ industrieller Restrukturierung. Die öffentliche Debatte befördert die Frage, was beteiligungsorientierte Arbeitsformen bringen, wenn Gewinnmaximierung auch anders, nämlich über Arbeitszeitverlängerung, Lohnminderungen, Leistungsintensivierung, Nutzung flexibler und häufig prekärer Beschäftigungsformen möglich scheint. Der Kostensenkungswettbewerb geht dabei auf Kosten der Innovation.

Befund acht: Lokale Gewerkschaften haben sich als aktive Förderer innovativer Regionalpolitiken betätigt. Je erfolgreicher der wirtschaftliche Strukturwandel verläuft, desto vehementer werden diese Gewerkschaften jedoch mit der Erosion ihrer klassischen Organisationsbasis konfrontiert. In allen von uns untersuchten Regionen partizipieren die Gewerkschaften, oder besser: einzelne Gewerkschafter und die von ihnen repräsentierten lokalen Gliederungen, aktiv an der Strukturpolitik. In allen Fällen gingen wichtige strukturpolitische Impulse von den Gewerkschaften aus. Sie waren es, die regionale Entwicklung nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen wollten. Dass Veränderungsprozesse durch klebrige Seilschaften, Lock-in-Effekte und Strukturkonservatismus blockiert werden können, ist auch in unseren Untersuchungsregionen eine be-

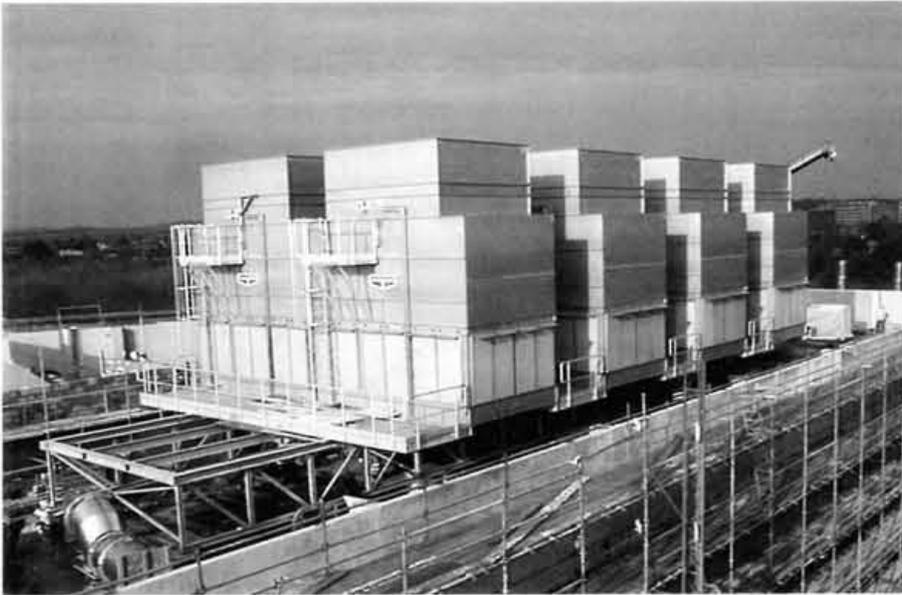
kannte Erscheinung. Und es ist nicht zu leugnen, dass sich auch Gewerkschaftsgliederungen gelegentlich als Sachwalter strukturkonservativer Interessen betätigt haben. Die Ergebnisse unserer Untersuchung weisen jedoch in eine andere Richtung. Faktisch agieren die regionalen Netze mit der klaren Zielsetzung, den ökonomischen Strukturwandel zu forcieren. An dieser Ausrichtung haben die beteiligten Gewerkschaften einen wesentlichen Anteil. Wo die Konzepte von Wirtschaftsförderung und privaten Consultants allzu luftig sind, wirkt die gewerkschaftliche Partizipation an der regionalen Strukturpolitik häufig als Korrektiv und sorgt für eine größere Bodenhaftung ambitionierter Pläne. Dass die gewerkschaftlichen „Spieler“ beschäftigungspolitische Ziele priorisieren, dass sie auf Bildungs- und Arbeitsplatzangebote für Niedrigqualifizierte drängen und daher inkrementellen Wandel betonen, lässt sich, zumal in Gesellschaften mit „koordinierten Märkten“ nicht als Ausdruck von Strukturkonservatismus deuten. Im Gegenteil, häufig sind es die gewerkschaftlichen Aktivitäten, die bei der Abfederung von Entlassungen, bei beruflicher Weiterbildung und betrieblicher Modernisierung maßgeblich zum Gelingen von Steuerungseffekten der regionalen Netze beitragen. Denn von der Entstehung her handelte es sich bei den regionalen Kooperationsverbänden zunächst um bloße Notgemeinschaften. Mühsam versuchen sie bis heute, die Steuerungsdefizite übergeordneter Ebenen zu kompensieren. Dabei fällt auf, dass ihre politische Wirkung dort am größten ist, wo es regionalen Akteuren gelingt, zu wichtigen Themen mit einer Stimme zu sprechen. Dieser Befund relativiert die inzwischen geradezu modische Kritik an der Politik der „Konsensrunden“ und der „runden Tische“. Tatsächlich können Runden, die Partizipation um der Partizipation willen betrieben, zu „Intervention durch Nicht-Entscheidung“ beitragen. Wo sie jedoch einen Veränderungskonsens der regionalen Akteure herbeiführen, wirken sie segenreich.

Vier Schlussfolgerungen

1.: Regionale Netze bringen erhebliche Steuerungsleistungen bei der Produktion öffentlicher Güter, makroökonomische und –politische Defizite vermögen sie nicht auszugleichen.

2.: Der kalifornische High-Tech-Kapitalismus reicht als universelles Leitbild regionaler Entwicklungsprozesse nicht aus. Es geht um vielfältige regionale Übergänge in eine wissensgestützte Produktions- und Dienstleistungsgesellschaft.

Jenseits dieses strukturellen Mangels kommt eine andere Beobachtung zum Tragen. Regionale Übergänge in eine wissensgestützte Dienstleistungsökonomie setzen eine Produktion öffentlicher Güter, wissenschaftliche und logistische Infrastruktur, be-



rufliche Aus- und Weiterbildung, längerfristig orientierte Innovationspolitiken und einigermaßen stabile Austauschbeziehungen zwischen den industriellen Akteuren voraus. In diesem Punkt deutet sich in den regionalen Arenen tatsächlich eine problematische Entwicklung an. Ansätze, die sich auf reine Marketingstrategien zurückziehen, die es versäumen, abrechenbare industriepolitische Projekte zu definieren und die ohne beschäftigungspolitische Zielsetzungen operieren, werden keine nachhaltigen Effekte auslösen können. Vor allem „High-road-Strategien“, also regionale Politiken, die Wachstumseffekte in wissensintensiven Branchen mit anspruchsvollen Produkten und qualifizierter Beschäftigung erzielen wollen, benötigen öffentliche Güter in noch weitaus stärkerem Maße, als regionale Netze diese aus eigener Kraft bereitstellen können.

Hinzu kommt etwas anderes. Faktisch haben die Consultants und Wirtschaftsförderer in allen untersuchten Regionen den Traum des „kalifornischen Kapitalismus“ geträumt. Charakteristisch sind Weltmarkt- und Hochtechnologieorientierung, die in den Regionen mit unterschiedlichem Erfolg praktiziert werden. Doch unabhängig von der konkreten Ausprägung dieser Ansätze stellt sich die Frage, ob auf diesen Feldern überhaupt Beschäftigungswachstum in einem Ausmaß möglich ist, das eine Abkehr vom bekannten Dilemma altindustrieller Regionen bedeuten würde. Vergegenwärtigt man sich, dass selbst in großen High-Tech-Metropolen nur eine verhältnismäßig begrenzte Zahl von Beschäftigten unmittelbar im IT-Sektor arbeitet, so wird rasch klar, dass die High-Tech-Branchen allein nicht das nötige Beschäftigungswachstum erzielen können. Das größte regionale Beschäftigungswachstum verzeichnen mit personenbezogenen und sozialen Dienstleistungen, etwa der Gesundheitswirtschaft, Bereiche, die in den regionalwirtschaftlichen Schwerpunktsetzungen

überhaupt nicht vorkommen. Auch die regionalen Netze sind in diesen Bereichen allenfalls schwach repräsentiert. Wenn überhaupt, so lässt sich hier ein strukturkonservatives Moment der Netzwerkstrukturen ausmachen. Dienstleistungsorganisationen wie die Gewerkschaft Ver.di spielen in den regionalen Kooperationsverbänden bislang keine oder allenfalls eine untergeordnete Rolle.

Hier kommt in der Tat eine Schwachstelle regionalwirtschaftlicher Ansätze zum Vorschein, die zum Gegenstand einer strategischen Debatte werden sollte. Weltmarktorientierung allein bringt möglicherweise die Spezifik, die endogenen Potentiale regionaler Räume, zum Verschwinden. Sie läuft auf eine Förderung von High-Tech-Sektoren hinaus, die ihrerseits rationalisierende Effekte produzieren. Beschäftigungswachstum entsteht jedoch in Bereichen, die spezialisierte, lokale Dienstleistungen erbringen. Hier ließe sich anknüpfen. Seriöse Empfehlungen zum Ausbau sozialer Dienstleistungen kollidieren freilich in vielerlei Hinsicht mit den derzeit dominanten politischen Weichenstellungen. Eine solche Politik würde hierzulande u.a. eine höhere Frauenerwerbstätigkeit, Einkommenserhöhungen, den Übergang zur Qualitätsproduktion im sekundären Sektor wie auch im Dienstleistungsangebot selbst sowie nicht zuletzt den Ausbau von Finanzierungsmechanismen zur Überwindung „der Kostenkrankheit bei wichtigen Diensten“ voraussetzen. Einen solchen Weg können die Regionen nicht allein aus eigener Kraft gehen; die Tatsache, dass die Dienstleistungsbereiche in den regionalen Netzen bislang von untergeordneter Bedeutung sind, sollte jedoch zu Denken geben.

3: Ein rein technokratisches Innovationsverständnis verfehlt die Besonderheit regionaler Entwicklungsprozesse. Soziale Innovationen sind häufig die Voraussetzung für tech-

nologische Entwicklungssprünge. Das vornehmlich technisch-marktorientierte Innovationsverständnis, das sich bei zentralen Akteuren der regionalen Strukturpolitik wieder durchzusetzen beginnt, ignoriert die gesellschaftliche Komplexität von Innovationsprozessen. Innovative Dienstleistungspolitik z.B. hängt eng mit kulturellem Wandel zusammen, denn ohne eine Demokratisierung von Geschlechterbeziehungen lässt sich eine signifikante Erhöhung der Frauenerwerbsquote nicht erreichen. Ohne höhere Frauenerwerbsbeteiligung jedoch kein Druck zur Ausweitung sozialer Dienste und somit keine Beschäftigungseffekte. Ein Innovationsverständnis, das solche gesellschaftlichen Zusammenhänge außer Acht lässt, das Elitförderung mit wachsendem Druck auf die Schwächsten der Gesellschaft kombiniert, wird eher neue Entwicklungsbarrieren erzeugen als vorhandene abbauen. „Schnelles Dortmund“, „soziales Dortmund“ – das ist eine begriffliche Differenz, in der sich auch ein unterschiedliches Verständnis von gesellschaftlichen Innovationsprozessen artikuliert.

4: Regionen eignen sich als Sozialraum, in welchem Sicherheit und Flexibilität in eine neue Balance bringen lassen. Die Schaffung eines „Aktivitätsstatus“ für Beschäftigte könnte mittelfristig ein Ansatzpunkt für die Erneuerung regionaler Politiken werden.

In einer flexiblen Arbeitswelt, die die Unterscheidung von Arbeitsrolle und Person tendenziell aufhebt, muss die Mobilität der Arbeitskräfte erhöht werden. Dies kann geschehen, indem für Erwerbstätige ein *Aktivitätsstatus* geschaffen wird. Jeder und Jede, der/die eine gewisse Zeit lang gearbeitet hat, sollte einen Status in Anspruch nehmen können, der eine wirkliche Wahl zwischen Tätigkeiten, zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit ermöglicht. Dieser Status würde für einen begrenzten Zeitraum die Möglichkeit eröffnen, sich einer frei gewählten Betätigung zu widmen. Er könnte in einem *Aktivitätsvertrag* definiert werden, der über mehrere Jahre den Wechsel zwischen betrieblicher Produktivarbeit, Ausbildungsarbeit und gemeinnütziger Beurlaubung, etwa für Familienarbeit, erlaubt. Ein solcher Vertrag könnte mit Unternehmensnetzwerken geschlossen werden und durch Umlagefinanzierungen ein relativ stabiles Einkommensniveau ermöglichen. Die Durchsetzung eines solchen Aktivitätsstatus ist notwendigerweise ein gesamteuropäisches Projekt; starke Ökonomien wie die deutsche und die französische könnten bei der Durchsetzung aber eine Vorreiterrolle spielen. Arbeitspolitische Konzepte für ein solches Projekt liegen längst auf dem Tisch. Nichts hindert Gewerkschaften und Politik daran, sich diese Konzepte zueigen zu machen. Wenn mit Blick auf 2010 etwas nötig ist, dann mehr Phantasie bei der sozialen Gestaltung der neuen Arbeitswelt!

Wachstumszwang und ökologische Wachstumsgrenzen in Marktwirtschaften

von Jan Priewe

In manchen Kreisen in Deutschland sind drei ökonomische Ideen verbreitet, nämlich: Erstens: Die Förderung des Wirtschaftswachstums sei Wachstumswahn, „immer mehr“ sei ökonomisch, ökologisch und sozial unsinnig, und zudem illusorisch, das Zeitalter des Wachstums sei mehr oder minder vorbei. Zweitens: Wirtschaftswachstum sei gar nicht nötig, wir könnten in einer Marktwirtschaft auch gut oder gar besser ohne Wachstum auskommen. Drittens: Ständiges Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit stünden in einem unauflösbaren Zielkonflikt. Ich halte alle drei Behauptungen für äußerst problematisch. Allerdings gilt nicht einfach das glatte Gegenteil, insbesondere bei der ökologischen Frage.

1. Wachstumszwang im Kapitalismus

Eine Marktwirtschaft beruht auf dem ständigen Einsatz und der Vermehrung von Kapital, deren Eigner Gewinnmaximierer sind, und zwar unter Wettbewerbsbedingungen. Wettbewerb zwingt die Unternehmen bei Strafe des Konkurses dazu. Mikroökonomisch gilt also, dass ein idealtypisches repräsentatives Unternehmen Kapital exponentiell akkumuliert, wobei die Wachstumsrate des Kapitals gleich der Profitrate ist, wenn alle Gewinne direkt oder indirekt akkumuliert, also nicht konsumiert werden. Wenn das aus irgendwelchen Gründen nicht realisierbar ist, wird das Anfangskapital besser auf dem Kapitalmarkt angelegt, wo es exponentiell mit dem Zinssatz wächst. Der Zinssatz ebenso wie die Profitrate des Kapital mögen sinken, aber beide müssen in einer kapitalistischen Ökonomie positiv sein. Übertragen auf die Gesamtwirtschaft bedeutet dies, dass der Bestand an Sachkapital permanent wächst. Bei konstanter oder steigender Effizienz des Kapitalstocks wächst damit der Output, das Bruttoinlandsprodukt. Historisch gesehen ging die Kapitalakkumulation immer mit technischem „Fortschritt“

einher, der sich überwiegend im Kapitalstock oder in den Endprodukten „vergegenständlichte“. Vielfach war dies mit zunehmenden Umweltbelastungen verbunden, aber nicht immer.

Zu den Voraussetzungen dieses Wachstumsprozesses gehört, dass den positiven Nettoinvestitionen am Ende einer jeden Periode gleich große Ersparnisse gegenüber stehen (nehmen wir an, es handele sich um eine geschlossene Volkswirtschaft). Eigentlich ist das trivial: nur ein Teil der Produktion (und des Einkommens) wird konsumiert, der Rest wird nicht konsumiert, wir nennen das „Sparen“, und folglich investiert. Die Sparenden sind die Unternehmen selbst, die Gewinne zur Eigenfinanzierung verwenden, aber auch die privaten Haushalte, deren Sparen den Investoren zur Verfügung gestellt wird. Das Ausland und den Staat klammere ich der Einfachheit halber aus.

Wie sähe nun eine Ökonomie aus, die auf Dauer nicht wächst, also eine *stationäre* Volkswirtschaft? Nehmen wir an, die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ist permanent so schwach, sei es auf Grund individueller Präferenzen, sei es auf Grund wirtschaftspolitischer Aktivitäten, dass das volkswirtschaftliche Angebot nicht wachsen kann. Per definitionem sind die Nettoinvestitionen Null, ebenso muss die volkswirtschaftliche Ersparnis in jeder Periode Null sein. Also wird alles konsumiert – oder exportiert und die Exporterlöse dann konsumiert. Nur Ersatzinvestitionen werden – jedenfalls im Durchschnitt der Volkswirtschaft – getätigt. Einzelne Unternehmen können durchaus Kapital akkumulieren, jedoch stehen ihnen dann gleich viele Unternehmen gegenüber, die ihren Kapitalstock abbauen (müssen). Die gesamtwirtschaftliche Gewinnsumme wächst nicht mehr, es sei denn, sie wächst auf Kosten der Lohneinkommen.

Aus dieser kurzen Analyse folgt, dass eine stationäre Ökonomie ungeheuer instabil ist.

© Michael Contes (Brüssel)



Jan Priewe

Entweder tendiert sie zum Wachsen, weil die Unternehmen als Gesamtheit Kapital akkumulieren und sie sowie die Haushalte sparen, oder sie tendiert zum Schrumpfen: wenn nicht investiert wird, aber weiterhin gespart wird, entsteht eine gesamtwirtschaftliche Nachfragerücke. Wenn vollständige Preis- und Lohnflexibilität bestünde, käme es zu Deflation, die mit hoher Wahrscheinlichkeit negative Mengeneffekte hat. Nur wer unterstellt, dass Preisniveausenkungen vollkommen neutral in Bezug aus das BIP sind, kann Stabilität bei Nullwachstum postulieren.

Fazit: Eine kapitalistische stationäre Ökonomie ist schwer vorstellbar, weil sie hochgradig instabil wäre. Entweder rutscht sie ab in eine schwere Krise, oder sie tendiert zu Wachstum. Historisch waren die Krisen temporär, die Wachstumstendenz vorherrschend.

Ist es aber nicht vorstellbar, dass wir in einer stationären Ökonomie einen ständigen Wandel in Form eines Nullsummenspiels haben? Einige Unternehmen akkumulieren, andere des-investieren, einige Wirtschaftssubjekte sparen, andere verschulden sich, und alles saldiert sich dann zu Null. Entscheidend ist jedoch, dass alle Unternehmen, alle Vermögensbesitzer, qua Konkurrenz zur Kapitalakkumulation tendieren. Wenn aber gesamtwirtschaftliche Stagnation vorherrscht, gibt es eine brutale Verschärfung des Wettbewerbs, und zwar zwischen den Unternehmen sowie zwischen Kapital und Arbeit um den Anteil am Volkeinkommen. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die soziale Marktwirtschaft zur brutalen Marktwirtschaft mutiert, insbesondere wenn wegen hoher Unterbeschäftigung die Kapitalseite strukturell gegenüber den abhängig Arbeitenden überlegen ist. Verteilungskonflikte werden zu Lasten der Schwächeren in der Gesellschaft „gelöst“. Der Frühkapitalismus kehrt zurück und löst den spätkapitalistischen Sozialstaat ab. Auch Umweltpolitik ist jetzt schwerer durchsetzbar. Oder aber ein

vollständig neuer „Sozialvertrag“, eine neue Wirtschaftsordnung wird etabliert, deren Konturen jedoch höchst unscharf sind. Die Protagonisten von Nullwachstum haben dazu auch keine klaren Vorstellungen.

2. Wachsende Beschäftigungsprobleme bei Nullwachstum – Destabilisierung der sozialen Sicherung

Die Beschäftigungsmenge, gerechnet in Arbeitsstunden Erwerbsarbeit, resultiert definitorisch aus der Veränderung des Outputs (Zuwachs des BIP) einerseits und der Veränderung der Stundenproduktivität andererseits, wenn man die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen konstant lässt. Bei geringerem Wachstum sowie bei Nullwachstum, wird das Produktivitätswachstum geringer ausfallen als bei hohem Wachstum („Verdoorn-Law“), weil bei positiven Nettoinvestitionen der Kapitalbestand schneller modernisiert wird. Normalerweise repräsentieren Investitionen (Ersatz- wie Erweiterungsinvestitionen) ein höheres technisches Niveau, das den neuesten Stand technischen Wissens repräsentiert. Entscheidend ist nun aber, dass der technische Wandel bei Nullwachstum keineswegs zum Erliegen kommt. Der überwiegende Teil des technischen Fortschritts verkörpert sich in Produkten, insbesondere in den Produktionsmitteln. Ersatzinvestitionen sowie der Wettbewerb zugunsten modernerer Unternehmen halten auch in einer stationären Wirtschaft den Zwang zur Produktivitätssteigerung aufrecht. Folglich wird das Beschäftigungsvolumen permanent abnehmen. Nur wenn das absurde Unterfangen gelänge, den technischen Fortschritt durch ständige Reallohnsenkungen aufzuhalten, die zurück zu arbeitsintensiverer Produktion führen (Faktorsubstitution), käme der Produktivitätszuwachs zum Stillstand.

Nehmen wir also einmal an, die Produktivität

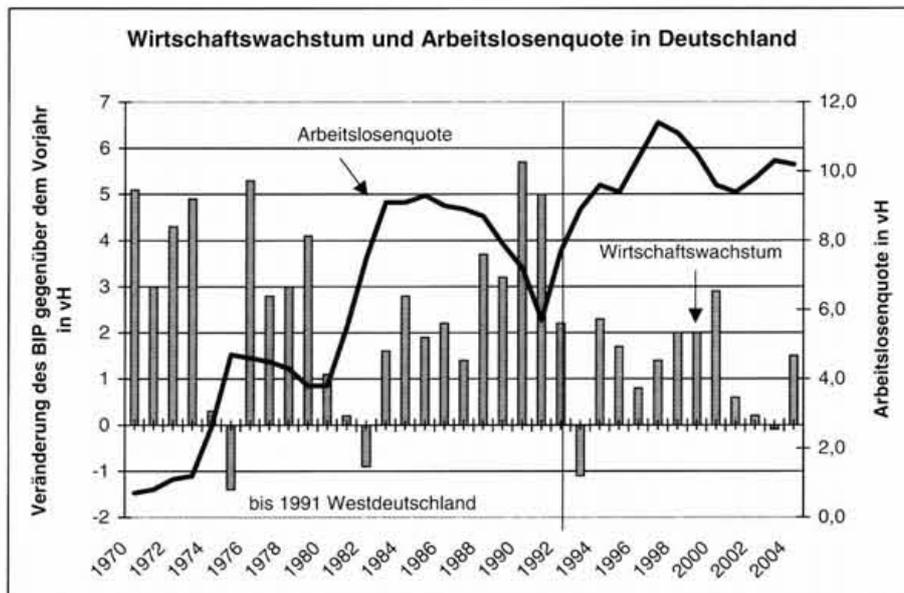
wächst trendmäßig weiter, allerdings mit niedrigerer Rate als früher. Zwar sinkt nun die Beschäftigungsschwelle (also die Wachstumsrate, die erforderlich ist, um Beschäftigungszuwachs zu erzeugen), aber sie wird wegen Nullwachstum ständig unterschritten. Jetzt könnte man theoretisch die „Freisetzung“ von Arbeitskräften durch permanente Arbeitszeitverkürzung irgendwelcher Art, jedoch kostenneutral, auffangen. Wir wissen, dass es schwierig ist, beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzungen zu realisieren, häufig wird eine zusätzliche Produktivitätssteigerung induziert. Zu fragen ist auch, ob eine permanente Arbeitszeitverkürzung sinnvoll und wünschenswert ist, und ob sie den individuellen Präferenzen der Menschen auf Dauer entspricht.

Man könnte sich ehrenamtliche Tätigkeiten außerhalb von Erwerbsarbeit vorstellen, die permanent zunehmen. Wenn dies nicht auf alle Erwerbspersonen gleich verteilt ist, wird fortwährend mehr Einkommensumverteilung zugunsten der Nicht-Erwerbstätigen nötig, jedenfalls wenn man davon ausgeht, dass die Ehrenamtlichen auch irgendein Transfereinkommen benötigen. Nehmen wir einmal an, ein Grundeinkommen für alle Nicht-Erwerbstätigen würde in Höhe von x % des durchschnittlichen Erwerbseinkommens geschaffen. Bei permanent abnehmender Erwerbsarbeit infolge von Produktivitätsfortschritten wäre jetzt Jahr für Jahr mehr Umverteilung zugunsten der Nicht-Erwerbstätigen notwendig. Immer weniger Menschen sind erwerbstätig, und diese müssten einen immer größeren Anteil ihres Einkommens den Nicht-Erwerbstätigen geben. Dies ist wohl nicht unmöglich, aber nicht minder schwierig wie die permanente beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzung. Realistischer ist wohl, dass die Spaltung der Gesellschaft in jene, die Erwerbsarbeit haben, und jene, die sie nicht haben, zu-

nimmt und die Machtverteilung zulasten der Erwerbslosen und zulasten des „Faktors“ Arbeit insgesamt zunimmt.

Vielleicht entschärft sich die prekäre Arbeitsmarktlage durch die demografische Alterung der Gesellschaft etwas. Das Erwerbspersonenpotential nimmt vermutlich dramatisch ab und entlastet insoweit den Arbeitsmarkt. Andererseits kann eine schrumpfende Bevölkerung auch die Nachfrage nach Gütern dämpfen und insoweit nachfragesenkend wirken, so dass keineswegs ausgemacht ist, dass sich in Deutschland demnächst demografisch bedingte Vollbeschäftigung einstellt.

Sind *wachstumsneutrale Sozialversicherungssysteme* vorstellbar, die auch bei anhaltendem Nullwachstum funktionieren? Was die Unterstützung der Erwerbslosen angeht: Wie schon gesagt, mit ständig schrumpfender Erwerbstätigkeit müssten die Transfers an Erwerbslose relativ zum Volkseinkommen ständig steigen oder das Transfereinkommen der Erwerbslosen ständig abgesenkt werden. Hinzu kommen Übergangsprobleme von Wachstum zu Nullwachstum, denn die Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge gehen in dieser Phase drastisch zurück. Kürzt man auf der Ausgabenseite, verstärkt dies den Nachfragerückgang und destabilisiert damit die Ökonomie, das BIP tendiert zu sinken. Dabei steigt die Staatsverschuldung, und Konsolidierungsversuche in solchen Situationen wirken immer kontraktiv, schrumpfen also das BIP, so dass am Ende die Konsolidierung gar nicht oder nur sehr beschränkt gelingt. All das probieren wir in Deutschland seit einigen Jahren aus, nur der Export stabilisiert die Ökonomie noch. Kurzum: Nullwachstum ist mit Nachhaltigkeit in den Sozialsystemen nicht vereinbar, vielmehr tendiert es dazu, diese fortwährend auszuhöhlen, sofern die Sozialleistungsquote nicht permanent gesteigert werden kann.



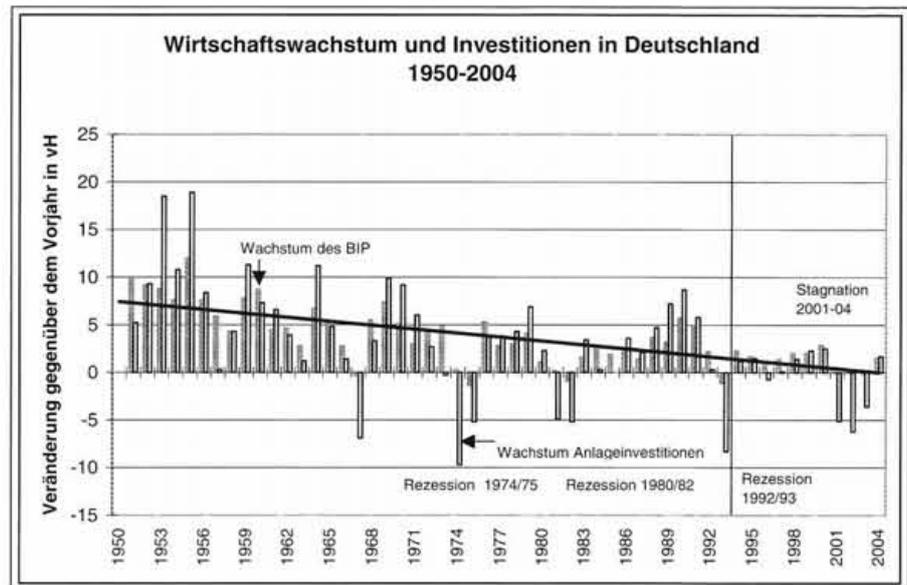
3. Zielkonflikte Wachstum und Umwelt?

Arbeit ist Stoffwechsel mit der Natur, sagte einmal ein berühmter Ökonom. Produktion, die ja auf Arbeit beruht, verbraucht also Naturressourcen, und zwar erschöpfliche und regenerierbare, und Reststoffe der Produktion und Konsumtion werden wieder der Natur zugeführt. Dass Produktion und Erzeugung des Sozialproduktes die Natur nicht belastet, ist unvorstellbar. Dies gilt auch für eine stationäre Ökonomie. In ihr werden der Natur ständig Stoffe entnommen, und dies auf hohem Niveau, und andere wieder hinzugeführt. Nichts geht verloren, alles wird nur umgewandelt. Erschöpfliche Ressourcen erzeugen eine Grenze für die Produktion, gleich ob wachsend oder stationär. Irgendwann sind sie verbraucht, und wir wissen, dass Recycling nicht hundertprozentig möglich ist. Also müssen wir uns vom Verbrauch erschöpflicher Ressourcen unabhängig ma-

chen, wenn wir nicht permanent schrumpfen wollen. Schon Konstanz des Verbrauchs wäre nicht mit Nachhaltigkeit vereinbar. Die wohl wichtigsten erschöpflichen Ressourcen sind fossile Energien und die Erdatmosphäre, und beides hängt bekanntlich zusammen. Wenn wir den Verbrauch erschöpflicher Ressourcen einstellen, könnten wir mit regenerierbaren Ressourcen weiter wirtschaften. Aber auch sie sind nicht unerschöpflich. Der Umgang mit erschöpflichen und regenerierbaren Ressourcen ist in erster Linie eine Frage des ökologisch-technischen Wandels, in zweiter Linie eine Frage des Strukturwandels der Produktion und der Konsumtion. Der Strukturwandel ist begrenzt möglich, wenn auch schwer. Aber es ist vorstellbar, dass große Teile des BIPs durch Dienstleistungsarbeit erzeugt werden, die mit ebenso viel oder wenig Naturbelastung erzeugt werden wie Nichterwerbsarbeit im Haushalt, die bekanntlich nicht zum BIP gerechnet wird. Ob der ökologisch-technische Fortschritt begrenzt ist, wissen wir nicht. Ich sage nicht, dass er unbegrenzt möglich ist und wir einfach darauf vertrauen sollten, dass den zukünftigen Generationen etwas Gescheites einfällt. Wir wissen es einfach nicht und müssen deshalb vorsichtig sein.

Ökologische Ökonomen wie Herman Daly behaupten, dass die Substitution von Natur durch Kapital oder technischen Fortschritt deshalb nicht oder nur ganz begrenzt möglich sei, weil Kapital und technischer Fortschritt selbst wiederum Natur verbrauchen. Wäre es so einfach, hätte es in der Geschichte der Menschheit nie ökologisch-technischen Fortschritt gegeben. Der Punkt ist, dass der Ersatz von Naturressourcen durch Technik bedeutet, dass per saldo nicht Null Ressourcen verbraucht werden, sondern weniger als zuvor. Die Vorstellung, dass wir irgendwie mit Nullressourcenverbrauch leben könnten, ist absurd. Wachstum zu kritisieren, weil zusätzlicher Output immer mit Ressourcenverbrauch verbunden ist, ist ein Totschlagsargument. Es kommt darauf an, den Gesamtverbrauch an Naturressourcen dort zu begrenzen, wo er schädlich ist. Ein Null-Liter-Auto ist schwer vorstellbar, aber ein verminderter Energieverbrauch des Verkehrssektors insgesamt sehr wohl.

Arbeit ist eben Stoffwechsel mit der Natur, und ohne Arbeit kann eine Gesellschaft nicht leben. Es kann „nur“ darum gehen, wie viel Ressourcen und welche wir verbrauchen. Der erste ökologische Imperativ ist, den Verbrauch erschöpflicher Ressourcen rechtzeitig zu beenden (soweit Recycling nicht möglich ist), der zweite ist, mit regenerierbaren Ressourcen effizienter umzugehen und eventuell mehr von ihnen zu erzeugen. Die meisten Ökologen sagen, dass wir in den entwickelten Industrieländern bis Mitte des 21. Jahrhunderts den jährlichen Verbrauch an zentralen Naturressourcen, die genau zu

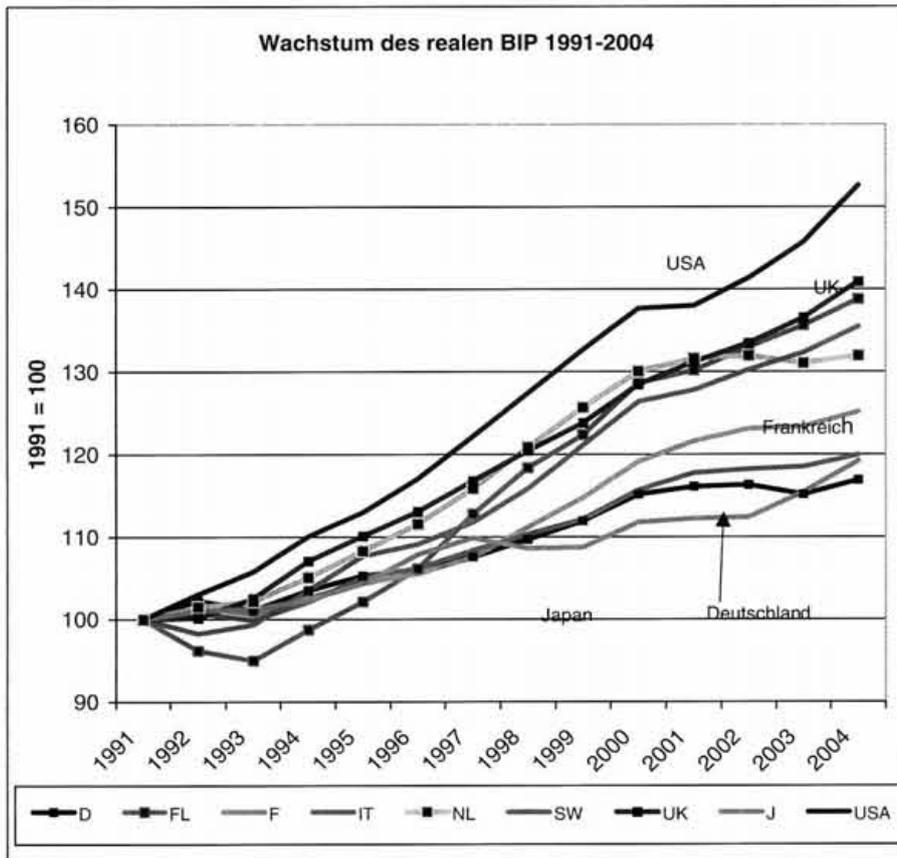


benennen sind, um etwa 80% vermindern müssen. Die Frage ist, wie viel Spielraum dies für Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahrzehnten lässt. Keiner kann dazu eine genaue oder auch nur eine tentative Aussage machen, weil wir den technischen Wandel und den Strukturwandel der Zukunft nicht kennen. Wichtig ist zu erkennen, dass, ließen wir per Dekret ab sofort kein weiteres Wachstum mehr zu, der Naturverbrauch auf hohem Niveau weiterginge und die Belastungsgrenzen früher oder später überschritten werden. Insofern sind wir zur Substitution und zu mehr Öko-Effizienz verdammt. Seit langem schlage ich wie viele andere auch sog. „ökologische Leitplanken“ vor. Marktwirtschaftliches Wachstum, beruhend auf Kapitalakkumulation, wird innerhalb eines institutionellen Ordnungsrahmens unbeschränkt zugelassen. Der ökologische Ordnungsrahmen benennt die langfristigen ökologischen Ziele mit entsprechenden Reduktionsvorgaben, etwa nach dem Muster des Kyoto-Protokolls, hoffentlich aber ein ganzes Stück besser und zugleich politisch durchsetzbar. Die stofflichen ökologischen Ziele dieses Rahmens sind keiner genauen Kosten-Nutzen-Rechnung zugänglich. Es sind weitgehend normative Ziele, die sich selten exakt aus naturwissenschaftlichen Erkenntnissen ableiten lassen. Sie müssen auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhen, ähnlich wie bei Vorschriften hinsichtlich des Gesundheits- und des Arbeitsschutzes, wo direkt Gesundheit und Sicherheit der Menschen betroffen ist. Die ökologischen Leitplanken haben Vorrang vor der Ökonomie, denn sie sind Voraussetzung des Wirtschaftens. Die Umweltpolitik hat dann die Instrumente zu definieren, mit denen die Ziele erreicht werden können. Wichtig ist, dass keine ökonomischen *Negativ-Regeln* aufgestellt werden, nach dem Motto: alles ist verboten, es sei denn ist wird ausnahmsweise erlaubt. Vielmehr gilt positiv: innerhalb der

Leitplanken und des Ordnungsrahmens insgesamt ist ökonomisch alles erlaubt. Begrenzt durch die ökologischen Leitplanken gibt es zwei Arten von Wirtschaftswachstum. Erstens jenes, das direkt durch Umwelt- und Ressourcenschutz und höhere Öko-Effizienz induziert wird. Energiesparen ist meistens wertschöpfungsintensiver als z.B. der Verbrauch von Öl. Dass die meisten umweltverträglich hergestellten Produkte heute teurer sind als umweltbelastend erzeugte, demonstriert diesen Sachverhalt. Zweitens ist „normales“ Wirtschaftswachstum innerhalb der Leitplanken möglich, also die vermehrte Produktion von Gütern und Dienstleistungen, allerdings auf einem höheren ökologischem Effizienzniveau. Beide Wachstumsbereiche werden sich zunehmend vermischen. Es mag sein, dass sich das Wirtschaftswachstum der Zukunft bei ökologischen Leitplanken, die anspruchsvolle Umweltziele repräsentieren, vermindert; in einigen Sektoren ist sicherlich Schrumpfung unvermeidlich, in anderen intra-sektoraler Wandel. Wichtig ist aber: innerhalb der Leitplanken kann und sollte *Wachstumspolitik* betrieben werden, sei es durch „Globalsteuerung“ durch makroökonomische Politik, sei es durch gezielte Strukturpolitik des Staates, insbesondere über öffentliche Ausgaben.

4. Schlussfolgerungen

Wirtschaftswachstum ist weder Wahn noch Mythos. Es ist kein Allheilmittel für Arbeitslosigkeit und den Sozialstaat, aber eine notwendige Voraussetzung in einem marktwirtschaftlichen System. Ohne Wirtschaftswachstum, das die Beschäftigungsschwelle von 1,5-2,0% in Deutschland überschreitet, wird es keine wirkliche Reduktion der enormen Unterbeschäftigung geben, im Gegenteil. Die 5-Millionen-Marge wird früher oder später überschritten. Natürlich ist Wirtschaftswachstum allein für einen akzeptablen Beschäftigungsstand nicht ausreichend,



mehrt. Ich würde heute von der Notwendigkeit von Wachstums- und Strukturpolitik mit ökologischen Leitplanken sprechen. Dies impliziert ein starkes *commitment* zu einer Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftswachstum erzeugt, wenn es die Märkte nicht tun, aber ebenso die Unter- und Einordnung oder besser Einbettung von Wachstumsprozessen in einen festen und verbindlichen ökologischen Ordnungsrahmen. Visiert man als langfristige Vision eine stationäre, also nicht wachsende Ökonomie an, die mit sozialen und ökologischen Normen in Einklang steht und deren ökonomische Dynamik sich auf den Strukturwandel beschränkt, dann benötigt man eine andere Wirtschaftsordnung als die auf Gewinnsteigerung, Wettbewerb und Akkumulationszwang beruhende kapitalistische. Es wäre vermutlich eine Wirtschaftsordnung mit ständig zunehmender Umverteilung und/oder einer Rationierung von Erwerbsarbeit, verbunden mit einem sehr starken Staatsinterventionismus. Über den Charakter einer solchen Wirtschaftsordnung ist bislang wenig nachgedacht worden, insbesondere von den Protagonisten des Nullwachstums. Ich bezweifle, ob ein derartiges System wirklich erstrebenswert ist.

spw 6 / 2004

Arbeitszeitverkürzungen müssen hinzukommen, ebenso eine aktivere, nicht lediglich „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik. Kann man bei gegebenem niedrigem Wirtschaftswachstum mehr Beschäftigungswirksamkeit durch Absenkung der Beschäftigungsschwelle erreichen? Manche glauben, dies durch einen staatlich initiierten Niedriglohsektor erreichen zu können. Wenn man nicht der simplen neoliberalen Regel folgen will – niedrigere Löhne, mehr Beschäftigung – wird die Sache ökonomisch sehr kompliziert und ist – ausgehend von sozialstaatlichen Normen – politisch nur sehr begrenzt wünschbar. Man kommt an einer gezielten Wachstumsbeschleunigung kaum vorbei.

Voraussetzung dafür ist freilich, dass Wachstum und Ökologie vereinbar gemacht werden. Damit geht es nicht um Wachstum um jeden Preis, nicht um Produktion von unsinnigen Gütern und Dienstleistungen, die nicht gebraucht werden. Ohne Wachstum ist fortwährender Sozialabbau kaum vermeidbar. Ohne Wachstum ist ökologische Modernisierung mit Sicherheit nicht durchsetzbar. Qualitatives Wachstum ist ein etwas verwaschener Begriff aus der Ära der späten 60er Jahre, den man als Wachstum mit sektoralem Strukturwandel zugunsten politisch präferierter Bereiche, einschließlich Umweltschutz und Bildung, interpretieren kann. Niemand bestreitet, dass Umweltschutz nötig ist, ebenso Bildung, und beides ver-

Weiterführende Literatur aus der Feder des Autors:

Leitplanken statt Schranken. In: Politische Ökologie, Sonderheft 11/1998, S. 30-34
 Beschäftigungsprobleme in einer stationären Volkswirtschaft. In: Greenpeace/Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Wirtschaft ohne Wachstum? Wiesbaden 1999, S. 21-42
 Von Rom nach Wuppertal? Auf der Suche nach den ökologischen Grenzen des Wachstums. Ökologische Leitplanken für nachhaltige Entwicklung. In: F.Helmedag, N.Reuter (Hrsg.): Der Wohlstand der Personen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn. Marburg 1999, S. 421-442
 Ökologische Nachhaltigkeit: Mehr Arbeit und weniger Ressourcenverbrauch? Substitutionsbeziehungen zwischen Arbeit, kapital und Naturressourcen -. In: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Heft 1-4/2001, S. 166-183
 Begrenzt ökologische Nachhaltigkeit das Wirtschaftswachstum? In: Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht. Heft 2/2002, S. 153-172

Plenum moderner Sozialismus

Eine Veranstaltungsreihe von den Jusos NRW und spw

Thema: Bildungspolitik

Die internationalen Schulleistungsvergleiche haben neben dem eklatanten Leistungsrückstand deutscher Schulsysteme auch die Gerechtigkeitsfrage in den Mittelpunkt der bildungspolitischen Diskussion gerückt. In keinem anderen westlichen Industrieland ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg so eng wie in Deutschland. Erfolgreiche „PISA-Staaten“ setzen meist auf integrierte Schulsysteme und individuelle Förderung. Auf der Grundlage internationaler Vergleichsdaten wollen wir nachweisen, wo die Bruchstellen in unserem Bildungssystem sind, welche Alternativen es gibt.

Mittwoch, 12.01.2005 ab 19. 00 Uhr,
 Rainoldinum (Nähe Hbf), Schwanenwall 34, Dortmund

Mehr Infos: www.jusos-nrw.de

Gesundheits- und Seniorenwirtschaft

Ein wichtiger Motor des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen

Von Horst Vöge

Im Bereich der Gesundheitswirtschaft verfügt Nordrhein-Westfalen über eine gute Versorgungsstruktur. So gibt es über 400 Krankenhäuser, rund 26.000 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, ca. 5000 Apotheken, etwa 150 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen und rund 15.000 niedergelassene Heil- und Hilfsmittelerbringer. Defizite bestehen allerdings bei der Versorgung von Patientinnen und Patienten, die an chronischen Krankheiten leiden. Hier mangelt es insbesondere an interdisziplinären, flexiblen Versorgungsstrukturen. Deshalb wird die Weiterentwicklung der Disease-Management-Programme in der Vertragspartnerschaft zwischen Krankenkassen, Ärztinnen und Ärzten und Krankenhäusern in den nächsten Jahren von großer Bedeutung sein.

Hier kommt dem Einsatz neuer Medien auch eine besondere Bedeutung zu. Die integrierte Versorgung als arbeitsteilige, leitliniengestützte Kooperation zwischen verschiedenen Behandlern braucht eine technische Basis. Nur im Zusammenspiel von elektronischer Gesundheitskarte und elektronischen Heilberufsausweisen sowie weiteren Infrastrukturelementen, wie sicheren Netzen mit virtuellen elektronischen Patientenakten, lässt sich eine effiziente Dokumentationskultur für eine Landschaft der integrierten Versorgung in Nordrhein-Westfalen aufbauen. Die Telematikprojekte in NRW werden in einer bundesweit einmaligen Landesinitiative (*eHealth NRW*) gebündelt.

Ein weiterer wichtiger Bereich sind die Medizinprodukte und der gesamte Bereich der Bio-Technologie (*Life-Science*). Hier hat die Landesregierung nach dem PPP-Prinzip der öffentlich-privaten Partnerschaft gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft die LSA (Life Science Agency GmbH) initiiert. Dabei wurde das der Bündelung zugrunde liegende Konzept, welches unter Mitwirkung eines international renommierten Beratungsunternehmens konzipiert wurde, von allen Beteiligten aus Wirtschaft und Wissenschaft als hervorragend beurteilt.

Die Landesregierung hat mit dem Aufbau von wissenschaftlichen Clustern begonnen, um die Stärken in den Bereichen zu bündeln, auf denen Nordrhein-Westfalen über besonders große Potentiale verfügt. Dies sind zurzeit die Be-

reiche Stammzellenforschung, Neurowissenschaften, Medizintechnik und Biomaterialien sowie Genomforschung und Bioinformatik. Hierzu wurden bereits drei landesweite Netzwerke gegründet, deren Ziele die Bündelung der wissenschaftlichen Kompetenzen, die internationale Positionierung und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind. Aufgrund von regionalen Stärken haben verschiedene Regionen in Nordrhein-Westfalen Netzwerke der Life Science entwickelt. Dabei sind die Profile der Netzwerke je nach den Strukturen in den Regionen durchaus unterschiedlich. Zu einem weit überwiegenden Teil werden die Regionalinitiativen aus eigener Kraft finanziert. Als Beispiele sind hier der Raum Ostwestfalen-Lippe, die BioRegio Rheinland und MedEcon Ruhr zu nennen.

All diese Beispiele machen deutlich, dass nach dem Boom der Informations- und Kommunikationstechnologie die Gesundheitswirtschaft einer der zukünftigen wirtschaftlichen Megatrends sein wird. Vor diesem Hintergrund hat der Ministerpräsident am 10. September dieses Jahres den Masterplan Gesundheitswirtschaft NRW vorgestellt. Damit ist die Landesregierung in einen breiten öffentlichen Diskurs eingetreten. Ziel des Masterplanes ist es, gleichrangig sowohl die Qualität der gesundheitlichen Versorgung zu verbessern, als auch zu mehr Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen. Hier liegt ein enormes Zukunftspotenzial, dessen Entwicklung die SPD-Landtagsfraktion kreativ begleitet wird.

Für die Zukunft von NRW wird aber auch die Weiterentwicklung der Seniorenwirtschaft von großer Bedeutung sein. Die Anzahl der über 60jährigen Seniorinnen und Senioren wird im Zeitraum zwischen 2005 und 2015 um insgesamt rund 314.000 zunehmen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird von 24,8 % auf 26,6 % steigen. Dabei wird die Anzahl der 60- bis 69jährigen Seniorinnen und Senioren sinken und die der 70- bis 79jährigen und der 80jährigen Seniorinnen und Senioren steigen. Es gibt also eine Verschiebung von den jungen Alten zu den Hochaltrigen und damit zu den pflegerelevanten Jahrgängen.

Allein in der Altenhilfe wird der Beschäftigungszuwachs bis 2015 zwischen 44.000 und

100.000 Beschäftigten liegen. Für die Gesundheitswirtschaft insgesamt wird sich der Beschäftigungszuwachs zwischen 77.000 und ca. 200.000 Beschäftigten bewegen. Schon heute arbeiten über 650.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Gesundheitswirtschaft. Im Bereich der Seniorenwirtschaft wurde nur mit den drei Bereichen, Neue Medien, Wohnen und Freizeit im Zeitraum von 1999 bis 2002 ein Beschäftigungszuwachs von ca. 12.300 Arbeitsplätzen generiert. Die wachsende Nachfrage von Seniorinnen und Senioren nach Produkten und Dienstleistungen für mehr Lebensqualität im Alter birgt ein enormes Beschäftigungspotential auch für die Zukunft. Allein für Nordrhein-Westfalen wird in diesem Bereich bis 2015 ein zusätzlicher Bedarf von 100.000 Arbeitsplätzen prognostiziert.

So könnte eine gelungene Seniorenwirtschaftspolitik bewirken, dass das Interesse von Seniorinnen und Senioren abnimmt, den Lebensabend in anderen Regionen oder dem Ausland zu verbringen. Gelänge es, die Kaufkraftbindung in Nordrhein-Westfalen zu stärken, könnten dadurch ca. 7000 Arbeitsplätze gesichert werden. Da bereits heute ca. 30 % der Sporttreibenden zu den reiferen Jahrgängen über 50 Jahren gehören, ist in der Sport- und Fitnessbranche in NRW bis 2015 mit ca. 9900 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu rechnen.

In der Förderung der Seniorenwirtschaft nimmt Nordrhein-Westfalen eine Spitzenposition ein. In keinem anderen Bundesland gibt es eine der Landesinitiative Seniorenwirtschaft vergleichbare Initiative. Dabei wird in drei Handlungsfeldern zur Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen zur Steigerung der Lebensqualität beigetragen:

1. Neue Medien und Mediennutzung im Alter
2. Wohnen, Handwerk und Dienstleistungswirtschaft
3. Freizeit, Tourismus, Sport, Wellness und Kultur

Dabei ist ein Erfolg versprechender Schlüssel zur Erschließung des Seniorenmarktes die Philosophie des «Design for all» (*Design für alle*), mit der unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse älterer Menschen funktionale und gut gestaltete Produkte für alle Generationen entwickelt werden. Produkte, die ausschließlich für Senioren konzipiert werden und unter direkter Ansprache dieser Zielgruppe vermarktet werden, werden in der Regel als diskriminierend betrachtet und können sich als Nischenprodukte am Markt nur schlecht behaupten.

Wachstum braucht Effizienz

Ökoeffizienz fördert Wachstum und Lebensqualität

Von Marco Bülow

Die Sehnsucht nach Wachstum ist scheinbar grenzenlos und zunehmend auch parteilos. Alle politischen Lager warten auf den Wachstumsschub, der uns Arbeitsplätze bringt und Wohlstand beschert. Die Unterschiede liegen in den Konzepten. Der Streit über den einzig wahren Weg zu mehr Wachstum ist fast so alt wie der Kapitalismus. In der politischen Praxis dominiert meist eine Mischform: Ein wenig investieren, ein wenig liberalisieren und immer wieder neue Schulden aufnehmen. Über die Grenzen des Wachstums wird dagegen kaum noch gesprochen. Zur Debatte steht auch nicht, dass wirtschaftliches Wachstum kein Garant dafür ist, dass die allgemeine Lebensqualität der Menschen steigt. Oft geht Wachstum auf Kosten von Bevölkerungsteilen oder den zukünftigen Generationen. Wir dürfen uns also nicht immer nur die Frage stellen, mit welchen politischen Instrumenten wir heute noch Wachstum stimulieren können. Im Mittelpunkt unseres Interesses sollte die Steigerung der allgemeinen Lebensqualität der Menschen von heute und morgen stehen. Wirtschaftliches Wachstum spielt für unsere Fortentwicklung eine wichtige Rolle, aber eben nicht die alleinige und nicht nur ein unkritische.

Eine nachhaltige Entwicklung ist bei einer Steigerung des Wirtschaftswachstums nur dann möglich, wenn die Wachstumsraten von einer steigenden Ökoeffizienz begleitet werden. Dazu gehört die Einsparung von Energie, Material, Rohstoffen und Müll, sparsamere Herstellungsverfahren, der Einsatz modernerer Technologien, die Nutzung von Synergieeffekten, etc. Wir müssen außerdem bemüht sein, einen umweltschonenderen Ersatz für endliche Rohstoffe und Umweltbelastende Materialien zu finden. Darüber hinaus müssen wir dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handeln ökologische und soziale Leitplanken setzen. Nicht alles was machbar ist und eventuell Wachstum bringt, darf erlaubt sein. Menschenunwürdige Arbeitsverhältnisse, unheilbare Eingriffe in die Umwelt müssen auch dann Tabu bleiben, wenn wirtschaftliche Interessen dies einfordern. Diese Leitplanken übergehen wir allerdings tagtäglich. Vieler dieser „Grenzüberschreitungen“ haben unserer Volkswirtschaft nicht gerade große Gewinne ge-

bracht, aber die Lebensqualität insgesamt deutlich gesenkt. Wir müssen die Grenzen deutlich benennen. Bei den Arbeitsverhältnissen gibt es genaue Definitionen, auch wenn sie immer mehr attackiert und aufgebrochen werden. Der Schutz der Umwelt gilt leider häufig als Luxusthema, obwohl beispielsweise der Klimawandel vor allem die Volkswirtschaft immer stärker belasten wird und damit unsere Lebensqualität deutlich gefährdet. Bei Abwägungsprozessen müssen die möglichen Folgekosten mitgerechnet werden. Politik sollte langfristig und volkswirtschaftlich denken und sich von kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Rechnungen und Notwendigkeiten nicht blenden lassen.

Effizienz fördert Wachstum

Wenn die wirtschaftliche Leistung wächst, werden mehr Rohstoffe, Materialien und Energie verbraucht. Es wird mehr Kohlendioxid emittiert und die Umwelt stärker belastet. Durch Ökoeffizienz und den Einsatz von erneuerbaren umweltschonenden Alternativen kann diese negative Auswirkung des Wachstums größtenteils ausgeglichen werden. Die ökologischen Grenzen des Wachstums werden nicht aufgelöst, aber sie werden dehnbare.

Ökoeffizienz ermöglicht aber nicht nur die Nachhaltigkeit von Wachstum – gezielt eingesetzt, könnte sie zu einem Motor des Wachstums werden. Dies hat die Bundesregierung grundsätzlich erkannt und in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie eine Verdoppelung der Energieeffizienz von 1990 bis 2010 gefordert. Dazu bräuchten wir statt der bisher erreichten 1,8 Prozent allerdings jährliche Steigerungsraten von drei Prozent. Einhellige Expertenmeinung ist, dass sich ohne großen Aufwand mindestens 20 Prozent der betrieblichen Material- und Energiekosten kurzfristig einsparen lassen und jährliche Steigerungen in Höhe von deutlich über drei Prozent machbar sind.

Der Effekt ist einfach umrissen. Die für Effizienzsteigerung notwendigen Investitionen können recht schnell wieder amortisiert werden. Dadurch kann Geld eingespart werden und wird somit für andere Investitionen frei. Auch der private Verbraucher kann so Geld sparen und es für andere Dinge ausge-

ben. Durch die neuen Investitionsmöglichkeiten wird das Wachstum angekurbelt und neue Arbeitsplätze geschaffen. Allein durch die Ausschöpfung kurzfristiger Effizienzmöglichkeiten könnte das BIP bis 2015 um 7 bis 14 Prozent gegenüber der sonst zu erwartenden Entwicklung steigen. Dies bedeutet laut den Berechnungen der Prognos AG und IW Consult (Institut der deutschen Wirtschaft Consult), einen Zuwachs von 700.000 Arbeitsplätzen.

An einem konkreten Beispiel, der Wärmedämmung, kann man dies verdeutlichen. 30 Prozent des gesamten Energiebedarfs in Deutschland entsteht durch Heizen. In einem Privathaushalt liegt der Wert sogar bei 75 Prozent. Ein Großteil der erzeugten Wärme verpufft völlig sinnlos, weil die Gebäude schlecht isoliert sind. Ohne auf die Wärme verzichten zu müssen, könnten wir viel Energie einsparen, wenn wir die Gebäude besser dämmen würden. Trotz der deutlich kälteren Durchschnittstemperaturen haben es die Finnen durch Wärmedämmung geschafft, nicht mehr Energie pro Kopf zu verbrauchen, als wir Deutschen. Nicht umsonst fördert die Bundesregierung über die KfW günstige Kredite, die zur Wärmedämmung eingesetzt werden. Diese Unterstützung reicht aber nicht aus. Die Sanierungsquote der Altbauten liegt derzeit nur bei 1 Prozent. Würden wir sie auf 2-3 Prozent steigern, könnten allein dadurch bis zum Jahr 2010 rund 120.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Eine bessere Kombination von Klimaschutz und Steigerung der Erwerbstätigkeit könnte es kaum geben.

Die Masse der dauerhaft entstehenden Arbeitsplätze hängt aber auch davon ab, wie schnell es einem Land gelingt, Effizienztechnologien zu entwickeln und damit im internationalen Wettbewerb die Nase vorn zu haben. Die Konkurrenz schläft nicht. So heimlich beispielsweise die Japaner erste Erfolge mit einem vorbildhaften Effizienzprogramm ein. Das so genannte Top-Runner-Programm gibt es dort seit einigen Jahren. Für rund 20 energieintensive Produkte, wie Kühlschrank und Videorecorder wird in einem Referenzjahr festgestellt, welches Modell die höchste Energieeffizienz besitzt. Die anderen Firmen haben einen festgelegten Zeitraum, um mit ihren Produkten diesen Wert zu erreichen. Wem es nicht gelingt, der wird ermahnt und zuletzt sogar sanktioniert. Dadurch ist es japanischen Firmen innerhalb kürzester Zeit gelungen, bei einigen Geräten den Energieverbrauch um 10 Prozent zu senken. Damit

bekommen diese Firmen einen Marktvorteil, der sich bei immer weiter steigenden Energiepreisen auch betriebswirtschaftlich für sie deutlicher auszahlen wird.

Effizienz als sozialdemokratische Innovation Wärmedämmung und Top-Runner-Programm sind nur zwei von vielen Möglichkeiten, mit Ökoeffizienz sowohl ökonomisch, als auch ökologisch zu punkten und aufzuzeigen, wie Wachstum auch funktionieren kann. Es wäre endlich einmal eine Debatte, ein Ziel, welche positive Signale setzt und nicht wieder einen Nebenschauplatz aufmacht. Die ganze Diskussion um die Streichung von Feiertagen, Kaffeepausen und Arbeitszeitverlängerungen geht dagegen völlig an dem wirklichen Problem vorbei. Wer glaubt mit diesen neoliberalen platten Vorschlägen ernsthaft Arbeitsplätze schaffen zu können, ist entweder komplett naiv oder schlicht hilflos und konzeptlos. Unternehmensberatern, Managern, Arbeitgebern und Politikern fällt meist nichts Besseres ein, als über die angeblich zu hohen Arbeitskosten zu reden. Warum redet keiner darüber, dass wir die Material- und Energiekosten senken müssen, die im Durchschnitt doppelt so hoch sind wie die Personalkosten? Peinlich ist bei dieser Debatte, dass sich auch Sozialdemokraten daran beteiligen.

Ökoeffizienz wird nicht alle Probleme lösen können, aber es ist ein Ansatz, der eine tiefere und langfristige Wirkung besitzt. Effizienz hat auch nichts mit Verzicht zu tun. Leider führt die Ökoeffizienz immer noch ein Schattendasein, aus dem wir sie herausholen müssen. Die Dis-



kussion um die hohen Energiepreise könnte dazu gut genutzt werden. Sie eignet sich auch zu einem breiten Bündnis. So könnten Bauwirtschaft, Technologieentwickler, Maschinenbauer, Wissenschaftler, Umweltschützer und Gewerkschaftler Seite an Seite mit der SPD das

Thema in der Öffentlichkeit positiv besetzen. Es wäre zudem eine gute Möglichkeit, viele zu den Grünen gewanderte Wähler zurückzuholen. Die Ökoeffizienz könnte und sollte ein zentraler Beitrag sozialdemokratischer Innovationspolitik werden.

spw 6 / 2004

Welche Innovation brauchen wir?

Die verengte Fokussierung auf High-Tech-Innovationen reicht nicht aus

Von Holger Wallbaum

Zukunftsfähige Innovationen mit einer hohen Zunahme an Lebensqualität müssen mit einem sehr geringen Wirtschaftswachstum und abnehmenden Ressourcenverbrauch einhergehen, um nachhaltig zu sein. Häufig fehlen die notwendigen Informationen zur Beurteilung der Nachhaltigkeit innovativer Technologien. Zur Bewertung von Technologien und Wirtschaftsbranchen ist es notwendig sowohl

die Ressourceneffizienz – gemessen in Bruttoinlandsprodukt je Tonne Materialinput – als auch das Wachstum der Beschäftigung zu bewerten. Bei einer Berücksichtigung beider Kategorien schneidet z.B. die Medizintechnik besonders gut ab, der Bergbau hingegen sehr schlecht (Bericht der Unterarbeitsgruppe Ressourcenproduktivität und Beschäftigung des Zukunftsrates NRW). Notwendig ist es darüber hinaus, Umwelt-

und Beschäftigungswirkungen eines Produktes weltweit zu betrachten. Bei der Herstellung von Turnschuhen finden z.B. 80% der Wertschöpfung in den Industriestaaten statt. Während die Entwicklungsländer nur mit 20% an der Wertschöpfung beteiligt sind, haben sie jedoch 80% der ökologischen Belastung zu tragen. Vor diesem Hintergrund muss die Bestrebung der SPD Projektgruppe Innovation (anlässlich des Kongresses „Zeit für Innovationen – Impulse für Deutschland“) insbesondere „die Zusammenhänge der technologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Dimensionen von Innovation aufzuzeigen und zur Diskus-



sion stellen“ positiv bewertet werden. Eine verengte Fokussierung auf High-Tech-Innovationen reicht also nicht aus. Die Forschungspolitik sollte Technikfolgen- und Konsultationsprozesse initiieren, anstatt von oben herab Ziele vorzugeben. Beispielhaft dafür ist ein aktuelles BMBF-Projekt des Wuppertal Instituts in Zusammenarbeit mit der DECHEMA, das versucht, die soziale Nachhaltigkeit von biotechnologischen Innovationen zu bewerten („BioBeN“). Dabei werden die Kriterien Gesundheitsschutz, Be-

schäftigung, Qualität der Arbeit, Innovationspotenzial, Wissen, Weiterbildung, Menschenrechte in der Produktkette, gesellschaftlicher Produktnutzen, Verbraucherakzeptanz, Risikomanagement, gesellschaftlicher Dialog und Einkommensverteilung berücksichtigt. Das zu entwickelnde EDV-gestützte Werkzeug soll insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) in die Lage versetzen, sich intensiver mit dem Thema Nachhaltigkeit zu befassen, indem das Leitbild, bezogen auf den konkre-

ten betrieblichen Kontext, operationalisiert wird. Dadurch werden die KMU bereits in den frühen Phasen der Entwicklung eines Prozesses/ Produktes in die Lage versetzt, mögliche Stärken und Schwächen zu identifizieren und entsprechend steuernd einzugreifen.

Das Wuppertal Institut hat zusammen mit der Unternehmensberatung Arthur D. Little ein „Impulsprogramm Materialeffizienz“ vorgeschlagen, das darauf abzielt, durch innovative Managementmethoden den Materialverbrauch bei Unternehmen und der öffentlichen Beschaffung zu verringern, um so Kosten und Umweltbelastung zu reduzieren. Im produzierenden Gewer-

be machen die Materialkosten häufig zwei Drittel aus, gegenüber einem Drittel, das für Personal aufgewendet wird. Die gesamte Debatte um die Kostenentlastung für die Wirtschaft dreht sich aber um die Senkung der Personalkosten. Dagegen könnte die konsequente Nutzung der Materialeffizienzpotenziale die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bewirken und einen konjunkturellen Impuls geben, der zur Schaffung von 700.000 Arbeitsplätzen führen würde. Diese Idee wurde nun von der Bundesregierung aufgegriffen und wird im Frühjahr 2005 mit ersten Ergebnissen aus den Projektgruppen aufwarten können.

Technologische Innovationen auf High-tech-Level sind dabei zu ergänzen durch Low-tech-Innovationen und soziale und gesellschaftliche Innovationen. Nur so kann Deutschland wettbewerbsfähig sein in einer industriellen Innovationskette, die hoch komplex ist: Es reicht in einer globalen, hoch kompetitiven Welt nicht mehr aus, in Teilbereichen innovativ zu sein. Die Internationalisierung der Märkte macht flexible kundenspezifische Angebote von Produkt-Dienstleistungs-Paketen notwendig und lukrativ. Soziale und institutionelle Innovationen sind aber auch nötig, um die Chancen von Produktionsprozess- und Produkt-Innovationen innerhalb von Unternehmen und in Kooperationen zu steigern.

Forschungspolitik: Foresight- und Konsultationsprozesse statt reiner Top-Down-Ansatz Die Erfahrungen aus Konsultationsprozessen zur Entwicklung von Forschungsprogrammen (z.B. FUTUR-Prozess des BMBF) und aus den vielen meist kooperativen Foresightprozessen (v.a. in den Industrieländern, aber auch supranationaler Organisationen wie der EU, APEC, OECD und der UN) zeigen, dass die Forschungsstrategien von Unternehmen und die staatliche Forschungspolitik durch Vernetzung, Informationsaustausch und Kooperation erheblich effektiviert werden kann.

Eine modifizierte und abgespeckte Version des FUTUR-Prozesses könnte die Identifizierung zentraler Innovationsfelder und die Fokussierung der Forschungsmittel von Staat, Unternehmen, Stiftungen etc. in NRW erleichtern. Die vorliegenden Ergebnisse der Konsultations- und Foresight-Prozesse sollten dabei einbezogen werden.

Erfolgsentscheidend ist die Diffusion der Innovationen in Markt und Gesellschaft Innovationen allein reichen nicht aus, wenn sie auf dem Weg zur Etablierung in Markt und Gesellschaft scheitern. Gute Innovationspolitik bezieht dies ein.

Ansätze dazu sind Vernetzungsprozesse über die gesamte Produktkette bis zum Konsumenten. Sie verbessert die Abstimmung an der Schnittstelle zwischen Anbieter und Nachfrager – zwischen den einzelnen Produktkettenschritten aber auch über die ge-

Innovationsfelder mit interessanten Forschungsansätzen und von hoher gesellschaftlicher Relevanz

Technologien und Werkstoffe

- Nanotechnologie und Nanobiotechnologie
- Bionik
- Photonik
- Neue Materialien und Verbesserung von Materialeigenschaften
- Maßgeschneiderte und intelligent-adaptive Werkstoffe bzw. Materialien

Innovationen in der Produktkette

- Kundenorientiertes Innovationsmanagement
- Intelligente Produkte
- Production on demand

Wissenstransfer / Information / Kommunikation

- Informationsmanagement – Innovatives zur Bewältigung der Informationsflut
- Interdisziplinäre Kommunikation zwischen Spezialist/-innen
- Decentralized Mindsets

Innovationen für ein zukunftsfähiges Bildungssystem

- e-Learning
- Innovative Ansätze des Lebenslangen Lernens

Innovationen zur optimierten Ressourcennutzung

- (Regionales) Stoffstrommanagement
- Nachwachsende Rohstoffe
- Neue erneuerbare Energieträger
- Energiespeichertechnologien
- Gesellschaftliche Veränderungen
- Innovationen für eine alternde und schrumpfende Gesellschaft
- Virtuelle Familienwelten in einer mobilen Gesellschaft
- Diversity Management in einer interkulturellen Gesellschaft
- Forschung zum Innovations-, Diffusions- und Veränderungsmanagement

Gesundheit / Lebensqualität

- Gesundheitsprävention
- Gerontologie und gesundes Altern
- Lebenswerte Städte (Lärm, attraktives Wohnumfeld)
- Lebensmittelsicherheit

samte Produktkette hinweg. Ein gutes Beispiel dafür ist das Kompetenz-Netzwerk LED der Landesinitiative Zukunftsenergien, das Akteure unterschiedlichster Produktketten-ebene zu einer Innovationskette zusammen bringt. In bestimmten Bereichen kann auch über Procurement das Risiko der Entwicklung innovativer Produkte oder Lösungen vermindert werden. Durch die Bündelung der Nachfrage nach zukünftig zu entwickelnden Produkten oder Lösungen wird dadurch das Absatzrisiko gemindert. Die Erfolge der „Energy+“-Initiative (www.energy-plus.org) im Bereich effizienterer Kühl- und Gefriergeräte belegen dies eindrucksvoll. Die staatliche Beschaffungspolitik kann außerdem viel Dynamik in solche Procurementlösungen bringen.

Nachhaltigkeits-Check und Diskurs über strittige Technologien

Viele unnötige Konflikte und sich daran anknüpfende wirtschaftliche Probleme aufgrund der fehlenden Käuferakzeptanz (z.B. gegenveränderte Nahrungsmittel, die aufgrund von Nachfrageeinbrüchen ausgelistet worden sind) und der damit als sunk-costs

abzuschreibenden Forschungskosten können teilweise vermieden werden, wenn im Vorfeld Nachhaltigkeits-Checks durchgeführt würden, die ökonomische, ökologische und soziale Belange einbeziehen. Auch Stakeholder-Diskurse können für alle beteiligten Seiten zu besseren Lösungen führen. In manchen Fällen werden Lösungen gefunden werden, die eine breitere Akzeptanz finden, in anderen Bereichen werden die Konflikte und die daraus resultierenden wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen zu einer völligen Umorientierung führen.

Systemsprünge – Innovationen in Infrastruktursystemen

Bei Infrastruktursystemen sind aufgrund der hohen Kapitalbindung und der langen Lebenszyklen Systemsprünge besonders schwer zu etablieren. Zeigen sich die Grenzen der Belastbarkeit bestehender Lösungen oder gravierende Mängel, so wird trotzdem in der Regel nicht über grundsätzlich neue Strukturen nachgedacht, sondern nur ein kleinteiliges Krisenmanagement auf der Basis derzeitiger Lösungen betrieben. Innovationspolitik, die die langfristige Wettbewerbsfähig-

keit im Auge hat, muss aber Systeminnovationen anregen – die Suche nach grundsätzlich neuen Lösungen – und deren konsequente Umsetzung betreiben. Die Grenzen der Belastbarkeit und der Finanzierbarkeit des Erhalts und Ausbaus der Verkehrsnetze sind heute in NRW schon erreicht. Die Osterweiterung der EU bringt neue Herausforderungen. Der massive Erneuerungsbedarf der Wasserversorgungs- und vor allem der Abwasserentsorgungssysteme hat nicht die öffentlichkeitswirksame Brisanz des Verkehrsthemas, ist aber aufgrund der Finanzsituation der öffentlichen Hand von hoher Relevanz. Auch die massive Erneuerung von Kraftwerken und Netzen in der Energiewirtschaft in den nächsten 20 Jahren gibt große energiepolitische Entscheidungsspielräume. Bei allen wichtigen Infrastrukturen besteht also Handlungsbedarf und die Notwendigkeit langfristiger tragfähiger Lösungen. Innovationspolitik für Infrastrukturen muss für Jahrzehnte denken, nicht für Legislaturperioden. Langfristige Leitbilder sind zu entwickeln und die technischen, aber auch die institutionellen und finanziellen Innovationen sind daran auszurichten.

spw 6 / 2004

Berufliche Bildung und Lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft

Von Hermann Nehls, Hans Ulrich Nordhaus

Das Thema Bildung und Lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft ist gut geeignet für Sonntagsreden. Lebenslanges Lernen von der Wiege bis zur Bahre ist die kreative Abwandlung davon. Dabei eignet sich dieses Thema nicht für Langeweile.

Es geht darum, wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer qualifiziert sein müssen, um sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können. In der Geschichte des Kapitalismus ist die Frage der Qualifikation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern immer die Frage von ‚Qualifikation für Wen?‘ gewesen. Qualifikation, um den vorgegebenen Arbeitsprozess bestmöglich erfüllen zu können oder Qualifikation, um auch das dahinter zu verstehen, warum etwas so ist, wie es ist, und wie es verändert werden kann.

‚Qualifikation für Wen?‘ heißt auch, wer überhaupt noch Zugang zu beruflicher Aus- und Weiterbildung hat. Es ist höchst befremdlich, dass diese Frage im 21. Jahrhundert noch gestellt werden muss. Doch es muss sein:

Nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit suchten am 30. September 2004 45.000 junge Menschen einen Ausbildungsplatz. Nimmt man die jungen Menschen hinzu, die in irgendwelchen Warteschleifen gelandet sind, aber immer noch einen Ausbildungsplatz suchen, sind es über 100.000.

Das Bildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland ist hoch selektiv. Für die Weiterbildung heißt dies: Personen mit geringer oder ohne formale Qualifikation,

Personen ohne bzw. mit prekärem Existenzstatus, alleinerziehende Frauen mit Kindern, Einkommensschwache und Migranten nehmen unterdurchschnittlich an Weiterbildung teil. Wer gut ausgebildet ist, den trifft man auch bei der Weiterbildung. Wer hat, dem wird gegeben.

Nachzulesen ist dies im Schlussbericht der unabhängigen Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens, der im Juli 2004 veröffentlicht wurde. Die Kommission war von der Bildungsministerin auf Beschluss des Bundestages eingesetzt worden. Das Material, das hier zusammengetragen wurde und welche Vorschläge die Kommission gemacht hat, ist besonderer Beachtung wert:

- 10% der Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss
- Jeder 4. Ausbildungsvertrag wird aufgelöst
- 30% der Studierenden brechen das Studium ab

Unter den Zuwanderern ist der Anteil gering Qualifizierter hoch. (Schlussbericht der unabhängigen Expertenkommission, Finanzierung Lebenslangen Lernens: Der Weg in die Zukunft, 28. Juli 2004, S. 87 ff)

Was diese Gruppen auf dem Arbeitsmarkt erwartet, liegt auf der Hand. Der Bedarf an gering qualifizierten Tätigkeiten geht in den nächsten Jahren weiter zurück. Der Arbeitsmarkt hat in den vergangenen Jahrzehnten Un- und Angelernte in wesentlich größerem Umfang aufnehmen können. Diese Zeiten sind vorbei. Wer keine ausreichenden Qualifikationen nachweisen kann, hat das Nachsehen. Die Kommission beklagt zu Recht, dass diesen Gruppen eine zweite Chance fehlt.

Der Geburtenrückgang und die gleichzeitige Alterung des Erwerbspersonen-Potentials erhöhen den Stellenwert von Weiterbildung. In Deutschland sind heute nur noch 47 % der Männer und 30 % der Frauen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren erwerbstätig. Das wird sich in den nächsten Jahren wesentlich verändern. „Die Zahl der älteren Erwerbspersonen wird bei einem insgesamt annähernd konstantem Erwerbspersonenpotenzial bis ins Jahr 2020 um 4,9 Mio. Personen ansteigen, was einem Zuwachs von über 50 % entspricht. Ihr Anteil am Erwerbspersonenpotenzial wird von 22 % im Jahr 2000 auf 36 % im Jahr 2020 zugenommen haben.“ (ebd., S. 113) Mit einer Erhöhung ihrer Beschäftigungsquote muss auch diese Gruppe besseren Zugang zu Weiterbildung haben.

In wirtschaftlicher und struktureller Hinsicht besteht ein anhaltender Trend zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Neue Produktions- und Organisationskonzepte breiten sich in nahezu allen Wirtschaftszweigen aus und erfordern an einem Großteil der Arbeitsplätze neue berufliche Kompetenzen. Nicht nur im unmittelbaren beruflichen Bereich sind die Menschen mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Die dynamischen Veränderungen durch die Globalisierung, durch den europäischen Binnenmarkt, durch Veränderungen in der Arbeitsorganisation, durch neue Medien und Kommunikationstechnologien werfen tiefgreifende Fragen für unsere gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge und für den persönlichen Bereich auf.

Im Interesse des Gemeinwohls gilt es deshalb, neben dem erforderlichen Fachwissen für die Berufsausübung auch das Verständnis der Beschäftigten für gesellschaftliche, soziale, politische und kulturelle Zusammenhänge zu verbessern und damit die in einem demokratischen Gemeinwesen anzustrebende Mitsprache und Mitverantwortung in Staat, Gesellschaft und Beruf zu fördern. Der Übergang zur Informations- und Wissensgesellschaft verlangt nicht nur eine quantitative Ausweitung von Bildungsinvestitionen, er konfrontiert die Bildungspolitik darüber hinaus mit völlig neuen qualitativen Anforderungen: Er verlangt nach einer grundlegen-

den Neubestimmung und Neugestaltung von Bildung und Lernen.

Lernen gehört immer mehr zum normalen Bestandteil der Arbeit und wird zu einem strukturierenden Element des Arbeitsablaufes. Neben fachlichen Qualifikationen geht es vermehrt um personale und soziale Kompetenzen. Zu den formalen Weiterbildungsmaßnahmen treten verstärkt arbeitsplatznahe Weiterbildungsformen, Qualifizierung wird entformalisiert und Teil des Arbeitsalltags. In lernförderlichen Arbeitsprozessen gehen Lernen und Arbeiten ineinander über.

In dem Bericht der Expertenkommission zur Finanzierung lebenslangen Lernens ist von einer Revitalisierung des betrieblichen Lernortes Arbeitsplatz die Rede. Während in den 70er und 80er Jahren berufliche Bildung zunehmend aus dem Arbeitsprozess aus – und in den überbetrieblichen theoretischen Unterricht, in Lernwerkstätten, Simulationszentren, Juniorfirmen und andere arbeitsplatzferne Lernorte verlagert wurde, werden heute neue Verbindungen zwischen Lernen und Arbeiten gesucht. Die Fokussierung auf das (informelle) Lernen am Arbeitsplatz soll nicht bedeuten, dass das formale Lernen in nicht betrieblichen Einrichtungen überflüssig geworden ist. Es ist jedoch wichtig zu sehen, dass in dem Gefüge von Lernorten und Lernformen das Lernen am Lernort Arbeitsplatz einen herausragenden Platz einnimmt.

Viele Arbeitsplätze bieten heute noch zu wenige Lernchancen. Dies behindert individuelle Entwicklungsmöglichkeiten und verringert langfristig die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mit der Bedeutungszunahme des arbeitsplatznahen Lernens gewinnt die Arbeitsgestaltung, die in den 70er und 80er Jahren unter der Überschrift Humanisierung der Arbeit diskutiert wurde, wieder an Bedeutung. Das Wie der Arbeit muss viel stärker thematisiert werden.

Betriebliche Weiterbildung ist immer auch eine Frage der Finanzierung. Bisher wird unterschieden zwischen betrieblich notwendiger Anpassungsqualifizierung und persönlichem Weiterlernen, zwischen Anweisung des Arbeitgebers und persönlicher Weiterbildungsinitiative. Für das Eine ist der Betrieb, für das Andere sind die Beschäftigten zuständig. Liegt betriebliche Weiterbildung im Zwischenbereich, also wenn betriebliche und persönliche Interessen an Weiterbildung vorliegen, nehmen Arbeitgeber auch gerne öffentliche Mittel in Anspruch. Zwischen ‚betrieblich/beruflicher‘ und ‚persönlicher‘ Weiterbildung kann nicht mehr unterschieden werden. Denn wie sehr taugt das Abgrenzungskriterium ‚persönlich‘ noch, wenn im beruflichen Feld gerade die Persönlichkeitsmerkmale und sozialen Kompetenzen als Schlüsselqualifikationen an Bedeutung gewinnen?

Die Kommission hat dieses Problem auf eine klare Formel gebracht: Die Finanzierung betrieblicher Weiterbildung ist originäre Aufgabe der Betriebe (ebd., S. 235), sie tragen die Verantwortung für die betrieblichen Bildungsinvestitionen. Die Arbeitgeber kommen dieser Verantwortung nicht nach. Im internationalen Vergleich stehen die Unternehmen schlecht dar, wenn es um betriebliche Weiterbildung geht. Ihr Engagement ist in den letzten Jahren sogar noch zurückgegangen. Natürlich gibt es branchenspezifische Unterschiede: Die Finanzdienstleister und die chemische Industrie investieren relativ viel in die Weiterbildung ihrer Belegschaften, andere Branchen erheblich weniger. Auch ist festzustellen, dass mit zunehmender Betriebsgröße die Chance auf Weiterbildung auch innerhalb der Arbeitszeit steigt. Umgekehrt lässt sich sagen, dass in kleinen und mittleren Unternehmen die Chancen auf berufliche Weiterbildung im betrieblichen Kontext bislang von vorneherein geringer sind, als anderswo.

Trotz dieser Differenzierung können folgende Defizite für die berufliche Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland benannt werden:

- Das Volumen beruflicher Weiterbildung sinkt absolut und relativ
- Arbeitgeber wollen vor allem kurzzeitige Maßnahmen mit dem Charakter einer Anpassung an den aktuellen Qualifizierungsbedarf

Gering qualifizierte Beschäftigte werden weitgehend von beruflicher Weiterbildung ausgeklammert.

Auch mit Blick auf den massiven Abbau von betrieblichen Ausbildungsplätzen – trotz anders lautender Versprechungen –, ist nicht davon auszugehen, dass die Arbeitgeber durch gute Einsicht hieran etwas ändern wollen. Der Staat ist daher aufgerufen, die Rahmenbedingungen für betriebliche Weiterbildung zu verbessern.

Was kann getan werden?

Die Expertenkommission schlägt zur Förderung der Weiterbildung von Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern die Einrichtung von Branchenfonds vor. 1 % der Lohnsumme soll für die Qualifizierung von Leiharbeitskräften in einen Fonds eingezahlt werden. Die Kommission folgt mit diesem Vorschlag dem Vorbild einiger Nachbarländer. Damit sollen die Lernchancen für Leiharbeitskräfte im expandierenden Zeitarbeitsmarkt deutlich verbessert werden. Der Branchenfonds soll von den Sozialpartnern der Branche paritätisch verwaltet werden. Die Einzelheiten soll ein Tarifvertrag regeln. Wegen des hohen öffentlichen Interesses sollte er für allgemeinverbindlich erklärt werden. Der Gesetzgeber soll lediglich eine Auffangregelung treffen, die dann greift, wenn keine tarifvertraglichen Regelungen zur Weiterbil-

dung von Leiharbeitskräften zustande kommt.

Dieser Vorschlag ist sehr sinnvoll. Er sollte noch – einem Minderheitenvotum der Expertenkommission folgend – weiter ausgebaut werden, indem eine gesetzliche Grundlage für eine Umlage für Weiterbildung nach französischem Vorbild auch für andere Branchen geschaffen wird. Die Umlage soll von den Unternehmen gezahlt werden, die weniger als einen bestimmten Prozentsatz ihrer Lohnsumme für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten aufwenden. Es handelt sich dabei um vom Staat überwachte, zweckgebundene Fonds, die als Sammler und Verwalter für die von den Unternehmen erhobenen Umlagen fungieren. Die Mittel sollen in getrennten Fonds durch die Sozialpartner branchenmäßig selbst verwaltet werden.

Ein anderer Bereich, in dem der Gesetzgeber tätig werden sollte, sind Lernzeitkonten. Lernzeitkonten sind ein Instrument, mit dem die zeitlichen Voraussetzungen für Lebenslanges Lernen nach einer Erstausbildung geschaffen werden können. Es sollen Zeitkontingente geschaffen werden, die sich während des gesamten Erwerbslebens nutzen lassen. Bisher wurden Lernzeitkonten in 11% der westdeutschen Betriebe eingeführt. Ohne eine gesetzliche Regelung zur Insolvenzversicherung sind Lernzeitkonten mit erheblichem Risiko für die Beschäftigten verbunden. Bisher gilt Insolvenzschutz nur bei Konten mit längerer Laufzeit als 27 Monate und wenn deren Kontenbestände das Dreifache eines Monatsgehalts übersteigen. Das genügt nicht. Der Gesetzgeber muss hier aktiv werden.

Spätestens seit der Neuausrichtung der beruflichen Weiterbildung nach SGB III im Zusammenhang mit der „Hartz-Gesetzgebung“ ist deutlich geworden, dass die gesetzliche Grundlage für die Gestaltung und Finanzierung dieser Weiterbildung nicht ausreicht: dies insbesondere wegen der Finanzierung der Leistungen aus Beitragsmitteln sowie seiner engen Bindung an den Vermittlungsauftrag der BA und an die arbeitsmarktliche Verwertbarkeit. Das SGB III muss daher dringend durch eine bundesgesetzliche Regelung für eine steuerfinanzierte Weiterbildung ergänzt werden. Der öffentlich geförderte Bereich der beruflichen Weiterbildung ist massiv gekürzt worden. Damit schränken sich die Möglichkeiten der sinnvollerer Verwendung öffentlicher Mittel für berufliche Weiterbildung erheblich ein. Sie sollten nämlich stärker in der Prävention eingesetzt werden, um drohende Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Beschäftigte, die während ihres Beschäftigungsverhältnisses an öffentlich geförderter Weiterbildung teilnehmen, müssen ein Rückkehrrecht auf ihren Arbeitsplatz haben. Dies ist gesetzlich zu verankern. Darüber hinaus müssen die Angebote individuellere Förderung ermöglichen. Dies

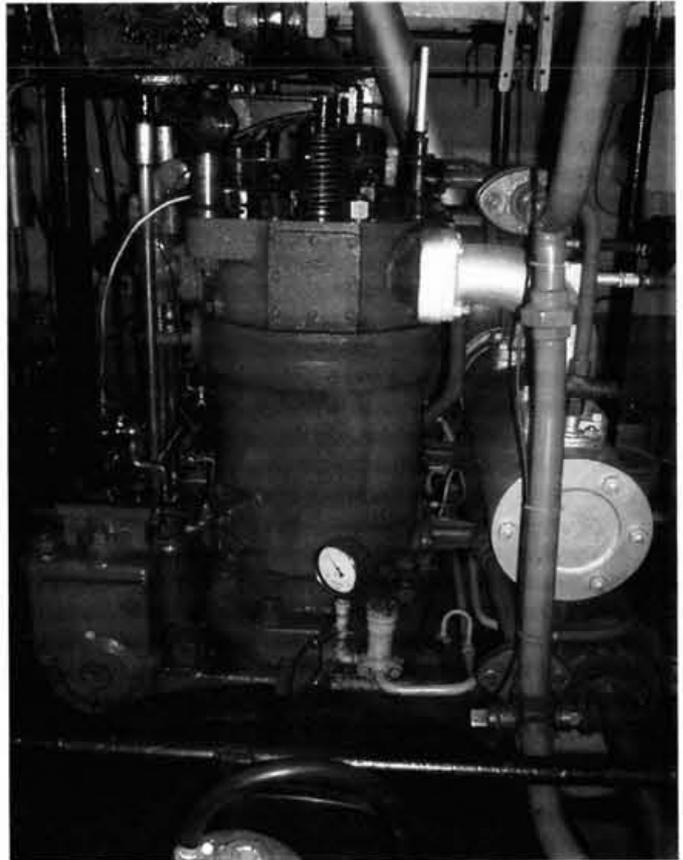
muss begleitet werden durch ein ausreichendes Beratungsangebot.

Wir wissen, dass der gesellschaftliche und ökonomische Wandel umfassende Kompetenzen benötigt, die nicht nur die berufliche Weiterbildung betreffen. Bildung ist mehr als Anpassungsqualifizierung. Deshalb trennen wir nicht von vornherein politische, allgemeine und berufliche Weiterbildung. Es geht vielmehr darum, auch das Verständnis der Beschäftigten für gesellschaftliche, soziale und politische Zusammenhänge zu verbessern. Mitsprache und Mitverantwortung in Staat, Gesellschaft und Beruf wollen wir fördern.

Die Gewerkschaften fordern eine Bildungsoffensive. Staat und Wirtschaft sollen die Rahmenbedingungen für den Übergang in die Wissensgesellschaft – besser: in die lernende Gesellschaft – verbessern. (DGB Positionspapier „Weiterbildung für alle ermöglichen“, Juni 2000)

Wir wollen insbesondere:

- Kompetenzen erweitern, Qualifikationen verbessern und berufliche Identität stärken. *Dies bedeutet unter anderem:*
- Verzahnung von beruflicher Aus- und Weiterbildung, Durchlässigkeit
- Modernisierung von Ausbildungs- und Fortbildungsordnungen;
- Job-Rotations-Programme als Instrumente der Weiterbildung und der Arbeitsmarktpolitik nutzen;
- das Recht auf Weiterbildung auch für Arbeitslose und Personen ohne Schulabschluss verwirklichen.
- Betriebliche Weiterbildung durch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen neu gestalten *Das bedeutet unter anderem:*
- zeitliche Mindestansprüche auf tarifvertraglicher und gesetzlicher Ebene;
- die Übernahme der Weiterbildungskosten durch die Betriebe sichern;
- Bildungsplanung im Unternehmen als Teil der Personal- und Organisationsentwicklung verankern.
- eine Verpflichtung der Arbeitgeber zu einer qualifikationsgerechten Beschäftigung, Eingruppierung und Entlohnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;



• Transparenz erhöhen, Qualitätsstandards gewährleisten, Verbraucherschutz erhöhen und Rechtssicherheit verbessern. *Dies bedeutet unter anderem:*

- Weiterbildung so anlegen, dass qualifizierte Teilnahme- und Abschlussbescheinigungen ausgestellt werden können;
- die Professionalität des Weiterbildungspersonals sichern und eine tarifmäßige Vergütung erreichen;
- ein bundesweites Informationssystem aufbauen mit Beratungsstellen auf regionaler Ebene;
- eine verlässliche Daten- und Informationsbasis für die Weiterbildungsstatistik entwickeln.
- Koordination erreichen, Vergleichbarkeit schaffen und Akzeptanz erzeugen. *Dies bedeutet unter anderem:*
- eine Bündelung der Ressourcen von Bund und Ländern;
- durch rechtliche Vorgaben Mindeststandards für Programme, Kurse und Abschlüsse gewährleisten;
- zwischen den Einrichtungen schulischer Erstausbildung und denen der Weiterbildung die wechselseitige Anerkennung von Prüfungsleistungen ermöglichen.

Der DGB fordert ein Bundesrahmengesetz für die Weiterbildung und die Novellierung der Weiterbildungsgesetze der Länder zur Sicherung von Mindeststandards für Zugang, Finanzierung, Angebotsbreite, Qualitätssicherung und Transparenz im Weiterbildungssystem.



Notwendig ist die Wiederaufnahme einer gemeinsamen Bildungsplanung von Bund und Ländern als Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91b GG mit dem Ziel der Aufstellung und Fortschreibung einer Weiterbildungsentwicklungsplanung und eines mittelfristigen Weiterbildungsbudgets für die allgemeine, politische und berufliche Weiterbildung.

Kurzfristige Ziele sind bundeseinheitliche Regelungen in der beruflichen Weiterbildung. Um gleiche Rahmenbedingungen herzustellen, muss der Bund die ihm zustehenden Kompetenzen ausfüllen. Ausgehend von Artikel 74 Nr.11 GG sind diese in gesetzliche Regelungen zusammenzufassen. Dabei geht es insbesondere um Zugangssicherung

für beide Geschlechter, Herstellung institutioneller Verlässlichkeit, Qualitätssicherung und Transparenz, Professionalität des Personals, Lernzeitanprüche, Möglichkeiten der Zertifizierung, Sicherung der Finanzierung sowie Aufbau von Weiterbildungsstatistik und -forschung. Hierzu haben bereits mehrere Gewerkschaften im DGB entsprechende Vorschläge vorgelegt (s. Vorschläge für bundeseinheitliche Regelungen in der beruflichen Weiterbildung, Februar 2000, GEW, HBV, IG Medien, IG Metall).

Eine qualifizierte Berufsausbildung ist der Einstieg in ein Berufsleben mit lebensbegleitendem Lernen. Weiterbildung stellt dabei die Brücke dar zwischen Ausbildung und einem Berufsleben, das durch immer häufigere Tätigkeitswechsel charakterisiert wird. Eine aufeinander abgestimmte Aus- und Weiterbildung muss ein flexibles System werden, das den technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen entspricht. Das bedeutet die engere Verknüpfung von Erstausbildung und Weiterbildung, die Gewährleistung der Durchlässigkeit zwischen allen Bildungsbereichen, die verbesserte Anerkennung von Berufs- und Arbeiterfahrung für den Zugang zum Studium und damit die Einlösung des Anspruchs der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung.

spw 6 / 2004

spw

intern

Die Tagung „Wachstum ist möglich“ (s. auch die Beiträge im Schwerpunkt dieses Heftes), die wir gemeinsam mit dem Juso-Landesverband NRW am 13./14.11.2004 in Dortmund durchgeführt haben, fand mit weit über 80 TeilnehmerInnen eine erfreulich breite Resonanz vor allem auch bei jüngeren Genossinnen und Genossen. Daran wollen wir in Zukunft verstärkt anknüpfen. Ab sofort beteiligen wir uns an der Veranstaltungsreihe „Plenum Moderner Sozialismus“, die der Juso-Landesverband NRW seit einiger Zeit anbietet. In der ersten Veranstaltung des kommenden Jahres wird es anlässlich des bildungspolitischen Diskurs in spw um die Auswertung der jüngsten PISA-Studien gehen. Die Veranstaltung findet am Mittwoch,

12. Januar 2004, um 19.00 Uhr im Reinoldinum, Schwanenwall 34 in Dortmund statt. Weitere Infos dazu finden sich demnächst unter www.jusos-nrw.de sowie www.spw.de.

Auch in Berlin will spw künftig regelmäßig mit der Veranstaltungsreihe „Berliner Tischgespräche“ präsent sein. Zum Auftakt hatten wir am 01. Dezember im Hotel Honigmond eine Diskussionsrunde zum Thema „Sozialer Protest & Politik“ mit der stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden Margret Mönig-Raane sowie Felix Kolb von attac, Barbara Stolterfoht (Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes - Gesamtverband e.V.) und de, Juso-Bundesvorsitzenden und spw-Redaktionsmitglied Björn Böhning eingeladen. Einen Bericht über die Veranstaltung bringen wir in spw 141.

Im kommenden Jahr wird es personelle Veränderungen in der Zusammensetzung der Redaktion geben. Aufgrund ihrer beruflichen Belastung scheidet zum Jahresende Frank Schauuff und Dirk Meyer aus der spw-Redaktion aus. Beide haben in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Debatten und Beiträge zu Fragen der internationalen Politik sowie der Friedens- und Sicherheitspolitik betreut. Für ihre Arbeit danken wir ihnen

herzlich und sind sicher, dass wir auch ohne ihre ausdrückliche Mitarbeit in der Redaktion weiterhin auf ihre Fachkompetenz zurückgreifen können.

Der Arbeitsausschuss hat im November die Themenschwerpunkte für das kommende Jahr diskutiert und sich darauf geeinigt, dass wir im Januar/Februar-Heft die Debatte um internationale Friedens- und Sicherheitspolitik sowie die Rolle der Bundeswehr im Schwerpunkt führen wollen. Dabei wird es auch darum gehen, ob das Konzept der „Wehrpflicht-Armee“ den heutigen Anforderungen noch entspricht. Im weiteren Verlauf des Jahres wollen wir Schwerpunktheft zu den Themenkomplexen „Staat, Demokratie und Partizipation“, „Intellektuelle und Eliten“ sowie „Konsum“ erarbeiten. Beiträge und Anregungen sind erwünscht.

Voraussichtlich Mitte April wird die Frühjahrstagung in Hamburg stattfinden. Unser norddeutscher Arbeitszusammenhang ProMS Nord hat sich wieder bereit erklärt, die Tagung zu organisieren. Thema wird die Zukunft der Gewerkschaften sein. Infos dazu demnächst unter www.proms-nord.de sowie www.spw.de.

Reinhold Rünker, spw-Redaktion

Die israelische Linke nach dem Tod Arafats

Von Heike Kratt und Inken Wiese

Die vergangenen zwölf Monate waren für die israelische Linke eine ereignisreiche Zeit. Die Genfer Initiative und die Neu-Gründung der Meretz-Partei als Yachad-Partei waren zunächst Zeichen der Hoffnung, die jedoch im politisch schnelllebigen Nahen Osten rasch an Bedeutung verlieren und nun drohen, an ihren eigenen überhöhten Erwartungen zu scheitern. Welches Schicksal der Ghaza-Abzugsplan des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon ereilen wird, der nicht nur für die israelische Linke ein Dilemma darstellt, sondern vor allem die regierende Likud-Partei spaltet, ist noch nicht abzusehen. Doch ausschlaggebend für einen Fortschritt des Nahostfriedensprozesses – oder sein endgültiges Scheitern – wird vor allem der Umgang mit dem Tod Yassir Arafats und der palästinensischen Übergangsregierung sein. Jeder weitere Rückschritt im Friedensprozess bedeutet nicht nur zusätzliches unermessliches Leid für die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten, sondern auch eine wachsende Marginalisierung der israelischen Linken und der Friedensbewegung. Die Verbindungen und Wechselwirkungen werden im Folgenden aufgezeigt.

Yachad – Gemeinsam oder doch allein?

Im März dieses Jahres hat mit Yachad (Akronym für „Sozialdemokratisches Israel“, wörtlich zu übersetzen mit „gemeinsam“) eine neue Linkspartei die politische Bühne Israel betreten. Hervorgegangen ist sie aus der Meretz-Partei sowie der kleinen Shahaar-Bewegung von Yossi Beilin, einem früheren Mitglied der Arbeitspartei. Auf dem Gründungsparteitag am 16.3.2004 hatte sich dieser gegen Ran Cohen als Vorsitzender der Partei durchsetzen können. Beilin ist durch sein Engagement bei der Aushandlung des Oslo-Abkommens und sowie der Genfer Initiative in Israel wie im Ausland als Person bekannt, die den politischen Fokus auf eine Verhandlungslösung mit den Palästinensern ohne politische Vorbedingungen legt. Dieses Thema beherrschte dement-

sprechend auch seinen parteiinternen Wahlkampf. Demgegenüber versuchte sein Herausforderer Ran Cohen, der wie nicht wenige israelische Politiker auf eine beeindruckende militärische Karriere zurückblicken kann, die sozialpolitische Ausrichtung von Yachad zu betonen. Besondere Authentizität in den Debatten über sozialpolitische Fragen wurde ihm aufgrund seines orientalischen Familienhintergrunds zugesprochen, der ihn als einer politisch unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppe zugehörig ausweist. Die Entscheidung der Delegierten für Beilin und gegen Cohen ist somit zum einen als vertane Chance zu werten, sich als linke Partei auch über die unsichtbaren Grenzen des europäisch-stämmigen israelischen Establishments politisch zu etablieren, sondern auch als politische Prioritätensetzung, die dem neuen Namen der Partei wenig gerecht wird.

Avodah – Klägliche Reste einer Volkspartei Dies ist nur dadurch zu erklären, dass der Auslöser für die Gründung Yachads in der Erkenntnis einer ernsten inhaltlichen und strukturellen Schwäche der israelischen Linken lag. Die empfindlichen Wahlschlägen von 2001 und 2003, nach denen Meretz bzw. Yachad nun mit nur noch sechs Sitzen (ca. 5 Prozent) in der Knesset vertreten ist und auch die israelische Arbeitspartei die Zahl ihrer Mandate mit 17 mehr als halbiert hat, können nicht zuletzt mit dem Mangel an eigenständigen und vor allem wirkungsvollen Strategien zur Schaffung von Frieden und Sicherheit erklärt werden. Denn nach der herrschenden israelischen Meinung, die stark von der Zahl der israelischen Opfer palästinensischen Terrors beeinflusst ist, ist das Konzept der Verhandlungen mit Palästinensern, für das sich die israelische Linke seit dem Osloer Friedensprozess eingesetzt hat, gescheitert. Dies delegitierte jedoch nicht nur einen wesentlichen programmatischen Aspekt linker israelischer Politik, sondern es wurde auch zunehmend schwieriger, sich überzeugend von den Positionen der rechten Par-

teien abzusetzen. Die Gründung Yachads ist deshalb vor allem als der Versuch eines Erneuerungsprozesses zu verstehen, in dem Meretz sich ein neues und attraktives Gesicht zu geben versucht, das sich von der allgemeinen Abwärtsspirale der Linken absetzen soll

Denn auch die israelische Arbeitspartei „Avodah“ ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Die Wahl Beilins mag also auch aus dem Kalkül heraus geschehen sein, frustrierten Mitgliedern der Arbeitspartei eine neue politische Heimat anbieten zu wollen. Die Arbeitspartei hat sich von der Ermordung Yitzhak Rabins vor neun Jahren nie erholt. Sie leidet unter den Ränkespielen ihrer zahlreichen Ex-Generäle, die ihrer eigentlichen Verantwortung, starke Oppositionsarbeit zu leisten und neue, dringend benötigte politische Konzepte zu erarbeiten, allzu häufig nicht gerecht werden. Die Partei und ihre Führung sind zusätzlich gespalten durch den Wunsch des alternden Parteivorsitzenden Shimon Peres, der Regierungskoalition unter Ariel Sharon beizutreten. Dieser Spalt geht auch durch die Jugendorganisation der Partei, die durch die ausgeprägte Politikverdrossenheit unter israelischen Jugendlichen ohnehin schon geschwächt ist. Er geht jedoch erst recht durch die beiden Partei Avodah und Yachad, da Beilin bereits drohte, mit ganzer Kraft gegen die Arbeitspartei zu kämpfen, sollte sich diese zu einem Koalitionsbeitritt entschließen.

Abtrennung von Ghaza – Ein erster oder vorläufig letzter Schritt?

Der inhaltliche Perspektivenmangel der israelischen Linken zeigte sich besonders drastisch an der Diskussion in den letzten Wochen über den Vorschlag Ariel Sharons, einseitig einen Abzug der israelischen Armee und damit verbunden der israelischen Siedlungen aus dem Ghaza-Streifen durchzusetzen. Selbstverständlich ist der Abzug aus Ghaza eine alte Forderung der Linken, der sie auch treu bleiben will und muss, auch wenn sie nun von Sharon vorgeschlagen wird. Kritik äußert sie jedoch zum einen an der verantwortungslosen Einseitigkeit des Abzugs, der in Ghaza ein gefährliches Machtvakuum zu schaffen droht. Zum anderen wird befürchtet, dass Sharon damit Beihilfe zur Möglichkeit zu

www.dampfboot-verlag.de



Heide Gerstenberger/Ulrich Welke
Arbeit auf See

Zur Ökonomie und Ethnologie
der Globalisierung
mit einem Film auf DVD
2004 - 399 Seiten - € 29,80
ISBN 3-89691-575-4

Volker Eick/ Britta Grell/
Margit Mayer/ Jens Sambale (Hrsg.)

**Nonprofit-Organisationen
und die Transformation
lokaler Beschäftigungspolitik**

2004 - 254 Seiten - € 29,80
ISBN 3-89691-564-9



Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)

Die Grünen in Europa

Ein Handbuch
2004 - 311 Seiten - € 19,90
ISBN 3-89691-571-1

Sabah Alnasseri (Hrsg.)

Politik jenseits der Kreuzzüge

Zur aktuellen politischen Situation im
Nahen und Mittleren Osten
2004 - 219 Seiten - € 20,50
ISBN 3-89691-574-6

Hans Jürgen Krysmanski
Hirten & Wölfe

Wie Geld- und Machteliten sich die
Welt aneignen oder: Einladung
zum Power Structure Research
2004 - 205 Seiten - € 15,30
ISBN 3-89691-602-5

Verlag Westfälisches Dampfboot
Hafenweg 26a - D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de



leisten, sich mit Ghaza eines besonders großen Problems zu entledigen, dem danach aber keine weiteren Schritte folgen zu lassen. Während Yachad unter Beilin die Meinung vertritt, dass die Gewalt im Nahen Osten langfristig nur besiegt werden kann, wenn es eine von beiden Seiten akzeptierte Verhandlungslösung gibt und sich die wirtschaftliche und soziale Situation der Palästinenser merklich verbessert, liegt die offizielle Position der Arbeitspartei in dieser Frage näher an der Likud-Partei Sharons. Ähnlich wie diese sah die Arbeitspartei bisher solange keine Chancen, wie es keine Veränderungen in der palästinensischen Führung gab. Nur einige wenige Vertreter des linken Flügels der Arbeitspartei, darunter die Mitunterzeichnerin des Genfer Abkommens Yuli Tamir, glaubten stets an einen politischen Partner auf der palästinensischen Seite.

Arafats Tod – Alles anders oder doch wie immer?

Der israelischen Regierung wurde nun mit dem Tod Arafats ihr Hauptargument gegen Friedensverhandlungen genommen. Yassir Arafat, der Übervater der palästinensischen Nationalbewegung, war spätestens seit dem Ausbruch der zweiten Intifada für die israelische Regierung nicht mehr als Partner akzeptabel. Erste Äußerungen und der bisherige Umgang mit der palästinensischen Übergangsregierung lassen jedoch darauf schließen, dass die Regierung unter Sharon der palästinensischen Übergangsregierung zumindest eine Chance geben wollen. Die Sorge vor weniger pragmatischen Vertretern und dem weiteren Erstarken der islamistischen Kräfte auf palästinensischer Seite sowie der internationale Druck, nicht zuletzt der US-Regierung, die ihre wahlkampfbedingte Zurückhaltung aufgegeben hat, tun ihr Übriges dazu. Inwieweit dadurch auch die Regierungshaltung bezüglich eines einseitigen Abzuges aus Ghaza korrigiert werden muss, bleibt abzuwarten. Denn eine Schä-



digung des Fateh-Flüges in Ghaza unter dem einflussreichen Mohammad Dahlan, der auf eine Kandidatur zum Vorsitz der palästinensischen Autonomiebehörde zugunsten von Mahmud Abbas verzichtet hat, kann Israel sich in dieser sensiblen Situation nicht leisten.

Da die linken Parteien die Hoheit über den sicherheitspolitischen Diskurs Israel lange verloren haben, könnte ein wichtiger Beitrag in dieser Situation sein, die verschiedenen palästinensischen Positionen berücksichtigen zu helfen und ihnen durch die Öffnung von neuen politischen Dialogkanälen bei den israelischen Machthabern Gehör zu verschaffen. Anders als die Mehrheit der Likud-Vertreter haben sich einige von ihnen in den vergangenen Jahren Kontakte auf die palästinensische Seite bewahrt. Diese Kontakte dürfen sie nun nicht monopolisieren, sondern müssen sie auch Politikern einer rechten Regierung zur Verfügung stellen. Es bleibt zu hoffen, dass es ihnen dabei auch gelingt, deren Sensibilität für die Notwendigkeit sozialer und wirtschaftlicher Verbesserungen für die palästinensische Bevölkerung zu wecken. Konzepte, in denen eine umfassende gemeinsame Lösung der sozio-ökonomischen Krise auf palästinensischer und israelischer Seite angegangen wird, ist die israelische Linke jedoch bisher noch schuldig geblieben.

Die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Von Gernot Erler, Dr. Angelica Schwall-Düren und Uta Zapf

Die Europäische Kommission hat eine Empfehlung an den Europäischen Rat ausgesprochen, welche die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vorsieht. Wenn die 25 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf dem Gipfel am 17. Dezember 2004 in Brüssel einstimmig die Empfehlung der Kommission annehmen, werden spätestens im Sommer 2005 die Verhandlungen aufgenommen. Ziel der Verhandlungen ist es, den Beitritt der Türkei zur EU vorzubereiten. Der Fortschritt der Beitrittsverhandlungen wird in den nächsten Jahren vom Tempo der weiteren Reformen in der Türkei und ihrer Implementierung bestimmt werden. Die Empfehlung enthält auch die Möglichkeit der Aussetzung der Beitrittsverhandlungen.

Im Zuge der Verhandlungen muss die Türkei den gesamten Aquis Communautaire, den gemeinschaftsrechtlichen Besitzstand der Europäischen Union, übernehmen und umsetzen. Es genügt nicht, dass die Gesetze auf dem Papier stehen, sondern sie müssen auch angewendet werden.

Der Türkei wurde 1999 auf dem EU-Gipfel in Helsinki der Status eines Kandidaten zuerkannt. Diese Entscheidung wurde von der Bundesregierung unterstützt. Wenn der eingeleitete Reform- und Demokratisierungsprozess dazu führt, dass die Türkei die politischen Kopenhagener Kriterien erfüllt, könnten „ohne Verzug“ Beitrittsverhandlungen beginnen. Die Empfehlung der Kommission vom 6. Oktober bestätigt, dass die politischen Kriterien in ausreichendem Maße erfüllt sind.

Diese Kriterien umfassen:

- institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung
- Wahrung von Menschenrechten
- Schutz von nationalen und religiösen Minderheiten

Notwendig sind zum Zeitpunkt der Aufnahme:

- Übernahme des gesamten gemeinschaftsrechtlichen Besitzstandes der Union (Aquis Communautaire) und
- eine funktionierende Marktwirtschaft, die den Marktkräften innerhalb der Union standhält.

- Außerdem muss die Türkei gemäß der Charta der Vereinten Nationen alles daran setzen, ungelöste Grenzstreitigkeiten und damit zusammenhängende Fragen friedlich zu lösen.

Die Europäische Union begründet sich auf dem Prinzip der Versöhnung zwischen den Nachbarn. Dieses Prinzip gilt auch für die Beziehungen der Türkei mit ihren Nachbarn. Wir erwarten, dass während der Verhandlungen die Zypernfrage auf der Grundlage des Friedensplans des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, positiv gelöst wird. Die Türkei muss noch vor dem 17. Dezember 2004, dem EU-Gipfel in Brüssel, das Ankara-Abkommen ändern, das heißt, Zypern völkerrechtlich anerkennen.

Europäische und deutsche Interessen

Die EU hat Interessen, die für einen Beitritt der Türkei zur EU sprechen. Das sicherheitspolitische und geostrategische Interesse steht dabei im Vordergrund.

Geostrategische Interessen

Das NATO-Mitglied Türkei ist seit der Zeit des Kalten Krieges ein verlässlicher Partner des Westens. Heute arbeitet Ankara aktiv bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mit und beteiligt sich an internationalen Friedensmissionen.

Für die EU wächst die Bedeutung der Türkei als stabiles, europaorientiertes Land in der unruhigen Großregion „Broader Middle East“. In dieser Krisenzone mit den blutigen Konflikten im Irak und im Nahen Osten zwischen Israel und den Palästinensern, mit den Herausforderungen durch die Atompolitik im Iran und die regionalen Aktivitäten Syriens gilt die Türkei als Stabilitätsanker, auch mit großen Einflusschancen auf die türkischsprachigen Länder Zentralasiens.

In dem globalen Kampf gegen den Terrorismus der Netzwerke Osama Bin Ladens, der sich auf die Auslösung eines „Kampfes der Kulturen“ richtet, kann die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei eine Schlüsselrolle spielen: Die Entscheidung einer so großen und bedeutenden islamischen Gesellschaft, den europäischen Weg zu gehen,

und ihre Einbindung in die EU und damit in die westliche Welt entmutigt alle Hoffnungen des radikalen Islamismus auf eine dauerhafte Konfrontation Westen – Islam.

Wirtschaftliche Interessen

Auch als Wirtschaftspartner und Absatzmarkt ist die Türkei für die EU von hohem Interesse. Die EU und Deutschland profitieren schon heute erheblich durch die intensivierten Wirtschaftsbeziehungen seit der Zollunion. Deutschland ist seit Jahren der wichtigste Handelspartner der Türkei, die ihrerseits 50% ihres Außenhandels mit der EU abwickelt. Davon entfällt ein Drittel auf Deutschland. Deutschland ist führend bei Direktinvestitionen in der Türkei. Andererseits existieren in Deutschland mehr als 40.000 türkische Unternehmen, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Die Wirtschaft der Türkei verzeichnet eine positive Entwicklung. So wuchs die türkische Wirtschaft zwischen 1990 und 2002 durchschnittlich um 3%. 2003 legte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 5% zu. Das Problem der Inflation konnte in den letzten Jahren abgemildert werden und beläuft sich jetzt etwa auf 16%.

Verhandlungsdauer

Verhandlungsbeginn bedeutet nicht Beitritt. Zu dem Argument, die EU sei nicht in der Lage, auch noch den Beitritt der Türkei zu verkraften, ist zu bedenken:

Von der Entscheidung in Kopenhagen bis zur Aufnahme der 10 Neumitglieder am 1. Mai 2004 hat es 11 Jahre gedauert. Die Gesellschaften in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und in den anderen Beitrittsstaaten sind heute völlig andere als 1993. Auch die EU hat sich verändert.

Die Türkei rechnet mit einer Verhandlungsdauer von mindestens 10 Jahren, Ministerpräsident Erdogan hat selbst als Ziel das Jahr 2019 genannt. Bei einem Beitritt der Türkei in 15 Jahren, sprich 2020, wird nicht nur die Türkei nicht mehr die von heute, sondern auch die EU nicht mehr die EU von heute sein. Bis zu diesem Zeitpunkt wird auch die EU ihre innere Reform durchgeführt haben. Mit der Verabschiedung der europäischen Verfassung wird dafür gesorgt, die Funktionsfähigkeit der Union bei Aufnahme der Türkei und anderer südost-europäischen Staaten zu gewährleisten.

Eine möglichst zügige Ratifizierung der Verfassung würde die Handlungsfähigkeit der

Der Text wurde von den SPD-Bundestagsabgeordneten Gernot Erler, Dr. Angelica Schwall-Düren und Uta Zapf verfasst, und als Beschluss vom Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion am 18. Oktober 2004 der Bundestagsfraktion zur Diskussion vorgelegt

EU erhöhen und dem Verhandlungsprozess eine deutlichere Zielrichtung verleihen. Durch eine Reform der Agrarstruktur und Kohäsionspolitik kann eine finanzielle Überlastung vermieden werden.

Der Prozess der Annäherung von EU und Türkei

Alle deutschen Bundesregierungen seit Adenauer haben erklärt, dass sie das Ziel einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU unterstützen. Die Glaubwürdigkeit deutscher und europäischer Politik steht auf dem Spiel, sollte der Türkei eine Absage für Beitrittsverhandlungen erteilt werden – und dies in einem Augenblick, in dem der wirtschafts- und gesellschaftspolitische Wandel die Türkei so stark verändert, wie nie seit der Gründung der modernen Türkei durch Kemal Atatürk. Entscheidend für die deutsche Türkeipolitik ist:

1963 wurde mit der Türkei ein Assoziierungsabkommen geschlossen, das eine ausdrückliche Beitrittsperspektive enthält. Damals stellte EWG-Kommissionspräsident Walter Hallstein fest: „Die Türkei gehört zu Europa. Und eines Tages soll der letzte Schritt vollzogen werden: Die Türkei soll vollberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft sein.“

1987 stellte die Türkei den Beitrittsantrag, der 1989 abgelehnt wurde. Allerdings machte die Kommission klar, dass eine Mitgliedschaft nicht ausgeschlossen, sondern nur auf einen sinnvolleren Zeitpunkt verschoben werden solle.

1995 wurde eine Zollunion zwischen der Türkei und der EU begründet. Dies entspricht bereits dem Status einer „privilegierten Partnerschaft“.

1997 entschieden die Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat in Luxemburg dass „die Türkei für einen Beitritt zur Europäischen Union in Frage kommt.“

1999 beschloss der Europäische Rat in Helsinki, dass die Türkei auf Grundlage der Kopenhagener Kriterien Mitglied der EU werden könne und räumte ihr den Kandidatenstatus ein. Die politischen Kopenhagener Kriterien müssen vor Aufnahme der Beitrittsverhandlungen erfüllt sein.

2000/2001 vereinbarte die EU mit der Türkei eine Beitrittspartnerschaft, in der sie die Ziele und Prioritäten für die Erfüllung der Beitrittskriterien festlegte. Darin enthalten ist u.a. die Forderung, konstruktiv zur Lösung der Zypernfrage beizutragen.

2003 wurde eine überarbeitete Beitrittspartnerschaft vereinbart, in der die Frist zur Erfüllung der politischen Kriterien im Einklang mit den Entscheidungen von Kopenhagen bis Ende 2004 gesetzt wurde.

06.10.2004 Mitteilung der EU-Kommission an den Europäischen Rat: Empfehlung zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen Angesichts dieser langen Geschichte der Annäherung geht es nun um die Glaubwürdigkeit der Regierungen der Mitgliedsstaaten

und somit auch Deutschlands, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Verhandlungen werden ein Prozess sein, der große Herausforderungen für die Türkei darstellt und ihr große gesellschaftliche Veränderungen abverlangt. Die EU wird streng auf die Implementierung der abverlangten Gesetze achten. In den Fragen der Umsetzung der Menschenrechte, des Folterverbotes und der Religionsfreiheit für andere Glaubensrichtungen wird es keinen Rabatt geben. Bei Rückschritten der Türkei in diesem Prozess sehen die Empfehlungen der Kommission ausdrücklich auch die Option der Aussetzung der Verhandlungen vor.

Die Herausforderungen für die EU bestehen in der Umsetzung wichtiger Reformen, z.B. bei den Entscheidungsprozeduren, in der Agrarpolitik und bei den Strukturfonds. Das in der EU angestrebte Maß an politischer Integration wird auch Auswirkungen haben auf weitere Veränderungen in der Union und auf die sich daraus eventuell ergebende Anpassungsbereitschaft der Türkei.

Die angestrebte Verhandlungsstrategie der Europäischen Union mit der Türkei soll aus 3 Säulen bestehen:

1. Säule: Fortgang der Verhandlungen ist vom Tempo der Reformen abhängig

Die EU wird den Reformprozess in der Türkei insbesondere zur fortdauernden Erfüllung der Kopenhagener Kriterien weiter unterstützen. In einer überarbeiteten Beitrittspartnerschaft werden dazu die Prioritäten für weitere Reformen festgelegt und die Fortschritte jährlich überprüft. Bei schwerwiegenden und dauerhaften Verstößen gegen die EU-Grundsätze Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, sowie Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten kann die Kommission die Aussetzung der Verhandlungen empfehlen, der Rat dann darüber mit qualifizierter Mehrheit entscheiden.

2. Säule: Spezielle Verhandlungsführung

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei werden mit voller Beteiligung aller EU-Mitglieder im Rahmen einer Regierungskonferenz stattfinden, in der die Beschlüsse Einstimmigkeit erfordern. In verschiedenen Bereichen sind Sonderregelungen und lange Übergangszeiten zu erwarten, im Bereich Freizügigkeit der Arbeitnehmer können auch unbefristete Schutzklauseln in Erwägung gezogen werden. Bei allen Verhandlungen wird jeweils auch die Fähigkeit der EU, neue Mitglieder aufzunehmen, geprüft werden.

3. Säule: Verstärkung des europäisch-türkischen Dialoges

Dieser Dialog soll vorrangig im Bereich der Zivilgesellschaft stattfinden. Ziel ist es, im politischen und kulturellen Bereich mehr Menschen aus der EU und der Türkei zusammenzubringen. Konkrete Vorschläge dazu wird die EU-Kommission vorlegen.

Stand der Reformen

Die Reformwilligkeit der Türkei hat sich seit 1999 sehr positiv entwickelt. Das ist vor allem das Verdienst der Regierung Erdogan, die auch mit Blick auf mögliche Beitrittsverhandlungen konsequent Reformen vorangetrieben hat. Die EU-Perspektive ist somit ein wichtiger Motor für die Modernisierung, die Demokratisierung und den Reformprozess. Dieser Reformprozess wird breit von der türkischen Bevölkerung mitgetragen. Als erstes der sieben Reformpakete hat bereits 2001 eine erste große Verfassungsreform zu Garantien im Bereich Menschenrechte und Grundfreiheiten geführt. Zahlreiche Normen zur Verhütung von Folter (Null-Toleranz-Konzept) und ein neues bürgerliches Gesetzbuch wurden angenommen. Das in Teilen der Südosttürkei bestehende Notstandsrecht wurde aufgehoben.



Das weit reichende, im August 2002 vom türkischen Parlament verabschiedete Reformpaket enthält u.a. die Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten und die Ausweitung der kulturellen Rechte für die kurdische Bevölkerung wie die Zulassung der kurdischen Sprache in Hörfunk und Fernsehen sowie privater Sprachkurse.

Im Jahr 2003/2004 wurden durch das Türkische Parlament weitere Reformpakete verabschiedet. Schwerpunkte hierbei waren:

- die Reform des Nationalen Sicherheitsrates; diese vom Militär dominierte Institution unterliegt erstmals einer demokratischer Kontrolle und wird von einem Zivilisten geleitet.
 - die Strafrechtsnovelle, die das 1926 eingeführte Strafrecht ablöst. Es beinhaltet ein neues Strafgesetzbuch, Strafprozess- und Strafvollzugsordnung. Es stärkt die Meinungsfreiheit, stellt innerfamiliäre Gewalt unter Strafe, fördert die Gleichstellung von Mann und Frau, verschärft die Bestrafung bei Folter.
 - Erweiterung der Vereinigungs- und Pressefreiheit und der Religionsfreiheit für nicht-muslimische Minderheiten,
 - Erschwerung von Parteischließungen und Politikverboten,
 - rückwirkende Möglichkeit zur Wiederaufnahme von Verfahren, bei denen der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) festgestellt hat.
- Außerdem wurde das Protokoll Nr. 13 zur EMRK, das die vollständige und vorbehaltlose Abschaffung der Todesstrafe vorsieht, kürzlich ratifiziert.

Die im Juni 2004 in Kraft getretene zweite Verfassungsreform bringt die türkische Verfassung in Einklang mit den Anforderungen der EU an eine freiheitliche Demokratie. Hierzu wurde die Todesstrafe, die bereits gesetzlich abgeschafft wurde, nun auch aus der Verfassung gestrichen. Ferner wurde darin die Gleichstellung von Mann und Frau festgeschrieben, das Mitspracherecht des Generalstabschefs bei der Bildung des Hochschulrats gestrichen, die Ausgaben der Streitkräfte der Kontrolle des Rechnungshofes unterstellt, das Staatssicherheitsgericht aufgelöst, die Überstellung türkischer Staatsangehöriger an den Internationalen Strafgerichtshof ermöglicht und der Vorrang internationaler Vereinbarungen vor nationalem Recht festgeschrieben. Die Kommission hat in ihren Fortschrittsberichten von 2002, 2003 und 2004 der Türkei erhebliche Fortschritte bescheinigt. Sie mahnt aber die konsequente Umsetzung der weiteren Reformen an. Die Regierung Erdogan betont selbst, dass es auf die Implementierung der Reformen ankomme. Sie hat deshalb auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung Kontrollinstanzen eingerichtet, die die Umsetzung der Reformen kontrollieren und der Verletzung von Bürgerrechten vorbeugen sollen. Zusätzlich

werden bereits seit einigen Jahren die Ausbildungswege für Polizei und Justiz reformiert.

Weitere Fortschritte sind im Bereich nicht-muslimischer Religionsgemeinschaften erforderlich. Besonders die Frage der Eigentumsrechte sowie die Möglichkeit, Geistliche auszubilden und Gebetsstätten zu errichten, gilt es umzusetzen.

Wirtschaftliche und finanzielle Aspekte

Die Auswirkungen des Beitritts auf den Haushalt lassen sich erst nach Festlegung der Eckpunkte für die Finanzverhandlungen mit der Türkei im Rahmen der finanziellen Vorausschau für die Jahre nach 2014 im vollen Umfang bewerten.

Die Befürchtungen, ein Beitritt der Türkei werde die finanziellen Möglichkeiten der EU übersteigen, wird den Fakten nicht gerecht. Wegen der zu erwartenden Veränderungen der türkischen und der EU-Wirtschaft sind seriöse Prognosen kaum möglich. Die in der EU notwendige Reform der Agrarpolitik ist ein Beispiel dafür, dass keine finanzielle Prognose gemacht werden kann. Hinzu kommt, dass heute die Wirtschaftsleistung in 20 Jahren nicht vorhergesagt werden kann.

Trotz aller noch zu bewältigender Probleme ist dennoch nicht zu erwarten, dass ein Beitritt der Türkei in ca. 15 Jahren die EU finanziell überfordern wird. Einerseits werden in die Türkei nur so viele Finanzmittel transferiert, wie die EU zu bewilligen bereit und in der Lage ist. Andererseits kann die Türkei erst dann in die EU aufgenommen werden, wenn sie große ökonomische Fortschritte gemacht hat.

Innenpolitische Aspekte

Es werden keine türkischen Asylbewerber nach Deutschland kommen.

Asyl wird nur dann gewährt, wenn der Asylsuchende aus einem Land kommt, in dem er wegen seiner politischen oder religiösen Überzeugung oder seiner ethnischen Zugehörigkeit verfolgt wird. Da jedoch zum Zeitpunkt der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen die politischen Kopenhagener Kriterien wie die Einhaltung von Menschenrechten und der Schutz von Minderheiten erfüllt sein müssen, werden Asylanträge aus der Türkei keine Rolle mehr spielen.

Die Befürchtungen, dass der Migrationsdruck steigt, sind auch angesichts des langen Zeitraums der Verhandlungen zu relativieren.

Über Bevölkerungswachstum und Migration herrschen übertriebene Vorstellungen. Die Geburtenrate im Westen der Türkei ist gesunken, auch im Osten geht sie zurück. Außerdem wird, wenn das Wirtschaftswachstum anhält und so Perspektiven im eigenen Land eröffnet werden, die Migrationsneigung der türkischen Bevölkerung abnehmen. Ähnlich wie bei den 10 neuen EU-Mitgliedern wird sich auch im Fall der Türkei der

Prozentsatz der auswanderungswilligen Menschen gering halten. Die Empfehlung der Kommission sieht außerdem die Möglichkeit langer Übergangsfristen und sogar eine unbefristete Schutzklausel vor, um eine gegebenenfalls ernsthafte Störung auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu vermeiden.

Die Auslieferung straffälliger oder extremistischer Türken ist möglich.

Nach deutschem Recht ist die Auslieferung straffälliger Personen dann möglich, wenn in dem Land, in das ausgeliefert wird, menschenrechtliche Mindeststandards gewährleistet sind. Dies wird zum Zeitpunkt der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei der Fall sein, wie jetzt schon der Fall Kaplan zeigt.

Ein möglicher Beitritt hat Auswirkungen auf die Integration der hier lebenden Türken.

Er erleichtert die weitere Integration der 2,5 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit türkischer Abstammung, von denen etwa 600.000 deutsche Staatsbürger sind. Er trägt dazu bei, dass die Gefahr von Ghettoisierung und Radikalisierung der türkischen Mitbürger vermindert wird.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen allerdings die Integrationsdefizite auf deutscher Seite. Es ist und bleibt eine Herausforderung an die deutsche Politik, diese Defizite auszuräumen. Verstärkte Sprachförderung und Beratungen für die hier lebenden Migranten sind eine innenpolitische Aufgabe, die schon im Eigeninteresse bewältigt werden muss.

Die EU ist eine Werte- und keine Glaubensgemeinschaft

Die Türkei ist ein europäisch orientiertes Land.

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg hat Atatürk resolut mit islamischen Traditionen gebrochen und die Türkei in die europäische Moderne geführt. Fez und Schleier, Polygamie und Kalifat wurden abgeschafft, das lateinische Alphabet eingeführt, das Schweizer Bürgerliche Gesetzbuch übernommen und ein laizistischer Staat errichtet.

Die EU ist keine Gemeinschaft nur von Christen. Die Werte der Europäischen Union sind nicht an eine bestimmte Religion oder Kultur gebunden. Vielmehr sind sie universell und beruhen auf den Errungenschaften der Aufklärung. Im Artikel 6 Absatz 1 des EU-Vertrages steht: „Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam.“

Der Papst ließ durch den Botschafter des Vatikans verlauten, dass die EU kein „Christenclub“ sei und er keine Einwände gegen eine Mitgliedschaft der Türkei habe. Nicht zuletzt ist festzustellen, dass bereits heute in der EU unterschiedliche Kulturen und Religionen friedlich zusammen leben.

Auf die Folter gespannt: Die Wahlen in den Unvereinigten Staaten von Amerika

Von Edgar Göll

Das Wahlsystem der USA ist unerbittlich wie der Wilde Westen: „the winner takes it all“. Und so ist Bush für weitere vier Jahre zum „mächtigsten Mann“ der Erde erkoren worden, zwar wieder mit Zweifeln an der Zuverlässigkeit der Wahlgeräte, aber diesmal allem Anschein nach tatsächlich mit der realen Mehrheit der Wählerstimmen – tatsächlich aber gewählt nur von einem Bruchteil derjenigen Menschen, die von seinen Entscheidungen betroffen sind und sein werden. Wie kein anderer Politiker haben

Doch die überhebliche Selbstisolation und die Distanzierung der USA zur restlichen Welt könnte kaum deutlicher sein.

Bushs Bilanz

Die Bilanz der ersten Bush-Regierung ist bedrückend. Egon Bahr meint: „Ich kenne keinen US-amerikanischen Präsidenten, der seinem Land so geschadet hat wie Bush.“ (in: Freitag 5.11.2004, S.1) Im ökonomischen Bereich gibt es Negativrekorde: Rekordhaushaltsdefizit, Rekordhandelsdefizit, Rekordpleiten und Rekordschiebereien (Enron etc.), Rekordrüstungsausgaben (mehr als 1 Mrd. \$ pro Tag), Kapitalbedarf aus dem Ausland ca. 1,5 Mrd. \$ pro Tag (Staatsanleihen insb. an China, Japan, Südkorea), immense Infrastrukturmängel. Und in Sachen Innenpolitik sei nur auf die wachsende Krise bei Krankenversicherung, Alterssicherung und Bildung, und auf die beängstigende Einschränkung bürgerlicher Freiheits-

rechte unter dem Vorwand des Kampfes gegen Terror verwiesen. Im außenpolitischen Bereich hat der alte und neue US-Präsident sehr viel Porzellan zerschlagen, selbst mit alten „Freunden“, hat Völkerrecht gebrochen und Tod, Verletzung, Zerstörung und Folter über zigtausende von Menschen in mehreren Ländern gebracht. Daher titelte Andreas Zumach in der TAZ: „Bush gehört vors Kriegsverbrechertribunal – nicht ins Weisse Haus“ (4.11.2004, S.15). Während diese Untaten, insbesondere seine Lügen bzgl. Irak in „normalen“ Zeiten und bei Existenz einer wirklichen politischen Opposition in den USA zu einem Impeachment (Amtsenthebungsverfahren) hätte führen können, war dies nicht der Fall. Denn die Bush-Administration wähnt sich im Krieg, der verbunden ist mit immer wieder erfolgenden Terrorwarnun-

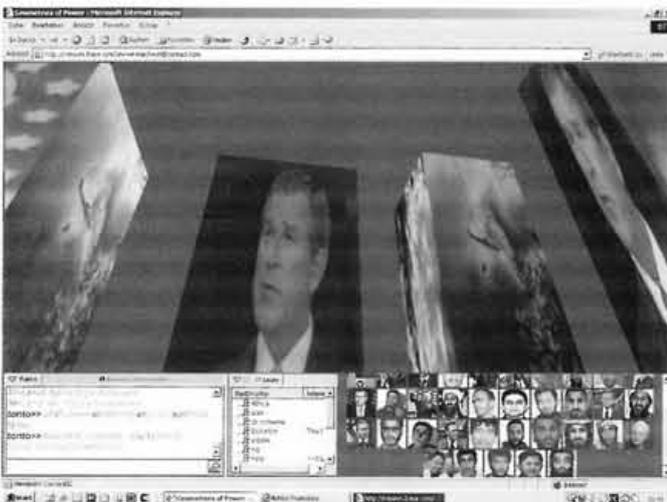
gen und einer permanenten psycho-emotionalen Mobilisierung; und in Kriegszeiten stehen – wie überall sonst – die meisten US-BürgerInnen hinter ihrem obersten Kriegsherren.

Der Wahlausgang

Wie die jüngste US-Kriegstaktik verbreitete das Wahlergebnis bei knapp der Hälfte der US-Bürger, und bei der übergroßen Mehrheit der Erdbevölkerung „shock and awe“ (Schock und Ehrfurcht). Die Sehnsüchte nach Frieden und Aussöhnung scheinen sich noch nicht durchgesetzt zu haben. Und mehr als bedenklich ist, dass nach einer US-Studie 70 % der Bush-Unterstützer glauben, dass die USA über klare Beweise verfügen, dass Saddam Hussein mit Al Qaida zusammengearbeitet hat und ein Drittel, dass im Irak Massenvernichtungswaffen gefunden worden sind. Die New York Times kommt daher zur Einschätzung: „ignorance played at least as big a role in the election's outcome as values.“ Eine Folgerung daraus ist, dass Wahlkämpfe künftig durch „teach-ins“ ergänzt werden sollten (Bob Herbert „Voting Without the Facts“, NYT 8.11.2004).

Schon früh war eine Rekordwahlbeteiligung (59,6 %) trotz mancher Behinderungen bei Wahlregistrierung und Wahlgang (stundenlange Wartezeiten inmitten eines Arbeitstages!) zu verzeichnen. Popkulturelle Impulse wie die Filme und Auftritte von Michael Moore haben wohl dazu beigetragen. Ein Auszählungsskandal wie vor 4 Jahren blieb aus, wenngleich es eine Reihe von lokalen Problemen am Wahltag gab und im Vorfeld bei einer Vielzahl von Wahlcomputern Zweifel an der ordnungsgemäßen Funktionsfähigkeit gab – immerhin war es hier auch nicht möglich, die Richtigkeit der Stimmabgabe z.B. an Hand von Kontrollausdrucken zu prüfen. Und ausgerechnet der Chef der Herstellerfirma auf einer Wahlveranstaltung der Republikaner sagte, er würde alles tun, um seinen Favoriten Bush gewinnen zu lassen...!

Die ideologische Polarisierung und die nationale Identitätssuche führte zu einem harten Wahlkampf und einer immensen Mobilisierung von Bürgern und Geldmassen. Ein Beispiel aus Florida: die Republikaner brachten 109.000 freiwillige Wahlhelfer, die allein in den letzten 5 Tagen vor dem Wahltermin insgesamt 3 Mill. Wählerkontakte hatten (2000 waren es 10.000 mit 77.000 Kontakten)! Und die Kandidaten- und Parteiappara-



seine Aktivitäten Folgen für viele BürgerInnen anderer Länder. Und wenn es nach demokratischen Grundsätzen ginge, hätten bei diesen Wahlen eigentlich viele andere Völker mitwählen müssen: „Eine solche symbolische ‚Mitwahl‘ am 2. November wäre ein Denkmittel für die Amerikaner mit ihrer Arroganz und ihrem Misstrauen gegenüber anderen. Sie wäre eine Geste des Widerstands und der Unabhängigkeit angesichts einer Hegemonialpolitik, die mit ein paar religiösen Überzeugungen, gewissen Vorurteilen und einigen Vorwänden daherkommt.“ (Tahar Ben Jalloun: „Wir wählen mit“, in: Le Monde diplomatique, Oktober 2004, S.8) In einigen Ländern, in denen symbolische Mitwahlen per Internet oder Umfragen erfolgten, ergab sich eine große Ablehnung von Bush: so hätten ca. 90% der Deutschen Kerry gewählt.

rechte unter dem Vorwand des Kampfes gegen Terror verwiesen. Im außenpolitischen Bereich hat der alte und neue US-Präsident sehr viel Porzellan zerschlagen, selbst mit alten „Freunden“, hat Völkerrecht gebrochen und Tod, Verletzung, Zerstörung und Folter über zigtausende von Menschen in mehreren Ländern gebracht. Daher titelte Andreas Zumach in der TAZ: „Bush gehört vors Kriegsverbrechertribunal – nicht ins Weisse Haus“ (4.11.2004, S.15). Während diese Untaten, insbesondere seine Lügen bzgl. Irak in „normalen“ Zeiten und bei Existenz einer wirklichen politischen Opposition in den USA zu einem Impeachment (Amtsenthebungsverfahren) hätte führen können, war dies nicht der Fall. Denn die Bush-Administration wähnt sich im Krieg, der verbunden ist mit immer wieder erfolgenden Terrorwarnun-

te nehmen immer mehr Geld ein (Senat: 278 Mio. \$, Repräsentantenhaus: 433 Mio. \$), und geben immer mehr Geld für die Wahlkämpfe aus – diesmal 30% mehr als noch vor vier Jahren. Damit ist die große Wahlfinanzierungsreform gescheitert (vgl. FAZ 30.10.2004). Die Gesamtausgaben für die Wahlen haben mit schätzungsweise 4 Mrd. \$ eine neue Rekordhöhe erreicht.

Bush wurde neben seinen Parteimitgliedern von Männern, Weißen, Protestanten, Kirchgängern, Hochverdienern und Konservativen gewählt. Kerry hingegen bekam seine Stimmen neben seinen Parteimitgliedern meist von Frauen, Schwarzen, Hispanics, Jüngeren, Geringverdienern, Moderaten und Liberalen. Die Parteiloyalität war wie 2000 extrem hoch. Übrigens korreliert die Verteilung zwischen den beiden Kandidaten recht eng mit dem Intelligenzquotienten: Connecticut (113) wählte Kerry, Mississippi (85) wählte Bush (<http://chrisevans3d.com/files/iq.htm>). Der inzwischen 70-jährige Ralph Nader trat für die Greens als Präsidentschaftskandidat an, erhielt mit 404.000 jedoch nur ein Sechstel der Stimmen von vor vier Jahren. Seine Message fand keine Resonanz und er wird wegen seiner Starrsinnigkeit inzwischen mit Don Quichote verglichen. Und selbst bei vielen Linken ist er „out“, weil ihm die Schuld am Wahlerfolg von Bush im Jahre 2000 zugesprochen wird (seine Stimmen fehlten Al Gore) und diesmal rieten ihm sogar gute Freunde von einer Kandidatur ab. Mit seinem Misserfolg steht die Linke wieder vor einer frustrierenden Situation.

Hinter- und Abgründe und deren Schlachtfelder

Der Mythos vom „Schmelztiegel“ USA ist schon lange widerlegt: die Gesellschaft ist vielmehr wie eine riesige „Salatschüssel“ charakterisiert durch ein Neben- und Gegeneinander unzähliger Subkulturen, wo neben Nobelpreisträgern Massen von Analphabeten und Obdachlosen existieren, wo smarte Hightech-Unternehmer neben Milizionären ihrem Job nachgehen, wo Esoteriker und Homosexuelle neben fundamentalistischen Evangelikalen leben. Aufgrund der sozio-ökonomischen Verwerfungen, vor dem „Schatten von 9/11“, globalen Verschiebungen und verdrängten Problemen zeitigt sich in den USA eine Systemkrise, es ist „ein politisch, gesellschaftlich, gesellschaftlich, ökonomisch und kulturell tief gespaltenes, ja polarisiertes Land“ (Peter Lösche: „Gespaltenes Land“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8-04, S.985).

Angesichts der Irritationen, denen sich US-Bürger ausgesetzt sehen, spielen Werte eine gewichtige Rolle und bieten den Vorteil, sehr abstrakt zu sein, wie überhaupt der „American Dream“ oder die „Manifest Destiny“ nicht zuletzt aufgrund ihrer Abstraktheit wohl bislang so integrativ wirken konnten. Verfall

und Orientierungsbedarf werden in den großen Romanen von Philip Roth, Joyce Carol Oates, Updike, Boyle, DeLillo oder dem aktuellen und sehr umstrittenen Buch von Nicholson Baker („Checkpoint“) veranschaulicht, in welchem sich zwei liberale Freunde darüber auseinandersetzen, ob und wie Präsident Bush umgebracht werden müsste – oder in Franzens „Corrections“, wo schon der Titel verrät, dass die Individuen und die Gesellschaft einiger schwieriger Veränderungen bedürfen, und dann aber zu fragen ist, wer ist der „corrector“.

Auf dem Untergrund der wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse, des unmenschlichen Konkurrenz- und Überlebenskampfes („The Overworked American“), der technologischen und kulturellen Herausforderungen bietet der immense Ausbau des Militär- und Sicherheitsapparates ein gewisses Maß an symbolischer Sicherheit. Wie ein von unsichtbarer Hand getriebener „Schwarm“ funktionieren große Bevölkerungssegmente immer noch nach diesem steinzeitlichen Reaktionsmuster. Ansatzpunkt dafür bietet das, was Barry Gassner in seiner hochinteressanten Studie über die „Culture of Fear“ in den USA geschrieben hat und was in Michael Moores Film „Bowling for Columbine“ auch thematisiert wird: die im Vergleich zu anderen Gesellschaften weit verbreitete und tiefsitzende Angst. Die von den herrschenden Eliten präferierte und realisierte Reaktionsform auf die Herausforderungen nimmt außenpolitisch die Form des militärischen Ausagierens der angestauten Gefühle auf fremden Schlachtfeldern in möglichst fernen Ländern an, und innenpolitisch ebenfalls diverse Formen der Aufrüstung an wie den Aufbau des Riesenministeriums für „Homeland Security“.

Die religiöse Dimension und der Fundamentalismus, mit seinem Rückfall in die Dichotomie von Gut und Böse, wie er von Bush artikuliert und repräsentiert wird, kann an dieser Befindlichkeit hervorragend ansetzen, und wird durch bestens und professionell organisierte evangelikale Gruppierungen gemagt. „Diese ‚wiedergeborenen Christen‘ stehen für konservative Überzeugungen wie die Ablehnung von Abtreibungen und die Forderung nach vorehelicher Enthaltensamkeit. Außerdem glauben sie an die baldige Wiederkehr Jesu und die bevorstehende Entscheidungsschlacht von Armageddon. In der Dynamik der politischen Ereignisse seit den Anschlägen vom 11. September

erkennen sie die Zeichen ihrer Verheißung.“ („Kommt Europa in die Hölle?“, Arte, 19.10.2004) Eine solche Haltung kann bestens (und aufgrund der ethnisch-demografischen Entwicklung wohl ein letztes Mal!) an die starken protestantischen und puritanischen Traditionen der US-Geschichte anknüpfen. Und sie ist eine Analogie zum politisch-militärischen Vorgehen Bushs: expansiv, selbstgerecht, rücksichtslos und hocheffizient.

Handeln erscheint damit als Teil eines guten Plans, eines Plans des übermächtigen Gottes und wirklich Gläubige sehen sich als Teil des Guten, beteiligen sich an der geistlichen Kampfführung. Dies wirkt zugleich als Mittel gegen die weitverbreitete Vereinzelung und Entfremdung: Gläubige gehen in der Gemeinschaft der Gläubigen auf und (ihr!) Gott leitet den (komplizierten, gefährlichen) Alltag, Kirchgänge bieten Massen- und Kollektiverlebnisse, sind oft hochemotional und direkt, das Selbst und die Gemeinschaft sind unmittelbar spürbar, all das bietet Entlastung, Trost und ein Errettungsgefühl gegen die übermächtige Unkultur: „Die republikanische Selbstsicherheit kommt an in einer verunsicherten Nation oder zumindest bei Menschen, die keine Grauschattierungen brauchen können. Vor allem, wenn der Mann an den Hebeln der Macht signalisiert, er falle seine Entscheidungen nicht mit Hilfe von Experten und nicht einmal nach Ratschlag mit seinem erfahreneren Vater, sondern nach Anruf seines himmlischen ‚Vaters‘.“ (Konrad Ege, Freitag 29.10.2004, S.1)

„Friendly Fascism“ und High-Tech-Fundamentalismus

Der britische Historiker Anatol Lieven stellt fest, dass sich US-Amerikaner weniger denn je als Herrscher eines Imperiums empfinden; es herrsche vielmehr ein wachsender „rachsüchtiger Nationalismus“, der sich aus Kränkung, Verlustangst und einem seit dem 11. September 2001 manifesten Gefühl der Bedrohung speise. (zitiert in Andrea Böhm:



„Souveräne Imperialisten gesucht. Die Wahlen in den USA und der Traum von der Unfehlbarkeit“, in: *Le Monde diplomatique*, Oktober 2004, S.2) Und Jean Baudrillard kommt aus einem anderen Blickwinkel zu einer ähnlichen Ansicht („Der Terror und die Gegengabe“, in: *Le Monde diplomatique*, Nov. 2002, S. 15): „Der Weltmacht, die genauso fundamentalistisch ist wie die religiöse Orthodoxie, gelten alle differenten und singularen Formen als Häresien. (...) „Wenn eine Kultur die eigenen Werte verloren hat, muss sie sich an denen der anderen rächen.“ (...) „Die Errichtung des globalen Systems ist das Resultat einer rasenden Eifersucht: der Eifersucht einer indifferenten Kultur niedriger Auflösung gegenüber hochaufgelösten Kulturen, der Eifersucht desillusionierter Systeme, die an Intensität eingebüßt haben, gegenüber Kulturen mit hoher Intensität; der Eifersucht säkularisierter Gesellschaften gegenüber Kulturen oder Formen, die vom Opfer bestimmt werden. Für ein solches System ist jede widerständige Form potenziell terroristisch.“

All dies zusammen betrachtet kommt der Erkenntnis eines Buches nahe, das den provokanten Titel trägt „Friendly Fascism“ und vor 35 Jahren von dem US-Soziologen Bertalan Gross verfasst wurde. Demnach spielen in den USA verschiedene Mechanismen ineinander und führen tendenziell zu einem modernen Totalitarismus, zu welchem auch Brot und Spiele gehören. Bei vielen US-Bürgern hat sich eine Dominanz eines Wunschenkens etabliert: so wie ein Regisseur sich eine Filmhandlung – wie unrealistisch auch immer – zusammendichtet, scheinen diese US-Bürger sich ihre Welt ohne viel Aufhebens zu konstruieren – meist durch TV-Images zusammengestückt. Es handelt sich um eine fortgeschrittene Infantilisierung (wie sie auch in „Wir amüsieren uns zu Tode“ von Neil Postman angedeutet ist). Und dazu meint der US-Politologe Benjamin Barber: „In Afrika gibt es eine Affenfalle, eine kleine Kiste, die im Boden verankert wird, eine stabile Kiste und sie hat ein kleines Loch. Es wird eine große Nuss hineingelegt und der Affe greift hinein, greift die Nuss und versucht wieder rauszukommen, aber er kommt nicht raus, außer wenn er die Nuss loslässt. Wenn er die Nuss loslässt, käme er sofort raus. Aber die Falle funktioniert perfekt. Er wird Tage oder Wochen später gefunden, manchmal ist er sogar tot, weil er die Nuss nicht losgelassen hat. Für mich ist das die perfekte Metapher für den modernen kaufenden Menschen, den Konsumenten. Es gibt keine Handgelenke um unsere Handgelenke, die uns an das Einkaufszentrum ketten, heute halten wir unsere Ketten fest und wollen sie nicht loslassen. Der Zwang wird von unten nach oben, nicht von oben nach unten ausgeübt. Es gibt keine Gewehre, keine Gitterstäbe. Aber ist dies weniger oder mehr ‚Ge-

fängnis‘ als die alten Gefängnisse der totalitären Staaten? In einem Sinn ist es bestimmt weniger ‚Gefängnis‘, aber in einem anderen Sinn ist es viel gefährlicher, weil die alten Gefängnisse nicht die Illusion der Freiheit vermittelten, die neuen Gefängnisse hingegen schon. Und deswegen bekämpft sie niemand, denn sie lassen uns nicht glauben, dass sie uns die Freiheit nehmen, vielmehr geben sie uns den Eindruck, dass sie die Essenz unserer Freiheit sind.“ (Rede auf dem Kongress „Philosophy meets Politics“ am 31. Oktober 2003 im Willy-Brandt-Haus: *End of Democracy?*)

Aber nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch ist der harte Kurs Bushs nicht unumstritten. In der republikanischen Partei gibt es Liberale wie McCain und Schwarzenegger, die den künftigen Kurs beeinflussen werden. Und Demokraten, Gewerkschaften, linke soziale Bewegungen werden zu verhindern suchen, dass Bush auch in seiner zweiten Amtszeit eine destruktive Politik verfolgt. Doch müssen sie auch ein eigenes Profil und eigene Visionen entwerfen und verständlich machen. Genau daran haperte es bislang. Der Wahlkampf machte wieder deutlich, dass fundamentale Kritik an den Herrschaftsstrukturen und Diskussion über Alternativen lediglich in kleinen Nischen stattfinden kann. In einer solch infantilen Fun-„Kultur“ wie in den USA systemkritische Diskurse anzubringen, gegen die instant satisfaction tieferschürfende Analysen zu Gehör zu bringen, gegen die Obsessionen einer Hyperkonsumgesellschaft spätimperialen Charakters humane Alternativen attraktiv zu präsentieren und in den Bereich des Erreichbaren zu stellen: das ist tatsächlich äußerst unwahrscheinlich. In Sachen des Verunmöglichens linker Politik sind die USA führend: die beiden Soziologen Lipset und Marks haben bisherige Erklärungsansätze für das Versagen der Linken in den USA untersucht; demnach sind sechs Faktorenbündel vorrangig: politische Werte und Normen, politische Institutionen, die Kluft zwischen Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei, Einwanderung und die Fragmentierung der Arbeiterklasse, die strategischen Optionen von Sozialisten, staatliche Repression („It Didn't Happen Here. Why Socialism Failed in the United States.“ 2001).

Schlussfolgerungen

Bush wird vermutlich seinen Stil ändern, aber Kontinuität in der Sache wahren. Das heißt, mehr noch als Reagan betreibt er letztlich eine „Zerstörung“ von Politik, ein Zunichtemachen von demokratisch-deliberativer Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklung. Zum einen geschieht dies durch die exorbitante Staatsverschuldung: sie verunmöglicht bzw. erschwert in dramatischer Weise die sozialstaatliche Gestaltbarkeit und Regulierung der sich weiter polarisierenden US-Gesellschaft. Mit leeren Kassen

lassen sich kaum Akzente setzen. Zum anderen geschieht dies durch Krieg und gezielten Terror nach außen und innen: dies verunmöglicht bzw. erschwert in dramatischer Weise eine faire, gerechte und humane/ökologische Gestaltung der Globalisierung und der US-Außenpolitik, indem Konflikte angeheizt und Feindbilder reproduziert werden. Fast scheint es, als würde die Beraterclique um Bush eine Art von self-fulfilling prophecy provozieren, den von westlichen Konservativen oft beschworenen „Kampf der Kulturen“.

Was international geschieht, wird noch mehr als bisher vom Verhalten der EU und der UN abhängen. Bush wird einige moderate und multilaterale Töne anschlagen, wie einige Umbesetzungen seiner Regierung zeigen, aber er wird ideologisch-konzeptionell von Rechtskonservativen und Kapitalinteressen getrieben. Nächste Konfliktherde und ggf. Ziele sind Iran, Nordkorea und Kuba. Hier provozieren Hardliner und im „Powell-Report“ vom Mai 2004 wurde z.B. die Haltung gegen Kuba weiter auf die Spitze getrieben. Bush versprach im Wahlkampf: „In den nächsten vier Jahren werden wir weiterhin hart kämpfen und dafür sorgen, dass das Geschenk der Freiheit endlich die Männer und Frauen von Kuba erreicht. Wir werden nicht ausruhen, wir werden den Druck aufrechterhalten, bis die kubanischen Menschen die selben Freiheiten in Havanna genießen, wie hier in den USA.“ (www.channelnewsasia.com/stories/afp_world/view/114595/1.html, 1.11.2004) Hier wäre es Aufgabe der EU, den US-Falken entgegenzutreten, um noch mehr Chaos und Unrecht zu verhindern.

Die Degeneration der US-Demokratie weist darauf hin, dass sie dringend weiter entwickelt werden muss. José Saramago sagte kürzlich: „Es wird immer wieder behauptet, die Demokratie sei unter allen bislang erfundenen politischen Systemen das am wenigsten schlechte, und man bemerkt nicht, dass dieses resignierte Hinnehmen von etwas, das sich damit begnügt, ‚weniger schlecht‘ zu sein, uns vielleicht davon abhält, den Weg zu beschreiten, der uns zu etwas ‚Besserem‘ führen würde.“ (*Le Monde diplomatique*, August 2004, S.10-11) Die Weiterentwicklung innerhalb eines kapitalistischen Korsetts ist eine ständige Herausforderung. Es gilt, intelligente und erfolgversprechende Koalitionen zwischen Akteuren und Bewegungen vieler Länder zu suchen, speziell auch über den Nordatlantik.

Die wichtigste Erkenntnis der US-Wahlen für Linke besteht darin: es reicht nicht, ein größeres Übel verhindern zu wollen. Vielmehr gilt es eine attraktive und realistische Alternative aufzuzeigen. Eine andere Welt ist nicht nur dringend notwendig, sondern auch machbar! Und das muss glaubhaft vertreten werden, und zwar nicht nur in Wahlkampfzeiten.

Abkehr vom Sozialversicherungsstaat?

Sozial- und armutspolitische Schlussfolgerungen aus Anlass von Hartz IV

von Barbara Stolterfoht

Zu Beginn zwei Kommentare zur sozialen Lage der Nation: Die Grundlinien der Politik bestimme heute eine parteiübergreifende große Koalition, „die offensichtlich die Republik mit einem Metzgerladen wechselt, in dem so tief ins soziale Fleisch geschnitten wird, dass das Blut nur so spritzt“. Dies schrieb der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geissler, der einst den Begriff der „neuen sozialen Frage“ prägte, jüngst in der ZEIT. Nicht weniger drastisch formuliert Heribert Prantl die Konsequenzen der bevorstehenden Reformen; „Die von den Gesetzen Betroffenen haben noch gar nicht kapiert, was ihnen droht. Wenn sie es kapiert haben, wird Feuer am Dach der Republik sein“.

Beide Kommentare belegen in drastischen Formulierungen den Ernst der Lage. Den zahllosen Klageschriften zum Thema Hartz IV soll an dieser Stelle dennoch keine neue hinzugefügt werden. Es geht hier vielmehr darum, die Notwendigkeit einer Debatte um Armut wie um eine angemessene Politik zu ihrer Bekämpfung zu unterstreichen und einen Beitrag zu einer solchen Diskussion zu liefern.

Auf den ersten Blick erscheint die Aufregung um Hartz IV schwer verständlich. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist – da gibt es kaum Dissens – im Grundsatz richtig. Das Nebeneinander zweier unterschiedlicher Hilfesysteme für ähnliche Lebenslagen bedeutet für Betroffene und Behörden unnötigen Mehraufwand. Gemessen an der bisherigen Sozialhilfe stellt das neue Arbeitslosengeld II sogar einen Fortschritt da. So wurden einzelne Freibeträge für Betroffene erhöht. Ein wichtiger Schritt ist auch, dass die Bezieher des Arbeitslosengeldes II mit ihren Angehörigen in die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung einbezogen werden. Die Betroffenen haben dennoch häufig keine direkten Vorteile deshalb, im Gegenteil: Die Einbeziehung der bisher nicht versicherten Erwerbslosen in die gesetzliche Krankenversicherung bedeutet bspw. auch das Ende der Zuzahlungsfreiheit, von der nicht versicherte Sozialhilfeempfänger bisher profitierten. Die Einbeziehung in die

Rentenversicherung kann Ansprüche auf Rehabilitationsleistungen eröffnen und ist deshalb ein Fortschritt. Für die Alterssicherung bringt sie dagegen keinen signifikanten Gewinn. Wäre man nur auf dem Versicherungsniveau des Arbeitslosengeldes II rentenversichert, müsste man annähernd 200 Versicherungsjahre aufbringen, um einen Rentenanspruch auch nur in Höhe des Sozialhilfeniveaus zu erwerben.

Dass das Hartz IV – Paket dennoch einen solchen Proteststurm entfacht hat, kann deshalb nur damit erklärt werden, dass mit ihm ein erster radikaler Bruch mit dem spätestens seit der Rentenreform von 1957 für die deutsche Sozialpolitik prägenden Lebensstandardsicherungsprinzip vollzogen wurde. Wer überdurchschnittlich viel verdient hat, der bekommt in vielen Fällen auch eine überdurchschnittliche Sozialleistung. Lange Zeit war Armut deshalb etwas, was nur Randgruppen zu betreffen schien. Armut war deshalb weder für den übergroßen Teil der Medien noch für eine Mehrheit der Bevölkerung ein Thema, dem besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Dabei waren die Menschen, die den Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes unterworfen waren, längst eben den Prinzipien der Leistungsgewährung ausgesetzt, die nun in abgeschwächter Form auf einen breiteren Personenkreis angewandt werden. Was in den vergangenen Monaten – meistens zu Recht – skandalisiert wurde, hat seinerzeit aber nur Fachkreise interessiert. Zum Teil wurde gar regierungsamtlich bestritten, dass es Armut überhaupt geben würde. Erst die rot-grüne Bundesregierung hat damit offiziell gebrochen und im Jahr 2000 mit dem Bericht „Lebenslagen in Deutschland“ den ersten offiziellen Armuts- und Reichtumsbericht herausgegeben. Zuvor hatten lediglich der Paritätische Wohlfahrtsverband, der DGB und die Hans-Böckler-Stiftung 1994 und 2000 gemeinsame Armutsberichte herausgegeben, um auf die Dimension der Armut in einem reichen Land hinzuweisen.

Trotz dieser Berichte kam es aber nie zu einer breiten Debatte darüber, ob das Leistungsniveau der Sozialhilfe angemessen ist und wie

die Leistungen vernünftigerweise gestaltet werden müssten. Immerhin funktioniert die Sozialhilfe inzwischen seit über 40 Jahren nach denselben Grundsätzen. Konzipiert wurde sie aber als Hilfe in vorübergehenden Notlagen, nicht aber als Ausfallbürge für einen unzureichenden Familienleistungsausgleich, für ungenügende Leistungen für Langzeitarbeitslose und für in den Sozialversicherungen benachteiligte Frauen. Dennoch soll sie auch weiterhin eben die Funktion eines Ausfallbürgen für die immer weniger ausreichenden Leistungen der vorgelagerten Sicherungssysteme einnehmen. Eine solche Debatte wäre deshalb längst notwendig gewesen.

Mitte November wurden die ersten Bescheide über das neue Arbeitslosengeld II verschickt. Klar ist schon jetzt, dass viele der im Sommer durch die Medien gelaufenen Schreckensszenarien unbegründet waren. Weder wird es Massenumzüge in Plattenbauten geben, noch wird es zur massenhaften Pfändung von Kinderspielzeug kommen. Franz Müntefering äußerte deshalb gar schon die Hoffnung: „Wir werden nicht trotz, sondern wegen Hartz IV Wahlen gewinnen.“ Bei aller Erleichterung über den vorläufig gestoppten freien Fall der SPD in der politischen Beliebtheitskala ist jedoch vor Euphorie zu warnen. Erst in den nächsten Monaten werden den Menschen die Konsequenzen der Neuregelungen bewusst werden, wie sie heute bereits in Gesetzen und Verordnungsentwürfen niedergelegt sind. Es lohnt sich deshalb, einen Blick auf das sehr konkret definierte Leistungsniveau und die Anspruchsvoraussetzungen des neuen Arbeitslosengeldes II zu werfen, wenn man verstehen will, welche Folgen die Reform hat und wie dringlich es deshalb ist, die sozialpolitischen Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten.

Viele Verlierer, keine Gewinner

Zum 1.1.2005 werden ca. 500.000 Menschen ihren bisherigen Anspruch auf Sozialleistungen verlieren und annähernd eine Million Menschen geringere Leistungen erhalten. Besonders betroffen sind Kinder. Schon jetzt sind 1,08 Millionen Kinder auf Sozialhilfe angewiesen. Mit Hartz IV werden über 1,5 Millionen Kinder Leistungen auf dem Niveau der Sozialhilfe erhalten.

Neben Kindern und Familien gehört die Gruppe derjenigen zu den besonders Betroffenen, die einst von der sog. 58er-Regelung

Barbara Stolterfoht, Staatsministerin a.D., ist Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e.V. (DPWV), Ab 1.1.2005 auch Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, lebt in Berlin

Gebrauch gemacht hat. Die 58er-Regelung bezeichnet ein ehemaliges Angebot an ältere Beschäftigte. Sie erhielten ab einem Alter von 58 Jahren einen Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfeanspruch bis zur Rente zugesagt. Im Gegenzug fielen sie aus der Vermittlung. Heute werden die ehemals in Aussicht gestellten Leistungen aber zum Teil erheblich heruntergefahren und damit die Zusagen gebrochen. Gleichzeitig werden für die Alterssicherung zurückgelegte Abfindungen angerechnet, wenn sie den (wenn auch vergleichsweise hohen) Freibetrag übersteigen. Betroffen davon sind fast 400.000 Menschen, die auf die Zusagen vertraut haben und auch deshalb heute kaum noch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben.

Wer jedoch Anspruch auf Arbeitslosengeld II hat, scheint insbesondere dann verhältnismäßig abgesichert zu sein, wenn er bisher bereits Leistungen der Sozialhilfe bezog. Gerade ehemalige Sozialhilfeempfänger werden gegenüber der bisherigen Sozialhilfe eine höhere Auszahlung erhalten. Das liegt allerdings nicht daran, dass die Leistungen tatsächlich erhöht worden wären. Vielmehr sind früher als einmalige Leistungen gewährte Beihilfen pauschaliert worden. Während ein kaputter Kühlschrank oder ein Fahrrad früher im Bedarfsfall beantragt werden konnte, werden diese Leistungen künftig pauschal mit dem Regelsatz ausgezahlt. Ausnahmen gibt es lediglich für die Erstausrüstung sowie für Klassenfahrten. Die scheinbare Erhöhung erweist sich damit tatsächlich als Kompensation für die Abschaffung der bisher auf Antrag gewährten Leistungen. Während dadurch alleinstehende Erwerbslose und Menschen, die die Einzelantragstellung scheuten, nicht wesentlich verlieren oder zum Teil sogar zu den Gewinnern der Reform zählen, gehören Familien mit Kindern zu den Verlierern der Reform. Ihr besonderer Mehrbedarf wird in den pauschalierten Regelsätzen nicht genügend berücksichtigt.

Zum Leben zu wenig

Die Höhe der Regelleistung für Arbeitslosengeld II – Bezieher ergibt sich aus der Regelsatzverordnung, die den Bundesrat am 14. Mai 2004 ohne Wortmeldung passierte. Das ist schon deshalb erstaunlich, weil die Bundesausschüsse für Arbeit und Sozialpolitik sowie für Frauen und Jugend gleichermaßen empfohlen hatten, der Verordnung nicht zuzustimmen. Begründet wurde dies u.a. damit, dass es sich bei der Zusammensetzung des Regelsatzes teilweise „um offensichtlich willkürliche Setzungen“¹ handle. Dieser Vorwurf verdient eine nähere Betrachtung.

Die Berechnung der ab 1.1.2005 gültigen Regelsätze erfolgte auf der Basis der sog. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahr 1998. Der dort festgestellte tat-

sächliche Konsum des ärmsten Fünftels der Bevölkerung wurde darin – nach verschiedenen Gütergruppen aufgeschlüsselt – berechnet und als Bedarf angenommen. Die seitdem eingetretenen Preissteigerungen sollten durch eine an der Rentenanpassung orientierten Aufstockung der Regelsätze hochgerechnet werden. Das Ergebnis dieses Berechnungsverfahrens war der sog. Eckregelsatz von 345 Euro (Alleinstehender / Westdeutschland).

Was bedeutet dieser Satz konkret? Von den 345 Euro Regelsatz sind für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 132,71 € vorgesehen, was etwa 4,40 Euro pro Tag entspricht. Kinder erhalten demgegenüber einen um 40 Prozent reduzierten Regelsatz in Höhe von 207 Euro. Rechnet man dies auf den Anteil für Lebensmittel am Tag hoch, kommt man auf etwa 2,66 Euro. Für die Nutzung von Bahn, U-Bahn, Auto, Taxi usw. sind lediglich 18,11 Euro pro Monat veranschlagt. Das in Berlin ab 1.1.2005 geplante Sozialticket soll dagegen schon 32 Euro kosten. Dafür kann man nach der Pauschalierung einmaliger Leistungen mit monatlich 0,74 € auf ein Fahrrad sparen, für dessen Reparatur etwa 0,35 € im Regelsatz enthalten sind. Für die Kommunikation mit Telefon, Telefax und Internet stehen inkl. der Grundgebühren 17,85 Euro zur Verfügung. Dies reicht immerhin für die Grundgebühr eines Telekom-Anschlusses in Höhe von 15,66 Euro, an dessen Höhe auch der bestehende Sozialtarif nichts ändert, da er in Form einer Gutschrift von Telefoneinheiten gewährt wird. Freizeitveranstaltungen wie Theater, Kino und Sportveranstaltungen können sich Arbeitslosengeld II – Empfänger 4,63 € kosten lassen, Kinder erhalten dafür 2,78 Euro monatlich. Für Kneipengänge und Essengehen sind 10,06 € im Regelsatz enthalten, für Bücher weitere 5,98 €. Die Liste ließe sich fortsetzen. Wer dies für ausreichend hält, der hat den Selbstversuch noch nicht gewagt.

Entgegen seinem Anspruch verhindert das Arbeitslosengeld II Armut nicht – im Gegenteil. Mit dem gegenwärtigen Leistungs niveau wird Armut gesetzlich festgeschrieben. Das Lebensstandardsicherungsprinzip in der Diskussion

Hartz IV erhöht die soziale Fallhöhe massiv und weitet gleichzeitig den Kreis der potentiell von Armut betroffenen Menschen erheblich aus. Die Defizite der vorgelagerten Sozialversicherungssysteme werden damit zukünftig noch deutlicher zutage treten. Damit wird Armut wieder zu einem politischen Thema werden. Bisher war dies nicht der Fall. Einkommensarme Menschen sind bisher noch wenig organisiert und treten kaum als politische Akteure auf. Auf der anderen Seite werden die Gewerkschaften angesichts wachsender Verteilungskämpfe künftig kaum in der Lage sein, den Spagat zwischen der Interessenvertretung für langfristige aus dem Erwerbsprozess ausgegliederte Men-

schen und gleichzeitig die Interessenvertretung der weiter sozialversicherungspflichtig beschäftigten Mitglieder glaubwürdig zu meistern. Das Augenmerk insbesondere der Gewerkschaften liegt naturgemäß auf der Situation derjenigen, die über Ansprüche verfügen und etwas zu verlieren haben. Die politische Reaktion auf die Leistungskürzungen erschöpft sich deshalb regelmäßig in der schlichten Zurückweisung der Reform zumutungen. Nicht selten gehen dabei erzielte Erfolge im Endeffekt jedoch zu Lasten Dritter. Die regulär beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder hingegen profitieren von einer solchen, auf Wahrung des Status Quo ausgerichteten Sozialpolitik. Die dauerhaft aus dem Arbeitsprozess ausgegrenzten Gruppen profitieren davon jedoch gerade nicht. In der Politik von Teilen der politischen Linken scheint deshalb Bismarck bestätigt zu werden, der bekanntlich als Ziel der Sozialversicherung ansah, „in der großen Masse der Besitzlosen die konservative Gesinnung zu erzeugen, welche das Gefühl der Pensionsberechtigung mit sich bringt“. Engagierte Sozialpolitik heißt aber unter Bedingungen der Agenda 2010 gerade nicht, den Status Quo – und damit das auf dem Äquivalenzprinzip der Sozialversicherungen beruhende Lebensstandardsicherungsprinzip – zu verteidigen.

Der Bremer Politikwissenschaftler Frank Nullmeier stellt zutreffend fest: „Jede sozialversicherungsinterne Lösung sozialer Risiken und Problemlagen bedeutet eine Kostenzuweisung an bestimmte soziale Gruppen, eine Gleichzuteilung von Lasten ist durch die Beibehaltung von sozialpolitisch getrennten Versorgungssystemen kaum herzustellen. Nach wie vor ist die bundesdeutsche Sozialpolitik nicht universell ausgerichtet, eine Neutralisierung der Berufszugehörigkeit und sozialrechtlichen Statuszugehörigkeit findet nicht statt“ (Nullmeier, S. 45). Auch aus diesem Grund brauchen wir eine öffentliche Debatte um die Chancen eines Sicherungssystems, welches sich nicht in erster Linie am vorherigen Einkommen oder beruflichen Status orientiert, sondern stattdessen den konkreten Bedarf in den Vordergrund stellt.

Mit zwei kurzen Beispielen möchte ich verdeutlichen, warum ein Paradigmenwechsel weg vom bisherigen Lebensstandardsicherungsprinzip hin zum Bedarfsprinzip notwendig erscheint.

Mit der Riester-Rente wurde der Einstieg in einen Paradigmenwechsel in der Alterssicherung gemacht, der künftig fortgesetzt werden wird. Um mit 65 Jahren eine Rente auf dem Niveau der Sozialhilfe zu erhalten, musste man vor Einführung der Riester-Rente etwa 26 Jahre Beiträge von einem Durchschnittseinkommen zahlen. Heute braucht man dafür bereits 28 Beitragsjahre, in absehbarer Zeit werden es bereits 34 Beitragsjahre sein. Geringverdiener und Menschen mit

längeren Phasen ohne Erwerbstätigkeit können deshalb immer weniger darauf hoffen, im Alter aus der Rentenversicherung ein auskömmliches Einkommen zu erzielen. Gleichzeitig profitieren sie kaum von der Förderung der privaten Vorsorge, sondern werden faktisch auf spätere Grundsicherungsleistungen verwiesen. Vor diesem Hintergrund wird es zu einem beträchtlichen Legitimationsverlust der Rentenversicherung kommen.

Noch deutlicher wird die Problematik mit Blick auf die Pflegeversicherung. Ihre Einführung diente einst dem Ziel, Sozialhilfeabhängigkeit im Alter zu vermeiden. Heute sind bereits wieder mehr als ein Drittel der stationär untergebrachten Pflegebedürftigen auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Während die Leistungen für diese Gruppe nicht ausreichen, subventioniert die Pflegeversicherung unterschiedslos auch und gerade die, die die Pflege im Alter auch selbst finanzieren könnten. Diese Lösung ist schon heute unbefriedigend. Sie wird aber zum Risiko, wenn künftig auch die Sozialhilfe ihre Funktion als letztes Netz der sozialen Sicherung verlieren würde. Der Freistaat Bayern strebt mit seiner Initiative für ein „Gesetz zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich“ genau dies an. Nach diesem Gesetz wäre es den Städten und Kommunen künftig möglich, bisher unabweisbare Rechtsansprüche auf Leistungen der Sozialhilfe einzuschränken, soweit ihre Finanzlage es erforderlich macht. Dieses Prinzip war bereits einmal im Entwurf für ein neues Sozialgesetzbuch XII verankert, wurde daraus jedoch rechtzeitig wieder entfernt. Im Fall einer Regierungsmehrheit der Union im Bund würde dieser Finanzkraftvorbehalt jedoch aller Wahrscheinlichkeit eingeführt. Dies wird schon daran deutlich, dass der bayerische Gesetzesentwurf vor kurzem eine Mehrheit im Bundesrat gefunden hat. Der Paritätische Wohlfahrtsverband plädierte deshalb dafür, die Pflegeversicherung abzuschaffen und durch ein steuerfinanziertes und bedarfsorientiertes Bundespflegeleistungsgesetz zu ersetzen. Der Kreis der Leistungsberechtigten würde dadurch zwar um diejenigen verringert, die zur Eigenvorsorge in der Lage sind. Profitieren würden jedoch diejenigen, die die notwendigen Mittel bisher nicht aufbringen können. Ihnen würden ausreichende Leistungen – je nach ihrem individuellen Bedarf – garantiert.

Neben den Sozialversicherungen findet sich auch im Steuerrecht eine Fülle von Regelungen, die Ergebnis der mittelstandsorientierten Sozialpolitik sind. Beispielsweise werden viele soziale Tatbestände durch Freibetragsregelungen im Steuerrecht berücksichtigt. Dies führt jedoch dazu, dass die staatliche Entlastung mit dem zu versteuernden Einkommen und unabhängig vom individuellen Bedarf zunimmt. Eine Verteidigung des Lebensstandardsicherungsprinzips schreibt

die daraus resultierenden gesellschaftlichen Unterschiede nicht nur für die Gegenwart fest, sondern auch in die Zukunft fort. Angesichts immer knapper werdender Ressourcen führt dies dazu, dass für die wirklich Bedürftigen entsprechend weniger Sozialleistungen zu Verfügung stehen.

Der Verteilungskampf um die knappen Ressourcen wird härter. Gleichzeitig ist auf absehbare Zeit kaum zu erwarten, dass eine politische Mehrheit dafür gewonnen werden kann, mehr Geld in die Sozialpolitik zu investieren. Dabei ist auch überhaupt nicht sicher, ob dies überhaupt ein erstrebenswertes Ziel ist, solange die Sozialausgaben nicht in erster Linie den Menschen dienen, die am dringendsten auf sie angewiesen wären. Der Kampf gegen den grassierenden Sozialstaatsabbau muss deshalb mit einer Diskussion um eine solidarischere Verteilung der bisherigen Leistungen einhergehen. Wer Kinder erzieht, wer chronisch krank oder behindert ist, bedarf der besonderen Aufmerksamkeit der Gesellschaft, er bedarf in vielen, aber eben nicht in allen Fällen der Unterstützung durch die Gemeinschaft. So bedarf beispielsweise gerade ein Bundeskanzler, der den Missbrauch sozialer Leistungen „bis weit in die Mittelschicht hinein“ kritisiert, wohl kaum einer staatlichen Unterstützung durch das Kindergeld. Man wird es sich schlicht nicht mehr leisten können, dass Sozialleistungen auch weiter an Menschen gezahlt werden, die damit lediglich ihre Sparquote erhöhen, während gleichzeitig das soziale Netz immer tiefer gehängt wird.

Große Familien, Alleinerziehende, behinderte und chronisch kranke Menschen sowie zukünftig auch wieder mehr alte Menschen werden zunehmend in die Sozialhilfe abgedrängt. Der Glaube an die Sicherheit der Sozialversicherungen erodiert deshalb in der Breite. Solange die Sozialpolitik diese Entwicklung nicht ideell und konzeptionell aufgreift und ein neues soziales Projekt mit anderen Prioritäten entwickelt, wird es nicht gelingen, Sozialpolitik wieder zu einer Veranstaltung für diejenigen zu machen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind. Angesichts von Hartz IV ist dies notwendiger denn je.

spw 6 / 2003

Literatur

- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV) 2002: Alles aus einer Hand. Das Paritätische Konzept für eine durchgreifende Reform der Hilfe zum Lebensunterhalt. Frankfurt am Main.
- Geissler, Heiner: Wo bleibt Euer Aufschrei, IN: DIE ZEIT Nr. 47, 11.11.2004, S. 26
- Müntefering, Franz: „Wir gewinnen die Wahl wegen Hartz“; Interview, in: Welt am Sonntag vom 12. September 2004
- Nullmeier, Frank: Spannungs- und Konfliktlinien im Sozialstaat. In: Frech, Siegfried / Schmid, Josef (2004): Sozialstaat – Reform, Umbau, Abbau; Schwalbach, S. 43 ff.
- Prantl, Heribert: Auf zum letzten Gefecht, in: Süddeutsche Zeitung vom 1.7.2004, S. 4

Anmerkungen

- ¹ Bundesrats-Drucksache 206/1/04 vom 04.05.2004, S. 2

Neu bei VSA:



184 Seiten; € 12,80; ISBN 3-89965-100-6
Neoliberale und wirtschaftliche Eliten nehmen immer stärkeren Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit. Die AutorInnen nehmen die Interessen, Kanäle und Methoden der Einflussnahme neoliberaler Eliten auf die Politik unter die Lupe. Akteure und Themenfelder werden beleuchtet, Strategien analysiert und neue Ansatzpunkte für mehr Demokratie und eine kritischere Öffentlichkeit vorgestellt.



Bernhard Walpen Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft

Eine hegemonie-theoretische Studie zur Mont Pèlerin Society

496 Seiten; € 39,80
ISBN 3-89965-097-2

Die erste deutschsprachige Geschichte des zentralen intellektuellen Netzwerks der neoliberalen Konterrevolution, von seiner Gründung 1947 bis heute. Mit dieser Darstellung wird zugleich die Geschichte einer sich transnational selbstformierenden Gemeinschaft »organischer Intellektueller« (Gramsci) des globalen Kapitalismus geschrieben: von Friedrich von Hayek, Ludwig von Mises, Milton Friedman, Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Karl Popper bis Ludwig Erhard u.a.

Im Buchhandel oder direkt bei:

**VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, Tel. 040/280 505 67,
Fax 040/280 505 68, info@vsa-verlag.de**

www.vsa-verlag.de

Neue Abgründe in der rechtspolitischen Debatte

Von Kai Rogusch

Der Trend zur allgemeinen Skandalisierung und die wachsende Obsession mit menschlichen Abgründen prägen die moderne Medienlandschaft und die öffentlichen Debatten. Nun greifen offenbar auch renommierte rechtspolitische Zeitschriften verstärkt exzentrisch anmutende Diskussionen über gesellschaftspolitische Randbereiche auf.

Haustyrannenmord

So veröffentlichte die *Zeitschrift für Rechtspolitik* (ZRP) Anfang diesen Jahres einen Beitrag über die Behandlung von Fällen des so genannten „Haustyrannenmords“. Der Autor dieser ausführlichen Schrift ist Staatsanwalt am Landgericht Frankfurt am Main und führt in der ZRP 1/2004 aus, was darunter zu verstehen ist: Eine von ihrem Mann fortwährend gepeinigte Frau darf ihren Lebenspartner umbringen und die Tat vor Gericht unter Umständen als präventive Notwehr deklarieren. Sie agiert quasi vorausseilend, um folgendes Szenario zu verhindern: Ein „Haustyrann“ schlägt immer wieder seine Frau, und immer wieder verzeiht sie ihm, kehrt zu ihm zurück, doch mit jedem Male wird die Gewalt schlimmer und die Abhängigkeit der Frau wächst und wächst – so lange, bis der Mann die Frau totschießt. Psychologen behaupten, dieser „Circle of Violence“ sei ab einem bestimmten Stadium innerhalb der Gewalteskalation in der Partnerschaft wissenschaftlich vorhersehbar. Das Problem sei nun, dass, wenn schließlich tatsächlich eine akute Notwehrsituation eintrete, welche der Ehefrau auch die Tötung ihres Ehemannes strafrechtlich erlaubte, die Frau sich aufgrund ihrer körperlichen Unterlegenheit naturgemäß nicht mehr wehren könne. Deshalb müsse man darüber diskutieren, ob man Frauen nicht schon zu einer vorbeugenden Notwehr in Form des „Haustyrannenmordes“ berechtigen solle. Die Frage stellt sich sogleich: Wenn die Frau zu einer solchen vorbeugenden Tötung berechtigt wäre – hätte der Mann dann kein Recht auf Notwehr gegen die vorbeugende Tötung? Wenn nicht, wäre er in seiner Beziehung sozusagen vogelfrei. Es mutet schon arg befremdlich an, über

welche Szenarien in einer Zeitschrift des gediegenen rechtspolitischen Diskurses spekuliert wird.

Diskussionen dieser Art spiegeln die wachsende Konzentration eines zunehmend morbiden rechtspolitischen Diskurses auf Ausnahmephänomene und private Randbereiche unserer Gesellschaft, ganz gleich ob Kindesmissbrauch, Sexualmorde oder gewaltsame Terrorakte. Zwar lässt sich nicht leugnen, dass es in unserer Gesellschaft zerstörte Privatbeziehungen gibt, innerhalb derer die Tötung eines Lebenspartners durch die „Gegenseite“ einer differenzierten strafrechtlichen Bewertung bedarf. Dennoch ist mit Blick auf solche und andere gesellschaftlichen Randscheinungen festzustellen, dass sie neuerdings eine überproportionale Aufmerksamkeit erfahren, wodurch der Eindruck eines allgemeinen „Ausnahmezustandes“ in deutschen Schlaf- und Wohnzimmer verstärkt wird. Die Themen „häusliche Gewalt“ oder „Gewalt im sozialen Nahraum“ haben in den letzten Jahren die bundesdeutsche Gesetzgebung zu einer Fülle von neuen Initiativen zum „Schutz vor dem Bösen in den eigenen vier Wänden“ veranlasst. Vor allem die „Gewaltenschutzgesetze“ offenbaren eine verstärkte Aufmerksamkeit der Politik gegenüber privaten partnerschaftlichen Beziehungen, die verstärkt problematisiert und politisiert werden. Doch zeigt sich eine ähnliche rechtspolitische Entwicklung auch in ganz anderen Lebenslagen und gesellschaftlichen Bereichen: So trägt die anhaltende Berichterstattung über „hoch gefährliche“ Gewalttäter und die Gefahren des „internationalen Terrorismus“ ebenfalls nicht unerheblich zu einem Empfinden allgegenwärtiger Krisen und Gefahren bei, die uns überall treffen können. Verstärkt rücken dadurch auch die Mittel eines Staates ins politische und öffentliche Blickfeld, mit denen man gegen die ausnahmsweisen Erscheinungen der Schwerstkriminalität vorzugehen gedenkt.

So drehen sich politische Debatten über die Bekämpfung schwerer Gewaltkriminalität um den strafrechtlichen „Fremdkörper“ Sicherungsverwahrung, der eine wei-

tere Inhaftierung eines Gewalttäters auf psychiatrische Prognosegutachten gründet: nicht auf ein Gerichtsurteil, das die Schuld des Täters an einer bereits in der Vergangenheit begangenen Straftat zweifelsfrei feststellt. In dieselbe Richtung gehen vor allem die Forderungen der Unionsparteien zur „tatsachengestützten“ Verdachtsausweisung potenziell terroristischer Ausländer oder deren Unterbringung in „Sicherungshaft“.

Zahlreiche Debatten in der Gesetzgebung wie auch der Wissenschaft und Publizistik beschäftigen sich heute mit kniffligen Fragen, die für eine tiefe Beklommenheit sorgen: Dürfen Polizisten foltern, um die Explosion einer schmutzigen Bombe zu verhindern? Dürfen Kampffjets ein vollbesetztes Passagierflugzeug abschießen, wenn es zur Gefahr für Hunderte oder Tausende Bürger wird? Und überhaupt: wie hätten Sie im Fall des Jakob von Metzler als verantwortlicher Beamter entschieden? Diese beklemmenden Was-wäre-wenn-Fragen prägen immer mehr unseren rechtspolitischen Diskurs und veranlassen den Gesetzgeber zu Initiativen, die sich als „Vorsorgemaßnahmen“ am *worst case scenario* ausrichten: dazu zählt nicht nur das am 18. Juli diesen Jahres vom Bundestag beschlossene „Luftsicherheitsgesetz“, sondern überhaupt die grundsätzliche Überlegung, die „Sicherheitsarchitektur“ auf bundesdeutscher wie auch europäischer Ebene an der „epochalen“ Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auszurichten.

Der rechtswertungsfreie Raum

Publizisten beschäftigen sich verstärkt mit sogenannten „tragischen Konflikten“, die nur innerhalb eines „rechtswertungsfreien Raumes“ zu bereinigen seien. So schrieb vor kurzem der Jurist Dr. Josef Lindner in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 15.10.2004 in seinem Beitrag: „Tragische Konflikte, aus denen es kein Ausweg und in denen es keine richtigen Entscheidungen gibt, bringen auch die Rechtsordnung in Schwierigkeiten. Die hergebrachte Alternative 'rechtmäßig' oder 'rechtswidrig' versagt. Notwendig ist eine neue Kategorie: der rechtswertungsfreie Raum“. Lindner schlägt vor, eine „Dogmatik des rechtswertungsfreien Raumes“ zu entwickeln und sie in das System der Rechtsordnung einzupassen: „So müssten im Fall der An-

ordnung von Gewalt zur Herbeiführung einer Aussage gesetzlich die Voraussetzungen geregelt werden, unter denen ein tragischer Konflikt angenommen werden kann. Es müßte in der rechtlichen Regelung sodann unmissverständlich zum Ausdruck kommen, dass die Anwendung von Gewalt zwar ausnahmsweise zugelassen, jedoch nicht für rechtmäßig erklärt wird, sondern in den rechtswertungsfreien Raum fällt.“ Lindner schwebt hier nichts anderes vor als die Implementierung des Ausnahmezustandes in unsere Rechtsordnung. Zwar sieht er für eine derartige Praxis „verfahrensmäßige Absicherungen“ vor. Aber gerade dies bestätigt den Befund einer Institutionalisierung des Ausnahmezustandes. So spricht sich Lindner für ein „Hinzuziehen eines Richters“ aus, und er verlangt eine „sorgfältige Dokumentation und Berichterstattung im Parlament“.

Dass solche Überlegungen heute an prominenter Stelle in renommierten Publikationsorganen geäußert und als ernst zu nehmender rechtspolitischer Beitrag verstanden werden können, verrät viel über unser gegenwärtiges morbides visionsloses Klima in unserer Gesellschaft: Nicht nur die Vorschläge zur Streichung von wichtigen Nationalfeiertagen oder zur Rückkehr der 40- oder 50 oder gar der „100“-Stundenwoche zur „Rettung“ unserer Wirtschaft verfinstern heute zunehmend unsere Stimmung. Solche „Diskurse“ werden jedenfalls unsere Gesellschaft und Wirtschaft nicht aus der Krise führen können, sondern uns eher weiter in die Sackgasse führen und unser gesellschaftliches Klima weiter vergiften. Wer die Diskussionen über die „Notwendigkeit“ weiterer Gesetzesverschärfungen zur Bekämpfung der „hoch gefährlichen“ Gewaltkriminalität etwas genauer verfolgt, der erkennt aber auch obendrein leicht die Gefahr einer Zersetzung unserer freiheitlichen Rechtsordnung und der Idee des freien und gleichen Subjekts. Sichtbar ist dieser Trend nicht zuletzt in den exzentrisch anmutenden Überlegungen zum „Haustyrannenmord“.

Wäre die Tötung des Ehemanns bereits als eine Form der „präventiven Selbstverteidigung“ zu rechtfertigen, so würde dies grundlegende straf- und verfassungsrechtliche Prinzipien aushebeln, und es entstünde ein Zustand erheblicher Rechtsunsicherheit: Erwägt wird nämlich eine Legalisierung des „Haustyrannenmordes“ gerade für Situationen, in denen der männliche Lebenspartner nicht mit einem Angriff rechnet. Kürzlich geäußerte Gedanken Otto Schilys zur gezielten Tötung potenzieller Terroristen gehen in dieselbe Richtung: Diese sollen nach seinen Überlegungen möglicherweise schon getötet werden dürfen, bevor sie zu einem Anschlag unmittelbar ansetzen. Solche Ideen gehen weit über Debatten hinaus, die sich

um den polizeilichen Todesschuss zur Rettung unmittelbar bedrohter Geiseln drehen. Die internationale Debatte über die Errichtung eines „Feindstrafrechts“ oder eines „parallelen Rechtssystems“ hebt diesen Präventionsgedanken ebenfalls hervor und erwägt die Inhaftierung von Verdächtigen aufgrund von Prognosen.

Wer sich in Gefahr begibt ...

Wie rechtfertigt man solche Gedanken? Der Tenor lautet in etwa so: Wer mit seinem früheren sich immer wiederholenden Verhalten verdächtige Eindrücke weckt, soll sich nicht wundern, wenn er den Bürgerstatus aberkannt bekommt. Eine ähnliche Entwicklung war bereits bei Diskussionen über den Lauschangriff oder über verdeckte Ermittler sichtbar – frei nach dem Motto: Wer sich in diesem von Prostitution und Menschenhandel durchsetzten Milieu bewegt, muss ganz einfach damit rechnen, dass sein Gegenüber möglicherweise ein Geheimpolizist ist oder dass sein Telefon abgehört wird. Mit solchen Argumenten wird mittlerweile in zahlreichen Polizeigesetzen der präventive Einsatz drastischer Ermittlungsmethoden gerechtfertigt: nicht bloß zur Aufklärung bereits begangener Schwerekriminalität, sondern zur Unterbindung von Straftaten, die sonst irgendwann in der Zukunft geschehen würden. Neuere Polizeigesetze erlauben den Einsatz geheimer Ermittlungsmethoden auch zur „Vorsorge für die Verfolgung oder die Verhütung von Straftaten“. Die dahinter steckende Überlegung ist: In solcherlei Milieus treten schwere Straftaten *typischerweise* und in gewisser Regelmäßigkeit auf. Hier kann daher mit Mitteln des „Ausnahmestaats“ agiert werden. Am Ende einer solchen Argumentation erscheint etwas das grundlegende Recht Verdächtiger, zu schweigen und sich nicht selbst belasten zu müssen, als ein altmodisches Prinzip, das modernen Effizienzerwägungen nicht standhalten kann. Gerade die geplanten Gesetze zu einem möglichen „Sicherheitspaket 3“ knüpfen an solche Gedanken und schon vorhandene rechtliche Instrumente an.

So gab Otto Schily zu verstehen, niemand könne ihm erklären, warum die Länder eine Befugnis für präventive polizeiliche Ermittlungen hätten, jedoch nicht das Bundeskriminalamt. Vielmehr wünschen sich manche Sicherheitspolitiker eine Weisungsbefugnis des BKA gegenüber den schon mit weiten Kompetenzen ausgestatteten Landeskriminalämtern, und auch die Landesämter für Verfassungsschutz sollen sich in Zukunft als weisungsabhängige „Filialen“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz verstehen. Obendrein sollen in einer zentralen „Verbunddatei“ geheimpolizeilich gewonnene Informationen leicht abrufbar sein. Geheim ermittelnde Polizeibeamte sollen zukünftig noch stärker in Milieus eingeschleust werden, die als terroristisch veranlagt angese-

hen werden und aufgrund ihrer „Andersartigkeit“ eigenen Gesetzen unterworfen werden sollen.

Konsequent durchgezogen hat ein solcher Ansatz, der für eine immer größere Zahl von Personen und „Milieus“ eine „besondere Behandlung“ vorsieht, die Zersplitterung der Bevölkerung in verschiedene Risikokategorien zur Folge, bei denen bestimmte rechtsstaatliche Freiheitsgarantien allenfalls in abgestufter Form gelten. Damit entsteht zwar noch lange kein neuer „Gestapo-Staat“, denn die angesprochenen zwielichtigen Rechtsinstrumente finden noch überwiegend in gesellschaftlichen Randbereichen Anwendung. Dennoch ist Vorsicht geboten: Zum einen ist die verstärkte Organisation unseres Gemeinwesens um die Themen „Ausnahmezustand“ und Sicherheit nicht zu übersehen. Das zeigt sich nicht zuletzt in Aussagen unseres Bundesinnenministers, wonach aufgrund des internationalen Terrorismus der „Gesamtstaat in Gefahr“ sei und sich die Bevölkerung als „Teil eines Netzwerks gegen den Terror“ begreifen müsse. Zum anderen ergibt sich die Gefahr einer grundlegenden Abkehr von der Idee des freien und gleichen Subjekts in der rechtspolitischen Auseinandersetzung. An seine Stelle treten Prognosegutachten und Wahrscheinlichkeitsberechnungen, wonach das Verhalten der Menschen aufgrund psychologischer Pathologien und Gesetzmäßigkeiten letztlich vorhersehbar ist.

spw 6 / 2003

ISW institut für sozial-ökologische
wirtschaftsforschung e. V.

analysen fakten & argumente

Die Grundrütmer des Neoliberalismus

Wider die These von Hans-Henning Sunk und anderen Leuten

von Hans-Henning Sunk
und Hans-Joachim Lauth
1. Auflage, 2004, 128 S., 12,-
ISBN 3-89955-000-0
Das Buch ist ein Beitrag zur
Kritik an der Neoliberalen
Wirtschaftspolitik und
den damit verbundenen
sozialen und ökologischen
Problemen.

ISW REPORT NR. 60

Angeblich hat Deutschland nur noch eine Chance, wenn Löhne, Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards drastisch reduziert werden. ISW-AutorInnen widerlegen die als Wissenschaft getarnten Propagandalügen und neoliberalen Parolen Punkt für Punkt.

isw-report 60
Nov. 2004 / 3,- EUR + Vers.
ISSN 1614-9289

Doku des 12. isw-forums:

C. Schuhler: Neue Aspekte der globalen Wirtschaftskrise / M. Wendt: Wirtschaftspolitische Alternativen / W. Müller: Der Kampf um Reformen / W. Seppmann: Ausgrenzung als Herrschaftsstrategie / L. Mayer: Zur Bildung eines politischen Blocks gegen die Vorherrschaft des Neoliberalismus

isw-report 59

Sept. 2004 / 3,- EUR + Vers.
ISSN 1614-9289

12. isw-forum

Globalisierung & Wirtschaftskrise

Alternativen zu Neoliberalismus und Sozialökonomie

ISW REPORT NR. 59

Bestellungen, Gesamtprogramm

isw – institut für sozial-ökologische
wirtschaftsforschung e. V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon 089-130041, fax 089-168 94 15
isw_muenchen@t-online.de
www.isw-muenchen.de

Kreatives Chaos oder strategische Politik

Sieben Anmerkungen zu den Weimarer Leitlinien

Von Ernst Dieter Rossmann

Mehr oder minder verbindliche Papiere der SPD zur Bildungs- und Forschungspolitik gibt es mittlerweile genug: Zu nennen sind das Berliner Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1989, die diversen Wahlprogramme, die Erklärung „Bildung entscheidet über unsere Zukunft“ als Basis für eine neue Bildungsinitiative vom 17. Januar 2000, die diversen Reden vom Kanzler und Parteivorsitzenden Gerhard Schröder im Rahmen der Agenda 2010, die Beschlüsse des Bochumer Parteitages vom November 2003 und dann auch noch zu die Weimarer Leitlinien vom Januar 2004. Gewinnt die SPD mit dieser Methode der sich selbst immer wieder überholenden Papiere auf einem der zentralen Politikfelder der Zukunft nun tatsächlich die nötige Geschlossenheit auf allen politischen Ebenen, die Meinungsführerschaft und Gestaltungskraft in der Gesellschaft und letztlich auch nötige Durchschlagskraft gegenüber den politischen Gegnern? Hier sind gerade auch nach den Erfahrungen mit der Rezeption der Weimarer Leitlinien als Letztem dieser „Instant-Programme“ berechtigte Zweifel angebracht. Damit diese zentrale Diskussion um Innovation und Bildung, Wissenschaft und Forschung endlich in die Tiefe geht und eine klare politische Orientierung bekommt, wird es immer notwendiger, die sozialdemokratischen Positionen in einem bildungspolitischen und forschungspolitischen Gesamtprogramm der Partei wieder verbindlich zu positionieren, zusammen zu führen und in die Offensive zu bringen. Die bürgerlichen Parteien wissen um die Bedeutung solcher gut abgestimmter und auch zur Selbstvergewisserung und zum Selbstbewusstsein beitragender Gesamtprogramme in diesem Kernbereich des parteilichen und gesellschaftlichen Selbstverständnisses. Die SPD muss aufpassen, dass sie hier nicht in die Beliebigkeit zerfleddert. Die Linke muss und kann darauf bestehen, dass es im Jahrzehnt der Innovation auch ein entsprechendes breit diskutiertes Gesamtprogramm der SPD für diese Fragen gibt. Mit seiner Initiative vom August 2004, einer der drei neuen Arbeitsgruppen des Parteivorstandes den Auftrag zu einer Bündelung der bildungspolitischen Position der SPD in Bund, Ländern und Kommunen zu geben, hat der neue Parteivorsitzende Franz

Müntefering eine erste längst überfällige Reaktion auf diesen eklatanten programmatischen und strategischen Mangel gezeigt. Hieran gilt es anzuknüpfen.

Die Weimarer Leitlinien suchen die Abgrenzung zum politischen Gegner. An vielen Stellen verraten sie aber auch Angst vor der eigenen Courage. Der Mut zur Utopie muss wieder stärker werden, wenn die SPD der gesellschaftlichen Erneuerung langfristige Perspektiven geben will. Sigmar Gabriel und seiner Stadtmusikanten-Doktrin (Warum die SPD etwas Besseres als den Tod überall findet / Berliner Republik 3/2004) ist zuzustimmen: Wir brauchen den „New-Deal“ für Bildung und Innovation in Deutschland. Wir können nur gewinnen, wenn endlich einmal einen Parteitag lang genauso heftig über die Wege zur Abschaffung von Kindergartengebühren einschließlich der Finanzierung von Ländern und Gemeinden so gestritten würde, wie wir es demnächst über die Frage von Wehrpflicht tun sollen und wie wir es über das Hartz-Konzept nicht tun durften. Sigmar Gabriel trifft hier einen Nerv, der viele Menschen jetzt schon mehr bewegt, als sich führende Kräfte der SPD in ihrem Fiskalismus, in ihrer Kleingläubigkeit und ihrer Uneinigkeit zwischen den verschiedenen politischen Ebenen wahrzunehmen erlauben. Deshalb muss auch von links gelten: Suchen wir die Verbindung über die politischen Linien hinweg, von der Linken zu den Netzwerknern, von den Jusos zur AsF und der SGK in klaren zugespitzten Forderungen z.B. nach Kostenbefreiung für Kindertagesstätten, z.B. nach Überwindung des mehrgliedrigen Schulsystems durch Verlängerung der gemeinsamen Lehr- und Lernzeit in der Schule (mit dem gemeinsamen Lernen in Verschiedenheit in einer Schule für alle), z.B. nach Absicherung einer Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen, z.B. nach öffentlichen und breit zugänglichen Hochschulen mit guter Forschung und guter Lehre für alle (und nicht nur für eine vermeintliche Elite in den Privathochschulen), z.B. nach einem Mindestrecht auf Weiterbildung, das von Wirtschaft wie Staat garantiert und auch materiell unterstützt wird. Gerade für die Bildungspolitik bietet hierbei die neueste OECD-Bildungsstudie, selbst wenn und gerade weil sie aus der Denkfabrik des modernen

Kapitalismus kommt, den kompetent analysierten und begründeten Resonanzboden, um in einem streitigen öffentlichen Diskurs diese klassischen sozialdemokratischen Ideen wieder und zum Teil auch erstmals mehrheitsfähig zu machen.

Die Diskussion um die Finanzierung von Bildung, Forschung und Entwicklung, sprich die Finanzierung von Innovation, muss heraus aus der Gegenüberstellung als vermeintlichen Zukunftsinvestitionen, gegenüber vermeintlicher Vergangenheitsfinanzierung, sprich Transferleistungen in den Sozialstaat und dessen Absicherung, oder die SPD und ihre Wählerschaft wird durch diesen falschen Gegensatz zerrissen. Leider gibt es mehr als genug Belege für diese Denkart der Spitzenkräfte der aktuellen SPD-Führung (Schröder, Eichel, Clement). Umso mehr muss von links her zusammen mit den Gewerkschaften darauf geachtet werden, die Finanzierung von Innovation zu verbinden mit der klassischen Zielsetzung, soziale Gerechtigkeit auch über staatlich gesteuerte Umverteilung von Reichtum in der Gesellschaft zu finanzieren und abzusichern. Wo die einen aus dem Sozialstaat in die Innovation umverteilen wollen, ist es die historische Aufgabe von links, immer wieder die Umverteilung des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums für Sozialstaatlichkeit und Innovation einzufordern. P.S.: Auch die hundertprozentige Abschaffung der Eigenheimzulage wird nicht alle potentiell Innovationsinteressierten und -bereiten für die SPD gewinnen können, so lange die soziale Komponente außen vor bleibt, nämlich dass es für einen Teil der Arbeitnehmerschaft und der Familien sehr wohl weiterhin wichtig bleibt, in der eigenen Bautätigkeit entsprechend unterstützt zu werden. Deshalb müssen wir auch von links her den Subventionsabbau differenziert diskutieren oder jede Innovationsstrategie, die im Grundsatz zustimmungsfähig ist, verliert im Konkreten ihre gesellschaftliche Unterstützung.

Drei Prozent des Bruttosozialprodukts im Jahr 2010 für Forschung und Entwicklung sind ein magisches Ziel der europäischen Union, das schon Kraft der klaren Zahl besondere Wirksamkeit in der öffentlichen Diskussion entfaltet. Wo bleibt die entsprechende Zielgröße für den Kernbereich der Bildung, der nach der Auffassung aller Experten und auch unserer linken gesellschaftspolitischen Analyse viel nachhaltiger und sozial gerechter wirken würde? In Deutschland liegen die Aufwendungen für Bildung bei 5,3

Prozent des Bruttoinlandsproduktes, in Schweden liegen sie bei 6,7 Prozent, im OECD Durchschnitt bei 5,6%. Wo bleibt die politische Zuspitzung auf eine Zielgröße von sieben Prozent für Bildung im Jahr 2010? Experten, wie der OECD-Bildungsforscher Andreas Schleicher, betonen mit Recht immer wieder, dass die eigentliche nachhaltige Innovationsstrategie einer Gesellschaft nicht über das kurz- und mittelfristig wirksam werdende Forschungspotential, sondern über das langfristig wirkende Bildungspotential aufgebaut wird. In der Leistungsfähigkeit der Bildungsförderung für alle liegt der eigentliche Schlüssel auch zum Wohlstand für alle. 7% für Bildung und 3% für Forschung müssen das linke Innovationsprojekt für das Europa der Zukunft werden, als 10% – Strategie für Wohlstandssicherung, für Nachhaltigkeit und soziale Demokratie.

Finnland hat uns Innovationsprozesse vorgemacht mit breit angelegten gesellschaftspolitischen Diskussionen, mit einem quasi Zukunfts- und Innovationsministerium und entsprechenden transparenten Suchstrategien. Der Innovationsrat beim Bundeskanzler kann, muss aber nicht, ein ähnliches Schicksal nehmen wie das Bündnis für Arbeit. Die Linke muss deshalb fordern, dass in dieser Allianz für Innovation alle gesellschaftlichen Kräfte einbezogen werden und sich gleichberechtigt einbringen können. Zehn Vertreter der Wirtschaft und ein Alibi-Vertreter der Gewerkschaften stehen hierfür als schlechtes Beispiel. Wer repräsentiert die ökologisch-energiepolitische Wende? Wo bleiben die Interessen aus den Sozialverbänden? Wie bildet sich insgesamt Zivilgesellschaft im Innovationsprozess ab? Die Weimarer Leitlinien aus dem Januar 2004 springen zu kurz, wenn es heißt: „Wir werden unsere Anstrengungen auf die Märkte der Zukunft konzentrieren.“ Was hier als wirtschaftliche Strategie daherkommt, blendet wichtige gesellschaftspolitische Fragen leider aus; und ist in den verschiedenen aktuellen Programmen dann noch nicht einmal konsis-

tent. Der Vergleich der Schwerpunktaufgaben der Weimarer Leitlinien vom Januar 2004 mit den zentralen Missionen, die von der Ministerin für Bildung und Forschung dann im März 2004 vorgestellt wurden, zeigt Übereinstimmung, gewiss, aber auch erhebliche Abweichungen. Dieses unklare Bild der zentralen Gebiete, auf denen wir mit Blick auf die Zukunftsmärkte, aber auch auf die gesellschaftspolitische Innovation die Anstrengungen für Forschung und Entwicklung konzentrieren wollen, kann nicht beliebig weit gespannt und dann auch noch widersprüchlich bleiben. Eine konstruktive Auseinandersetzung muss im Gegenteil gerade zum Ziel haben, dass sich auch eine sozialökologische Reformpolitik mit einem überschaubaren Kanon an technologischen und gesellschaftspolitischen Innovationen profiliert, für die Bevölkerung erkennbar wird und damit auch eine Orientierung für gesellschaftspolitische Partizipation gibt. Die Weimarer Leitlinien, dieser vom damaligen Generalsekretär Olaf Scholz vorbereitete Aufschlag für das von der Parteiführung ausgerichtete Jahrzehnt der Innovation im Zeichen der Agenda 2010, waren auch ein Auftakt zu einer Fülle von ganz verschiedenartigen Veranstaltungen zu Innovation, die von Partei, Fraktion wie Regierung in den vergangenen Monaten durchgeführt worden sind. Um das Innovationsklima zu verbessern, schlägt das Bundesforschungsministerium schließlich in seinem Beitrag zur Innovationsoffensive der Bundesregierung drei zentrale Kampagnen vor. Zur „Wissenschaft im Dialog“ soll der „Futurprozess“ treten, in dem Expertinnen und Experten über das Morgen schon heute nachdenken, sowie als drittes eine Initiative „Jugend initiativ“. Hierin liegt ein Problem. Weshalb freuen wir uns eigentlich besonders, wenn bei den öffentlichen Innovationsdiskussionen vor allen Dingen und an erster Stelle junge Menschen mit uns diskutieren? Müssten wir nicht ein besonders großes Interesse daran haben, dass gerade die ältere Generation die inno-

vative Veränderung zu ihrem Anliegen im konstruktiven Sinne macht? Wer verhindern will, dass Rentnerparteien in der Zukunft die Innovationskraft von Gesellschaften darauf begrenzen, dass es einen Dauerstreit um Rentenversicherungen, Steuerbelastungen auf Altersbezüge und Versicherungsanteile gibt, muss gerade die Innovation zu einem gemeinschaftlichen Generationenanliegen machen. Innovative Partizipation ist die Weiterentwicklung der demokratischen Partizipation, die von der Linken mit Recht und mit großem Erfolg in den demokratischen Aufbruch der 60er und 70er Jahre eingebracht wurde. Das Jahrzehnt der Innovation sollte von uns der Linken mit Forderungen und Angeboten zur innovativen Partizipation ausgestattet werden. Denn wenn diese Partizipation nicht gelingt, leidet am Ende die Demokratie insgesamt.

Die Konservativen haben sich positioniert. Sie wollen den notwendigen Prozess der Innovation verknüpfen mit Marktradikalismus und Wettbewerbsfixierung als gesellschaftspolitische Leitprinzipien. Auch in der SPD gibt es Stimmen, die dem Wettbewerbsföderalismus positive Seiten abgewinnen können. Die Ergebnisse sind deutlich vorgezeichnet. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern werden größer. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wird abnehmen. Das Interesse an sozialem Ausgleich wird zurückgehen. Privatisierung wird als Allheilmittel ideologisiert werden. Der Grundwert der öffentlichen Güter soll geschwächt werden. Eine linke Perspektive muss deshalb ein Interesse daran haben, dass gerade in Fragen von Bildung, Forschung und Entwicklung das kooperative Prinzip über das Wettbewerbs- und das Marktprinzip gestellt wird. Die Föderalismusdiskussion ist deshalb kein Nebenthema für Verfassungsästheten, Staatsarchitekten und Funktionalisten in Bund und Ländern. Eine vernünftige Kooperationsstruktur muss vielmehr ein linkes Anliegen sein. Willy Brandt und der legendäre Bildungsaufbruch der 70er Jahre bleiben hier Vorbild.

spw 6 / 2003

„Was die Welt im innersten zusammen hält“

Von Thilo Scholz

1. Moderne Sozialstaats- und Sozialstrukturtheorien im Vergleich

Gesellschaften verfügen über hoch komplexe Binnenstrukturen, deren Zusammenspiel jedem Staat eine eigene Charakteris-

tik verleiht. Diese Binnenstrukturen, einst als „Klassen“, heute als „Klassenlandschaft“ bzw. analog dazu als „soziale Milieus“ bezeichnet, weisen Personengruppen über vielfältige Mechanismen „Rollen“ zu. Diese

„Rollen“, die Abgrenzung von anderen Gruppen, das Vergemeinschaftungsgefühl innerhalb der eigenen Gruppe wie z.B. das gemeinsame Erleben von Macht oder Ohnmacht, von Ausgrenzung oder Integration in gesellschaftliche Prozesse bilden den sozialen „Kitt“ einer Gesellschaft. Die spw hatte in diesem Sinne mit ihrer Ausgabe „Kollege Proteus“ (spw 4/2001)

Thilo Scholz, arbeitet bei der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

eine Debatte um diesen Komplex begonnen.

Trotz dieser Differenzierungen innerhalb eines jeden Staates bilden sich vergleichbare Staatengruppen heraus, die oft pauschal als „Skandinavien“ oder „Angelsachsen“ bezeichnet werden (vergleiche spw 3/2001 – „Der nordische Weg“). Während der Gedanke von „sozialen Milieus“ bereits lange Eingang in die Debatte gefunden hat (siehe Uwe Kremers Artikel in spw 6/94 – „Klassen im Umbau“), begann die Bundes-SPD erst in den letzten zwei Jahren Esping-Andersen für sich zu entdecken.

2. Die „Drei Welten der Wohlfahrt“

Mit seiner Ausdifferenzierung von Sozialstaatsmodellen belebt der dänische Soziologe Gosta Esping-Andersen seit Anfang der 1990er Jahre die Wohlfahrtsstaatsforschung. Nicht innerhalb der bisherigen Klassifizierungen nach dem Niveau von Sozialleistungen, sondern nach deren Charakter teilt er entwickelte Industriestaaten in „drei Welten der Wohlfahrt“ ein. Ihn interessieren nicht allein das Volumen der Transferleistungen, sondern deren Effektivität und die Auswirkung dieser auf die Bürger. Deshalb entwickelte Esping-Andersen ein halb empirisches, halb theoretisches Modell zur Typisierung von Wohlfahrtsstaaten, die er in drei Kategorien einteilt: Die liberale Wohlfahrtsstaatstradition, die sozialdemokratische und die konservative. Esping-Andersen bemüht sich um die Zusammenführung von sozialstaatlichen Philosophien und deren konkrete Auswirkungen auf die Sozialpolitik (siehe auch Wolfgang Biermanns spw-Artikel in Ausgabe 03/01 „Umbau des „Nordischen Wohlfahrtsstaates“ – das Beispiel Norwegen“).

2.1 Die drei Dimensionen der Wohlfahrtsstaatlichkeit

Die Hauptkritik Esping-Andersens an der bestehenden, komparativen Wohlfahrtsstaatsforschung liegt in dem reinen Vergleich der Sozialausgaben der zu vergleichenden Staaten. Seiner Meinung nach sei es wichtiger, erstens die Effektivität des Mitteleinsatzes zu überprüfen, also zu hinterfragen, was auch wirklich bei den Bürgern ankommt oder wie viel beispielsweise von einer Verwaltung verbraucht wird. Zweitens müsse in jedem Staat untersucht werden, wem die gesellschaftliche Umverteilung zugute komme. Drittens sei die politische Dimension zu berücksichtigen, die beispielsweise durch die bevorzugte Bedienung eines Wählerklientels gegeben sei.

Um völlig unterschiedlich organisierte Wohlfahrtsstaatsmodelle zu vergleichen, bildet Esping-Andersen drei „Dimensionen des Wohlfahrtskapitalismus“. Die erste Dimension umfasst den Grad der „Dekommodifizierung“, oder anders ausgedrückt: Wie trägt der Staat dazu bei, den Warencharakter der Arbeit aufzuheben? Die durch Sozialpolitik angestrebte soziale (Neu-) Strukturierung umfasst die zweite Dimension. Die dritte schließlich umreißt den Spannungsbogen von Markt, Staat und Familie und deren jeweiligen Anteil bei der Absicherung gegen Risiken und der Aufrechterhaltung des Lebensstandards.

Die Analyse der drei Dimensionen beruht auf verschiedenen empirischen Daten. Die dritte Dimension Esping-Andersens bleibt in der Debatte die meist kritisierte, da sie sehr geprägt ist von schwer quantifizierbaren Größen wie Ideologie, Religion und Tradition. Er beschränkt sich deshalb auf die Beschreibung der Auswirkungen.

Die erste Dimension: Die Arbeitskraft und der Grad der Dekommodifizierung

Die Dekommodifizierung befasst sich mit der Frage, in welchem Ausmaß Einkommensausfälle unabhängig vom Arbeitsmarkt abgesichert werden. Oder anders formuliert: Wie finanziert sich der Lebensunterhalt bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter? Esping-Andersen bemisst den Begriff des „Lebensunterhalts“ höher als eine reine Notfallhilfe oder eine Grundsicherung. Vielmehr zielt er auf einen sozial akzeptablen Lebensstandard ab, den es gelte, aufrecht zu erhalten. Somit sichert wirkliche Dekommodifizierung mehr als nur ein Überlebensminimum, und die damit verbundenen sozialen Leistungen gehen nicht mit einer sozialen Stigmatisierung einher. Im Gegenteil formuliert Esping-Andersen die völlige Dekommodifizierung sei erst erreicht, wenn jedes Individuum nach eigenem Ermessen aus dem Arbeitsmarkt aussteigen könne, ohne wesentliche Einkommensnachteile befürchten zu müssen. Dabei seien Gründe – Alter, Krankheit, Weiterbildung oder reines Vergnügen – irrelevant. Die drei Wohlfahrtsstaatstypen haben jeweils eigene Strategien entwickelt, um den jeweils angestrebten Dekommodifizierungsgrad zu erreichen.

Die zweite Dimension: Die verteilungspolitischen Implikationen der Sozialpolitik
Für Esping-Andersen ist der Sozialstaat nicht allein reaktiv und beschränkt sich nicht nur auf den Versuch der Korrektur von sozialen Ungleichheiten. Vielmehr weise der Sozialstaat eine aktive Rolle auf, die soziale Ordnung zu gestalten. Die Klassenunterschiede der Industriestaaten resultieren v.a. durch die mehr oder weniger erfolgreiche Teilnahme an der Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt. Je größer die Konkurrenz, desto größer die Spaltung der Arbeitnehmer und die entstehenden Klassenunterschiede.

Die dritte Dimension: Das Verhältnis von Markt, Staat und Familie bei der Absicherung sozialer Risiken

Wie bereits angeführt, ist der empirische Nachweis über die Rolle der Familien im jeweiligen Wohlfahrtsstaatstypus schwer zu führen. Deutlich ist, dass die verschiedenen Typen große Unterschiede aufweisen, die offensichtlich durch Traditionen und Religionen beeinflusst werden. Somit ist die Funktionszuweisung des Staates an die Familie unterschiedlich stark ausgeprägt, wobei es jedoch bei der Schlüsselrolle des Verhältnisses von Markt und Staat bleibt.

2.2 Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus

Esping-Andersen führt die genannten Dimensionen der Wohlfahrtsstaatlichkeit in drei große Cluster zusammen.

Der liberale Wohlfahrtsstaatstypus

Den liberalen Wohlfahrtsstaat siedelt Esping-Andersen insbesondere im angel-

Übersicht über die Wohlfahrtsstaatsmodelle

	Die drei Wohlfahrtsstaatsmodelle		
	Konservativ	Sozialdemokratisch	Liberal
Politiktyp	Konservativ	Sozialdemokratisch	Liberal
Prinzip	Paternalismus	Solidarprinzip	Selbstverantwortung
Ziel	Statuserhalt	Gleichheit	Residuale Versorgung
Betriebsweise	Versicherung	Versorgung	Fürsorge
Zentralinstanz	Selbstverwaltung	Staat	Markt/Selbsthilfe
Wirkung	Segementierung	Inklusion	Exklusion
Regulierungsform	Arbeit – Nicharbeit	Arbeitsmarkt	Entregulierung
Policy	Kompensation	Intervention	Laissez-Faire
Interessensvertretung	Ständisch	Gesellschaftlich	Individuell
Beispielstaaten	Deutschland, Frankreich	Schweden, Norwegen, DK	USA, Großbritannien

sächsischen Raum an. Er führt dies auf eine gut 200jährige liberale Hauptströmung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zurück, in der auch eine puritanische Arbeitsethik eine entscheidende Rolle spielte. Getreu seinem Idealbild des Menschen setzt dieser Wohlfahrtsstaatstyp auf individuelles Leistungsdenken, auf die Strebsamkeit, den Erfindungsreichtum und die Eigenvorsorge. Dementstreichend gering ist der Grad der Dekommodifizierung; sie ist die niedrigste der drei Sozialstaatsmodelle. Der Markt steht im Zentrum der Politik, andere Einkommensquellen als die aus der Erwerbsarbeit resultierenden erfahren Ablehnung. Aus Angst vor Beschädigung der Marktmechanismen lehnt die Politik eine egalitäre Verteilungspolitik und eine Sozialpolitik über die nichtmarktfähigen Bevölkerungsteile hinaus ab. Um alle marktfähigen Personen zur Teilnahme am Erwerbsmarkt zu zwingen, geht der Empfang von sozialen Leistungen mit genauer Prüfung der Mittellosigkeit ebenso einher wie mit sozialer Stigmatisierung. Am Arbeitsmarkt entstehen durch den starken Konkurrenzdruck Klassenunterschiede, da auch weniger Leistungsfähige ohne Unterschied zu Leistungsträgern am Marktgeschehen teilnehmen. Zusammenfassend bezeichnet Prof. Wolfgang Merkel (Direktor des Wissenschaftszentrums Berlin und Mitglied der SPD-Grundwertekommission) diesen Typus als „marginales angelsächsisches Sozialstaatsmodell“.

Der konservative Wohlfahrtsstaatstypus

Die kontinentaleuropäischen Staaten bilden die Vorbilder für konservative Wohlfahrtsstaaten. Die Sozialpolitik ging aus dem monarchistischen Etatismus alter Königshäuser hervor, den korporativistischen Traditionen der Gilden, Zünfte und Stände sowie der katholischen Soziallehre. Entsprechend bezeichnet Merkel diese Staatengruppe als „Sozialversicherungsstaaten Kontinentaleuropas“. Im Gegensatz zum Liberalismus und seinem Streben nach Markteffizienz und dem Sozialismus mit seinem Streben nach Gleichheit zeichnet sich dieser Typus durch seine Statusdifferenzierung aus. Die bestehende staatliche und soziale Ordnung soll gefestigt, die Staatsloyalität hergestellt werden. Bismarck mit seinem Sozialversicherungen gilt als geistiger Vater dieser Politik, das deutsche Berufsbeamtentum als deutlichstes Symbol für sein Loyalitätsziel. Auch die bekannte Redensweise von „Vater Staat“ zeugt von dieser Staatshaltung.

Dieser konservative Wohlfahrtsstaat erkennt die Notwendigkeit an, weit mehr Risiken abzusichern als der liberale. Nicht nur Armut oder Behinderung, auch andere sozialen Risiken sichert der Staat über berufsgruppenspezifische Systeme ab. Durch eine nicht-gewinnorientierte Bindung der staatlichen Systeme an Kirchen, Berufsgruppenverbände u.a.m. wird die marktwirtschaftliche Versor-

gung in diesem Sektor bedeutungslos. Die Dekommodifizierung ist, bedingt durch diese umfassende Sicherung, höher als im liberalen Wohlfahrtsstaat. Doch die einkommens- und statusabhängige Versorgung beim Eintreten des Risikos zementiert bestehende Klassenunterschiede. Der mögliche Dualismus zwischen Markt- und Staatsversorgung ist geringer als im liberalen Typus und durch die breitere Partizipation an den sozialen Sicherungssystemen trägt auch eine breite Schicht der Gesellschaft das konservative Sozialstaatsmodell mit.

Der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatstypus

Die skandinavischen Staaten bilden das Rückgrat des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatstypus. Esping-Andersen beschreibt sie als aus den eher liberalen Traditionen einer zurückhaltenden Sozialpolitik stammend und sich zu universalistischen, egalitären Sicherungssystemen entwickelnd, die sich zudem durch ein hohes Leistungsniveau und eine nahezu allumfassende Risikoabsicherung auszeichnen. Auch Merkel betitelt diese Staaten als das „universalistische Modell Skandinaviens“. Auf der einen Seite dieses Typus finden sich eine starke Reduzierung der Klassenunterschiede, die faktische Eliminierung der Armut und eine sehr hohe soziale Mobilität. Auf der anderen Seite scheint eine mangelnde Solidarisierung der Bevölkerung stattzufinden, da sich durch den Dualismus Markt- und Staatsversorgung unvermittelt gegenüber stehen. Durch seine Prinzipien stellt der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat die Schwächsten besser und führt zu einer hohen Dekommodifizierung. Die Bevölkerungsgruppen, die diese Absicherung als unzureichend empfinden, sichern sich über den Markt ab. Insbesondere innerhalb neu entstehender Mittelklassen tritt oben aufgeführter Dualismus zwischen staatlicher und privater Absicherung auf, der eine Aushöhlung der Solidarität aller Klassen miteinander zur Folge haben kann.

2.4 Die Bundesrepublik Deutschland als konservativer Wohlfahrtsstaat

Esping-Andersen betont, es gebe keinen Wohlfahrtsstaat der reinen Form im Sinne einer der drei genannten Typologien. Allerdings seien einige Staaten recht nahe an der einen oder anderen Form, u.a. Deutschland an der des konservativen Prototyps.

Die sozialen Sicherungssysteme Deutschlands können als versicherungsartig bezeichnet werden, da niemand, der vorher keine Beiträge gezahlt hat, Unterstützung erwarten kann. Die Höhe der ausgezahlten Leistungen richtet sich nach der Höhe der Beiträge und damit nach der Höhe des einstmals erzielten Einkommen. Dieses führt zur statuserhaltenden Wirkung, die

bezeichnend ist für den konservativen Wohlfahrtsstaat. Die getrennt und großzügig versicherten Staatsbediensteten runden dieses Bild ab. Die begrenzte Laufzeit von Arbeitslosenunterstützung oder das teilweise niedrige Niveau der Rentenversicherung und die dazukommende Bindung von Unterhaltsleistungen an bestimmte Konditionen (unverschuldete Arbeitslosigkeit, Altersgrenzen etc.) mindern die dekommodifizierende Wirkung der deutschen Sozialsysteme. Die Arbeitskraft ist sowohl die vorrangige Einkommensquelle und auch die einzige sozial akzeptierte. Ausgewählte Versicherungsarten sind jedoch – trotz Beitragsfinanzierung – universalistisch, beispielsweise Kranken- und Pflegeversicherung. Dieses spricht nicht gegen die Typologie, sondern für einen gängigen Systemmix. Dieser Mix bestünde aus verschiedenen Modulen, die das Gesamtbild eines Wohlfahrtsstaates ausmachen.

Diesen Leitideen bespringend weisen andere Sozialstaatstheoretiker wie Gottschall und Hagemann auf die besondere Ausprägung des konservativen Sozialmodells in Deutschland hin, welches unter anderem zur Halbtagsschule geführt habe, zur Dreigliedrigkeit und zur Delegation der Kindererziehung an die Familie.

3. Die Bildungsbeteiligung und ihre Abhängigkeit von sozialen Milieus

Spätestens mit der PISA-Studie endete im Jahr 2001 der Glaube in der Bundesrepublik Deutschland, die Bildungsexpansion habe gleiche Bildungschancen für alle Sozialsichten gebracht. In den Jahren zuvor hatte es bereits diverse Hinweise auf die gesellschaftliche Reproduktion von sozialen (Bildungs-) Ungleichheiten gegeben.

Aber auch international ist zumindest in den konservativen Wohlfahrtsstaaten die Mahnung vor einem „komplexen System von Sortierungen“, so Prof. Michael Vester, seit längerem vorhanden. „Die Bildungsstrategien dieser [unteren Sozial-, T.S.] Milieus [werden] auf >bescheidenere< Berufsziele“ [ge-] lenkt und die wenigen Kinder aus diesen Milieus, die dennoch den Weg zum Abitur und Hochschulexamen schaffen, werden nach und nach >abgedrängt<“, fährt Vester fort. Pierre Bourdieu beispielsweise wies bereits 1979 in „Die feinen Unterschiede“ diese Mechanismen für die französische Gesellschaft der 1970er Jahre nach.

Zum besseren Verständnis der Bildungsstrategien der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ist an dieser Stelle der Begriff der „Milieus“ einzuführen, ihre Abgrenzung voneinander und ihre unterschiedlichen (Bildungs-) Strategien vorzunehmen.

3.1 Der soziale Raum

Die Autoren der PISA-Studie arbeiten mit dem Modell der sozialen Klassen nach Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP). Da

sich dieses Modell aber auf die vertikalen Auf- und Abstiege von Berufsgruppen beschränkt, eignet es sich nicht zu einer umfassenden, auch horizontale Bewegungen einbeziehenden Analyse. Bei der reinen Anwendung des EGP-Modells entsteht der Eindruck, die Bildungsexpansion habe aus einer homogenen Arbeitnehmerschaft eine heterogene, mit ausdifferenzierten Bildungszertifikaten ausgestattete Schichtungshierarchie erwachsen lassen. Die Bewegung ergebe sich nach dem EGP-Modell alleine durch (berufsbedingten) Auf- oder Abstieg, durch die (berufsbedingte) Konkurrenz.

Bourdieu dagegen führt eine weitere, horizontale Achse ein. Auf dieser ist eine räumliche Darstellung von Auf- und Abstiegen einerseits, aber auch horizontale Darstellung des Bildungserwerbs andererseits möglich. Eine Zunahme von Bildungskapital hat nicht zwangsläufig einen sozialen Aufstieg zur Folge, sondern kann die im Rahmen der vorschreitenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung notwendige Modernisierung sein. Die beiden Achsen sind stark miteinander verwoben, aber sie sind nicht voneinander abhängig. Im Feld dieser Achsen bewegt sich die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, den Milieus. Diese Auseinandersetzungen oder Kämpfe verdeutlicht das Konzept des Habitus. Dieses umfasst die Strategien der Milieus, die eigene gesellschaftliche Stellung zumindest zu erhalten, wenn nicht gar auszubauen. Auf diesen sozialen Raum wirken neben den beiden genannten Faktoren (berufliche Auf- und Abstiege auf der vertikalen und Bildungsaneignung auf der horizontalen Achse) weitere ein, beispielsweise die Ökonomie mit ihren Auseinandersetzungen, die sozialstaatlichen Transferleistungen, die sozialen Kämpfe um gesellschaftliche Reichumsverteilung etc. Diese wirken wie Kraftfelder auf die Milieus ein, prägen die Ausbildung des Habitus und das Grundverständnis eines Milieus.

Durch die räumliche Darstellungsweise Bourdieus können Feldkräfte offen gelegt werden, die bei anderen Gesellschaftsmodellen verdeckt bleiben. Diese sind besonders für die Bildungsexpansion interessant, weil nach dem Weltkrieg II. ein starker gesellschaftlicher Linksdrift zu bilanzieren ist. Dieser resultiert aus den Verschiebungen der letzten 50 Jahre, die weniger von vertikaler – also in Form eines gesellschaftlichen Aufstiegs – als vielmehr von horizontaler Art waren, also eine Mobilität von traditionellen hin zu modernen „Klassenfraktionen“ auf derselben vertikalen Stufe darstellen. Eine Drift nach Links ist mit einer Zunahme des kulturellen Kapitals zu erklären, mit der Bildungsexpansion, den erhöhten Anforderungen der Wirtschaft an die Arbeitnehmer bezüglich ihrer Qualifikation.

3.2 Der Habitus

Für Bourdieu hat jeder Mensch einen natürlichen „rationalen“ Reflex. Dieser Reflex resultiert aus einem ganzen Bündel an Werten, Orientierungen und Strategien, die allesamt das Ziel sozialer Positionssicherung verfolgen. Diese „Reproduktions- und Umstellungsstrategien“ (Bourdieu) sind spezifisch für die Klassen und ihre Teilgruppen, sprich: für die Milieus.

Nicht nur für Bourdieus französisches Wirkungsfeld, auch für die Bundesrepublik gibt es Milieulandkarten und soziale Räume, lassen sich die Umstellungsstrategien auf moderne Berufe, auf hochwertigere Bildungsabschlüsse u.a.m. feststellen. Vester beschreibt dies wie folgt: „Der scheinbare Bildungsaufstieg erweist sich hier als horizontale Positionsverschiebung, die mit einem aktiven Bildungserwerb verbunden ist“, und fährt fort: „[...] Die Bildungsexpansion [ist] nicht zuletzt dem Prinzip, ‚Wer hat, dem wird gegeben‘ gefolgt [...]: Sie hat die sog. Bildungsfernen Schichten aufholen lassen, doch vor allem das Großbürgertum bzw. die obere Dienstklasse begünstigt.“ Folglich stellte Vester in spw 1/03 insbesondere bei Jugendlichen eine „hohe Unzufriedenheit mit den Bildungsinvestitionen“ und ihrer Verteilung fest.

Traditionslinien sozialer Milieus in Westdeutschland 1982-2000:

Die Milieus können sich weiter entwickeln. Dabei bleiben sie ihren Grundwerten treu, modernisieren sich aber innerhalb ihrer Traditionslinie. Heute ergeben sich daraus fünf „Milieustammbäume“:

Der sich aus der Milieuzugehörigkeit ableitende Habitus tendiert zu einer bestimmten beruflichen Stellung. Das Bildungskapital und die milieuspezifische Reproduktions- und Umstellungsstrategie führt die Angehörigen eines Milieus zu ähnlichen Berufsfeldern. Laut Vester zielt jede der fünf Traditionslinien der Milieus, die auf den drei Stufen des Bildungs- und Erwerbssystem stehen, auf eine andere Bildungsstrategie ab: Die oberen Milieus von Besitz und Macht begreifen Bildung als Moment der exklusiven Statussicherung und –vererbung. Aber auch die Abgrenzung der Elite zur den gewöhnlichen Milieus kommt durch destinktive, hochkulturelle Selbstverwirklichung zum Ausdruck (1.2). Dagegen finden sich in der linken Mitte Milieus der Askese und der Leistungsethik mit dem Ziel der Eigenständigkeit (2.1). In ständischen Hierarchien ordnet die kleinbürgerliche Mitte die Bildung ein (2.2). Die Unterprivilegierten verstehen Bildung als Mitziehen mit den „respektablen“ Milieus (3).

Aus diesen Bildungsstrategien ableitend gilt die Vermutung, nur Teile der oberen 30% der Gesellschaft streben überhaupt nach Aufstieg. Die anderen Milieus – auch bei den oberen – setzen auf Besitzstandswahrung durch Umstellung. Beispiel dafür

ist die Transformation von ca. 20% der Selbstständigen seit den 1950er Jahren in Westdeutschland in Arbeitnehmer. Die ehemaligen Selbstständigen sind deshalb nicht „abgestiegen“, sondern stellten ihre Strategie um, insbesondere auf Bildungserwerb, und wechselten ihre Position unter Beibehaltung derselben horizontalen Stellung.

4. Fazit

Die beiden skizzierten Theorieansätze ergänzen sich gegenseitig zu einer Sozialstaats- und –strukturanalyse. Auch die gegenseitigen Bedingungen werden am Beispiel der Bildungspolitik deutlich: nur ein egalitäres, alle Milieus einbeziehendes Bildungssystem wie in Skandinavien kann einen unversaltischen Sozialstaat hervorbringen. Dem gegenüber steht das ständische Modell Deutschlands mit seinem selektiven Bildungssystem, welches zuvorderst auf Statuserhalt und –vererbung ausgerichtet ist (siehe auch meinen Artikel in spw 3/04 „Es gibt keine sozial gerechten Studiengebühren“). Für Linke keine Alternative ist das angelsächsische Modell der konkurrierenden und bei höherer Statuszuweisung kostenpflichtigen Gesamt- und Hochschulen.

Die offene Frage ist, wie ein „Systemwechsel“ weg vom konservativen Wohlfahrtsstaat machbar ist, ohne den Unionsparteien bei deren angestrebten Wechsel zum (neo-) liberalen Modell in die Hände zu spielen. Da Esping-Andersen von gängigen „Systemmischen“ spricht, sollte es möglich sein, ein einzelnes „Kampffeld“ herauszugreifen und hier exemplarisch einen Systemwechsel zum sozialdemokratischen Typus durchzuführen. Die Bildungs- und insbesondere Schulpolitik bietet sich hierfür besonders an, da erstens diese konstituierend für eine der „Drei Welten der Wohlfahrt“ ist und diese auch im Innersten zusammen hält. Zweitens ist in einigen Bundesländern bereits eine Abkehr vom gegliederten Schulsystem erfolgt. Welche genauen Schritte jedoch notwendig sind für einen Systemwechsel in der Schulpolitik, muss eine folgende Debatte herausarbeiten.

spw 6 / 2003

Literatur

- Esping-Andersen, Gosta, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton/N.J., 1990.
- Bourdieu, Pierre, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M. 1987.
- Vester, Michael u.a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Wandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt/M. 2001.
- Vester, Michael, *Die Illusion der Bildungsexpansion. Bildungsöffnungen und soziale Segregation in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Engler, Steffani/Krais, Beate (Hsg.), *Das kulturelle Kapital und die Macht der Klassenstrukturen. Sozialstrukturelle Verschiebungen und Wandlungsprozesse des Habitus*, Weinheim 2004.
- Merkel, Wolfgang, *Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus*, aus: *Berliner Journal für Soziologie* 2/2001.

Eine radikale Abkürzung auf dem Weg zum neoliberalen Europa

Die Debatte um die EU-Dienstleistungsrichtlinie

Von Sigrid Skarpelis-Sperk

Das Abschiedsgeschenk des scheidenden Binnenmarkt-Kommissars *Bolkestein* an seinen Nachfolger ist eine zukunfts-trächtig kaschierte Bombe: der Vorschlag für eine EU-Dienstleistungsrichtlinie. Selten stößt ein Vorschlag der Kommission auf so einmütige Ablehnung der Rechtsexperten, der Gewerkschaften, der Verbände der kleinen und mittleren Unternehmen, der sozialen Verbände und die der Krankenkassen, der freien Berufe und der Kulturschaffenden. Vom Bundesrat bis zum französischen Staatsrat ist die Kritik deutlich vernehmbar – nur Verbände der europäischen Industrie und des europäischen Groß- und Einzelhandels sind dafür. Aber selbst sie stellen im sozialen Bereich einen gewissen Klarstellungsbedarf fest. Dieser sog. Bolkestein-Entwurf ist die komplexeste, komplizierteste und die in sich und mit dem existierenden europäischen Recht und der künftigen Verfassung widersprüchlichste Vorlage in der Geschichte der EU. Er greift umfassend wie nie in die nationale Souveränität ein, setzt sich gegen den Wortlaut der EG-Verträge über die ausschließlichen Zuständigkeiten der einzelnen Mitgliedsstaaten hinweg (z.B. Kultur, Gesundheit) und verlangt sogar, dass neue Gesetze und Vorschriften hier nurmehr mit Zustimmung der Brüsseler Bürokratie beschlossen werden dürfen. Eklatant sichtbar wird der Eingriff in die nationale Souveränität durch den faktischen Wegfall der öffentlichen Kontrolle für ein ausländisches Dienstleistungsunternehmen, das auf heimischem Boden tätig wird.

Worum geht es der Dienstleistungsrichtlinie und welche Bereiche regelt sie?

Die Dienstleistungsbranchen sind in der EU mittlerweile von herausragender Bedeutung. Sie repräsentieren zwischen 60 und 70 % des Bruttoinlandsprodukts in den Mitgliedsstaaten, mehr als 50 % entfallen auf die nicht vom Staat erbrachten Dienstleistungen. Rund zwei Drittel aller Beschäftigten und vier Fünftel der Unternehmen arbeiten in diesen Branchen. Große Dienstleistungsbranchen wie z.B. Banken und Versicherungen, die Versorgungswirtschaft wie Energie

und Telekommunikation sind in den letzten Jahren EU-weit reguliert worden. Die noch unregulierten Bereiche beschäftigen über 60 Millionen Arbeitnehmer und erwirtschaften im Jahr rund 3 Billionen Euro.

Der Geltungsbereich der Richtlinie umfasst bis auf einige Ausnahmen, wie z.B. die bereits regulierten Bereiche, alle Dienstleistungen, die als „wirtschaftliche“ Tätigkeiten und auch solche nicht-wirtschaftlicher Art, soweit sie „in der Regel gegen Entgelt“ erbracht werden. Weil „Entgelt“ nicht nur vom Empfänger der Leistung gezahlt werden muss, sondern auch vom Staat in Form von Beihilfen gezahlt werden kann, sind damit auch direkt und indirekt die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienstleistungen, soziale und kommunale Dienste aber auch Kultur und Weiterbildung erfasst. Das Ziel der Richtlinie ist laut Kommission, alle in der EU noch bestehenden Hindernisse im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr zu beseitigen, damit in der EU ansässige Unternehmen ihre Dienstleistungen gemeinschaftsweit anbieten können, – allein den Gesetzen ihres Herkunftslandes folgend – ohne im wesentlichen zusätzliche oder andere Regelungen des Landes beachten zu müssen, in dem sie Leistungen erbringen. Der Kommission geht es nicht mehr und nicht weniger um den Abbau aller Verwaltungs- und rechtlicher Barrieren im Dienstleistungsverkehr – wie immer sie begründet bzw. berechtigt sein mögen.

Allen vorgeschlagenen Maßnahmen liegt die Idee eines umfassenden mehrjährigen Prozesses der Deregulierung, Liberalisierung und letztlich Privatisierung zugrunde. Der bisher übliche und in den EG-Verträgen vorgesehene Weg der Harmonisierung wie z.B. im Finanz- und Versicherungssektor oder im Agrarbereich wird von der Kommission bewusst nicht beschritten. Als wesentliche Elemente schlägt die Kommission u.a. vor:

- Die Anwendung des Herkunftslandprinzips
- Die Einrichtung einheitlicher Ansprechpartner (One-Stop-Shops)
- Die Intensivierung der gegenseitigen

Unterstützung unter den Mitgliedstaaten zur wirksamen Kontrolle der Dienstleistungstätigkeiten und freiwillige Verhaltenskodizes

Strategisch wichtig ist dabei die Einführung bzw. absolute Dominanz des Herkunftslandprinzips (Art. 16). Es besagt, dass der Dienstleistungserbringer nur den Rechtsvorschriften seines Herkunftslandes unterliegt und zwar bezüglich

- der Aufnahme und der Ausübung der Dienstleistung, in dem er niedergelassen ist und
- der Regelung des Verhaltens der Dienstleistungserbringer, der Qualität oder des Inhalts der Dienstleistungen, der Werbung, der Verträge und der Verantwortlichkeit der Dienstleistungserbringer.

Die Kontrolle des Dienstleistungserbringers sowie der von ihm erbrachten Dienstleistung obliegt dem Herkunftsstaat, auch wenn der Anbieter Dienstleistungen in einem anderen Staat erbringt (Art. 16, Abs. 2). Das bedeutet, dass auf dem Boden ein- und desselben Staates 25 parallele Rechtssysteme in 20 Sprachen gültig sein und in Konkurrenz treten werden: das anzuwendende Recht wäre von Person zu Person bzw. Betrieb zu Betrieb, Dienstleistung bzw. Dienstleistungsteil je nach Herkunft des Dienstleisters verschieden. Eine solche Situation ist in der Geschichte ohne Beispiel. Selbst beim Turmbau zu Babel gab es zwar verschiedene Sprachen, ansonsten aber galt das Recht von Babylon. In der Konsequenz werden sich inländische Betriebe strengerer Auflagen ausgesetzt sehen (Inländerdiskriminierung). Sie würden dann die Gleichstellung mit der ausländischen Konkurrenz einklagen oder aber ihre Unternehmen dorthin verlagern, wo günstigere Normen, Standards, Auflagen, Sozial- und Umweltabgaben sowie Steuern angeboten werden. Nach der Richtlinie genügt bereits eine Briefkastenfirma, sagen wir in Riga, der Slowakei oder der Insel Jersey, um von allen einschlägigen deutschen Belastungen befreit zu sein.

Ein rasches Sozial-, Steuer-, Öko- und Qualitätsdumping ist absehbar und zwangsläufig – ebenso ein breiter Outsourcing- bzw. Betriebsverlagerungsprozess: die Zentrale ab ins Niedrigsteuerland, der arbeitsintensive Dienstleistungsunternehmensteil ins Niedriglohnland mit den geringsten Sozialabgaben, die Informations- und Werbeabteilung



ins Land mit den schwächsten Verbrauchervorschriften und die Entsorgung von gefährlichen Stoffen ins Land mit den schwächsten Umweltauflagen bzw. -kontrollen und einem werbewirksamen freiwilligen Verhaltenskodex.

Der Druck in Richtung einer Harmonisierung auf niedrigstem Niveau wird immer stärker, denn ein „Tohuwabohu in Euro-Babylon“ könnte sich eine EU, die sich in Lissabon das Ziel gesetzt hat, „der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt“ zu werden, nicht auf Dauer leisten. Der Abbau der Bürokratie und Belastungen durch Nichtbeachtung staatlichen Rechts für die Dienstleistungserbringer würden erkaufte durch eine weitgehende Markttransparenz und zusätzliche Belastungen durch vervielfachte Rechtsberatung und –information und vor allem im Anfangsjahrzehnt der Umsetzung der Richtlinie weit verbreitete Rechtsunsicherheit. Da solche Kosten weitgehend unabhängig von der Größe der Unternehmen sind, würden die kleinen und mittleren Unternehmen besonders stark belastet. Ob die Kostenverschiebung vom Anbieter der Dienstleistung auf den Abnehmer insgesamt eine Kostensenkung bringt, bleibt offen. Jedenfalls hat die EU-Kommission weder die Kosten der Umstellung, noch die der dauernden Belastung berechnet und ausgewiesen. Die Angebotsseite ist wichtiger – die der Nachfrager und Verbraucher zweitrangig. Letztere werden mit „Informationen auf Anfrage“ und den Verweis auf freiwillige Verhaltenskodizes abgespeist. Die Europäischen Verbraucherverbände nennen das Vorgehen der Kommission „den Sieg der Hoffnung über die Erfahrung“.

Die soziale Dimension Europas bleibt auf der Strecke

Mit der Dienstleistungsrichtlinie attackiert die EU-Kommission offen die soziale Dimension im EG-Vertrag und die noch wei-

tergehenden Vorschriften der künftigen EU-Verfassung. Schon im EU-Vertrag waren nicht nur der einheitliche Binnenmarkt ein Ziel, sondern auch ein hohes Niveau an Beschäftigung, sozialem Schutz und Umweltqualität sowie die Hebung des Lebensstandards, der Lebensqualität und des sozialen Zusammenhalts gleichwertige Ziele und Grundprinzipien. Während in dem weitergehenden Vorschlag der künftigen Verfassung, Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt, Förderung von sozialer Gerechtigkeit und sozialem Schutz verlangt wird, wird die Richtlinie allein auf ökonomische Ziele, besser gesagt, einzelunternehmerische Erfolgskriterien wie Wettbewerb, Kostensenkung und Gewinnmaximierung ausgerichtet.

Mit dem vorgeschlagenen Entwurf versucht die Kommission unter Berufung auf die Dienstleistungsfreiheit den grundlegenden Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 50(3) des EG-Vertrages auszuhebeln. Dort ist verbindlich festgelegt, dass die Person, die ihre Dienstleistung zeitweilig in einem anderen Staat erbringt, dies „unter denselben Bedingungen“ tun muss, die der betreffende Staat „seinen eigenen Staatsangehörigen auferlegt“.

Die freie Bewegung der Arbeitnehmer – das Äquivalent der Niederlassungsfreiheit – ist nach dem EG-Vertrag gebunden an das Prinzip der Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung aufgrund der Nationalität. Das Prinzip der Gleichbehandlung wurde durch die Europäische Charta der Grundrechte 2000, Art. 15 (3) auch auf Angehörige aus Drittstaaten ausgedehnt.

Die Richtlinie übergeht aber bewusst den Vertrag und die Verfassungen der Mitgliedstaaten. Damit ist absehbar: wenn an einem Ort, in einem Betrieb nach dem Recht des Herkunftsstaates verschiedene Löhne und Abgaben gezahlt werden und verschiedene Arbeitsrechte gelten, dann ist eine allgemeine Senkung der realen

Masseneinkommen bzw. zumindest ein Einfrieren der Nominallöhne wahrscheinlich. Alle Übergangsregelungen, die die Öffnung der Arbeitsmärkte für die neuen Mitgliedstaaten im Rahmen der Osterweiterung vorsehen, werden durch die Richtlinie ausgehebelt.

Es ist also kein Wunder, wenn die Gewerkschaften überall in Europa gegen diese EU-Dienstleistungsrichtlinien Sturm laufen und deutlich machen, dass auch der erste Schritt zur Gleichbehandlung, die Entsenderichtlinie für zeitlich entsandte Arbeitnehmer, rechtlich und faktisch mit der Anwendung des Herkunftslandprinzips komplett zur Disposition steht. Insbesondere ist die Kontrolle zum Schutz gegen Ausbeutung in sensiblen Bereichen wie Bau nicht mehr gewährleistet. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie, so wie sie heute vorliegt, ist im Ergebnis der Versuch, die ohnehin um Jahrzehnte verspätete Einführung der sozialen Dimension zu verhindern bzw. das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Weiteres Vorgehen und Forderungen an nationale Regierungen, das EU-Parlament und EU-Kommission

Aus diesen wenigen grundlegenden Argumenten wird klar, dass die EU-Richtlinie nicht allein durch das Herausheben wichtiger Dienstleistungsbereiche akzeptabel wird, sondern nur ein Zurückziehen und eine grundlegende Überarbeitung, die sie sozial vom Kopf auf die Füße stellt, ihre Annahme möglich macht. Aber wie kann man das durchsetzen? Die EU-Kommission kann das nicht mehr allein mit dem Ministerrat hinter verschlossenen Türen ausmachen. Für die EU-Richtlinie gilt das Mitentscheidungsverfahren. EU-Parlament und Ministerrat müssen sich einigen, damit sie in Kraft gesetzt werden kann. Der Deutsche Bundestag hat dabei, wie alle nationalen Parlamente, nur die Möglichkeit, der eigenen Regierung inhaltlich und rechtlich Vorgaben zu machen, die diese nach dem Zusammenarbeitsgesetz zu beachten hat und muss sich mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments kurzschließen. Dabei sollten umfassende Informationen eingefordert und grundlegende Änderungen durchgesetzt werden:

Die Regierung muss das Parlament und die deutsche Öffentlichkeit umgehend darüber informieren, welche Gesetze und Verordnungen, Verwaltungsabläufe und –Anforderungen geändert bzw. wegfallen werden, ebenso welche öffentlichen bzw. im öffentlichen Auftrag arbeitenden Institutionen geänderte Aufgaben erhalten.

Fundierte Folgeabschätzungen, die bisher vollständig fehlen, müssen in Auftrag gegeben werden für die einzelnen Dienstleistungsbranchen, die Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte, insbesondere die Höhe der Beschäftigung, ihre Struktur und Qualität sowie

die Arbeitsbedingungen und kollektiven Arbeitnehmerrechte, die sozialen Auswirkungen sowie die Auswirkungen auf die kleinen und mittleren Unternehmen sowie die freien Berufe.

Grundsätzliche Herausnahme der Bereiche Daseinsvorsorge (z.B. Gesundheit, Bildung, Wasser, Abwasser, Abfall, öffentlicher Verkehr) sowie der sozialen Dienstleistungen aus der Richtlinie – sie sollten eigenständig geregelt werden. Kultur und audiovisuelle Dienstleistungen sind keine Gemeinschaftsaufgaben und somit prinzipiell nicht von der EU zu regeln. Ebenso sollte – solange keine Harmonisierung der Besteuerung in der EU eingeleitet ist – die EU-Kommission keine Regelungsmöglichkeit bei Steuern erhalten. Das Herkunftslandprinzip in der von der EU-Richtlinie vorgeschlagenen Form ist nicht akzeptabel, weil 25 parallel gültige Rechtssysteme in 20 Sprachen in einem Land zu einer weitgehenden Intransparenz und Rechtsunsicherheit für alle Beteiligten – vor allem die Schwächeren – führt. Hier muss, wie beim gemeinsamen Binnenmarkt für Güter, das Recht des Marktortes bei systematisch voranschreitender Harmonisierung gelten.

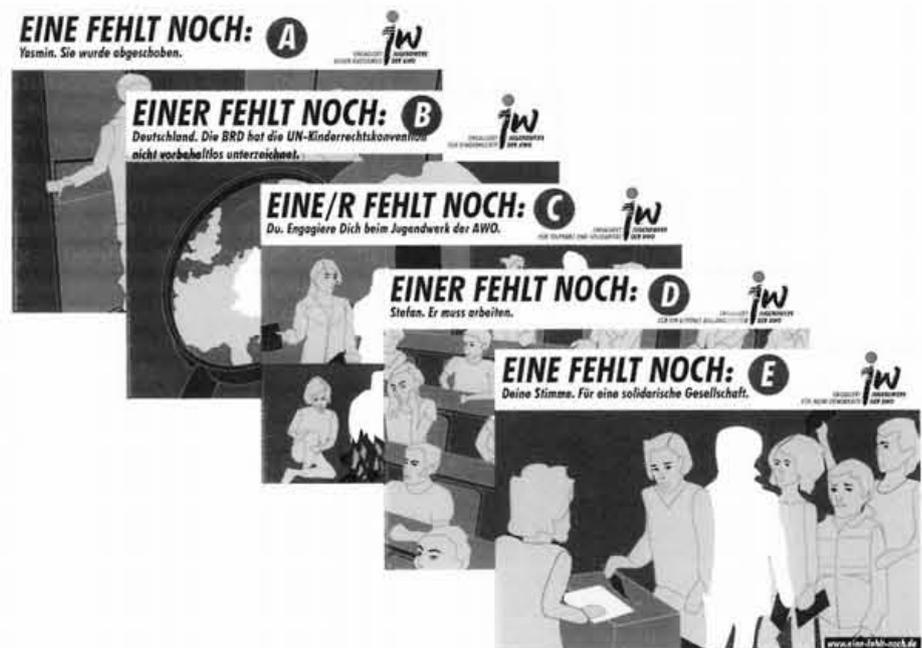
Die Verlagerung der öffentlichen Kontrolle von Recht und Gesetz von dem Ort, an dem Dienstleistung erbracht wird (Marktort, Arbeitsort), an den Firmensitz, ist nicht hinnehmbar. Zum einen wird so die Durchsetzung von Recht und Ordnung nicht gesichert, zum anderen stellt dies einen nicht zu rechtfertigender Eingriff in die nationale Souveränität und die demokratischen Rechte der Bürger jedes Staates dar. Das Herkunftsland wird auch kaum in der Lage sein, aus der Ferne Beschwerden und Rechtsverstöße aufzuklären und wirksam zu ahnden. Die Anwendung des Herkunftslandprinzips auf den Bereich des Arbeits- und Sozialrechts verletzt das Gleichbehandlungsgebot des EG-Vertrages und des Grundgesetzes. Deswegen muss auf jeden Fall sichergestellt sein, dass der gesamte Bereich des Arbeits- und Sozialrechts einschließlich des Tarif- und Arbeitskampfrechts sowie der Arbeitsschutz als auch die Politik der Mitgliedsstaaten zur Kontrolle der Einhaltung rechtlicher Bestimmungen auf diesen Gebieten, zur Bekämpfung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftskriminalität sowie das Steuerrecht vollständig und explizit von der Richtlinie ausgenommen wird. Stattdessen ist ausdrücklich auf die Entsenderichtlinie, die Rom-Konvention und das einschlägige Gemeinschaftsrecht zu verweisen. Der Kommission muss deutlich klar gemacht werden, dass der bisherige mühsame Weg der Harmonisierung unter zunehmender Berücksichtigung der sozialen Dimension Europas die richtige Strategie ist und nicht der Weg eines Wettlaufs nach unten mittels des Brecheisens „Herkunftslandprinzip“.

Europa wird weder dynamischer und produktiver, noch mehr wachsen und Beschäftigung entwickeln, wenn seine wichtigsten Wachstumsbranchen in ein mindestens ein Jahrzehnt dauerndes Experiment gezwungen werden, in dem Intransparenz der Märkte und der anzuwendenden rechtlichen Regelungen, fehlende öffentliche Kontrolle zur Verhinderung von unfairem Wettbewerb und Unsicherheit in der Rechtsdurchsetzung vorherrschen. Große, international agierende Unternehmen mit Wissensvorsprüngen und Rückgriffsmöglichkeit auf kostspielige Beratung haben mehr Chancen, kleine und mittlere Unternehmen müssen als Folge mit größerer

Konkurrenz und Wettbewerbsnachteilen kämpfen.

Das ist wahrlich keine Perspektive, die für die überwältigende Masse der Bevölkerung Europas und die große Mehrheit der Unternehmen und Selbständigen attraktiv ist. Information und Aufklärung sind dringend erforderlich, sonst wird die Europäische Dienstleistungsrichtlinie schnell an den nationalen Parlamenten und der deutschen Öffentlichkeit vorbei im Frühjahr 2005 – so die Planungen – im Ministerrat verabschiedet und bis zum Jahre 2010 zügig umgesetzt. Wer das nicht will, muss sich jetzt einmischen, sonst können wir alle nur einmal mehr über Brüssels Diktate klagen.

spw 6 / 2003



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte Plakate A, Plakate B, Plakate C, Plakate D, Plakate E bestellen.
- Ich möchte Flyer A, Flyer B, Flyer C, Flyer D, Flyer E bestellen.
- Ich möchte Postkarten A, Postkarten B, Postkarten C, Postkarten D, Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Wohnort und PLZ: _____

Telefon: _____ E-mail: _____

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO

Oppelner Straße 130, 53119 Bonn

Telefon: 0228/6685-117

e-mail: info@bundesjugendwerk.de

www.einer-fehlt-noch.de

PDS wieder im Spiel?

von Gerry Woop

Die PDS zeigte sich nach ihren jüngsten Wahlerfolgen auf ihrem Potsdamer Parteitag zuversichtlich. Der gestärkte Wiedereinzug ins Europäische Parlament, die guten Wahlergebnisse bei Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen, Spitzenwerte in Brandenburg und erstaunliche Verbesserungen auf niedrigem Grundniveau bei den NRW- und Saarland-Wahlen haben der PDS wieder Aufmerksamkeit verschafft. Nach dem Desaster der Bundestagswahl 2002 und den folgenden Monaten der Selbstlähmung unter populistisch-dogmatischer Ausrichtung haben sich die Stabilisierungsbemühungen des wieder ins Rennen geschickten Vorsitzenden Lothar Bisky ausgezahlt. Es besteht durch die innere Stabilität und angestiegenes Wähler- und Medieninteresse wieder eine Chance, Bundespolitik zu vermitteln. Die Spezifik bleibt allerdings, dass – wie beim Rauswurf aus dem Bundestag so auch beim Ansatz zum Comeback – die ostdeutschen Wähler entscheidend sind. Enttäuschung über die Entwicklungen im Osten, über die entsprechende Politik der Bundesregierung verband sich in jüngster Zeit mit Entsetzen angesichts der als sozial ungerecht empfundenen Reformen. Wenn von geplanter besserer Vermittlung und gleichzeitigem Druck auf Arbeitssuchende verbunden mit radikalen Leistungskürzungen nur letztere übrig bleiben, gehen auch die spitzfindigsten Kommunikationsstrategien am Ziel vorbei. Die Wahrheit für Betroffene ist die erlebte Realität, die Erfahrung und die vermutete Perspektive. Diese Wahrheit lässt sich nur begrenzt durch Rhetorik und Werbung der Regierenden verändern. Angesichts der Erfahrung konkreten Engagements von PDS-Mitgliedern in Ländern wie Kommunen wandten sich die Wähler im Osten wieder verstärkt den Linksozialisten zu. Das doppelte Dilemma der PDS – Wählerverteilung und Kernprofil zwischen Volks- und systemkritischer Partei – bleibt indes erhalten. Die Schieflage bei der Wählerverteilung Ost – West besteht auch nach den beachtlichen Erfolgen auf geringstem Niveau bei den jüngsten Wahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen fort. Ob hier eine Trendwende folgt, bleibt abzuwarten. Vor allem kulturelle Barrieren verhinderten den Durchbruch in den vergangenen vierzehn Jahren und wenig deutet auf eine grundsätzliche Änderung dieses Hintergrundes.

Damit bleibt die PDS-Perspektive zwar weiter instabil, jedoch sind Überraschungen nie ausgeschlossen und dies umso mehr vor dem Hintergrund des ohnehin zu beobachtenden Umbruchs der Parteienlandschaft. Es bleibt der PDS-Führung in dieser Situation offenkundig nicht viel mehr, als die funktionsfähigen Strukturen zu stabilisieren, indem erfolgreiche und politisch vernünftige Kräfte gestützt werden. In diesem Umfeld fand Ende Oktober der Potsdamer Parteitag der PDS statt.

Hartzgewinner auf der Linken?

Ohne Zweifel konnte die PDS in den vergangenen Monaten vom Unmut insbesondere in den Debatten um Hartz IV profitieren. Allerdings deuten die Umfrageergebnisse darauf hin, dass die Protestwelle und deren Auswirkungen auf die Umfragehöhenflüge der PDS bis zu 7 Prozent schnell wieder abgeebbt sind. Wenngleich auch in spw einige Autoren sich zum deplatzierten Vergleich von PDS und NPD hinreißen ließen, um für Probleme der eigenen SPD-Politik andere Schuldige zu benennen, so muss auf drei Aspekte hingewiesen werden. Die PDS hat schon seit den ersten Debatten zu den Hartz-Projekten ablehnende Positionen vertreten, so dass von einem Aufspringen oder bloßen Ausnutzen nicht die Rede sein kann. Zweitens hat sich die spontan entstandene Protestbewegung nicht ausnutzen lassen, wie viele erfolglose Versuche dogmatischer oder rechtsextremer Kräfte nachweisen. Drittens hat die PDS neben den – auf Plakaten sicher sehr verkürzten – Protestbekundungen versucht, alternative Vorschläge zur Bearbeitung der Arbeitsmarktprobleme zu entwickeln. Und sie hat in ihren Verantwortungspositionen auf Regierungsseite engagiert versucht, die Gesetzesregelungen möglichst zügig im Interesse der Betroffenen umzusetzen. Der linke Vorwurf, dass vor diesem Hintergrund auch Wahlerfolge erzielt wurden, geht am normalen Demokratieverständnis vorbei. Natürlich kann mit Protest gegen eine bestimmte Politik auch Bürgerinteresse vertreten werden. Die Kritik am parteipolitischen Nutzen einer Protesthaltung kann auch gegen den Verursacher gewandt werden. Wenn nämlich nach DGB-Angaben und BA-Planungen ab Januar 2005 ca. eine Million Menschen weniger Leistungen und eine halbe Million Menschen keine

Leistung mehr erhalten werden, so stellt sich schon die Frage nach dem sozialen Gehalt dieser Form der SPD-Politik. Das einseitige Agieren am Arbeitsmarkt bringt offenkundig keine Arbeitsplätze und der übrig bleibende Sozialabbau kann nicht gerade als gerecht oder klassisch sozialdemokratische Politik bezeichnet werden. Es ließe sich sogar fragen, wie sich diese Linie mit der ursprünglichen Vorstellung der Neuen Mitte vereinbaren lässt. Denn bei einer gleich bleibenden oder gar verbesserten Situation für Sozialhilfeempfänger sind es gerade die Mittelschichten, vornehmlich Partnerschaften mit einem Normalverdiener, die nun durchs Raster fallen werden. Zwar erst nach einem Jahr, aber der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist eben gerade in den vergangenen Jahren massiv angestiegen. Sicher sind angesichts der allgemeinen Wachstumsschwäche, der Haushaltsprobleme und der internationalen Wettbewerbssituation die Antworten nicht leicht. Die PDS versucht jedoch, sie zumindest nicht zielinadäquat zu geben, sondern zu den kritisierten Weichenstellungen sowohl Protest wie auch Alternativideen zu entwickeln.

Stabilisierungserfolge

Die Ursache des jüngeren Erfolgs der PDS war der Versuch, ein in Debatten zunächst nur konzeptionell herausgearbeitetes strategisches Dreieck in praktische Politik umzusetzen, sei es bewusst offensiv oder aus der Not der Personal- und Konzeptlage heraus in Verbindung mit günstigen Rahmenbedingungen. Das scheinen zwar manche „Widerständler“ nach der Europawahl vergessen zu haben, aber auch „Reformkräfte“ neigen dazu, sich in der wohligen Wärme überraschender Umfragewerte auszuruhen. Die strategische Grundidee zielt auf eine Politikmischung aus gesellschaftlicher Opposition, sozialem Widerstand und politischem Gestaltungsanspruch. Adresse für Proteste gegen Hartz IV sein, die Gesetze jedoch im Interesse der Betroffenen gestaltend umsetzen und zugleich Alternativkonzepte entwickeln, bedeutet dieser Ansatz in praktische Politik übersetzt. Mit dem jüngst vorgestellten Steuerkonzept hat die PDS einen weiteren Schritt in diese Richtung gemacht. Es negiert nicht die realen Probleme leerer öffentlicher Kassen und die Notwendigkeit von Haushaltssanierung, lässt keine Blümenträume in den Himmel politischen Wunschkens wachsen und verweist zugleich auf realisierbare und gerechte Alternativen zum derzeitigen Mainstream. Der Erfolg Lothar Biskys besteht zunächst darin, den Zerfalls-

prozess der PDS aufgehalten zu haben. Die Regierungen wurden nach dem linkspopulistischen Abenteuerkurs unter Gabi Zimmer wieder gestärkt. Konstruktivere Debatten waren möglich. Im vergangenen Jahr wurde die Programmdebatte zu Ende geführt, die Integration und Politikfähigkeit ermöglichte. Im alten – wie auch im nun neu gewählten – Vorstand gibt es eine reformorientierte Mehrheit, ohne andere Strömungen auszuschießen. Die neu gewählten Parteitage delegierten zeigten sich in ihren Sach- und Personenabstimmungen sehr pragmatisch, politik- und reformorientiert. Junge Mitglieder konnten sich bis in hohe Funktionen einbringen. Zugleich wurde mit dem Personalangebot und der politischen Grundbotschaft des Europawahlkampfes seit Januar weit nach links ausgeholt. Diese Integrationsleistung ist für eine sozialistische Partei, noch dazu in Zeiten der generellen Defensive der Linken, von großer Bedeutung.

Geschlossenheit

Der Potsdamer Parteitag zeugte vom Bestreben verschiedener Strömungen, der Parteispitze und der Delegierten Geschlossenheit zu zeigen. Auf Kontroversen sollte – auch da, wo sie sachlich oder perspektivisch angezeigt wären – verzichtet werden. Aus dieser Konstellation wurden die Botschaften geprägt. Der Anspruch, 2006 wieder in den Bundestag einzuziehen, ist nachdrücklich erhoben worden. Die PDS stellte sich als erfolgreich agierende Partei dar, die Proteste unterstützen kann und zugleich konzeptionelle Alternativen erarbeitet. Dazu zählt neben den o.g. Steuervorschlägen die Forderung nach einer Wirtschaftspolitik, die Massenkaufkraft stärkt und Zukunftsinvestitionen vorrangig in die Bereiche Wissenschaft und Bildung sowie nachhaltige Entwicklungen leitet. Wertschöpfungsabgabe, Mindestrente, bedarfsorientierte Grundsicherung und solidarische Bürgerversicherung gehören zu den – sicher noch zu präzisierenden – Konzeptideen. Für einen Neuanfang in Ostdeutschland sollen gezieltere Förderung von Zukunftsunternehmen, bessere Kreditvergabe an KMU, Förderung von Kompetenzzentren und Produktionsclustern sowie deren regionaler Ausstrahlung, die Stärkung von human- und wissensorientierten Dienstleistungen sowie des verarbeitenden Gewerbes sorgen. Gregor Gysi verband diese Vorstellungen angesichts ihrer Bedeutung für die gesamtdeutschen Entwicklungen mit der Forderung, die PDS solle zur eigentlichen Partei der deutschen Einheit werden.

Das Defizit des Leitantrages besteht in seiner mangelnden Kohärenz, fehlender Prioritätensetzung und seiner Problemanlage als „Spiegelgefecht“. Die Forderungen haben mit wenigen Ausnahmen (Einnahmestärkung öffentlicher Haushalte durch Steuerkonzept, Wertschöpfungsabgabe) wenig

Praxisbezug hinsichtlich der Realisierungsschritte. Auch ist angesichts der realen Ressourcensituation nach Prioritäten zu fragen, um realistische Vorgehensweisen zu begründen. Schließlich hat die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus eine Schiefelage, weil sie nicht auf die realen Problemlagen, sondern vor allem auf deren spezifische neoliberale Reflexion konzentriert ist.

Die Parteitage zur „Wahlalternative“ zeigte nur kurz unterschiedliche Akzentsetzungen im Umgang mit dieser Formation. Das Ansinnen westlicher Landesverbandsvertreter, deutlichere Dialogbereitschaft zu zeigen, wurde abgewehrt. Eine wohl überlegte Entscheidung. Schließlich kann es sich die PDS beim derzeitigen Stand der Dinge leisten, zunächst als Zuschauer der Gründung einer neuen Linkspartei beiwohnen. Sie hat faktisch keine Einflussmöglichkeiten. Auch die Gefahr einer Wählerzersplitterung scheint eher gering angesichts der unterschiedlichen Milieus, die erreicht werden. Selbst wenn zahlreiche Akteure aus dem aktuellen oder ehemaligen PDS-Spektrum im neuen Projekt mit agieren, sind die potenziellen Mitglieder und Wähler dieser Gruppierung mehrheitlich jene, die die PDS jahrelang vergeblich umworben hat. Insofern ist die zu beobachtende sorgenvolle Hektik so wenig nachvollziehbar wie übereilte Offerthen, die den Eindruck von Selbstaufgabe vermitteln. Und das gegenüber einem Projekt, das seine konzeptionelle Kraft und Wählerwirksamkeit erst noch unter Beweis stellen muss. Die PDS hat gegenwärtig ausreichend Stabilität, die Entwicklungen gelassen zu beobachten, um erst zu gegebener Zeit auf Augenhöhe gegenseitig vorteilhafte Kooperationsformen auszuloten.

Ein kurzer Europadisput um einen inhaltlich radikallinken, aber – ähnlich Münsteraner oder Gerarer Konstellationen – eher breiter getragener Antrag gegen die EU-Verfassung verdeutlichte erneut das Dilemma der PDS, Diskurse nicht souverän zu entwickeln. So wurde mit Verweis auf Militarisierungstendenzen und die neoliberale Ausrichtung der Verfassung eine Kampagne gegen die Verfassung beschlossen, die als kleinster gemeinsamer Nenner der neuen europäischen Linkspartei auch praktische Kooperationsoptionen ergibt. Die zwar formal immer wieder zurückgewiesene Kritik des antieuropäischen Gestus scheint jedoch mindestens insoweit berechtigt, als die PDS ihre frühere prointegrationistische Haltung durch Orientierungen auf die Bedeutung nationaler Souveränitäten aufgibt. Und dies ohne nennenswerte Debatte.

Herausforderungen

Auf der Agenda bleibt mit Blick auf die Debatten zum Gesundheitssystem und zur Bürgerversicherung, eigene Vorschläge zur Reform der sozialen Sicherungssysteme detail-

lierter zu entwickeln und die Konzepte zur Wertschöpfungsabgabe oder zur Beschäftigungspolitik für die Öffentlichkeit überzeugend auszubauen. Wenn die PDS-Spitze ihrem Gestaltungsanspruch gerecht werden will, muss sie die Kritik an rotgrünen und konservativ-liberalen Vorschlägen fundieren und mit schlüssigen Alternativen verbinden. Das setzt die Definition realer Probleme voraus. Demografische Entwicklung ist sicher kein Todesstoß für die sozialen Sicherungssysteme, aber auch keine Erfindung der Neoliberalen. Umlagefinanzierte Systeme stehen in Zeiten des veränderten Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern oder Krankenversicherten unter besonderem Druck. Deshalb müssen die Sozialisten klären, ob ihre Überlegungen neben einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation auch die Wandlung von Lohnnebenkosten zu steuerfinanzierten Modellen erfassen. Schließlich besteht Bedarf, die eher nebeneinander stehenden Vorstellungen zu Umverteilung oder nachfrage- und regional orientierter Wirtschaftspolitik den Anforderungen einer von Globalisierung und europäischer Integration geprägten Welt entsprechend kompatibel zu machen und sinnreich in Verbindung mit anderen Politikmomenten zu entwickeln. Es geht um die Botschaften und dahinter liegende Konzepte, die der PDS Selbstbewusstsein geben könnten. Und nichts braucht sie mehr als das – gegenüber möglichen Partnern aus Bewegungen, neuen radikal widerständigen oder strukturkonservativen Parteistrukturen, gegenüber potenziellen Wählern, Medien und nicht zuletzt gegenüber sich für 2006 erneut formierenden Wahlkampfagern.

Vor diesen Herausforderungen steht der in Potsdam neu gewählte Parteivorstand. Er wird die PDS in das für die Parteiperspektive so bedeutsame Wahljahr 2006 führen. Das erfordert geschicktes Agieren, um mit der sich abzeichnenden neuen Zweiseitenkonstellation umzugehen, ohne sich unterzuordnen oder sich in ein drittes imaginäres Lager zu flüchten. Wenn dieser Vorstand seiner Verantwortung gerecht werden will, muss er konzeptionelle Vorleistungen erbringen, kohärente Politikangebote und Botschaften entwickeln und Personen anbieten, die das strategische Dreieck zu Politik werden lassen.

Im Leitantrag des Parteitages findet sich bereits die Forderung nach Perspektivdebatten um einen neuen Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert. Danach sollten alte Pfade verlassen werden, um die Sozialsysteme zu reformieren, gesellschaftliche Aufgaben zu identifizieren, deren Finanzierbarkeit zu diskutieren und diese Prozesse unter demokratischer Bürgerteilnahme zu gestalten. Für diese Diskurse könnte sich im breiteren linken Umfeld auch eine neu zu konzipierende Debatte im Crossover-Zusammenhang anbieten.

„Als ich rot wurde“ – Wie Nicol Ljubic den Genossen den Spiegel vorsetzt

Das haben wir uns insgeheim doch schon lange gewünscht. Etwas, das uns Genossinnen und Genossen den Spiegel vorsetzt. Das sich mit unseren kleinen Besonderheiten, Problemen, Liebeleien und Spielchen auseinandersetzt, sie beschreibt und bewundert. Sich manchmal auch leicht ironisch lustig drüber macht. Und nein: Es ist nicht die neue Ausgabe des Vorwärts, die wir da in den Händen halten. Es ist ein neues Produkt einer jungen aufstrebenden Schriftsteller-Clique, die sich mit ganz alltäglichen, manchmal banalen Phänomenen unserer Zeit beschäftigt. Die Faszination des Augenblicks von Rengs „Traumhüter“ und die teilnehmende Beobachtung von Hensels „Zonenkindern“ hat Nicol Ljubic auf die SPD übertragen und darüber ein Buch geschrieben: „Genosse Nachwuchs“ ist sozusagen das „Kleine Einmaleins“ der Parteilebens in verständliche Worte gefasst.

Das Buch ist eine Mixtur aus biografisch-charakteristischer Prosa und sozialdemokratischer Lyrik: Auf der einen Seite herrlich beispielhafte Situationsbeschreibungen des Parteilebens und auf der anderen Seite politische Bilder eines Neumitglieds, das – gepaart mit biografischen Details – die Welt der Partei mit der eigenen Lebenswelt konfrontiert. Leider kratzen dabei die einzelnen Kapitel manchmal zu sehr an der Oberfläche. Und ein wenig mehr Sorgfalt bei der Recherche hätte dem Buch gut getan. Denn die Jusos haben weder eine Antragskommission auf Bundeskongressen noch war Schröder Anfang der 70er Jahre Juso-Chef. Nun mag diese Kritik daraus resultieren, dass diese Zeilen von jemandem geschrieben werden, der bereits zehn Jahre in dieser SPD ist. Es mag auch daran liegen, dass genau diese Simplifizierung beabsichtigt war. An zahlreichen Stellen vermisst man aber die entscheidende kritische Rezeption – es wird sich halt aufs Beobachten von Sitzungen und Personen beschränkt.

Es sind die kleinen Anekdoten, die wir alle schon einmal erlebt haben, welche Ljubic mit witzigen aber stets liebevoll anerkennenden Umschreibungen zu Papier gebracht hat. Es ist die Abteilungssitzung, der Nukleus des Parteilebens, welche uns manchmal gelangweilt, manchmal gefreut, aber im Rückblick immer ein kleines Lächeln abgerungen hat beim Vergleich mit dem Abend unter Freunden in der Kneipe. Es ist die kurze Begegnung mit den „Großen“ dieser Partei, welche häufig ein Gefühl der Distanz, der Gefühllosigkeit bei uns hinterlässt. Und natürlich ist dabei auch eine „trockene“ Juso-Sitzung, welche Nicol „an den Deutschunterricht in der Schule [erinnert], wenn der Lehrer das Diktat noch mal durchging.“ Nicht nur diese Stellen sind es, die einen

leichten Ruf nach Reform von Politik und Organisation ausdrücken. Hoffentlich kein Ruf, der im leeren Raum verhallt.

Nicol Ljubic wundert sich darüber, dass wir Sozis uns mit zugegeben sperrigen Formel „Genossinnen und Genossen“ ansprechen: „Ich werde mich daran gewöhnen müssen, dass ich zwar die Bäckerin sieze, auch den Busfahrer und die KassiererIn, den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland aber duzen darf.“ Gerade jüngere Neumitglieder sind davon erstaunt. Dabei ist es ja gerade dieses geduzte „Genossen-Wort“, das auf die besondere sozialdemokratische Tradition verweist. Ich erlebe derzeit sogar eine Rückbesinnung auf genau diese Traditionen. Egal, welche Inhalte und Positionen am Tage diskutiert werden, nachts singen alle gemeinsam Arbeiterlieder. Offenbar hat Genosse Nicol uns Junge in der SPD auf etwas wichtiges hingewiesen: Sind wir nicht alle auf der Suche nach einer neuen, einer populären sozialdemokratischen Kultur, die uns zusammenhält und verbindet? Streben wir nicht nach einer zeitgemäßen Verbindung von Tradition und kultureller Erneuerung? Wir haben sie bisher nicht gefunden. Außerhalb der Partei versucht die „Generation Golf“ sich von den 68er zu emanzipieren – mit zweifelhaftem Erfolg. Innerhalb der Partei wird sich auf das Bewährte besonnen: Die tradierte Arbeiterkultur. Das ist gut so, klar, es ist unsere Geschichte. Aber vielleicht müssten wir Sozialdemokraten der nächsten Generation uns eine neue Begrifflichkeit, eine neue Kultur zurecht legen, wenn wir im Alltagsverständnis derer da draußen ankommen wollen. Mit anderen Worten: Wir Jungen in der SPD müssten den Sinngehalt des „Genossen“ des 21. Jahrhunderts finden! Es ist Nicols Ljubics Verdienst, darauf hingewiesen zu haben.

Gerade in der jetzigen Zeit treten viele Junge in die SPD ein. Nicol ist nur einer davon. Viele fragen: Warum eigentlich? Gerade jetzt? Oder wie Ljubic schreibt: „Warum tust du dir das an?“ Es sind meist zwei Einstellungen, die mir bei neuen GenossInnen begegnen. Die erste: „Die SPD traut sich etwas zu, auch zu streiten und zu kämpfen – am Ende aber für etwas zu stehen.“ Die zweite: „Wir brauchen eine Partei, die sich für soziale Gerechtigkeit in neuen Zeiten einsetzt. Dafür möchte ich in der SPD kämpfen.“ In der Kneipe kann man quatschen, kritisieren und beschimpfen. Aber nur in der Partei kann man Verantwortung übernehmen und vor allem mitentscheiden, genau das meint auch Genosse Nicol.

Auch enttäuschte Hoffnungen über sozialdemokratische Reformpolitik bleiben nicht unerwähnt. Klar, sie sind derzeit Thema jeden Gesprächs innerhalb der Partei, auch ohne auf der Tagesordnung zu stehen. Es wäre schlimm, wenn Ljubic Recht hätte: „Die Regierung Schröder hat die Hoffnung auf eine Alternative zerstört.“ Es wäre aber nicht nur schlimm, sondern vor allem Handlungsaufruf, jeden Tag aufs neue die Politik der SPD kritisch zu diskutieren und die Logik der Alternativlosigkeit zu hinter-



fragen. Genau diese ist es, welche viele junge Leute von der SPD abschreckt.

Dann ist da doch noch die erste politische Initiative: Junge in der SPD sollen das Feinschmecker-Essen von Premierenfeiern an die Bedürftigen der Stadt verteilen. Soziales Engagement plus „eine super Idee“ wie zumindest seine Freundin sagt. Mal schauen. Ich bin gespannt, ob und wie sich Ljubic mit dieser Idee innerhalb der Partei durchsetzt. Denn wie er richtig schreibt: Manchmal braucht man für solche Initiativen einen langen Atem. Und manchmal muss man sich auch von den „Granden“ der Partei für unkonventionelle Ideen anpflaumen lassen. Natürlich muss man aber auch Mehrheiten hinter sich haben. Wenn die Mehrheit lieber inhaltliche Anträge diskutieren will, ist das auch eine Form von Demokratie. Allerdings eine zahnlose, wenn daraus keine politischen Handlungen resultieren. Neue inhaltliche Initiativen kann die Partei allemal gebrauchen.

Ach ja: Ljubic sträubt sich ganz und gar gegen das in der SPD übliche „Wir“. Diese Rezension ist dennoch so gehalten. Denn ich bin fest davon überzeugt: Eine Partei ist über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg immer ein Kollektiv. Sie kann keine Gemeinschaft unabhängiger Individualisten sein. Und das ist gut so.

Die Lektüre von Nicol Ljubics „Genosse Nachwuchs – Wie ich die Welt verändern wollte“ zeigt uns vor allem eins: Sie führt uns glasklar vor Augen, warum wir in der SPD sind. Warum uns diese Partei ans Herz gewachsen ist mit ihren kleinen Schwächen und Stärken. Und vor allem, warum wir sie nicht einfach wegen eines Konflikts aufgeben. Oder: „Ich will beim nächsten mal nicht mehr still sitzen.“ „Ich werde Genosse bleiben.“ Also Nicol: Herzlich Willkommen in der SPD!

Björn Böhning (Berlin)

Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft

Peter von Oertzen: Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft, Offizin Verlag, Hannover 2004, ISBN 3-930345-44-7, 24,00 Euro

Den Herausgebern Michael Buckmiller, Gregor Kritidis und Michael Vester ist zum 80. Geburtstag Peter von Oertzens ein besonderes Buch gelungen. Anders als das zum 70. Geburtstag Peter von Oertzens von seinen politischen Freundinnen und Freunden sowie Weggefährten im spw-Verlag erschienene politische Lesebuch (Karin Benz-Overhage, Wolfgang Jüttner, Horst Peter (Hrsg.), Zwischen Rätesozialismus und Reformpolitik, Dortmund 1994) ist das Buch zum 80sten eine von den Herausgebern mit Peter von Oertzen trotz dessen schwerer Erkrankung abgestimmte Auswahl an Originaltexten aus unterschiedlichen Zeiten seines Wirkens als politischer Wissenschaftler und wissenschaftlicher Politiker, was bei ihm untrennbar zusammen gehört. Wer Peter

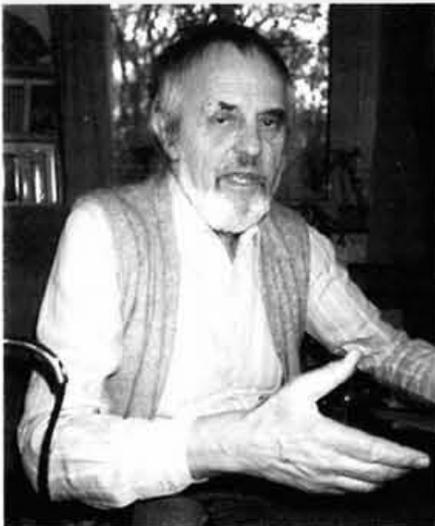
von Oertzen kennt, spürt, dass in der Zustimmung zur Auswahl gerade dieser Texte bewusste Anstöße für den kritischen politischen Diskurs der Linken, wo auch immer sie engagiert sind, enthalten sind.

Das Buch wird ausführlich von den Herausgebern eingeleitet. Sie porträtieren Peter von Oertzen als sozialistischen Wissenschaftler und Politiker, der die Entwicklung der zweiten deutschen Demokratie aktiv mitgestaltet hat. Seine Schriften überzeugten noch heute mit ihrer Gedankenschärfe und wissenschaftlichen Argumentationsdichte. Sie hätten auch jetzt Aktualität und steckten voller Brisanz, da sie den Problemerkern, der heute wieder aufbrechenden Infragestellung sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Grundsätze voll erfassten und die Berufung auf Sachzwänge niemals akzeptierten, da damit ein wesentliches Prinzip der Demokratie preisgegeben werde.

Peter von Oertzen wirkt heute noch, wie er immer gewirkt hat: grundsätzlich, wissenschaftlich streitbar und als Sozialist. Die Herausgeber identifizieren seine Aufsätze als eine präzise Charakterisierung der bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft, die durchgehend den Zusammenhang zwischen einem langfristigen Ziel und dessen wissenschaftlich-analytischer Begründung einer-



seits und einer Strategie praktisch-politischer Reformen andererseits im Auge behalten. Peter von Oertzen habe dies als „revolutionäre Realpolitik“ verstanden. Besonders Bedeutung hat für ihn die Demokratie als



Zum 80. Geburtstag von Peter von Oertzen

Peter von Oertzen wurde am 2.9.1924 in Berlin geboren. 1946 schloss sich Peter von Oertzen der SPD an und begann er an der Universität Göttingen das Studium der Philosophie, Geschichte und Soziologie. 1953 promovierte er mit einer Arbeit über „Die soziale Funktion des staatsrechtlichen Positivismus“. 1962 habilitierte er sich und über-

nahm im Folgejahr die Professur für Politische Wissenschaft an der TU Hannover an. In der SPD gehörte er zu den Gegnern des „Godesberger Programms“, auf dem Bundesparteitag 1959 legte er mit anderen einen eigenen Entwurf vor. Von 1955 bis 1959 und 1967 bis 1986 war Peter von Oertzen Mitglied im niedersächsischen Landtag, wo er nicht nur mit seinen bildungspolitischen Kompetenzen glänzte. Nach der gewonnenen Landtagswahl 1970 wurde er Kultusminister im Kabinett Alfred Kubel (bis 1974). 1970 kandidierte er auch um den Vorsitz des SPD-Bezirks Hannover gegen Egon Franke. Er gewann die Abstimmung mit 149 zu 107 Stimmen. 1979 verzichtete er auf den Landesvorsitz zugunsten Karl Ravens, sein Stellvertreter wurde er dann Ende des Jahres. Zu seinen politischen Erfolgen zählen vor allem die Veränderungen im Hochschulbereich (Beseitigung der Professoren-Majorität in den Universitätsgremien), erste Versuche im Schulbereich mit der Integrierten Gesamtschule, der Orientierungsstufe und die verstärkte Einführung von Vorschulklassen sind nur einige Belege für seine progressive Reformorientierung.

1973 wurde er Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Vorsitzender der SPD-Langzeitprogrammkommission. In der SPD-Kommission entstand unter seiner Federführung der „Orientierungsrahmen '85“, der dann Ende

1975 auch auf dem Mannheimer Parteitag verabschiedet wurde. Von 1984 an begleitete er die Arbeit der Grundsatzprogrammkommission und konnte in der SPD seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen bis zur endgültigen Formulierung und Beschlussfassung 1989 in Berlin durchsetzen. Von dieser programmatischen Arbeit profitierte auch die Zusammenarbeit der Parteilinken in der SPD. 1994 wurde er Mitherausgeber der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft.

Ebenfalls 1994 gründete er mit vielen Wissenschaftlern die „Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftler“, die bis heute existiert, Tagungen in Loccum durchführt und wissenschaftlich-politische Interventionen zu Problemen der Gegenwartsgesellschaft publiziert. Die in dieser spw besprochene Festschrift anlässlich seines 80. Geburtstag entstand im Umfeld dieser Initiative.

Peter von Oertzen hat tiefe Spuren in Programmatik und Politik der Linken hinterlassen. Wir haben von seinem kritischen, wissenschaftlich fundierten politischen Denken profitiert und sind ihm dankbar für viele Anregungen und Gespräche. Wir wünschen ihm gesundheitlich alles Gute und freuen uns auf den fortgesetzten Austausch über Strategie und Programm der Linken!

Stefan Schostok und Reinhold Rünker

politische Bewegung von gesellschaftlichen Kräften und Klassen, letztlich als soziale Demokratie, als demokratischer Sozialismus. Demokratie und Sozialismus seien die zentralen Schlüsselkategorien im gesamten Werk des marxistischen Wissenschaftlers und politischen Gestalters Peter von Oertzen.

Er erlangte damals große Orientierungswirkung für die langsam anwachsende unabhängige Linke in den Gewerkschaften, der SPD und auch der Kirchen, vor allem mit der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Arbeitshefte“ wirkte er innerhalb der Gewerkschaften.

„Die einzigartig orientierende Wirkung Peter von Oertzens war wesentlich dadurch möglich, dass er nicht nur repräsentative politische Funktionen und Ämter übernahm, wie dies viele Politikwissenschaftler seiner Generation taten, sondern sich nicht scheute, aus der Minderheit heraus die Aufklärungsarbeit über Zeitschriften, Diskussionskreise und rege wie anregende Zusammenarbeit mit akademischen und gewerkschaftlichen Intellektuellen persönlich zu organisieren. Er hat keine „Schule“ gegründet, sondern war und ist Katalysator eines vielfältigen und vielschichtigen Diskussionszusammenhangs“ schreiben die Herausgeber zusammenfassend.

Für die Linke in der SPD hatte er entscheidende Bedeutung für die Zusammenführung der traditionellen und der eher ökologisch orientierten Linken während der Entscheidungsprozesse zum Berliner Grundgesetzprogramm. Für die neue spw war er in der Tat der entscheidende Katalysator für den jetzigen spw-Zusammenhang.

Die Auswahl der Texte dokumentiert Peter von Oertzens Konzept „einer praktisch intervenierenden Theorie“, die aktuell für den linken Diskurs Bedeutung haben kann, wenn die Handelnden zu den Ideen kommen, für die Peter von Oertzen eintritt.

Die Textauswahl gliedert sich in drei Teile: Theorie, Arbeiterbewegung, Politik. Die Auswahl der Marxtexte scheint Aufforderung zur strategischen Wiederentdeckung von Marx. Dabei verwundert es nicht, dass diese Wiederentdeckung sich entlang der unorthodoxen Traditionslinien der Marxinterpretationen bewegt, die Peter von Oertzen viele Konflikte mit den traditionalistischen Linien der Marxrezeption eintrugen.

Um was geht es Peter von Oertzen in diesen Beiträgen des Buches? Erstens geht es offensichtlich darum, die Kategorien des Marx'schen Gesamtwerks zur Rekonstruktion einer Strategie des demokratischen Sozialismus aktuell wirksam werden zu lassen.

Zweitens geht es darum, den zum neoliberalen Kampfbegriff mutierten Reformbegriff für reformistische Politik zurück zu holen. Der zur Verfügung stehende Raum für diese Rezension kann das nur selektiv verdeutlichen.

Für Peter von Oertzen ging und geht es immer um den gesamten Marx, also auch den philosophischen und ökologischen Marx. Deshalb kritisierte er immer die fragwürdige Praxis, das Marx'sche Werk als Steinbruch für Zitate zur Abstützung jedweder Strategie zu funktionalisieren. So ergibt sich aus der Auswahl seiner Aufsätze ein klares Bild für eine Marx-Rekonstruktion. In seinem intellektuellen Kern ist der Marxismus eine Theorie der historischen Entwicklung der Gesellschaft. Die in der Gesellschaft miteinander lebenden Menschen sind für Marx die wahren Subjekte der Geschichte, bewusst und planmäßig handelnd (vgl. zurück zu Marx oder vorwärts zu Marx, 1997). Der Kapitalismus als gesellschaftliche Formation schafft mit seiner Produktivität die Möglichkeiten zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung mit der Beendigung sozialer Ungleichheit. Allerdings erweist sich immer mehr das Kapital als Schranke zu dieser gesellschaftlichen Entwicklung. Die sozialistische Perspektive ist und bleibt für Peter von Oertzen die Gesellschaft der Freien und Gleichen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch selbst regeln. Für diese Leitidee der sozialen Demokratie gibt es für ihn Schlüsselprinzipien wie „Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen.“ (Historisch-politische Möglichkeit bei Max Weber und Karl Marx, 1988, sowie Karl Marx und das Recht auf freie Assoziation der Individuen, 1988). So steht im Kern der Betrachtung der Marx'sche doppelte Klassenbegriff.

Es gibt für Marx und Engels zwei Begriffe von Klassen – einen engeren Begriff, der sich auf das Verhältnis zwischen Besitzern und Nichtbesitzern an Produktionsmitteln beschränkt, und einen erweiterten des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ als Subjekt der Geschichte, wenn in der Revolution die Produktivkräfte die Fesseln der Produktionsverhältnisse sprengen (S. 88).

Für Peter von Oertzen versammeln sich unter dem Begriff des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ die Gesamtheit der schöpferischen Kräfte der Gesellschaft in Ökonomie, sozialem Leben, Politik, Wissenschaft und Kultur in ihrem arbeitsteiligen Zusammenwirken. Deren „revolutionäres Bewusstsein“ sei weder der Reflex einer fest umrissenen, sozio-ökonomisch determinierten Gruppe auf ihre Klassenlage (enger Klassenbegriff), noch das Ergebnis der Führung durch eine „revolutionäre Avantgarde“. Konsequenter definiert Peter von Oertzen die Kategorie der Diktatur des Proletariats im Sinne Gramscis als Hegemonie dieses erweiterten gesellschaftlichen Gesamtarbeiters.

Für Peter von Oertzen bleibt so eine Gesellschaft ohne Ausbeutung (auch der Natur), ohne Unterdrückung und ohne kulturelle Unmündigkeit auf der Tagesordnung. Für den in diesem Sinne „revolutionären Realpolitiker“ ist eine reformistische Strategie die gegebene politische Perspektive. Dabei setzt er Reformismus mit Demokratischen Sozialismus gleich (Eine marxistische Grundlegung des Demokratischen Sozialismus, 1980). Es ist die Aufgabe, die differenzierten Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters durch orientierende Reformprojekte zu formieren (Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlich-politischen Handelns, 1994) Für die Arbeiterbewegung hat Mitbestimmung eine zentrale strategische Bedeutung und bleibt auch ein Kernprojekt einer reformorientierten Sozialdemokratie im Rahmen einer sozialistischen Vision (Was bleibt von der sozialistischen Vision, 1991).

Das Buch erinnert an Peter von Oertzens 80sten Geburtstag, indem es die Linke mit Peter von Oertzens Herausforderungen an die politische Praxis konfrontiert.

Horst Peter (Kassel)

Die Reformlüge

Albrecht Müller: *Die Reformlüge – 40 Denkerfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren*, Droemer Verlag 2004

Albrecht Müller hat mit seinem Buch in mehrfacher Hinsicht einen Voll-

treffer gelandet. Erstens ist es ein didaktisch gelungener Beitrag zur ökonomischen Alphabetisierung des Alltagsverständnisses – auch von Politikern. Zweitens durchleuchtet es das Zusammenspiel von Funktionseleiten in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien bei der Durchsetzung der Hegemonie dessen, was Albrecht Müller „die Reformlüge“ nennt. Drittens enttarnt er die irrationalste Variante des Kapitalismus, den Glaube an die umfassende Fähigkeit des Marktes alles

zum Wohl der Menschheit zu ordnen als Mythos. Viertens gibt er den Trägern und Transporteuren dieser Ideologie – auch in sozialdemokratischen und Regierungsumfeld – Namen und Gesicht. Schließlich gibt das Buch in seiner Konkretetheit jedem Leser die Chance sich durch Fernsehen, Lektüre der genannten Zeitschriften und Zeitungen persönlich von der Tragfähigkeit des Buches ein Bild zu machen. Er wird bei einwöchiger, gezielter Überprüfung eine statistisch aussagekräftige Teilmenge der

Tabuthemen, Legenden, Denkfehler, Mythen und ihrer Verkünder identifizieren und den Mechanismus des Nachplapperns und sich wechselseitig Selbstbestätigens der „Rädelsführer“ und ihres Anhangs nachvollziehen können. Er wird auch den Sinn des von Albrecht Müller mehrfach als Schlüsselzitat gebrauchten Textstelle aus Georg Orwells 1984: „Und wenn alle anderen die von der Partei verbreiteten Lügen glaubten – wenn alle Aufzeichnungen gleich lauteten – dann ging die Lüge in die Geschichte ein und wurde Wahrheit“ erkennen.

Im Zentrum des Buches steht die Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Reformbegriff, seiner Ableitung aus dem Mythos der Allheilwirkung des Marktes, wenn er nicht durch politische Interventionen behindert wird, und sein zwangsläufiges Scheitern, weil er auf Legenden und Denkfehlern aufbaut und sich der Realität durch deren Tabuisierung entzieht.

Diese Kernbotschaft bestimmt den Titel des Buches und seine Großgliederung: Teil I: Unter dem Deckmantel der Reform; Teil II: 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, zugespitzt auf die angeblichen neuen Herausforderungen, die überbetonte „demografische Frage“, die angebliche Wachstumsillusion, die Legende von den zu hohen Löhnen als Hauptursache der Massenarbeitslosigkeit, die falschen Imperative des Schuldenabbaus und der Absenkung der Staatsquote und des Abbaus des Sozialstaats; Teil III: Die Reformpleite – Helfer und Helfershelfer, Einbezogen werden muss bei der Lektüre unbedingt der Tabellenanhang.

In Teil I wird die Irrationalität der angeblich unausweichlichen und alternativlosen Reformen entwickelt, die seit 1982 die deutsche Politik bestimmen. Der Sündenfall für Albrecht Müller ist die Abtrennung der neoklassischen Angebotstheorie von der keynesianischen Nachfrage-theorie bei gleichzeitiger Erklärung der letzteren zu einem absoluten Tabu. Die Angebotstheorie wird durch die Verschmelzung mit den Glaubenssätzen des Neoliberalismus zum ökonomisch-politischen Heilsmythos im Weltmaßstab und gebiert die als Glaubenssätze propagierten ihrerseits mythischen Reformforderungen. Dies nennt Albrecht Müller Reformlüge. Die Senkung der Lohnnebenkosten wird zum zentralen Imperativ dieser Reformdebatte, da sie den Schlüssel bietet für die Forderung nach Lohnsenkung und Aufbau eines Niedriglohnsektors sowie als Allheilmittel zur Überwindung der Beschäftigungskrise und die Zerschlagung der Sozialversicherungssysteme. Daneben tritt die Forderung nach radikalem Schuldenabbau und die Senkung der Staatsquote, deren Folge der Rückzug des Staates aus der gestal-

tenden Politik wäre sowie die Privatisierung der großen Lebensrisiken unter dem neoliberalen Leitmotiv der Eigenverantwortung.

Dieser Paradigmenwechsel im Politikverständnis geht einher mit der Tabuisierung politischer Lösungsstrategien der sozialliberalen Zeit, die auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch aktive Konjunkturpolitik zur Aktivierung der Binnennachfrage erfolgreicher waren als die neoliberalen Reformen.

Deutlich wird dies an der immer wieder fälschlich behaupteten Wirkungslosigkeit qualitativ ausgerichteter öffentlicher Konjunkturprogramme und deren berechtigter Teilfinanzierung durch Schuldenerhöhung.

Die hegemoniale Wirksamkeit der Reformlüge hängt vom kommunikativen Zusammenspiel einer Quasi-Priesterschaft ab, dieses Geflecht von Lügen, Legenden, Mythen und Irrtümern zum Hauptstrom der deutschen Politik zu machen. Albrecht Müller nennt Namen aus Wissenschaft, Politik, Medien, die weit in die SPD und Regierungskreise hineinreichen, er beschreibt die Leitmedien von Spiegel bis Christianesen-Talk-Shows und wie sie die öffentliche Meinung prägen, indem sie das Gleiche immer wieder sagen, bis die Opposition und Teil der Bundesregierung und sogar Gewerkschafter das Gleiche aufgreifen und nachplappern, unter Verzicht auf eigene Analyse. Die alternativlosen Reformen seien der einzige Weg aus dem früheren Regierungen geschuldeten Reformstau als zentraler Ursache der „Deutschen Krankheit“.

Im Ergebnis stellt Albrecht Müller fest: durch Tabuisierung erfolgreicher politischer Wege der sozialliberalen Zeit lebe die deutsche Volkswirtschaft weit unter ihren Möglichkeiten und das seit mehr als 20 Jahren. „Dagegen würden angebliche Patentrezepte und Kostensenkungen, Privatisierung, Deregulierung und Ausbau der Eigenverantwortung propagiert, deren erwiesene Erfolglosigkeit mit der Forderung nach der Verstärkung der Dosis überspielt werde.“

Im argumentativen Hauptteil des Buches wird in 40 präzise gefassten Abschnitten die Kernthese des Buches belegt. Strategisch geht es darum, die tabuisierten Krisenbekämpfungslinien, die auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik Perspektiven gaben, wieder zum Thema der offiziellen Politik zu machen. Es geht Albrecht Müller im Wesentlichen darum mit einem policy-mix ökonomische Vernunft in den politischen Diskurs zurück zu bringen. Ziel des Buches ist es nicht, einen großen Entwurf linker Politik zu entwickeln.

Der Ansatz des Buches: politische Positionen dem Raster, Mythen, Legenden,



Denkfehler zuzuordnen und die Personen, die solche Positionen vertreten, als Nachplapperer oder Helfershelfer zu identifizieren, birgt die Gefahr, dass auch analytisch kritische Positionen ungerechtfertigt unter das Raster fallen. An zwei Stellen ist es mir aufgefallen: Einmal bei der Frage, ob die Globalisierung ein neues Phänomen oder die globalen Herausforderungen alt sind. Hier gibt es ohne Zweifel in einem schon von Anfang an den Kapitalismus begleitenden Prozess neue Fragestellungen und Fragesteller, die nicht dem neoliberalen Mythos zuzuordnen sind. Unverdientes Opfer ist in diesem Fall Horst Afheldt mit seinem Buch „Wirtschaft, die arm macht“ (vgl. meine Rezension in spw 135). In der Gefahr unter das Raster zu fallen sind auch diejenigen, die für notwendige ökologisch bedingte Begrenzungen des Wachstums eintreten. Die Koppelung von Wachstumsverzicht aus ökologischen Gründen an die neoliberalen Mythen wirkt an den Haaren herbei gezogen.

Diese kritische Anmerkung schmälert den Wert und den politischen Gebrauchswert des Buches in keiner Weise. Ein Beleg aus jüngster Zeit: in der einzigen politischen Talk-Show, in der auch vom Mainstream abweichende politischen Positionen Chance auf Gehör haben – der WDR-Reihe „Hart, aber fair“ – treten in der Sendung zur Opel-Krise unter anderem Peer Steinbrück und Norbert Blüm, auf. Beide argumentieren, als hätten sie zur Vorbereitung auf die Sendung Albrecht Müllers Buch gelesen. Das frappierende Ergebnis: einer der Hohenpriester des neoliberalen Mythos, Meinhard Miegel, sah mit seinen Argumenten am Ende der Sendung in des Wortes wahrer Bedeutung alt aus.

Horst Peter (Kassel)

25 Jahre spw – jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Paket 1

Perspektiven rot-grüner Politik



Edelbert Richter
Eine zweite Chance? Die Sozialdemokratie unter dem Druck der „Globalisierung“
300 S., EUR 15.50, sFr 27.80,
VSA-Verlag 2002

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 3

Sozialistische Politik und Wirtschaft



Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug (Hrsg.)
Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden
256 Seiten, EUR 8,-; SFR 14,40

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 2

It's the economy, stupid!



Beck, Stefan; Caglar, Gülay; Greven, Thomas (Hrsg.)
Nach der New Economy – Perspektiven der deutschen Wirtschaft
233 S., EUR 15,30 - SFR 27,80, Verlag Westfälisches Dampfboot 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 4

Sparen wir uns zu Tode?



Joachim Vockel
Kreislauf und Krise - Wirtschaftstheorien im Überblick. Eine illustrierte Skizze zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre
PapyRossa
Hochschulschriften 40
131Seiten, EUR 15,- SFR 26,-

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Abo unter www.spw.de oder per eMail an verlag@spw.de